
Das erwachsene Deutschland

**Herausgegeben von
Wolfgang Fach und Christian Fenner**



Leipziger Universitätsverlag 1994

© Leipziger Universitätsverlag GmbH 1994

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden
Gesellschaftsforschung

Heft 1 (1994)

Das erwachsene Deutschland

Herausgegeben von Wolfgang Fach und Christian Fenner

ISSN 0940-3566

ISBN 3-929031-45-0

Inhalt

Editorial 9

Aufsätze

Bernd Faulenbach „Deutsche Sonderwege“. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis 14

Klaus Erdmenger Versuch über den starken Staat. Leitlinien der neuesten Staatsdiskussion 31

Andreas Keller Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick 39

Christian Fenner Das Ende der Sozialdemokratie – beschleunigt durch die Einigung – „1989“? 57

Thomas Ahbe Im deutschen Klärwerk. Thesen über die kulturelle Vereinigung 80

Forum

Friedemann Scriba „Verfassungspatriotismus“: Ein deutscher Exportartikel für den italienischen Historikerstreit? Zu Gian Enrico Rusconis Rehabilitierung der Resistenza aus dem Geiste Dolf Sternbergers 90

Jens Ivo Engels Zum Problem des Literaten als Historiker. Stefan Heyms Beitrag zur Geschichte des 17. Juni 107

Mitteilungen und Berichte

- Sowjetsystem und Geschichtswissenschaft in Mittel- und Osteuropa 1945-1989 (*Gerald Diesener*) 125
- Workshop der Regionalgruppe Neue Bundesländer des Arbeitskreises für historische Frauen- und Geschlechterforschung (*Susanne Schötz*) 128
- Forschungsprobleme der Französischen Revolution (*Steffen Sammler*) 130

Buchbesprechungen

- Jörn Garber, Spätabsolutismus und bürgerliche Gesellschaft. Studien zur deutschen Staats- und Gesellschaftstheorie im Übergang zur Moderne, Frankfurt a.M. 1992 (*Matthias Middell*) 134
- Gwynne Lewis, The French Revolution. Rethinking the Debate, London 1993 (*Steffen Sammler*) 135
- Werner Giesselmann, „Die Manie der Revolte“. Protest unter der französischen Julimonarchie (1830-1848), 2 Bde., München 1993 (*Kurt Holzapfel*) 137
- Alan Kahan, Aristocratic Liberalism: The Social and Political Thought of Jacob Burckhardt, John Stuart Mill and Alexis de Tocqueville, Oxford 1992 (*Tal Howard*) 141
- Axel T. G. Riehl, Der „Tanz um den Äquator“. Bismarcks antienglische Kolonialpolitik und die Erwartung des Thronwechsels in Deutschland 1883 bis 1885, Berlin 1993 (*Boris Barth*) 144
- Heinz Duchhardt, Arnold Berney (1897-1943), das Schicksal eines jüdischen Historikers, Köln-Weimar-Wien 1993 (*Gerald Diesener*) 146
- Olaf Kirchner, Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1985-1991 – Chancen der Demokratie in Eurasien, Leipzig 1993 (*Sabine Lutz*) 148

-
- Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1991
(*Matthias Middell*) 150
 - Bahman Nirumand (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Dialog über ein gefährdetes Land*, Reinbek 1993 (*Rolf Müller-Syring*) 152
 - Harald Schumacher, *Einwanderungsland BRD. Warum die deutsche Wirtschaft weiter Ausländer braucht*, Düsseldorf 1992
(*Rolf Müller-Syring*) 156
 - Daniel Colm-Bendit/Thomas Schmid, *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie*, Hamburg 1992
(*Rolf Müller-Syring*) 159
 - Manfred Wöhlcke, *Umweltflüchtlinge. Ursachen und Folgen*, München 1992 (*Rolf Müller-Syring*) 164
 - Hans A. Hartmann/Ralf Haubl (Hrsg.), *Bilderflut und Sprachmagie. Fallstudien zur Kultur der Werbung*, Opladen 1992
(*Eckhardt Fuchs*) 167
-
- Verzeichnis der Autorinnen und Autoren** 170

Editorial

Ein „hochrangiger amerikanischer Diplomat“ ist jüngst, weil er den Deutschen ein uncharmanten Spiegelbild vorgehalten hat, in die Schlagzeilen geraten. Diese Nation sei von „Selbstmitleid“ geprägt, durchlaufe eine Phase „zwanghafter Selbstanalyse“, blockiere sich mit ihrer „Litanei des Jammers“ selbst und erschrecke im übrigen durch vorlaures Imponiergehabe: „Wenn hochrangige Politiker vorschlagen, die Bundeswehr zur Wahrung der zivilen Ordnung in Deutschland einzusetzen“ (Süddeutsche Zeitung, 18. April 1994).

Zwar hat der zuständige Botschafter umgehend mitgeteilt, diese „Kritik entspreche in keiner Weise der Haltung der amerikanischen Regierung“, doch ändert das bekanntlich am Wahrheitsgehalt nichts. Und wer wollte ernsthaft bestreiten, daß „etwas dran ist“ an dem fremden Blick auf eine pubertierende Republik, die spürbar Schwierigkeiten hat, richtig erwachsen zu werden, weil sie urplötzlich den „schützenden Hafen in einer herzlosen Welt“ (C. Lasch) verlassen muß, ihren angemessenen Platz unter den Großen erkämpfen soll und allen beweisen will, wie schnell sie tatsächlich flügge geworden ist.

Um den komplizierten Prozeß, der hier – mehr oder minder organisch – abläuft, weiter einzukreisen, bietet sich eine Unterscheidung an: man kann dem Status der *Selbständigkeit* (nach außen) das Moment der *Mündigkeit* (im Inneren) entgegensetzen. Darüber ist, auf Menschen gemünzt, viel reflektiert worden, und manches davon kann als Analogie dienen. Zur äußeren Lage-Änderung, die mit dem (personalen) Übergang heraus aus der Familie und ins erwachsene Leben hinein verknüpft ist, hat u. a. Herbert Spencer das Nötige gesagt. Es gelte, schreibt er, folgende Tatsachen festzuhalten: „Die Natur regelt das Zusammenleben inner- und außerhalb der Familie in diametral entgegengesetzter Weise; und Übergriffe des einen Modus auf das Terrain des anderen wirken über kurz oder lang zerstörerisch.“ Man könne „nicht leugnen“, wird des weiteren bemerkt, „daß es verheerende Folgen hätte, würde die menschliche (oder irgend eine andere) Familie ihre Wohltaten nach den Verdiensten messen“ – kleine Kinder verdienen die Hilfe nicht, die ihnen zuteil wird. Andererseits: „Kann man ernstlich behaupten, außerhalb des familialen Bereichs solle sich die Belohnung nicht, wie im Tierreich, nach der Leistung richten?“

Einerseits also die Sphäre des Kindes, gekennzeichnet von Geborgenheit fehlender Verantwortung, mangelnder Zurechnungsfähigkeit. Um das kindliche Wohl sind andere besorgt – und um „infantile“ Nationen kümmern sich erwachsene. Wenigstens im Falle der früheren Bundesrepublik liegt dieser

Vergleich nahe: vierzig Jahre hat sie ein politisch naives Leben geführt, unschuldig aus Ohnmacht, von den Alliierten beschützt, in ihrer Unmündigkeit selbstzufrieden und nur selten gegen das wohlwollende Fremd-Regiment aufmuckend.

Andererseits das Reich dieses Erwachsenen-Klubs: Franzosen, Engländer, Amerikaner, deren Interesse lange Zeit darauf ging, ihre patriarchalische Herrschaft möglichst ungeschmälert aufrechtzuerhalten – nicht zuletzt deshalb, weil sie die politische Gefährlichkeit des „nnpolitischen“ Deutschen am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatten. Das faschistische Trauma steckte ihnen unverändert in den Gliedern und ließ es geraten scheinen, die Zuchtrute nicht vorschnell aus der Hand zu geben.

So konnte es eigentlich niemand verwundern, daß 1989 – so, wie dieses Datum allseits verstanden wurde, nämlich als überraschender Einbruch des Deutschen in die Welt der Erwachsenen – bei den abdankenden „Erziehungsberechtigten“ gemischte Gefühle hinterlassen hat. Zwar waren sie ihrer Vormundrolle allmählich überdrüssig geworden, weil unsere Vormünder mit ansehen mußten, wie der Zögling im politischen Windschatten ökonomisch immer prächtiger gedieh und seine Vormünder rücksichtslos überflügelte. Doch befürchtete man andererseits das Schlimmste, würde sich deutsche Stärke mit deutscher Infantilität unkontrolliert paaren können. Paradigmatisch stand für diese Skepsis jene legendäre Experten-Konferenz, die, von Margaret Thatcher im Anschluß an das rätselhafte Vereinigungs-Schauspiel organisiert, mit einer deprimierenden Liste typisch deutscher Unreife-Attribute niederkam: „Aitgst, aggressiveness, assertiveness, bullying, egotism, inferiority complex, sentimentality“. Und an viel anderes kann auch Bernard-Henry Lévy, der französische Modephilosoph, nicht gedacht haben, als er damals die Stimmung seiner Landsleute auf den bündigen Nenner brachte: „Frankreich hat Angst vor einem geeinten Deutschland“⁴¹

Die Frage, was bei diesen Verschreckten Vertrauen schaffen – wenn auch keine Neurosen heilen – hätte können, führt auf jenen anderen Begriff des Erwachsenwerdens: er rückt nicht den Verlust von Protektion ins Blickfeld, sondern betont die Emanzipation der Vernunft. Kant löst Spencer als Kronzeuge ab.

Für Kant ist die Erziehung des Kindes „sowohl pragmatisch, damit es künftig sich selbst erhalten und fortbringen könne, als auch moralisch“, will heißen, das Produkt darf am Ende nicht verwährlost, sondern muß vernünftig sein. Erziehung dauert „bis zur Zeit der Entlassung (*emancipatio*)“; dann ist aus dem mangelhaften Kind ein vollwertiger Mensch geworden, ein „frei handelndes Wesen, das sich selbst erhalten und in der Gesellschaft ein Glied

ausmachen, für sich selbst aber einen inneren Wert haben kann“.

Wieder übertragen: Die deutsche Republik wäre erwachsen, wenn sie ihre innere Verfassung der Institutionen und Mentalitäten so gestaltet hätte, daß sie als verlässliches, vollwertiges Glied in der Gemeinschaft freier Völker funktionieren könnte – „Deutschland und die westlichen Demokratien“ müßten synchronisiert sein. Man weiß seit langem, wie schwierig dieses Geschäft ist. Die deutsche wurde als „verspätete“ Nation (Helmut Plessner) erkannt, die einen „Sonderweg“ durchlaufen habe, der sie den westlichen Nachbarn bis heute tief entfremde. Auch im eigenen Verständnis: Werner Sombart hat dem deutschen (Kriegs-), „Helden“ den englischen „Händler“(-Geist) entgegengestellt, und Thomas Mann ist stolz darauf gewesen, einem exemplarisch „unpolitischen“ Volk anzugehören.

Die Schutzmächte, speziell Amerika, haben sich nach 1945 große Mühe gegeben, dem deutschen Geist die demokratische Gesinnung einzupflanzen – bekanntlich mit mäßigem Erfolg. Sicher wäre alles besser geworden, hätten nach der Wende-Vereinigung jene idealistischen Bemühungen gefruhetet, dem Zuwachs an Macht ein Mehr an Mündigkeit beizugesellen und den kantianischen Emanzipationsanspruch politisch einzulösen: was im Urteil des Philosophen wie seiner bewegt reflektierenden Jünger voraussetzte, daß das republikanische Moment der Verfassung verstärkt würde.

Gewisse Hoffnungen dazu bestanden, denn: „Wohl auf keiner anderen der markanten verfassungsbedeutsamen Entwicklungsstufen der Bundesrepublik – von der Wiederbewaffnung bis zur Wohlstandsdebatte, von der Außerparlamentarischen Opposition bis zur Ostpolitik, von den Debatten um die Parlamentsreform, den kooperativen Föderalismus und die Parteienfinanzierung bis zur Terrorismusbekämpfung und -prävention und schließlich vom AKW-Widerstand und der Vielzahl ökologisch und friedenspolitisch motivierter Bürgereinsprüche bis zu den anhaltenden Konflikten um die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs – hat sich der jeweilige Meinungsstreit zu einer so vehementen, ebenso gründlichen wie grundsätzlichen Debatte um Reichweite und Grenzen der Verfassung, um ihren Geltungsgrund und ihre Geltungsdauer verdichtet wie im Jahre 1990, ausgelöst durch den Zusammenbruch des maroden DDR-Regimes und die sich abzeichnende (Wieder-)Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Vielleicht aber noch bemerkenswerter ist dies: Sie ist keine Debatte nur unter Experten geblieben.“⁴²

Freilich, trotz allem hieß sich die wärmende Strahlung des republikanischen Feuers in denkbar engen Grenzen: eine „Themenschneise“ (Guggenberger/Stein) durch die Fachliteratur und das Rauschen im gehobenen Blätterwald – mehr Bewegung war nicht. Erwachsen wurden vielleicht

jene (und das häufig nicht zum erstenmal), welche an „runden Tischen“ oder auf ähnlichen Podien saßen, draußen im Lande blieb alles beim alten. Weshalb auch niemand groß erstaunt war, als es erprobten Experten parteipolitischer Arkanpolitik im Handumdrehen gelang, den Gesprächsstrom in altgewohnte, engverschlungene Kanäle (des parlamentarischen Kommissionswesens) umzulenken. Wo er dann praktisch folgenlos versickern sollte.

So hat diese Republik anlässlich ihrer Vereinigung und gemessen an Kants Maxime nur einen „pragmatisch“ habilitierten Wachstumsschub erlebt: sie kommt nun, „selbständig“ geworden, ohne Protektion aus, ist aber „moralisch“ kaum reifer geworden. Man merkt das, erstens, daran, wie ihre Repräsentanten mit der neuen Souveränität nach außen umgehen. Somalia steht dafür als bezeichnendes Exempel: Deutsche Soldaten mußten unbedingt dorthin, um allen zu beweisen, daß „wir“ wieder wer sind und uns nicht scheuen, auf globaler Ebene jene Rolle zu übernehmen, die dem neuen Status gemäß zu sein schien – bereit, überall auf der Welt einzugreifen, wo abendländische oder einfach deutsche Interessen auf dem Spiel stehen. Das „handlungsentlastete“ Raisonement über die Konsequenzen für das Eigenleben der Republik blieb dabei auf der Strecke. Zweitens gibt es Indizien im Innern: das offenbar virulente, spürbar anschwellende, verquält herausgepreßte oder lauthals hinausposaunte Gefühl, es müsse der Staat Flagge zeigen, die Nation ihre Ehre finden und das Volk seine Identität verteidigen, steht für Selbstfindungswirren, die noch lange nicht abgeschlossen sind. Verknüpft man solche Phänomene miteinander und unterstellt des weiteren, daß, wie bei kleinen Kindern üblich, der plötzliche Entzug des gewohnten Konsums unberechenbare Frust-Reaktionen auslöst, dann erscheint der Deutschen Zukunft kaum weniger bedrohlich als ihre Vergangenheit: „Ambitionen auf einen Großmacht-Status nach außen, soziale Erschütterungen im Innern – das sind zwei bedenkenswerte Phänomene für jene, die eine geschichtliche Erfahrung nicht vergessen haben, die zu frisch ist, um das neue Deutschland nicht mit wachsamen Augen zu beobachten.“ (Le Monde)

Natürlich ist das sehr pauschal gesprochen; der genauere Blick mag manches anders und manches andere sehen. Die folgenden Analysen sind in diesem Sinne speziell. Sie beschäftigen sich mit einzelnen Aspekten des republikanischen Wachstumsprozesses, die eigentlich zusammengehören, gleichwohl aus separaten Diskussionssträngen entnommen sind:

1. der hitzigen Debatte um den deutschen Sonderweg, die eine Karriere in Historikerkreisen hinter sich hat und mit dem Problem befaßt ist, daß Deutschlands Geschichte ganz eigenen Gesetzen unterworfen war, deren Wirkung auch auf künftige Entwicklungen abfärben könnte (*Bernd Faulenbach*). Eine

dieser Spezialitäten schlägt sich

2. in der ewig jungen, neu entbrannten Suche nach dem rechten Staatsverständnis nieder; ihre Protagonisten schlagen sich seit je und jetzt wieder mit dem Spannungsverhältnis herum, das zwischen „westlicher“ Freiheit und „preußischer“ Obrigkeit sich auftut – jedenfalls für eine Gesellschaft, welche das eine will und von dem andern nicht lassen kann (*Klaus Erdmenger*). Auf demselben Terrain hat

3. das verkrampfte Reden über den sogenannten „Verfassungspatriotismus“ Konjunktur – eine sichtbar schwere Geburt, deren Bestimmung darin liegen soll, ganz „unverkrampft“ das Selbstbewußtsein des erwachsenen Deutschland auf die Höhe seiner neu gewonnenen Stärke zu bringen, ohne dabei jenen alten, fatalen und wieder erwachenden Geist zu beschwören, der armdutschen Wesen einmal die ganze Welt genesen lassen wollte. Eine einfache Revue dieser verschlungenen Debatte (*Andreas Keller*) erhellt u. a., wie weit

4. das patriotische Moment auch diejenige Macht erfaßt hat, deren politische Kultur eigentlich dagegen gefeilt schien: die Sozialdemokratie. Deren jüngere Tradition war ja wesentlich dadurch bestimmt, daß man dem prekären Idealismus der Nation den naiven Materialismus des Sozialen vorgezogen und in staatlich garantierter Wohlfahrt den eigentlichen „Zement der Gesellschaft“ gesehen hat – auscheinend ein Auslaufmodell, auch, ja gerade nachdem postkommunistische Regime die politische Bühne Europas betreten haben (*Christian Fenner*). Was die Anfälligkeit „unserer“ Sozialdemokratie angeht, so mag

5. zusätzlich eine politik-kulturelle Spezialität durchschlagen, die das Problem des „Sonderwegs“ wieder aufnimmt und für „beide deutsche Staaten“ nach dem Krieg aktualisiert (*Thomas Ahbe*); aufs Ganze gesehen, entsteht nämlich der Eindruck, als ob das innige Feindverhältnis zwischen den Teilmationen es jeder einzelnen allzu leicht gemacht habe, sich mit dem Hinweis reinzuwaschen, das „chauvinistische“ respektive „totalitäre“ Erbe werde von der jeweils anderen verwaltet – mit dem fatalen Effekt, daß keine die nationalistische Krankheit gründlich therapiert hat.

Zur „Unübersichtlichkeit“ turbulenter Zeiten wie diesen paßt es, wenn auf den folgenden Seiten statt Analysen Reflexionen angeboten werden – von denen man in solchen Perioden beides zurecht sagen kann: daß es davon schon genug gibt und nie genug geben kann.

Wolfgang Fach

- 1 Vgl. W. Fach/A. Ringwald, *Saving Germany, Curing Europe*, in: *Telos*, 1990, S. 91f., S. 99ff.
- 2 B. Guggenberger/T. Stein, *Strukturen und Motive der Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit*, in: dies. (Hrsg.), *Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit*, München 1991, S. 9ff.

„Deutsche Sonderwege“. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis

Vom „deutschen Sonderweg“ wird in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen gehandelt, so daß es naheliegt, von „deutschen Sonderwegen“ zu sprechen. Bei aller Verschiedenheit der inhaltlichen Ausfüllung des Begriffs „Sonderweg“ ist jedoch festzustellen, daß er zum einen auf deutsche Spezifika abhebt, zum anderen meist Entwicklungen meint, d.h. auf bestimmte historische Tatbestände und Zusammenhänge bezogen ist und diese mit der Gegenwart in Beziehung setzt. Die Diskussion über den „deutschen Sonderweg“ bzw. „deutsche Sonderwege“ ist dementsprechend mit der Diskussion über deutsche Identität heute verweben.

Der Begriff „Sonderweg“ differiert gegenwärtig in vielen Hinsichten:

1. Teilweise wird er eher aspektbezogen verwendet, teilweise meint er die gesamte neuere deutsche Nationalgeschichte.
2. Teils setzt er einen „Normalweg“ voraus, teils meint er nur ein relatives Abweichen von anderen europäischen Ländern, meist ist er axiomatisch gesetzt, selten das Ergebnis eines methodisch reflektiert durchgeführten Vergleichs.
3. Überwiegend kennzeichnet er ein Abweichen von den westeuropäischen Nationen, insbesondere von Frankreich und England, teilweise ein Abweichen vom Westen und vom Osten und ist dann mit dem Begriff der Mittellage verbunden; aus universalgeschichtlicher Perspektive schwächt sich freilich seine Unterschiedlichkeit vom übrigen Europa, vor allem von Westeuropa ab.
4. Einerseits hebt er auf die außenpolitische Rolle der Deutschen, andererseits auf die innere politisch-soziale Entwicklung oder Eigentümlichkeiten der deutschen politischen Kultur ab, teilweise auf eine Kombination beider Aspekte.
5. Die Referenzeperioden in der Geschichte differieren: teilweise wird die gesamte neuere deutsche Geschichte angesprochen, häufig steht das Kaiserreich im Mittelpunkt, meist aber ist die NS-Zeit zentral und innerhalb dieser der Holocaust.

„Deutsche Sonderwege“

6. Es herrscht eine kritische Sicht des Sonderwegs vor, doch stehen daneben auch positive Wertungen; eine kritische Sicht der Vergangenheit verbindet sich häufig mit einem positiven Auftrag für Gegenwart und Zukunft.

Über die besondere deutsche Entwicklung wird seit dem 19. Jh. diskutiert.¹ Hier geht es um die aktuelle Diskussion, die mit der jüngeren historiographischen Diskussion in Beziehung gesetzt werden soll.

Es sollen dabei drei Komplexe angesprochen werden:

1. die Beurteilung von Nation und Nationalstaat,
2. die Frage deutscher Verantwortung in der internationalen Politik, insbesondere der Beteiligung an militärischen Aktionen (über den Verteidigungsfall hinaus),
3. das politisch-kulturelle Verhältnis zum Westen.

I

Offensichtlich macht ein Kernproblem der Deutschen heute die Beurteilung von Nation und Nationalstaat und das damit zusammenhängende Problem des Nationalismus aus: welche Bedeutung sollen Nation und Nationalstaat im deutschen politischen Bewußtsein haben, und wie ist deren Identität zu bestimmen, wie die Gefahr des Nationalismus zu bannen?

Die Frage erhält ihre Relevanz auf dem Hintergrund der Katastrophen des 20. Jhs., des Ersten Weltkrieges, der NS-Zeit, des Zweiten Weltkrieges, der im deutschen Namen verübten Verbrechen, der deutschen Teilung in der Nachkriegszeit. Alle diese Ereignisreihen werden mit dem deutschen Nationalismus in Verbindung gebracht, der zugleich mit den besonderen Schwierigkeiten der Nations- und Nationalstaatsbildung zusammengesehen wird.

Unbestreitbar ist damit ein zentraler Problemkomplex der neueren deutschen Geschichte angesprochen. In Deutschland lief der Prozeß der Nations- und Nationalstaatsbildung gegenüber Frankreich und England „verspätet“ ab, wofür die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches und die moderne Staatsbildung auf der Ebene der Territorien sowie bestimmte Ereignisreihen wie der Dreißigjährige Krieg und die daraus resultierenden politischen und ökonomischen Folgen verantwortlich gemacht werden.² Während Frankreich und England Industrialisierung, gesellschaftliche und politische Modernisierung auf der Basis eines gesicherten nationalstaatlichen Rahmens vollziehen konnten, fielen in Deutschland angesichts der „deutschen Verspätung“ die

Nationalstaatsbildung, die Industrialisierung und die soziale Frage, der Prozeß wachsenden politischen Partizipationsbestrebens der Gesellschaft, insbesondere des Bürgertums und die Frage einer zeitgemäßen Verfassungsordnung zusammen und führten zu sehr spezifischen Konfliktfigurativitäten, in denen sich die nationale Frage und andere Fragen amalgamierten.³

Mit diesem Grundtatbestand hängt es zusammen, daß sich ein demokratisches Nationalbewußtsein in der deutschen Gesellschaft vor 1914 nur unvollkommen, etwa in Teilen des Linksliberalismus und der Sozialdemokratie, entwickeln konnte, und daß der Nationalismus sich im Kaiserreich mit konservativen Interessen auflud und gegen die Demokratisierung gewendet wurde.⁴ Zugleich manifestierte dieser sich in einer imperialistischen, zur deutschen Isolierung („Einkreisung“) führenden Außenpolitik, die im Juli 1914 in den Krieg mündete. Die Nichtanerkennung der Niederlage und der Friedensbestimmungen 1919, verbunden mit beträchtlichen politisch-gesellschaftlichen Problemen der Ersten Republik, die von Anfang an um ihre Respektierung rechts wie links kämpfen mußte, stimulierten einen neuen extremen Nationalismus, der mit der NS-Machtübernahme für die deutsche Politik maßgeblich wurde.⁵ Die NS-Politik blieb nicht bei einer Revision des Versailler Systems stehen, sondern versuchte im Zweiten Weltkrieg eine deutsche Hegemonialstellung auf rassistischer Grundlage in Europa zu errichten, ein Versuch, der mit beispiellosen Verbrechen verbunden war.

Die deutsche Teilung war sowohl Folge des vom nationalsozialistischen Deutschland herbeigeführten Krieges als auch Resultat des sich daraus entwickelnden, ideologisch fundierten Ost-West-Konfliktes; der deutsche Nationalstaat schien an sein Ende gekommen zu sein. War auch die Wiederherstellung der deutschen Einheit für große Teile der Deutschen in Ost und West in der Nachkriegszeit eine Selbstverständlichkeit, so begannen sich doch die Deutschen seit den sechziger Jahren mit der Zweistaatlichkeit zu arrangieren. In der Bundesrepublik, weniger in der DDR, setzte sich – insbesondere in Teilen von Wissenschaft und Publizistik – die Meinung mehr oder weniger durch, der Nationalstaat sei angesichts zunehmender politisch-ökonomischer Interdependenzen und transnationalen Prozesse obsolet; besonders die Deutschen, deren Nationalstaat nur ein dreiviertel Jahrhundert existiert habe, hätten eine postnationale politische Identität (für die DDR wurde implizit etwas Analoges unterstellt), auszubilden, die ihren Ausdruck in einem Verfassungspatriotismus finden sollte, ein Gedanke, der formal in dem Berühren der SED-Führung um eine sozialistische Nation eine gewisse Entsprechung hatte.⁶

Die Umwälzung 1989/90 hat Deutschland und Europa grundlegend verändert: die Deutschen leben seitdem wieder in einem Nationalstaat, der freilich

„Deutsche Sonderwege“

Teil der Europäischen Gemeinschaft ist, deren Weiterbildung zur Europäischen Union im Vertrag von Maastricht durch die neue Konstellation, die deutsche Vereinigung und die Notwendigkeit, das größere Deutschland international einzubinden, mit stimuliert wurde. In Osteuropa, insbesondere auf dem Balkan und in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, teilweise aber auch in Westeuropa, erleben wir derzeit eine Revitalisierung des Nationalismus.⁷ Auch in Deutschland sind Tendenzen zu einer Stärkung des Rechtsextremismus und zur Herausbildung einer neuen Rechten nicht zu übersehen. Zugleich aber scheinen die Probleme der deutschen Vereinigung die Stärkung des Bewußtseins nationaler Solidarität zu verlangen.

Dies alles bildet den Hintergrund der gegenwärtigen deutschen Debatte über Nation und Nationalismus, die auf Tatbestände der besonderen deutschen Geschichte und Gegenwart rekurriert und in ihrer spezifischen Ausformung Besonderheiten aufweist, wenn man so will, den „deutschen Sonderweg“ fortzusetzen scheint.

Folgende Positionen lassen sich – idealtypisch – unterscheiden:

1. Der Nationalstaat ist anachronistisch, der Nationalismus gefährlich, es gilt beide zu überwinden. Die Deutschen sollen sich – besonders angesichts ihrer in der Katastrophe des Dritten Reiches gipfelnden Nationalgeschichte – als Europäer definieren und teils mit Europa, teils mit den Regionen identifizieren, in denen sie leben.⁸
2. Die Deutschen sollen endlich ein „normales Verhältnis“ zu Nation und Geschichte gewinnen. Der Nationalstaat ist keineswegs per se überholt, sondern stellt auch im ausgehenden 20. Jh. die normale staatliche Struktur in der internationalen Staatenwelt dar.⁹ Die Deutschen müssen lernen, ihre Interessen wieder zu definieren.¹⁰
3. Die Deutschen leben wieder in einem Nationalstaat, der Teil der Europäischen Union ist. Sie können sich nicht einfach aus ihrer Geschichte verabschieden, sondern haben, im Bewußtsein einer problematischen Geschichte, Nation und demokratisches Bewußtsein in einen festen Zusammenhang zu bringen.¹¹

Die in Teilen der westdeutschen Publizistik, Wissenschaft und Politik verbreitete erstgenannte Position ist im europäischen Kontext eher singulär; man mag sie als „postnationalen Sonderweg“ bezeichnen.¹² Zwar hat Maastricht in zahlreichen westeuropäischen Ländern Debatten ausgelöst, doch werden Europabewußtsein und Nationalbewußtsein in den großen europäi-

schen Ländern durchweg nicht als einander ausschließend betrachtet; die Substitution des Nationalbewußtseins durch Europabewußtsein erscheint hier undenkbar. Der französische Publizist Daniel Vernet hat gemeint, der Nationalstaat könne nur überwunden werden, wenn er zuvor angenommen worden sei, was von den Deutschen noch zu leisten sei.¹³ In der beschriebenen deutschen Tendenz mag man eine Fortsetzung des besonderen deutschen Weges sehen, der nicht zur Herausbildung eines selbstverständlichen Nationalbewußtseins geführt hat.

Doch auch die anderen beiden Positionen heben auf die spezifische deutsche Geschichte ab. Dies gilt zum Teil auch für die Position, die angestrengt nach „Normalität“ strebt, die, soweit sie nicht für die Vergangenheit die deutsche Besonderheit leugnet, gerade in dem Willen der bewußten Überwindung der Besonderheit dieser dialektisch verbunden bleibt.¹⁴

Unverkennbar bleibt die besondere deutsche Geschichte – verbunden mit differierenden Zeitdiagnosen – mehrdeutig; sie läßt unterschiedliche politische Optionen zu. Offensichtlich ist, daß den Problemen der jüngeren deutschen Geschichte nicht einfach zu entrinnen ist.

Vieles spricht aus unserer Sicht für eine Position, die sich zur deutschen Geschichte und ihrer Problematik bekennt und von hierher ein Selbstverständnis entwickelt, das das Wissen um diese Geschichte mit einem den Menschen- und Bürgerrechten verpflichteten demokratischen Bewußtsein und dem Willen zur europäischen Kooperation verbindet. In ihm wäre die Dialektik von Normalität und Besonderheit aufgehoben.

Allerdings stellt sich die Frage nach dem Nationsbegriff, an dem sich die deutsche Gesellschaft künftig zu orientieren hat. Traditionell ist in Deutschland wie in Osteuropa ein Nationsbegriff vorherrschend, für den Sprache, Kultur, „Blut“ – d.h. „objektive“ Merkmale – zentral sind, während in Westeuropa, insbesondere in Frankreich, Nation als „subjektive“ Willensgemeinschaft definiert wird.¹⁵ Gerade im Hinblick auf den europäischen Zusammenhang ist zu fragen, ob die Zurückdrängung des traditionellen, im Staatsbürgerrecht noch heute unmittelbar manifesten deutschen Nationsbegriffs zugunsten des westeuropäischen, zur Demokratie hin offeneren Nationsbegriffs nicht anzustreben ist, für den der Wille der Zugehörigkeit zur Nation konstitutiv ist.¹⁶

Die emotionalen Blockaden der Asyldebatte, die in ihren spezifischen Formen in den anderen europäischen Ländern ohne Parallele war, hingen u.a. auch damit zusammen, daß die eine Seite die Nation als Abstammungsgemeinschaft verteidigte, während die andere auf dem Hintergrund der Geschichte dazu tendierte, den Begriff der deutschen Nation überhaupt zu

negieren. Ein demokratischer Nationsbegriff könnte diese Blockaden auflösen und den Weg für eine realistische Einwanderungspolitik freimachen, die freilich an der Festlegung von Kriterien und Quoten der Einwanderung nicht vorbeikäme. Die Behandlung der Asylfrage läßt erkennen, daß Versuche der Verarbeitung der Vergangenheit zu spezifischen Problemwahrnehmungen führen können.

II

Ein zweiter Diskussionszusammenhang, in dem der Begriff „deutscher Sonderweg“ gegenwärtig inflationär gebraucht wird, kreist um die Frage nach der deutschen Verantwortung in der internationalen Politik im allgemeinen und der Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Militäraktionen der UNO bzw. im Auftrag der UNO im besonderen. Auch in diesem Kontext spielt die besondere deutsche Geschichte wiederum eine beträchtliche Rolle.

Das Scheitern der 48er Revolution und Bismarcks Reichsgründung waren wesentliche Voraussetzungen für die Herausbildung eines spezifischen Begriffs der „Realpolitik“ in Deutschland.¹⁷ Bismarcks Satz vor der Budget-Kommission des Preußischen Abgeordnetenhauses, daß „die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut entschieden“ würden, ist unzählige Male seit der Reichsgründung in Deutschland zitiert worden.¹⁸ Es entwickelte sich geradezu ein – von Treitschke und anderen autoritativ formulierter – Politik-Begriff, der um den Begriff der Macht kreiste. Zahlreiche Historiker und andere Gelehrte sahen ihre Aufgabe darin, den Deutschen die Einsicht in die Machtrealitäten zu vermitteln, Machtbewußtsein zu fördern und die Orientierung am Primat der Außenpolitik durchzusetzen.¹⁹ Diesem Politik-Begriff inhärent war seine Bezogenheit auf die deutsche Nation und ihren Selbstbehauptungswillen in der Welt, mit ihm verbunden war eine spezifische Verachtung des Völkerrechts und aller Versuche, supranationale Strukturen zu schaffen, eine Tendenz, die von vornherein der Idee eines Völkerbundes skeptisch gegenüberstand. Allerdings hat die bürgerliche und sozialdemokratische Linke sich für die Ideen von Völkerrecht und Völkerbund, der auch die Vorstellung einer internationalen Ordnungsmacht einschloß, eingesetzt, ein Tatbestand, der eine gegenüber der gegenwärtigen Diskussion in gewisser Weise umgekehrte Frontstellung von links und rechts erkennen läßt.

Die dominante Linie deutscher Außenpolitik seit dem Kaiserreich war – nur partiell modifiziert in der Außenpolitik der Weimarer Republik – die eines deutschen Weges der machtpolitischen Behauptung gegenüber dem Osten

und Westen, eine Politik, die nach 1933 zunehmend den Weimarer Revisionismus, der die Bestimmungen des Versailler Friedens zu überwinden suchte, transzendierte und auf die Errichtung einer Hegemonialstellung über Europa hinauslief.²⁰ Die Eroberungs- und Vernichtungspolitik des NS im Zweiten Weltkrieg läßt sich als extreme Übersteigerung bestimmter deutscher außenpolitischer Traditionen interpretieren.

Die deutsche Teilung und die Integration der beiden deutschen Staaten in die Bündnissysteme der Nachkriegszeit hatten den Verlust einer autonomen deutschen Außenpolitik zur Konsequenz. Die DDR-Außenpolitik blieb über weite Strecken – möglicherweise geringfügig abgeschwächt seit den ausgehenden siebziger Jahren – eine Funktion sowjetischer Politik. Zwar erweiterte sich der Spielraum der bundesdeutschen Außenpolitik im Laufe der Zeit, insbesondere seit der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition; doch lag eine selbständige Machtpolitik ebenso jenseits ihres Horizontes wie die Beteiligung an militärischen Aktionen außerhalb des Bündnisbereiches.

Die Umwälzung 1989-91 hat die weitpolitische Konstellation und die deutsche Rolle in dieser grundlegend verändert. Im Hinblick auf die deutsche Außenpolitik ergeben sich unter Rekurs auf die deutsche Vergangenheit verschiedene Positionen, die idealtypisch wie folgt gekennzeichnet werden können:

1. Auf Grund ihrer besonderen Geschichte, namentlich der Macht- und Eroberungspolitik NS-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, darf Deutschland sich aus moralischen wie politischen Gründen an Militäraktionen nicht beteiligen, soweit es sich nicht um den Verteidigungsfall handelt.²¹
2. Deutschland hat sich wie ein „normaler Staat“ zu verhalten, was angesichts seiner militärischen und politischen Potenz die Wahrnehmung eines höheren Maßes an internationaler Verantwortung einschließt als bei der alten Bundesrepublik, für die andere handelten.²² Die Vergangenheit darf die Deutschen heute an dieser Aufgabe nicht hindern; sie müssen ein realistisches Verhältnis zur Machtpolitik zurückgewinnen, die „Machtvergessenheit“ überwinden.²³
3. Die Deutschen haben angesichts ihrer Geschichte, zu der der Juden-Genozid gehört, eine besondere Verantwortung, zur Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten universal beizutragen, was eine Beteiligung an entsprechenden UN-Aktionen zur Schaffung von Frieden und zur Verhinderung von Völkermord als zwingend erscheinen läßt.²⁴

So unterschiedlich die Schlußfolgerungen auch sind, so herrscht im allgemeinen die negative Charakterisierung des „deutschen Sonderwegs“ vor.

„Deutsche Sonderwege“

Seinen Höhepunkt hat dieser aus vorherrschender Sicht in der NS-Gewaltpolitik gefunden, innerhalb derer freilich unterschiedliche Aspekte – teils die Eroberungspolitik, teils der Juden-Genozid – in den Vordergrund gerückt werden. Aus ihr gefolgert wird eine besondere Verpflichtung – und sei es zum Nichtstun – für die deutsche Politik, die auch die Variante umfaßt, bewußt „normal“ zu handeln, was so viel heißt wie in Analogie zu England und Frankreich zu handeln.

Aus der Annahme einer negativen Besonderheit wird vielfach ein spezifischer positiver Auftrag, eine besondere Verpflichtung gefolgert, was so weit gehen kann, daß aus der negativen Besonderheit ein positiver neuer „Sonderweg“ für die Deutschen abgeleitet wird, der freilich auf Kritik ausländischer Beurteiler stößt. Vereinzelt wird die deutsche Geschichte sogar wieder in hellerem Licht gesehen und von hierher ein besonderer positiver deutscher Auftrag formuliert, wie Alfred Mechttersheimers Buch „Friedensmacht Deutschland“ zeigt.²⁵ Mechttersheimer nimmt eine „relativ kriegsfreie Geschichte der Deutschen“ an, ein „historischer Besitzstand“, der auch „durch deutsche Mitschuld am Ersten und Schuld am Zweiten Weltkrieg nicht zerstört“ worden sei. In der deutschen Öffentlichkeit gebe es eine „konstante und ausgeprägte Abneigung gegen die kriegerische Lösung von Konflikten wie in keinem anderen Land“. Mechttersheimer proklamiert deshalb ein nationales Selbstverständnis, das Deutschland bewußt als „Friedensmacht“ begreift. Er will Patriotismus und Friedenspolitik amalgamieren. Deutschland hat aus seiner Sicht gute Voraussetzungen dafür, zu einer „moralischen Großmacht“ zu werden.²⁶

Zu Positionen wie der Mechttersheimers hat Luigi Vittorio Ferraris kritisch angemerkt, es gehe heute in Europa um die Bereitschaft, „kollektive Entscheidungen [der UN] mitzutragen“ und sich nicht hinter Moral oder Behutsamkeit zu verstecken: „Deutschland droht heute der Versuchung einer moralisierenden Rolle zu erliegen“; es erhebe den Anspruch, belehren zu wollen, es erhebe Vorwürfe gegenüber denjenigen, „die nicht dieselben, angeblich moralischen Maßstäbe anwenden“.²⁷

Der Versuch, aus der nationalen Geschichte etwas Bestimmtes lernen zu wollen, wird tatsächlich da problematisch, wo nicht nur Schlußfolgerungen für die deutsche Politik, sondern auch Anforderungen im Hinblick auf die Politik der anderen erhoben werden und darin ein Überlegenheitsbewußtsein seinen Ausdruck findet.

Auf der anderen Seite aber wird man fragen können, ob die Deutschen in jeder Hinsicht die französischen und englischen Maßstäbe – etwa eine gewisse Unbedenklichkeit gegenüber militärischen Interventionen in der internationa-

len Politik, die man u.a. als Folge der Kolonialpolitik sehen mag – übernehmen müssen. Peter Glotz, ansonsten stets für eine Orientierung an Westeuropa plädierend, hat kritisch angemerkt: Während vor und nach dem Ersten Weltkrieg der Gegensatz deutscher Kultur gegenüber westlicher Zivilisation scharf betont worden sei, gebe es nun manche Deutsche, die gleichsam politisch Franzosen oder Engländer sein wollten; der Begriff „Sonderweg“ sei damit lediglich „umgekehrt“ worden.²⁸ Allerdings stellt sich angesichts der unterschiedlichen Einschätzungen die Frage, wie eine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union möglich sein soll, wenn in wichtigen Grundfragen die politisch-kulturellen Überzeugungen auseinandergehen. Eine deutsche Isolierung könnte tatsächlich die Folge sein. Ferraris hat formuliert: „Wenn sie [die Deutschen] als normale Europäer gelten wollen, müssen sie sich auch als solche benehmen.“²⁹

III

Kaum diskutiert wird gegenwärtig die Frage eines besonderen deutschen Weges der politisch-sozialen Entwicklung, die lange Zeit die westdeutsche Diskussion bestimmt hat. Wohl aber wird erneut das mit dieser Frage verknüpfte Verhältnis zur westlichen politischen Kultur erörtert, womit ein altes Thema wieder aufgegriffen wird.³⁰

Seit dem frühen 19. Jh. überlagern sich in der deutschen Diskussion Fragen der politischen und sozialen Modernisierung mit Fragen des deutschen Selbstverständnisses und des Verhältnisses der Deutschen zur politisch-kulturellen Entwicklung des Westens. Neben dem bei Liberalen und Demokraten verbreiteten Wunsch, die deutsche Rückständigkeit gegenüber dem Westen aufzuholen, trat zunehmend ein von konservativem politisch-gesellschaftlichen Interessen mitbestimmter Unterscheidungswunsch gegenüber dem Westen, der sich seit den siebziger Jahren des 19. Jhs. zur Vorstellung einer besonderen politisch-sozialen und kulturellen Entwicklung verdichtete. In Teilen der deutschen Öffentlichkeit, in Wissenschaft und Publizistik artikulierten sich Stimmen, die die Verfassungsstrukturen des Kaiserreiches als spezifisch deutsche, den westlichen im Hinblick auf die Bewältigung des sozialen Wandels überlegene Ordnung interpretierten und die herausragende Bedeutung der deutschen Kultur hervorhoben – Anschauungen, die in den „Ideen von 1914“ gipfelten und modifiziert im antidemokratischen Denken der Weimarer Zeit weiterlebten.³¹ Sie trugen entscheidend zur Destruktion der ersten deutschen Republik, die als Import aus Westeuropa attackiert wurde,

bei und bereiteten das Dritte Reich intellektuell vor.³² Tatsächlich hat sich das Dritte Reich als Fortführung, Steigerung und Vollendung des besonderen deutschen Weges dargestellt; allerdings bewegte sich auch die Opposition des 20. Juli teilweise in diesen spezifischen deutschen Denktraditionen.³³

Die beispiellose Katastrophe, in der dieser deutsche Weg endete, schwächte die Idee eines positiven besonderen deutschen Weges nachhaltig. Während in der von der Sowjetunion geprägten DDR im Zeichen des Ost-West-Konfliktes antiwestliche Orientierungen der vorhergehenden Zeit teilweise bewußt weitergepflegt wurden, öffnete sich Westdeutschland zunehmend der westlichen politischen Kultur, was man mit Jürgen Habermas als die Leistung der politisch-kulturellen „Klasse“ der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit bezeichnen mag.³⁴ Dazu gehörte nicht nur die Hinwendung zur politischen Philosophie der Aufklärung und die Absage an Denktraditionen des Irrationalismus, sondern auch die Durchsetzung der Wertorientierungen und Konfliktformen einer „bürgerlichen Gesellschaft“, nicht zuletzt die Bejahung des parlamentarischen Systems. Verbunden damit war eine überaus kritische Sicht des deutschen „Sonderwegs“ in der Vergangenheit, wobei nicht selten das bisherige Bild mehr oder weniger beibehalten, nun aber negativ gewertet wurde.

Hatte es schon in der frühen Nachkriegszeit in West- und Ost-Deutschland eine breite Diskussion über den deutschen politisch-kulturellen Irrweg gegeben, so trat in den späten sechziger und in den siebziger Jahren in Wissenschaft und Publizistik der Bundesrepublik eine Denkrichtung in den Vordergrund, die auf der Basis von Modernisierungstheorien, die am westlichen Entwicklungsmodell orientiert waren, zu einer sehr kritischen Einschätzung der politisch-sozialen Entwicklung Deutschlands seit dem 19. Jh. gelangten.³⁵ Die deutsche Entwicklung war demnach u.a. durch das Ausbleiben einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution und eine dadurch verursachte partielle Modernisierung charakterisiert, für die ökonomisch-technische Modernisierung bei gleichzeitigem Fortbestehen traditionaler politischer Strukturen und Wertorientierungen kennzeichnend war. Besonders beleuchtet wurde dabei die Bedeutung der traditionellen vormodernen Eliten vom Kaiserreich bis in die NS-Zeit hinein. Verbunden mit dieser kritischen Sicht, die ihrerseits eine Antikritik hervorrief, waren Reformprogramme, für die die – im einzelnen sehr unterschiedlich ausgeformte – Idee der Demokratisierung zentral war.

Der politisch-gesellschaftliche Reformimpuls in der Bundesrepublik während der ausgehenden sechziger und frühen siebziger Jahre schwächte sich im Zeichen ökonomisch-ökologischer Krisen der Folgezeit rasch ab. Auch wurde die westliche, insbesondere auch die amerikanische Politik vielfach kritisch

gesehen, so daß Beobachter Tendenzen eines Antiamerikanismus glaubten konstatieren zu können. Auf wissenschaftlicher Ebene wurde von verschiedenen Seiten die Interpretation der neuesten deutschen Geschichte als eines „Sonderweges“ der Kritik unterzogen, indem die dabei zugrundegelegte westliche Folie ebenso in Frage gestellt wurde, wie ein bestimmtes Bild der „bürgerlichen Revolution“, das als verengt und partiell unhistorisch erwiesen wurde.³⁶ Gleichwohl herrschte bis 1989 in den meinungsführenden Kreisen der westdeutschen Gesellschaft ein breiter Konsens vor, die Verwestlichung der politischen Kultur inklusive der Anerkennung ihrer intellektuellen Grundlagen als wesentlichen Fortschritt deutscher Geschichte zu betrachten. Zwar tauchten hier und da immer wieder Vorstellungen eines dritten Weges – etwa im Kontext der Friedensbewegung – auf, doch blieben diese Vorstellungen insgesamt gesehen marginal,³⁷ auch eine neue Diskussion über Mitteleuropa blieb zunächst politisch noch folgenlos.³⁸

Seit 1989 wird dieser Konsens von mehreren Seiten in Frage gestellt, zum einen aus der ehemaligen DDR, zum anderen von Teilen der westdeutschen Publizistik. In der DDR waren nicht nur traditionale deutsche Mentalitäten und Orientierungen stärker bewahrt worden als in der offenen Gesellschaft Westdeutschlands, auch die Intellektuellen waren ungleich weniger mit dem westlichen Denken in Berührung gekommen.³⁹ Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, daß auch wesentliche Teile der Bürgerrechtsbewegung der Vorstellung eines „Dritten Weges“, in dem man die Wiederkehr älterer deutscher Ideen eines „Dritten Weges“ setzen mag, verhaftet blieben, eines Weges, für den freilich 1989/90 jede Realisierungschance fehlte.⁴⁰ Angesichts der Vereinigungskrise stößt heute die Ausbreitung westlicher politisch-kultureller Handlungsmuster und Ideen in den neuen Bundesländern auf Widerstände, insbesondere auch bei Intellektuellen. Von hierher werden kritische Anfragen an die westliche politische Kultur gestellt, wobei freilich die alternativen Orientierungen eher schemenhaft bleiben.

Kritik wird aber auch in der westdeutschen Publizistik geübt. Es wird gefragt, ob sich die deutsche politische Kultur nicht wieder stärker der existentiellen Dimension des Politischen öffnen müsse.⁴¹ Kritisch beleuchtet wird von einigen jüngeren Historikern und Publizisten um Rainer Zitelmann die Reeducation-Politik der Nachkriegszeit; sie lehnen eine Ideologisierung der Westbindung ab, die sie in der deutschen Gesellschaft glauben feststellen zu können.⁴² In diesem Kontext wird meist die kritische Sonderwegsthese verworfen, die neuere deutsche Geschichte nicht mehr von der NS-Zeit her gesehen, was freilich – wie im sog. „Historikerstreit“ 1986/87 – auf Widerstände stößt.⁴³

Beide kritischen Sichtweisen der westlichen politischen Kultur leiden daran, daß alternative politisch-kulturelle Orientierungsentwürfe kaum sichtbar sind. Eine gewisse Rückwendung zu deutschen kulturellen Traditionen scheint sich hier und da anzudeuten, eine Tendenz, die n.a. auch dadurch gefördert wird, daß deutsche Denkströmungen – die durch ihre vermeintliche oder reale Nähe zum Dritten Reich und seinen Ideologemen als diskreditiert galten – nunmehr neues Interesse finden; erinnert sei nur an Nietzsche oder auch an Carl Schmitt, dessen Denken eine wachsende Attraktivität auslöst.⁴⁴ Botho Strauß und andere kritisieren Demokratie und Massengesellschaft in einem Duktus, der an den älteren deutschen Kulturpessimismus erinnert.⁴⁵

Man wird diese Tendenz wohl nicht als symptomatisch für eine allgemeine Rückwendung zur Ideologie des deutschen Weges werten können; eine derartige Rückwendung wird in der meinungsführenden Öffentlichkeit nirgendwo offen propagiert.⁴⁶ Die Diskussionen in Deutschland sind verwoben mit der internationalen Diskussion bzw. haben in nicht wenigen Ländern ihre Parallele; politisches Denken ist nur noch bedingt national gebunden.

Die vielfache Betonung der deutschen Mittellage hat bislang keine erkennbaren politisch-kulturellen Folgen, da ein west-östliches Entwicklungsgefälle augenfällig ist und im Osten kaum intellektuell faszinierende auf den Westen ausstrahlende Tendenzen entstanden sind; hier scheint sich ein mühsames, von Regressionen bedrohtes Nachholen der westlichen Entwicklung anzudeuten; jedenfalls ist keine positive normgebende Perspektive sichtbar. Allerdings wächst in Teilen der deutschen Öffentlichkeit die Tendenz, deutsche Interessen gegenüber den westeuropäischen Partnern stärker zu akzentuieren und Vorbehalte gegenüber der europäischen Integration zu formulieren, was man als Indiz für eine partielle Rückwendung zum nationalstaatlichen Denken sehen mag, die freilich nicht gleichbedeutend mit einem politisch-kulturellen Sonderweg wäre.

Insgesamt gesehen jedenfalls steht die westliche Prägung der politischen Kultur Deutschlands nicht zur Disposition, auch wenn deren Akzeptanz in den neuen Bundesländern aufgrund ökonomischer, sozialer und mentaler Probleme und der Nachwirkung marxistisch-leninistischer Denkmuster gegenwärtig noch fraglich erscheint und auch mit Rückkopplungen von Diskussionen und Stimmungen des Ostens auf den Westen zu rechnen ist.

Über die politisch-kulturelle Entwicklung wird weniger in der intellektuellen Diskussion entschieden als in realen politisch-gesellschaftlichen Prozessen. Hier wird sich zeigen, inwieweit ein universalistischer Denkansatz, wie er von Karl-Otto Apel als Schlußfolgerung aus der problematischen jüngsten Geschichte gezogen wird, sich behaupten kann oder ob die von Hans Magnus Enzensberger jüngst formulierte Kritik an diesem Universalismus, die auf das

Vordringen perspektivloser Gewalt in der internationalen Politik wie in den westlichen Gesellschaften verweist, als politischer Maßstab Resonanz findet, – eine Kritik, in deren Konsequenz eine sehr skeptische Einschätzung der Zukunftsfähigkeit der deutschen zivilen Gesellschaft liegt.⁴⁷ Offen ist auch, inwieweit es in welchen Fristen gelingt, die vereinigungsbedingten Probleme in Deutschland zu lösen.

Resümierende Schlußbemerkungen

Zur gegenwärtigen Diskussion über deutsche Sonderwege lassen sich einige Punkte festhalten:

1. In den Diskussionen über die Neuorientierung deutscher Politik und das deutsche Selbstverständnis spielen Spezifika der deutschen Geschichte des 19. Jhs. eine wichtige Rolle. Die Diskussionen sind geradezu auf die deutsche Geschichte fixiert. Überwiegend herrscht dabei eine durch die NS-Zeit entscheidend geprägte kritische Sicht vor, doch sind daneben auch Tendenzen erkennbar, die diese Sicht zurückdrängen wollen zugunsten von Interpretationen, die die deutsche Entwicklung mehr oder weniger als Variante europäischer Normalität beschreiben oder gar deren Vorzüge hervorheben, mit der Gefahr, apologetischen Tendenzen Vorschub zu leisten. Diese Tendenzen sind nicht selten mit dem Willen verbunden, ein „normales Nationalbewußtsein“ zu revitalisieren.
2. Die kritische Sicht der deutschen Geschichte führt heute nicht mehr zu einheitlichen Schlußfolgerungen. Zwar wird von hierher durchweg eine besondere deutsche Verpflichtung postuliert, die jedoch unterschiedlich, nicht selten sogar gegensätzlich konkretisiert wird. In der Diskussion über die deutsche Haltung zum Golf-Krieg wurde mit Hinweis auf die besondere deutsche Geschichte sowohl eine deutsche Nichtbeteiligung wie eine Unterstützung der Politik der Alliierten gerechtfertigt. Ähnliches wiederholte sich in den Debatten über Bosnien und Somalia.
3. Auf der Basis der Anerkennung einer besonderen Problematik der jüngsten deutschen Geschichte ist deren Dialektik kaum zu entkommen: spezifische Haltungen werden von hierher ebenso begründet wie die Forderung nach bewußter „Normalität“. Der erstgenannten Position ist die Gefahr inhärent, aus den einzigartigen Verbrechen ganz spezifische moralische Folgerungen abzuleiten, die von ausländischen Beobachtern als „moralischer Triumphalismus“ empfunden werden, während die zweite dazu tendiert, die aus der deutschen Geschichte resultierenden Belastungen zu unterschätzen.

„Deutsche Sonderwege“

4. Die Tatsache, daß die Beschäftigung mit der besonderen deutschen Vergangenheit im Hinblick auf die Gegenwart keine eindeutige Wegweisung ergibt, macht deutlich, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zwar zur Klärung von gegenwärtigen Positionen beitragen kann, eine Analyse der Spezifika der gegenwärtigen Konstellation jedoch nicht ersetzt. Zu dieser Analyse gehört freilich auch die Untersuchung der Wirkungsmächtigkeit der Erinnerung an vergangenes Geschehen im Bewußtsein der verschiedenen Nationen.
5. Die aktuelle deutsche Diskussion weist – im internationalen Vergleich – Besonderheiten auf. Ob deshalb freilich auch im Hinblick auf die Gegenwart von einem „deutschen Sonderweg“ oder „deutschen Sonderwegen“ gesprochen werden sollte, erscheint zumindest anfechtbar, zumal „Normalität“ sich immer nur relativ bzw. relational bestimmen läßt. Zwar gibt es manche deutsche Spezifika, doch sind daneben auch eine Vielzahl von politisch-kulturellen Analogien und Gemeinsamkeiten mit den europäischen Nachbarn feststellbar, abgesehen davon, daß in Deutschland recht unterschiedliche Positionen und Orientierungen konkurrieren und die deutsche Diskussion – trotz mancher provinziell anmutender Züge – mit der internationalen Diskussion verschränkt ist, die vor allem eines deutlich macht: die Schwierigkeit, angesichts der veränderten Konstellation in Europa und in der Welt Frieden und Entwicklung ermöglichende politische Strategien zu finden.

- 1 Siehe B. Faulenbach, „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1981, B 33, S. 3-21; *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?*, München/Wien 1982.
- 2 Vgl. zu diesem Themenkomplex O. Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990*, München 1993; B. Faulenbach, „Nation“ und „Modernisierung“ in der deutschen Geschichte, in: R. Zitelmann u.a. (Hrsg.), *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*, Frankfurt a.M./Berlin 1993, S. 103-126.
- 3 Vgl. P. Graf Kielmansegg, *Nachdenken über Deutschland*, Stuttgart 1980, S. 180; M. Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologische Konstellationsanalysen*, Göttingen 1993, S. 25ff.
- 4 H. A. Winkler, *Der Nationalismus und seine Funktionen*, in: ders. (Hrsg.), *Nationalismus*, Königstein 1985, S. 5-46, hier S. 14f.; Ch. Graf von Krockow, *Nationalismus als deutsches Problem*, München 1974.
- 5 Siehe U. Heilmann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983; O. Dann, *Nation und Nationalismus* (Anm. 2), S. 261ff.
- 6 Vgl. K.-E. Jeismann (Hrsg.), *Einheit – Freiheit – Selbstbestimmung. Die Deutsche Frage im historisch-politischen Bewußtsein*, Bonn 1987; B. Faulenbach, *Die Bedeutung der NS-Vergangenheit für das deutsche Selbstverständnis. Weitere Beiträge zum „Historikerstreit“ und zur Frage der deutschen Identität*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 30, 1990, S. 532-574, hier

Bernd Faulenbach

- S. 556ff.; Zur westdeutschen Diskussion überaus kritisch und teilweise einseitig J. Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*. Berlin/Frankfurt a.M. 1982.
- 7 Vgl. B. Faulenbach/H. Timmermann (Hrsg.), *Nationalismus und Demokratie. Gesellschaftliche Modernisierung und nationale Idee in Mittel- und Osteuropa*. Essen 1993; M. Jeismann/H. Ritter (Hrsg.), *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993.
 - 8 Siehe z.B. P. Glotz, *Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum*, Stuttgart 1990.
 - 9 R. Schröder, *Diskussionsbeitrag*, in: W. Hardwig/H. A. Winkler, *Deutsche Entfremdung. Zum Befinden in Ost und West*, München 1993, S. 156-161; K. v. Dohnanyi, *Das Deutsche Wagnis*, München 1990, S. 43ff.; J. Thies, *Perspektiven deutscher Außenpolitik*, in: R. Zitelmann u.a. (Hrsg.), *Westbindung* (Anm. 2), S. 523-536, insbes. S. 530ff. Siehe ferner *Comparativ* 3, 1993, H. 4.
 - 10 G. Schöllgen, *Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik*, Berlin/Frankfurt a.M. 1993, S. 153ff.
 - 11 Vgl. B. Faulenbach, *Den Gegensatz von Nation und Demokratie überwinden*, in: *Blätter für deutsche u. internationale Politik* 38, 1993, S. 690-692.
 - 12 Vgl. H. A. Winkler, *Abschied von einem deutschen Sonderweg. Wider die postnationale Nostalgie*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 40, 1993, S. 633-636 – Vgl. jetzt auch H. Lübke, *Abschied von Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben*, Berlin 1994, insbesondere S. 35ff.
 - 13 D. Vernet, *Was wird aus Deutschland?* Bergisch Gladbach 1993, S. 172f.
 - 14 Zur Kritik an der These, die Deutschen seien wieder „normal“ geworden vgl. J. Habermas, *Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder normal geworden*, in: S. Unseld (Hrsg.), *Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland*, Frankfurt 1993, S. 283-297.
 - 15 Siehe R. von Thadden, *Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich*, in: B. Giesen (Hrsg.), *Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins der Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1991, S. 493-510.
 - 16 Vgl. H. A. Winkler, *Abschied von einem deutschen Sonderweg* (Anm. 12), S. 636. Zur Kritik an dieser Position vgl. jetzt H. Lübke, *Abschied vom Superstaat* (Anm. 12), S. 45ff.
 - 17 Vgl. K.-G. Faber, *Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland*, in: *HZ*, Bd. 203, 1986, S. 1-45; B. Faulenbach, *Probleme der demokratischen Entwicklung in Deutschland seit dem Deutsch-Dänischen und dem Deutschen Krieg*, in: *Demokratische Geschichte* 5, 1990, S. 117-124.
 - 18 O. von Bismarck, *Gesammelte Werke*, Bd. 10, Berlin 1928, S. 139f.
 - 19 Vgl. B. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, München 1980, S. 16ff.
 - 20 Vgl. L. Dehio, *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./Hamburg 1961; A. Hillgruber, *Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945*, Düsseldorf 1980. Zur Weimarer Zeit siehe P. Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985.
 - 21 Vgl. P. Glotz, *Wider den Feuilleton-Nationalismus*, in: *Die Zeit*, 19.4.1991.
 - 22 Vgl. A. Baring, *Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler*, Berlin 1991, S. 125ff.; B. Seebacher-Brandt, *Die Linke und die Einheit*, Berlin 1991, S. 75ff.
 - 23 Vgl. G. Schöllgen, *Angst vor der Macht* (Anm. 10); H. P. Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985.
 - 24 Vgl. M. Brumlik, *Verantwortungsethik und Eazifisttus*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 40, 1993, S. 629-632.
 - 25 A. Mechttersheimer, *Friedensmacht Deutschland. Plädoyer für einen neuen Patriotismus*, Frankfurt a.M./Berlin 1993.

„Deutsche Sonderwege“

- 26 Zitate ebenda S. 376f., 379.
- 27 L. V. Ferraris, Die „guten“ Deutschen und ihr Sonderweg, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 40, 1993, S. 625-629. Ferner: A. Grosser, Deutsche Außenpolitik heute, ebenda, S. 619-624; P. Merseburger, Kritik des Germanismus, ebenda, 38, 1991, S. 351-354.
- 28 M. Bissinger/H.-U. Jörges (Hrsg.), SPD – Anpassung oder Alternative? Berlin 1993, S. 106ff.
- 29 Ferraris, Die „guten“ Deutschen (Anm. 27), S. 629.
- 30 Vgl. E. Troeltsch, Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturphilosophische Aufsätze, hrsg. von H. Baron, Tübingen 1925; H. Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart u.a. 1959; L. Krieger, The German Idea of Freedom, Boston 1957; B. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges (Anm. 19); H. Köhler (Hrsg.), Deutschland und der Westen, Berlin 1988; R. Zirkmann u.a. (Hrsg.), Westbindung (Anm. 2).
- 31 Vgl. B. Faulenbach „Deutscher Sonderweg“ (Anm. 1); ders., Ideologie des deutschen Weges (Anm. 19); ders., „Nation“ und „Modernisierung“ (Anm. 2), S. 110ff.; Ch. Graf von Krockow, Die Deutschen in ihrem Jahrhundert. 1890-1990, Hamburg 1990. – Zu den „Ideen von 1914“ vgl. H. Lübke, Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel u.a. 1963, S. 173ff.; W. J. Mommsen, Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage, München u.a. 1990, S. 87-105.
- 32 Vgl. K. Sontheimer, Autidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1964; B. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges (Anm. 19); A. Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt 1972; F. Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern u.a. 1962.
- 33 Vgl. B. Faulenbach, „Nation“ und „Modernisierung“ (Anm. 2), S. 116f.; Zum Widerstand vgl. H. Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Hamburg 1991, S. 233ff.
- 34 Zur DDR vgl. S. Meuschel, Legitimation und Parteienschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a. M. 1992, S. 67ff. Zur westdeutschen Entwicklung J. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt a. M. 1987, S. 115ff., 159ff.
- 35 Zur Diskussion der Nachkriegszeit vgl. J. Hermand, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik 1945-1965, München 1986, S. 46ff.; B. Eberan, Luther? Friedrich „der Große“? Wagner? Nietzsche? ...? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte über die Schuldfrage. 1945-1949, München 1983; Zur Diskussion der sechziger und siebziger Jahre siehe exemplarisch R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1969; H.-U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973. Vgl. B. Faulenbach, Emanzipation von der deutschen Tradition? Geschichtsbewußtsein in den sechziger Jahren, in: W. Weidenfeld (Hrsg.), Politische Kultur und deutsche Frage, Köln 1989, S. 73-92; ders., „Deutscher Sonderweg“ (Anm. 1), S. 14ff.
- 36 Siehe D. Blackburn/G. Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt/M. u.a. 1980; H. Grebing u.a., Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945. Eine Kritik, Stuttgart u.a. 1986; B. Faulenbach, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Zu neuen Gesamtdarstellungen und Interpretationen, in: Archiv für Sozialgeschichte 27, 1987, S. 499-528, insbes. S. 514ff. Zur Diskussion über das Bürgertum vgl. J. Kocka, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Eigenarten, in: ders. (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. I, München 1988, S. 11-76.
- 37 Vgl. K. R. Korte, Der Standort der Deutschen, Köln 1990, S. 82ff.
- 38 S. Papcke/W. Weidenfeld (Hrsg.), Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988; D. Spangenberg (Hrsg.), Die blockierte Vergangenheit. Nach-

Bernd Faulenbach

- denken über Mitteleuropa. Berlin o. J. [1987].
- 39 Vgl. W. Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992, S. 71ff.
- 40 Vgl. E. Jesse, Der „Dritte Weg“ vor und nach der Wiedervereinigung, in: R. Zitelmann u.a. (Hrsg.), Westbindung (Anm. 2), S. 215-241, insbes. 229ff.
- 41 Vgl. A. Baring, Deutschland, was nun? (Anm. 22).
- 42 Vgl. die Beiträge von Kondylis, Straub, Großheim, in: R. Zitelmann u.a. (Hrsg.), Westbindung (Anm. 2), S. 21ff.; 323ff.; 391ff. Der Band enthält allerdings, was in der Kritik teilweise übersehen wird, Beiträge, die diese Positionen keineswegs teilen, etwa die Beiträge von Faulenbach, Hacke und Jesse, S. 103ff., 129ff., 215ff.
- 43 Siehe ebenda die Einleitung der Herausgeber unter dem Titel „Wir Deutschen und der Westen“, insbes. S. 15ff.; vgl. auch M. Backes/E. Jesse (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./Berlin 1992. Siehe demgegenüber W. H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt a.M. 1990. Vgl. auch H. Theißen, Auf dem rechten Weg in die vermeintliche Normalität. Nationalismus, Europa-Skepsis und Geschichtsklitterung stehen im wiedervereinigten Deutschland hoch im Kurs, in: Frankfurter Rundschau, 4.1.1994, S. 12. – Der Historikerstreit ist dokumentiert in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1989.
- 44 Vgl. J. Kirchhoff, Nietzsche, Hitler und die Deutschen. Die Perversion des Neuen Zeitalters. Vom unerlösten Schatten des Dritten Reiches, Berlin 1990; R. Walther, Der verführerische Gestus. Zur fortwährenden Renaissance von Carl Schmitt, in: Süddeutsche Zeitung, 3.1.1994, S. 11; ferner: D. van Laak, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993.
- 45 Vgl. C. Leggewie, Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1993, S. 114ff.
- 46 Zahlreiche Stimmen wenden sich gegen einen neuen deutschen politisch-kulturellen Sonderweg. Siehe z.B. Ch. Graf von Krockow, Die Deutschen vor ihrer Zukunft, Berlin 1993, S. 97ff.
- 47 O. Apel, Zurück zur Normalität? Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben? Das Problem des (welt-)geschichtlichen Übergangs zur postkonventionellen Moral aus spezifisch deutscher Sicht, in: ders., Diskurs und Verantwortung. Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral, Frankfurt a.M. 1992; H. M. Enzensberger, Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt a.M. 1993.

Versuch über den starken Staat Leitlinien der neuesten Staatsdiskussion

Ausgerechnet Carl Schmitt stellt im Vorwort – 1963 – zu seinem „Begriff des Politischen“ (1932) sichtlich resigniert fest: „Die Epoche der Staatlichkeit geht jetzt zu Ende“, damit werde „der Staat als der Träger des erstaunlichsten aller Monopole, nämlich des Monopols der politischen Entscheidung, dieses Glanzstück europäischer Form und occidentalen Rationalismus ... enthronet“.¹ Man möchte diesem Befund auf Grund schierer empirischer Evidenz einfach zustimmen, zögert dann aber doch, und sei es einfach angesichts der jüngsten Carl-Schmitt-Renaissance.

1. Die Auflösung des starken Staates

Zum einen scheint klar, daß „Souveränität nach außen und hierarchische Kompetenz im Innern“ – Kern der „klassischen“ Staatsidee – nicht mehr vorausgesetzt werden können, zum anderen aber steht zu befürchten, daß es dem „fragmentierten, polyarchischen und vielfach vernetzten“ Staat kaum gelingen wird, Gesellschaft zu ermöglichen.² „Es gibt keine Gesellschaftsordnung, es sei denn eine politische, und das heißt eine staatliche.“³

Bedeutet also der Rückfall hinter die „Erkenntnis der Unumgänglichkeit nicht nur, sondern der Einzigartigkeit des Staates“⁴ ein „neues Mittelalter“⁵? „Mittelalter“ ist hier natürlich Menetekel, steht für Willkür, defizitäre oder nicht vorhandene Rechtsordnung, Fragmentierung etc. „Heuristisch“ zu fragen wäre immerhin, ob ein „neues Mittelalter“ auf hohem zivilisatorischen Standard nicht einem frühneuzeitlichen Staatsabsolutismus vorzuziehen wäre. Es ist gewiß eine frivole Frage. Aber liegen in der neueren Staatsdiskussion nicht affirmative Antworten vor? Die avancierte Systemtheorie macht uns auf die „Ironie des Staates“ aufmerksam, die wohl darin besteht, daß der Staat nur noch scheint, was er längst nicht mehr ist, nämlich fähig, durch steuernde Interventionen gesellschaftliche Ordnung zu stiften. Solche Ordnung sei nur noch „möglich aus einem spezifischen, voraussetzungsreichen Zusammenspiel autonomer Akteure“. Ordnung durch Hierarchie, Planung, Steuerung sei

„antiquiert“.⁶ Das Politische hat somit eigentlich keinen zentralen Ort mehr, von dem aus gesteuert werden könnte. Außerdem: „Mein Argument nun ist, daß Steuerung ein schrecklicher Irrtum ist und besser unterbleiben sollte.“⁷ Und wo das Politische nicht überhaupt verschwindet, rutsches in „Subpolitiken“ ab, die nicht mehr allein in staatlichen oder doch öffentlichen Institutionen gemacht werden: es wird „zwischen offizieller, etikettierter Politik (des politischen Systems) und Subpolitik (im Sinne von Subsystempolitik) unterschieden“.⁸ Und schließlich verliert Politik – in einer anderen Theorievariante – jeden institutionellen Ort. In einer „zivilen Gesellschaft“, „einer Assoziation von Bürgern, die sich nicht mehr als eine fest gegliederte, historisch abgeschlossene quasi körperhafte Einheit erfährt“, wird sie zum „Projekt“, das „die Bedingungen seiner eigenen Programmierung ständig zur öffentlichen Disposition stellt“.⁹ Staat im konventionellen Sinne ist hier nicht mehr nötig, Institutionen sind temporäre, jederzeit widerrufbare Erscheinungen, die als „ermöglichende Struktur“ (Dispositiv) zur Umsetzung zivilgesellschaftlicher ad-hoc-Entscheidungen fungieren. Diesen – hinsichtlich ihrer theoretischen Fundierung und ihrer (theorie-)politischen Intentionen – gewiß ganz unterschiedlichen Auffassungen ist eines gemeinsam: sie glauben mit Carl Schmitt, daß die klassische Staatlichkeit historisch überwunden sei, sind damit zugleich der Überzeugung, auch dessen Staatstheorie obsolet gemacht zu haben.

2. Die Verteidigung des starken Staates

Demgegenüber erweist sich Staatlichkeit nicht nur in den Diskursen der deutschen Staatsrechtslehrer, sondern auch in politisch publizistischen als ausgesprochen vital. Daß das so ist, gründet gewiß nicht allein in ideologischer Verblendung. Für diese Art von „Staatsidee“ spricht gewissermaßen die historische Entwicklungslogik. Mit Norbert Elias läßt sich der Staat als Ergebnis im „Prozeß der Zivilisation“ begreifen. Es findet Machtkonzentration durch Machtenteignung (zentrifugaler – feudaler – Gewalten) statt. „Die freie Verfügung über militärische Machtmittel ist dem Einzelnen genommen und einer Zentralgewalt vorbehalten“¹⁰ – Max Webers „Monopol physischer Gewaltsamkeit“ in anderen Worten. Um die Erosion dieses Monopols geht im Grunde die ganze Debatte. Unter Berufung auf Hobbes und Bodin wird der Staat dann eben als „der mit großer Macht verhinderte Bürgerkrieg“¹¹ verstanden. Und Bürgerkrieg in dieser Lesart muß seine Motive nicht aus den religiös-konfessionellen Überzeugungen des europäischen 16. und 17. Jhs. schöpfen, sie können auch Ideen des 20. Jhs. angehören oder egoistischer Interessen-

verfolgung durch gesellschaftliche Organisation entspringen. Bürgerkrieg mithin ist als Gefahr omnipräsent, der starke Staat hat es also auch zu sein. Mit dessen Stärke aber ist es nicht weit her. „Er gleicht“ – in Rüdiger Altmanus vielzitierten Worten – „einem kastrierten Kater, deren Umfang zunimmt – was ihm fehlt, ist die Potenz.“¹² Ins Akademische übersetzt heißt das: „Machtverlust durch Funktionszuwachs“ (Dieter Grimm).

Nun könnte man ja auf Grund dieser Feststellung die These vertreten, daß, wenn der moderne Staat mit diesem Funktionszuwachs fertig wird, mithin seine „Funktionstüchtigkeit“ erweist, damit viel gewonnen wäre. Denn ein lange währendes und noch immer virulentes sozialliberales Credo lautet, der moderne Staat habe sich – positiv und progressiv – entwickelt aus dem absoluten Fürstenstaat mit effizienter Verwaltung zum liberalen Rechtsstaat, zum demokratischen Verfassungsstaat, schließlich zum „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsstaat – über enge Parteibenennungen hinweg. Die historisch jeweils voraufgegangene Qualität wurde – gut hegelianisch – in der folgenden als aufgehoben verstanden, als wohl verwahrt: das machtmopolistische Element harmonierte mit dem liberalen, dieses mit dem demokratischen und alle mit dem sozialen. Genau dies bestreitet eine Staatslehre, die in Funktionsausweitung und -wandel einen Souveränitätsverlust des Staates ausmacht und sich die Frage stellt, ob nicht „Staatlichkeit in dem Maße abgebaut wird, in dem sie sich in Sozialstaatlichkeit verwandelt“¹³. Im Grunde passierte das schon, als Herrschaftsbeziehungen in Rechtsverhältnisse umgewandelt wurden: „Dafür zahlte man einen hohen Preis. Man gab den Souveränitätsbegriff in Wahrheit auf.“¹⁴

Was aber – so fragte der aufgeklärte Zeitgenosse des Sozialstaats – ist daran so schlimm? Die „Gefahr einer pluralistischen Auflösung der Staatsgewalt“ kann er so bedrohlich nicht finden, und daß der Staat seine Stabilität von der Industriegesellschaft „endehnt“, ist ihm eine Selbstverständlichkeit des common sense.¹⁵ Doch damit verfällt er – nach Carl Schmitt – jenen Illusionen, „mit denen sich die Menschen in Zeiten ungetrübter Sekurität über politische Wirklichkeiten gern hinwegtäuschen“.¹⁶ Denn nicht diese Zeiten sind das Entscheidende, sondern der „Ernstfall“ ist es: „Die absolute Grenze des Staates der Industriegesellschaft ist mit dem Ernstfall bezeichnet, also mit dem Fall, in dem es um Sein und Nichtsein, ums Überleben geht.“ Die Konsequenz daraus heißt: „Staaten ohne Ernstfall“ werden nicht mehr Subjekt, nur noch Objekt der Geschichte sein. Außer Zweifel steht dabei, daß die Bundesrepublik der Staat nicht ist, der dem „Ernstfall“ gewachsen wäre: „ob sie sich zum Staat regenerieren kann, wird für ihr Überleben auf lange Sicht entscheidend sein.“¹⁷

3. Die Renaissance des starken Staates

Der Ernstfall in seiner dramatischen Zuspitzung Carl Schmittscher Observanz steht nicht an. Aber würde der oben apostrophierte aufgeklärte Zeitgenosse des Sozialstaats heute – nach 1989/90, nach dem „Zeiten ungetrübter Sekurität“ – noch ähnlich „antietatistisch“ fragen? Der Ruhe des Kalten Krieges sind die Turbulenzen des „heißen Friedens“ (Margarita Mathiopoulos) gefolgt. Gesellschaftliche Desintegration in Verbindung mit der „Veräimigungskrise“ (Helmut Schmidt) bringen Probleme neuer Qualität hervor, in deren Folge oder als deren Ursache weitere Krisen ausgemacht werden: die der Ökonomie und ihres Wachstums, die des Sozialstaats wegen dessen nachlassender Leistungsfähigkeit, die der gemeinschaftsstiftenden Werte angesichts ihres „Verfalls“, die der außen- und sicherheitspolitischen Orientierung durch neu gewonnene Souveränität... Besorgt wird in seriösen Zeitungen gleich serienweise nach dem Konsens gefragt, der bedroht sei und den der Staat „braucht“ (Süddeutsche Zeitung 1993) oder kritisch den „Stand der Zivilisation“ geprüft (Frankfurter Rundschau 1993).

Bei aller Differenz in Ansatz, Anspruch und Ergebnis scheint allen Beitragern eines gemeinsam: bisher im intellektuellen Diskurs – jedenfalls im „linken“ – unbestrittene Gewißheiten werden modifiziert, revidiert, dem Zweifel ausgesetzt. Prominenteste Opfer solchen Zweifels scheinen die oben (unter 1.) mehr fragmentarisch dokumentierten als umfassend dargestellten Positionen zu sein, die mit den Stichworten: gesellschaftliche Selbstkoordination, Selbststeuerung oder Selbstprogrammierung (die Begriffe werden nicht sehr trennscharf oder überhaupt synonym gebraucht) charakterisiert werden können. Ihre normativen Prämissen sind entschieden unterschiedlich, was sie eint, ist ihre antietatistische Stoßrichtung. Besonders die normativ anspruchsvollste zivilgesellschaftliche Variante mit ihrem emphatischen Begriff von „Selbstregierung“ bei Offenhalten ihrer institutionellen Struktur ist in Gefahr, nach der Erfahrung mit den jüngsten historisch aufgeladenen blutigen Konflikten als kurioses „postmodernes Therapieangebot“ (Lothar Baier) wehmütig belächelt zu werden. Dieser Vertrauensschwund in das „Selbst“ der Gesellschaft wird kompensiert durch Rekurs auf „Staatliches“. „Die Geschichte der politischen Theorien im 20. Jh. schwankte hin und her zwischen Theorien überzogener staatlicher Steuerungsansprüche, und anderen Theorien, welche der Politik die totale Steuerungsunfähigkeit bescheinigten“.¹⁸

Will man diese Aussage nicht als Konjunkturbericht über akademisch-intellektuelle Moden lesen, muß man sie als Herausforderung konkreter „Lagen“ an die Reflexionsfähigkeit verstehen. Ein zunehmendes intellektuel-

les Interesse am Staat ist dann als Ausdruck realer „Staatsbedürftigkeit“ zu werten. Diese Bedürftigkeit drückt sich nicht – noch nicht? – aus in affektiver Zuwendung zu staatstheoretischen Positionen, die den „starken Staat“ favorisieren (wie unter 2. beschrieben). Sie ist auch weniger inenifest dokumentierbar als eher symptomatisch festzumachen, kommt mehr indirekt daher. Hier soll sie denn auch weniger staatstheoretisch, vielmehr als „Diskursanalyse“ von Zeitgeistströmungen präsentiert werden.

Generell auffällig ist dem Beobachter publizistischer Debatten ein Anbau der Idiosynkrasie gegen „das Staatliche“, besser: gegen das Gewaltmonopol. (Selbstredend sind davon konservative Etatisten nicht berührt: sie kennen dieses Leiden nicht.) Beispielsweise fällt Peter Schneider als Antwort auf jugendliche Gewalt auch nur Gewalt ein: „... wenn eine Gesellschaft sich nicht mehr erlaubt, die Äußerungen barbarischer Gewalt mit notfalls martialischer Gegengewalt zu unterdrücken, so fehlt ihr der Überlebenswille.“¹⁹ Da er ja hoffentlich nicht an Selbst- und Lynchjustiz denkt, bleibt wohl nur der nicht genannte Staat als Exekutor. Und Hans Magnus Enzensberger diagnostiziert die gegenwärtige Epoche nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als eine des manifesten und latenten, prinzipiell aber ubiquitären Bürgerkriegs. Er bedient sich der Hobbesschen Termini – Krieg aller gegen alle, Bürgerkrieg als endogener (!) Prozeß –, zieht aber nicht – jedenfalls *expressis verbis* nicht – die Hobbesschen Konsequenzen. Entweder versteht er sie als selbstverständlich oder als heute nicht realisierbar, oder er ist zynisch genug, selbst auf einen neuen Leviathan keine Hoffnung mehr zu setzen.²⁰ Wolfgang Engler sieht nicht gerade den Bürgerkrieg, aber doch die „bindende Wir-Einheit“ der Gesellschaft schwinden, was eine erste Voraussetzung für denselben wäre. Er hält an einer „autonomen gesellschaftlichen Urteilsbildung“ fest, die gleichsam die Direktiven der Selbststeuerung erzeugt, zeigt sich zugleich aber überzeugt, daß diese „ohne eine öffentliche Gewalt, die die gesellschaftlichen Festlegungen überwacht und gegen inhumane Verletzungen verteidigt“, nicht zu haben ist.²¹ Die Wiederkehr des Staatlichen, die sich hier ankündigt, führt freilich zu Konsequenzen, denen sich die Diskursbeteiligten gar nicht bewußt zu sein scheinen, wobei hier nicht die wichtigen praktischen, sondern die theoretischen Folgen interessieren.

4. Die Attraktivität des starken Staates

Wer den Staat zum Mittel für die Heilung gesellschaftlicher Krankheiten macht – Staat als Therapie –, handelt sich die alten Probleme ein, mit denen

seit je Staats- und Gesellschaftstheorie befaßt waren, wenn es um das Verhältnis von Staat und Gesellschaft ging – mit Déjà-vu-Effekten. Schon der liberale Optimismus des 18. Jhs., der in manchen Köpfen des 20. Jhs. immer noch wirksam ist, meinte ja, daß individuelle Interessenverfolgung der beste Weg sei, das allgemeine Wohl zu befördern, und das um so mehr, je weniger Staat daran beteiligt ist. Dieser Optimismus wurde durch die Tatsache dementiert, „daß die gute Ordnung der menschlichen Gesellschaft weder in den Seelen der Individuen eingepflanzt noch überhaupt im Reich der Sittlichkeit angesiedelt ist“.²² Aus dieser „Tatsache“ wurden bekanntlich die unterschiedlichsten Folgerungen gezogen, eine davon ist die des „starken Staates“ von Hobbes über Schmitt bis Willms, denen es um die individuellen Seelen und die Sittlichkeit nicht hauptsächlich zu tun war. Eine mildere Version, die zugleich einen harmonischen Akkord mit liberalen Ideen versucht, stellt E. W. Böckenfördes „Staat als sittlicher Staat“ dar: „Eine Gesellschaftsordnung, die auf die Entfaltungsmöglichkeit individueller und gruppenmäßiger Interessen, einschließlic der Erwerbsinteressen angelegt ist und sie verbilligt, ist aus sich selbst heraus nicht zugleich selbstregulativ.“²³ Der Staat nun in seinem Charakter „als gemeines Wesen“ verwirklicht und sichert Zwecke, zu denen die Gesellschaft aus sich heraus nicht fähig ist: „äußeren Frieden, Sicherheit des Lebens und des Rechts, Freiheit, Ermöglichung von Wohlfahrt und Kultur“.²⁴ Er erbringt damit nicht nur politische, sondern „zugleich auch sittliche Leistungen“.²⁵ „Der Staat entsteht und lebt nicht aus dem herrschaftsfreien Diskurs, sondern schafft erst die Voraussetzungen, darhit herrschaftsfreier Diskurs möglich wird.“²⁶ Der Staat also ermöglicht nicht nur Gesellschaft, er liegt ihr auch voraus. Diesen Tatbestand zu leugnen, führe zu „Unregierbarkeit“, so die Warnung einer bereits in den siebziger Jahren geführten Debatte. „Ist es nicht so“, fragte damals Wilhelm Hennis, „daß dem Staate heute von jedem, der glaubt, auf der Seile des Fortschritts zu stehen, bestritten wird, was ihm in der Tradition nie bestritten wurde: Hüter, Pfleger, Förderer der Sittlichkeit zu sein, sobald diese Kategorien über individuelle Beliebigkeiten hinausgehen?“²⁷ Ist heute also der Tatbestand der Unregierbarkeit erfüllt, auch wenn er sich terminologisch anders darstellt, als Krise mit vielfältigen Attributen?

Es geht selbstverständlich nicht um die Bestätigung oder Widerlegung konservativer Staatsauffassungen, es geht aber auch nicht an, sie als konservativ zu etikettieren, um sie mit diesem Befund beruhigt ad acta legen zu können. Bei allen möglichen Unterschieden der Motive und Intentionen weisen sie doch erstaunliche Ähnlichkeiten – trotz anderer Terminologien – in der Problematisierung von Krisenperzeptionen auf. Im aktuellen Disput

zwischen Liberalen und Kommunitaristen stimmen die Kontrahenten, so Axel Honneth, darin überein, daß „ohne einen bestimmten Grad der gemeinsamen Bindung an übergreifende Werte ... die Funktionsfähigkeit einer modernen Demokratie nicht zu gewährleisten“ ist.²⁸ Die Gesellschaft also braucht verbindliche Werte, deren Verbindlichkeit sie selbst nicht „gewährleisten“ kann. Liegt da der Rekurs auf einen ihr „äußerlichen“ Dritten nicht nahe und ergibt das keine Strukturähnlichkeit in der Problematisierung je unterschiedlicher „konkreter Lagen“?

5. Die Antiquiertheit des starken Staates

Krisen verlangen nach Lösungen, die Lösung der derzeitigen Krise, gedeutet als „Konsensdefizit“ (Georg Kohler), wird beim Staat gesucht – so die hier vertretene These. Dieser aber könne das wohl nicht in seiner derzeitigen Form als „totaler Sozialstaat“, der auf „Gedeih und Verderb von seinen ökonomischen Bedingungen abhängig“ ist und „nur noch als Agentur beim Ausgleich der widerstreitenden Interessen in Erscheinung tritt“. „Seine Legitimität muß aus anderen Quellen kommen.“²⁹ In dieser Perspektive ist der derzeitige Staat – eben als „totaler Staat aus Schwäche“ (Carl Schmitt) – eigentlich Verursacher der Krise. „Machtvergessen“ hat er den Kern seiner Staatlichkeit – Gewaltmonopolist und Ordnungsgarant zu sein –, vernachlässigt und damit die Schlagkraft eingebüßt, („überzogene“) Ansprüche u.a. aus dem sozialen Bereich abzuwehren.

Vermutlich glaubt niemand wirklich an die Rückkehr des am Modell der frühen Neuzeit orientierten starken Staates. Diese Figur dient ideologiepolitischen Interessen zur Durchsetzung ganz unterschiedlicher, fallweise als neoliberal oder neokonservativ sich verstehender Ziele. Die Repräsentanten einer einst antietatistischen, auf das Autonome von Individuum und Gesellschaft setzenden intellektuellen Strömung sollten bei ihrer (Wieder-) Entdeckung des Staates jedenfalls diesen ideologischen Schein durchschauen. Die Alternative zur derzeitigen „Krise des Sozialstaats“ ist nicht der „starke“, sondern der funktionierende „funktionale“ Staat. Man stelle sich – gedankenexperimentell – die tatsächliche Wiederkehr des traditionellen Staates vor. Abgesehen davon, daß gerade in Deutschland die Wiederkehr der illiberalen – antiwestlichen – deutschen Tradition zu befürchten wäre, müßte eine gewaltige Entdifferenzierung der Verflechtung von Staat und Gesellschaft passieren, deren Konsequenz diesen Staat dann zu dem Ernstfall machte, zu dessen Behebung er angeblich da ist.

Klaus Erdmenger

- 1 C. Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1987, S. 10.
- 2 F. W. Scharpf, *Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*, in: PVS, 32. Jg. 1991, S. 621-634, hier S. 621.
- 3 D. Sternberger, *Staatsfreundschaft*, Frankfurt a.M. 1980, S. 222.
- 4 Ebenda, S. 223.
- 5 F. W. Scharpf, *Die Handlungsfähigkeit* (Anm. 2), S. 621.
- 6 H. Willke, *Ironie des Staates*, Frankfurt a.M. 1992, S. 143.
- 7 N. Luhmann, *Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag*, in: PVS, 30. Jg. 1989, S. 1ff., hier S. 7.
- 8 U. Beck, *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt a.M. 1993, S. 206.
- 9 H. Dubiel, *Die demokratische Frage*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1990, S. 409-418, hier S. 417f. Vgl. auch U. Rödel, G. Frankenberg, H. Dubiel, *Die demokratische Frage*, Frankfurt a.M. 1989.
- 10 N. Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1977, Bd. 2, S. 142 u. passim.
- 11 B. Willms, *Thomas Hobbes*, München 1987, S. 165.
- 12 R. Altmann, *Späte Nachricht vom Staat*, Stuttgart 1968, S. 49.
- 13 E. ForsthoFF, *Rechtsstaat im Wandel*, München 1976, S. 33.
- 14 Ders., *Der Staat der Industriegesellschaft*, München 1971, S. 14.
- 15 Zitate ebenda, S. 20 u. 57.
- 16 C. Schmitt, *Der Begriff des Politischen* (Anm. 1), S. 53.
- 17 E. ForsthoFF, *Der Staat der Industriegesellschaft* (Anm. 14), S. 58, 60, 47.
- 18 K. von Beyme, *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1991, S. 93.
- 19 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. September 1993, S. 37.
- 20 H. M. Enzensberger, *Ausblicke auf den Bürgerkrieg*, in: *Der Spiegel*, Nr. 25. 21. Juni 1993, S. 170-175.
- 21 W. Engler, *Rundumerneuerung des öffentlichen Lebens*, in: *Frankfurter Rundschau*, 5. Oktober 1993, S. 12.
- 22 U. K. Preuß, *Die Wahrheit in der Politik*, in: *Freibeuter*, Nr. 57, 1993, S. 88-97, hier S. 89.
- 23 E.-W. Böckenförde, *Der Staat als sittlicher Staat*, Berlin 1978, S. 22.
- 24 Ebenda, S. 18.
- 25 Ebenda, S. 23.
- 26 Ebenda, S. 16.
- 27 W. Hennis, P. Graf Kielmannsegg, U. Matz, *Regierbarkeit*. Bd. 1, Stuttgart 1977, S. 17.
- 28 A. Honneth (Hrsg.), *Kommunitarismus: Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt a.M. 1993, S. 16.
- 29 J. Fest, *Krise des Politischen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. Oktober 1993, S. 1.

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

1. Einleitung

Seit der Vereinigung¹ 1989 wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur eine Diskussion darüber geführt, wie kollektive Identität bewahrt, verändert oder neu hergestellt werden könnte. Die Deutschen sind, so Heiner Geißler,² wieder einmal auf der Suche nach ihrer Identität.³

Zivilgesellschaft oder Kommunitarismus. In der politischen Theorie sind Anfang der neunziger Jahre zwei mit dem Verfassungspatriotismus konkurrierende Konzepte auf die Agenda gesetzt worden: *Kommunitarismus* und *Zivilgesellschaft*. Beide bieten Entwürfe zu kollektiven Identitäten an. Die Grenzen der Konzepte, so Dirk Richter, sind leicht erkennbar: sobald ethnische Verhältnisse unklar sind oder konkurrierende territoriale und machtpolitische Ansprüche geltend gemacht werden, haben es diese auf Toleranz ausgerichteten und demokratieorientierten Konzepte schwer, denn im Gegensatz zu *Nation* und *Ethnizität* verzichten sie auf „exkludierende Differenzen“.⁴

Aktualität der Nation und des Nationalstaats. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen es nur noch Besitzstände zu bewahren gibt und Fundamente des demokratischen Systems abzubrockeln drohen, hat das Konzept *Nation* Konjunktur. Es verspricht kollektive Identität „durch Konstruktionen von Einheit durch Differenz“.⁵ Die Diskussion um die Nation, den Nationalismus und den Nationalstaat hat die Debatte um Zivilgesellschaft und Kommunitarismus längst abgelöst. Nation und Nationalstaat scheinen inzwischen gute Chancen zu haben, als Identitätsmuster angenommen zu werden. Welche Chance und Bedeutung hat der Verfassungspatriotismus?

*Stand der Literatur zum Verfassungspatriotismus.*⁶ Der Verfassungspatriotismus, 1979 von Dolf Sternberger⁷ angepriesen, galt zehn Jahre lang als Erklärungskonzept für eine bundesrepublikanische Identität. Seit der Vereinigung wird die These von der Normalisierung des Nationalstaats Deutschland immer häufiger gebraucht. Mit einem Sammelband versucht nun die Politische Bildung ihrem Auftrag – in einer Zeit zunehmender Gewaltbereitschaft, Ausländerfeindlichkeit und nationalistischer Tendenzen – gerecht zu werden.⁸ Philosophen – Jürgen Habermas allen voran, aber auch Wolfgang Kersting und Heinz Klegler⁹ – nutzen das Sternbergersche Konzept und versuchen es mit

anderen Konzepten zu verbinden. Auf einige Beiträge in dieser Debatte um den Verfassungspatriotismus als identitätsstiftendes Konzept wird im folgenden – in chronologischer Reihenfolge – eingegangen. Keine Erwähnung finden Dolf Sternbergers Verfassungspatriotismus, Jürgen Habermas' *abstrakter* und *europäischer* Verfassungspatriotismus sowie Richard von Weizsäckers *aufgeklärter weltöffener* Verfassungspatriotismus.¹⁰

2. Verfassungspatriotismus in einer erstarkten, erweiterten¹¹ BRD

War der Verfassungspatriotismus bis 1989 lediglich eine Übergangslösung und erfüllte er nur eine Ersatz- und Kompensationsfunktion?¹² Einige ausgewählte Fragen sollen im folgenden wiedergegeben werden.

2.1. Ausgangssituation – vor der Vereinigung

Alexander Schwan hob heraus, daß sich der Verfassungspatriotismus auf das Wiedervereinigungsgebot und die Einheit Europas zu richten habe. Die Verfassung verlange ein europäisches Bewußtsein. Obwohl der wiederherzustellende Nationalstaat unverzichtbar sei, müsse dem Gestaltprinzip der Demokratie wie dem Integrationsprinzip des supranationalen europäischen Zusammenschlusses grundsätzlich Vorrang eingeräumt werden.¹³ Zur selben Zeit kritisierte Micha Brumlik den Verfassungspatriotismus als sozial- oder nationalpädagogisches Unterfangen¹⁴, und Hermann Läßle wies auf das mangelnde Selbstgefühl der Deutschen hin, das sich in der Zurücknahme des Patriotismus auf ein so „ätherisches Gebilde, wie es der Verfassungspatriotismus ist“¹⁵, widerspiegele. Noch im Oktober 1989 hat Josef Isensee darauf hingewiesen, daß der Staat einen *präkonstitutionellen* Grundtypus darstelle, der durch die Verfassung lediglich aktualisiert werde. Er, der den Verfassungspatriotismus als ‚Ersatz für Patriotismus‘ bezeichnet, begrüße den Paradigmenwechsel in der Staatsrechtslehre, die den Staat wieder als verfassungs-*unabhängig* zu denken beginne.¹⁶

2.2. 1989 – Mattfeldts aktiver Verfassungspatriotismus

Harald Mattfeldt begreift den Verfassungspatriotismus als notwendiges und sinnvolles Projekt: die zentralen Aussagen des Grundgesetzes müßten als Bezugspunkte für die „soziale Inventur der BRD-Gesellschaft“¹⁷ herangezogen werden. Ein aktiver Verfassungspatriotismus sei die notwendige Leitformel

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

für ein sozialstaatliches Zukunftsprogramm, das Massenarbeitslosigkeit mit Verfassungspatriotismus für unvereinbar hält. Die Linke sei aufgefordert, ihre relativistische Haltung zum Grundgesetz aufzugeben und das Interpretationsmonopol der Verfassung nicht der Rechten zu überlassen.

2.3. 1990 – Erste Stimmen

(Sir) Ralf Dahrendorf, der den Verfassungspatriotismus als „öffentliche Tugend“¹⁸ bezeichnet, betont die Kraft des Verfassungspatriotismus. Diese liege darin, daß er den Regeln des Zusammenlebens und nicht der Größe des Territoriums, der Stärke der Wirtschaft oder der Überlegenheit der Rasse gelte; auch wenn der Geltungsbereich hier Verfassung nach wie vor der Nationalstaat sei. Habermas – so Dahrendorf – suche den „Gesellschaftsvertrag, der mehr ist als ein Stück Papier. In diesem Zusammenhang hat der Verfassungspatriotismus seinen Ort... Viel wird davon abhängen, woran die Menschen die deutsche Einigung festmachen...“¹⁹ Hans-Peter Schwarz hingegen meint mit Bezug auf die Drei-Elemente-Lehre (Staatsvolk, -gebiet, -gewalt), daß das Jahr 1989 endlich die *normale* Bundesrepublik gebracht habe. Erstmals in der neueren Geschichte sei es möglich, daß sich die Deutschen mit Staat, Geschichte, Volk und Verfassung identifizieren könnten. „Ein Land hat nach langen Irrwegen zu sich selbst gefunden“²⁰ und „vielleicht entdecken die Deutschen sogar erneut, was ein Staat ist.“²¹ Verfassungspatriotismus ist für ihn nur eine wohlmeinende Professorenfiktion.

Kluxen-Pytas humanistisch kontrollierter Patriotismus. Danate Kluxen-Pytas Ausgangsfrage lautet: Ist der Verfassungspatriotismus obsolet geworden? Sie geht das Thema begrifflich-systematisch, grundsätzlich und damit philosophisch an. Herausgekommen ist dabei einer der lesenswertesten Essays.²² Patriotismus sei ein Phänomen, das zu jeder menschlichen Vergemeinschaftung gehöre. Er beziehe sich auf das jeweilige Gemeinwesen als Anerkenntnis sowohl der Leistung des Staates oder der Nation für die individuelle Existenz als auch der Notwendigkeit der eigenen Leistung für eben diese Gemeinschaft. Kluxen-Pyta erkennt nicht, daß nach 1945 „ein naiv ungebrochenes deutsches Nationalgefühl ... nicht mehr möglich“²³ ist und die deutsche Geschichte dazu verpflichte, daß Vergleichbares nie wieder vorkommen möge. Der Verfassungspatriotismus benenne mit dem Stichwort Verfassung das, was es an Werten eigentlich zu verteidigen gelte: die Universalität der Verfassungswerte. Zur *Nation*: „Ein auf die Nation bezogener Patriotismus ist ... keineswegs obsolet... Die Nation ist nicht mehr der ‚exklusive‘ Orientierungsmaßstab ... besteht aber weiterhin ... als Ver-

pflichtungs- und Verantwortungsgemeinschaft... Wer die eigene Nation verabsolutiert, sieht damit aber die Existenzgrundlage nicht, die ihm selbst das Recht zu seiner Eigenart gibt. ‚Patriot ist nur, wer Vaterländer, also nicht nur das seinige anerkennt...‘⁴³

Der Nationalist verneine die gegebene Vielfalt der historisch gewachsenen ‚Herkunftswelten‘, und der Nationalismus versuche die Distanz zwischen Individuum und Gemeinwesen (hier Nation) durch eine totale, vormoderne geschlossen-ganzheitliche Identifizierung mit der Nation zu überwinden. In einer pluralistischen Welt hingegen sei eine Identität komplex aufgebaut. Pluralismus ist für Kluxen-Pyta eine universalistische Position. Auch *Demokratie* begreift sie als universalistischen und unumstrittenen symbolfähigen Wert der politischen Kultur in der Bundesrepublik. Diese sei in der Verfassung institutionalisiert. Für Kluxen-Pyta komme daher nur ein ‚humanistisch kontrollierter‘ Patriotismus als angemessene Form nationaler Identität in Betracht.

2.4. 1991 – Klegers ziviler Patriotismus

Auch Heinz Kleger stellt Demokratie, als *lernfähige Demokratie* mit ihren zwei grundlegenden Achsen Diskurs und Dezision, in den Mittelpunkt seiner Überlegungen zum Verfassungspatriotismus. Er geht vom zivilen Handeln²⁵ aus und stellt sich die Frage: „Wie [kann] der Verfassungspatriotismus eine reflexiv-konstitutionelle Komponente in sich aufnehmen ... und was [bedeutet] dies heute für die weitere demokratische Entwicklung der Gesellschaft?“²⁶ Klegers ziviler Patriotismus lebe von der Reflexion seiner Bürger als „Leute(n) der Demokratie“ und von seiner historisch vielgestaltigen Inter-Ethnizität.

Hervorzuheben ist, daß Kleger weit über Sternberger hinausgeht, der „noch immer zuviel Scheu vor ... direkter Demokratie, Demonstrations-Demokratie und Protest-Demokratie“²⁷ gezeigt habe. Für Kleger umfaßt Verfassungspatriotismus eben auch den Streit *um* die Verfassung. Und hier sieht er die Defizite der „verwalteten Vereinigung“. Der Vereinigungsprozeß, der „nationale Sturzbach“, sei demokratisch zweifelhaft gelaufen, da das Grundgesetz von vornherein als *die* gesamtdeutsche Verfassung ausgegeben worden sei. „Die Demokratie *als* Engagement mündiger Menschen-Bürger ... der Kern des zivilen Verfassungspatriotismus und prioritär für seine Philosophie der Demokratie...“²⁸ habe keine Chance erhalten.

Kerstings Transformation des Verfassungspatriotismus in eine kommunautaire Demokratie. Wolfgang Kerstings Projekt einer kommunitären Demokratie versucht Elemente des Verfassungspatriotismus mit liberalismuskritischen

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

Einsichten anzureichern.²⁹ Gegen den vernunftrechtlichen (Staats-) Bürgerpatrioten, welcher patriotismuseigentümliche affektive Potenzen und sittliche Loyalitäten allein dem universalistischen Recht zutraut, hebt Kersting die Bedeutung von *Geburtsland* und *sittlicher* Gemeinschaft hervor. Der vernunftrechtliche Universalismus mit seinen Prinzipien (Menschenrechte und Demokratie) stehe dem (partikularistischen) Konzept Nationalismus gegenüber.

Die *Nation* begreift er als „ein Herkunftswelt und Zukunftsgestaltung verbindendes kollektives, das Nationale zivilgesellschaftlich verflüssigendes Projekt“.³⁰ Jenseits von Staat und Nation könne sich ein Prozeß kommunitär-demokratischer kollektiver Identitätserarbeitung im Rahmen gleichberechtigter Teilnahme aller, auf der Grundlage wechselseitigen Respekts, etablieren. Teilnehmende Mitwirkung am politischen Leben und am politischen Diskurs sollen ein politisches Selbstbewußtsein entstehen lassen, welches weder als National- noch als Staatsbewußtsein zu begreifen sei. Kersting versucht Sternbergers „republikanisch-aristotelische Valenzen“³¹ zu reaktivieren. Da affirmative Gefühle und Loyalitätsempfindungen anschauungs- und erlebnisgebunden seien, könnten sie sich folglich nur im Partikulären, d.h. in einem herkunftsprägen Erfahrungsraum entfalten. Kersting betont deshalb für die Etablierung eines Bürgerbewußtseins die Bedeutung vorpolitischer Gemeinsamkeiten, welche die Verständigungsgrundlagen und Bewußtseinsdimensionen bereitstellten, von denen die Bürger bei der Herausbildung ihrer Beteiligungsperspektiven ausgehen würden.

2.5. 1992 – Zunehmende Diskussionsbereitschaft

Verbalismus und Flucht in die Verfassung. Josef Isensee kritisiert den überaus erfolgreichen, sinnvariablen Begriff Verfassungspatriotismus, welcher als Chiffre für die neue Identität der Bundesdeutschen galt. Er übt Kritik an der Ablösung der Verfassung von Volk und Staat in seiner raum-zeitlichen Realität. Verfassungspatriotismus dieser Art existiert nur als „Verbalismus“.³²

Detlef Merten erklärt sich die positive Konnotation des Begriffs Verfassung damit, daß der Begriff Staat in der Bundesrepublik vergangenheitsbelastet und ideologisch befleht sei. Verfassung bot sich als „Persil-Begriff“³³ an. Merten bezeichnet dies als „Flucht in die Verfassung“.³⁴ Er reaktiviert den Begriff „Negativpatriotismus“.³⁵

Von Beymes „nationaler“ Verfassungspatriotismus. Klaus von Beyme wirft die Frage auf, ob Verfassungspatriotismus zur Milderung der Nationalstaatsideologie beitragen könne. Immerhin stütze sich dieser Begriff „auf Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus.“³⁶ Von Beyme vermutet, daß eine

Beschränkung auf den *nationalen* Verfassungspatriotismus eine gewisse Zeit noch nötig sein werde, solange die internationale Rechtsordnung sich nicht stärker gefestigt habe.

Haungs' „Normalisierung“. Verfassungspatriotismus oder was sonst?³⁷ Für Peter Haungs bleibt Sternbergers „Konzept ohne überzeugende Alternative“.³⁸ Ihn beschäftigt die Frage, „welche neuen Elemente den Verfassungspatriotismus verdrängen oder wesentlich ergänzen sollten“.³⁹ Er ist der Auffassung, daß die Vereinigung die Chance für eine Synthese von Nationalbewußtsein und Demokratieorientierung, „also für ein humanistisch und demokratisch geprägtes National- und Staatsbewußtsein“⁴⁰, aufgetan habe. Durch die Vereinigung erreichte die Bundesrepublik ihre nationalstaatliche *Normalisierung* und könne nun mit *Deutschland* identifiziert werden. Dem überzogenen Verfassungsbezug der Politik könne jetzt Grenzen gesetzt werden, weil die Verfassung als alleinige Konsensgrundlage durch die nationalstaatliche Normalisierung entlastet worden sei.

Grebing's „demokratischer“ Patriotismus. Helga Grebing favorisiert den demokratischen Patriotismus eines Iring Fetscher, der in den widerständig-demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte begründet sei. Ihr schwebt ein Volk vor, welches begreife, daß Einzelne und Gruppen in vielfältigen Lebensbezügen Loyalitäten, Abhängigkeiten, Zugewandtheiten und Bekenntnisse erbringen oder daß diese abgefordert werden. Es gelte unterschiedliche politisch-kulturelle Identifikationsmöglichkeiten zu finden, z.B. als Christ(in), Sozialist(in), Deutsche(r) etc. Grebing plädiert für eine Stärkung der Demokratie: „dann wären wir nicht ‚wieder‘ wer, sondern endlich ‚was‘, nämlich eine zivile demokratisch-pluralistische politische Kultur(gemeinschaft) westeuropäischen Zuschnitts, deutschen Ursprungs und multikulturell gemischt. Es lohnt sich, statt von der Nation, von der Demokratie zu sprechen.“⁴¹

2.6. 1993 – Vom Verfassungspatriotismus zum nationalen Patriotismus?

Die Zeit-Debatte: Ohne Patriotismus geht es nicht... Robert Leicht sucht nach der konkreten Bestimmung jenes Prinzips, unter dem alle Bürger, als Verantwortungs- und Haftungsgemeinschaft, das gleiche Interesse vereint. Er glaubt es in einem aufgeklärten Verständnis von der Nation und einem geschichtlich geprüften und geläuterten Patriotismus gefunden zu haben.⁴² Gunter Hofmann dagegen warnt vor einer Sehnsucht nach Normalität sowie einem *verordneten*⁴³ Patriotismus, der das politische Bewußtsein zumindest im Westen um Jahrzehnte zurückwerfen würde. Mit M. R. Lepsius argumen-

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

tiert er: „Die Ausdifferenzierung eines ‚Verfassungspatriotismus‘, die Zustimmung zu einer durch Selbstbestimmungsrechte konstituierten politischen Ordnung und deren Abgrenzung von einer Ordnungsidee der ethnischen, kulturellen, kollektiven ‚Schicksalsgemeinschaft‘, sind das zentrale Ergebnis der Entlegitimierung des deutschen Nationalismus.“⁴⁴

Als Zukunftsaufgabe begreift Peter Glotz seine Patriotismus-Variante. Für ihn „muß etwas übrigbleiben. Ob man es Verfassungspatriotismus, Commonsense, Gemeinsinn oder Solidarität nennt, ist gleichgültig. Aber es wird neben rationalen auch emotionale Komponenten haben müssen.“⁴⁵ Und mit Willy Brandt plädiert er für einen linken Patriotismus.⁴⁶

Gebhardts „reflexiver“ (nationaler) Verfassungspatriotismus. Jürgen Gebhardt unterscheidet die deskriptive und normative Bedeutung von Verfassungspatriotismus. Er versucht Verfassungspatriotismus mit der *Politischen Kultur* der Deutschen zu verbinden. Sternberger beschreibe den Verfassungspatriotismus noch als „Ordnungsparadigma“, „als die der Humanität des Menschen ... allein angemessene politische Ordnungsfarm, welche der Fähigkeit des Menschen zur bürgerschaftlichen Selbstregierung Rechnung trägt.“⁴⁷ Von Weizsäcker habe die normative Komponente herausgestellt, wenn er die Verbindung von Verfassung und Patriotismus zur „Selbstverständlichkeit einer Wahrheit“⁴⁸ werden lasse.

Gebhardt fragt sich, ob die Politische Kultur durch den Verfassungspatriotismus sinnvoll erschlossen werden könne. Für Sternberger war das staatliche Moment in einem Verfassungsstaat in einer vielgestaltigen bürgerschaftlichen Praxis verflüssigt, und der Staat war Bürger- und Parteienstaat, Demokratie und Oligarchie zugleich. ‚Lebende Verfassung‘ meinte den Gesamtkomplex von Politischer Kultur, Institution und Prozeß. Für die Bundesrepublik sei eine „in sich widersprüchliche Präsenz des etatistischen und des bürgerschaftlichen Momentes“⁴⁹ in der Politischen Kultur eigentümlich. Durch die Verrechtlichung aller sozialen Beziehungen kam es auch in der Politischen Kultur zu einer Art *Verfassungsgebundenheit*. Gebhardts Fazit: „Überspitzt ausgedrückt begründet sich der deutsche Verfassungspatriotismus auf einer rechtslogisch formalisierten politischen Theorie, welcher der Charakter einer implizit metaphysisch begründeten Ziviltheorie zugewachsen ist, für die das Bundesverfassungsgericht ein Auslegungsmonopol in der politischen Deutungskultur beansprucht.“⁵⁰

Die Politische Kultur „bedeute eine ‚erhebliche Präzisierung der Idee der Nation auf den Typ der Staatsbürgernation‘.“⁵¹ Folglich sei nicht einzusehen, weshalb die verfassungspatriotische gegen die nationale Identität der Deutschen ausgespielt werden sollte. Gebhardt gelangt so zu seinem Konzept eines

nationalen reflexiven Verfassungspatriotismus, denn der Verfassungspatriotismus lebe auch und nicht zuletzt aus dem Nachdenken über den Verfassungspatriotismus. Dieser müsse sich aber stets auf die geistig-politischen Voraussetzungen eines Ethos der Bürger besinnen.

Lietzmanns Kritik am naturalisierten Verfassungspatriotismus. Hans Lietzmann diskutiert, ob Verfassungspatriotismus mit dem Konzept von „civil society“ eine Grundlage für die Politik in Deutschland sein könne.⁵² Für alle Entwürfe zum Verfassungspatriotismus stellt er fest, daß deren Gemeinsamkeit in der Abwendung von Despotie und Diktatur, aber auch von allen nationalistischen oder ethnozentrischen Regimen liege. Allerdings zögen einzelne Autoren daraus unterschiedliche Konsequenzen. Sternbergers Überlegungen würden um ein Zentrum kreisen: die „leidenschaftliche, also von Emotion gespeiste Rationalität, soll die dumpfe Emotionalisierung autoritärer Systeme ablösen.“⁵³ Lietzmann bezeichnet Sternbergers Konzept als ‚naturalisierten‘ Patriotismus. Sternberger gehe es um Loyalität und nicht um Kommunitarian.

Während Sternbergers Begriff der Verfassung von der *Staatsrechtslehre* geprägt gewesen sei, zielen Habermas' und Dahrendorfs Schriften auf die (zivil-)gesellschaftliche Praxis ab. Auch Helmut Dubiel rekurriere auf zivilreligiöse Potentiale, die es zu nutzen gelte.

Sarcinellis Bürgerdemokratie. Was hält eine Gesellschaft zusammen? „Ob man es Verfassungspatriotismus, Gemeinsinn oder Solidarität nenne“,⁵⁴ sei gleichgültig, so Ulrich Sarcinelli. Sarcinelli stellt die Demokratie ins Zentrum seiner Überlegungen um den Verfassungspatriotismus: „... zwei essentials von Demokratie(:) ... die Bedeutung der Verfaßtheit von Demokratie und die gesellschaftlichen Anforderungen bei der Herstellung von Legitimität. Das heißt, Demokratie bedarf zum einen der verfassungsrechtlichen Ordnung in einem konkreteten Raum und zum anderen einer demokratischen Kultur ... Aus beiden ergeben sich ... Problemstellungen...“⁵⁵

Erstens: wenn Verfassungspatriotismus politisch-pädagogisch fruchtbar werden soll, dann gehe dies nicht ohne Einsicht in die institutionellen Voraussetzungen von Freiheit: Dabei müsse den sich gewandelten Staats- und Institutionenverständnis Rechnung getragen werden. Der Staat habe in den achtziger Jahren eine Entzauberung erfahren und sei zum kooperativen und informalen (Verfassungs- oder Rechts-) Staat geworden. Verhandlungen mit der Gesellschaft und deren Interessengruppen bestimmten die staatliche Aktivität. Kooperation statt Hierarchie! War die erste Problemstellung auf der staatlich-institutionellen Seite, so ist die zweite auf der gesellschaftlichen zu finden. Sarcinelli zufolge stelle *Bürgergesellschaft* einen Gegenentwurf zum

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

Verfassungspatriotismus dar, „insofern jene im Gegensatz zu diesem einen eher antietatistischen *touch* hat.“⁵⁶ Ein den ‚aktiven Bürger‘ implizierender Verfassungspatriotismus müsse „die Möglichkeiten der Stärkung öffentlicher, nicht nur auf förmliche Entscheidungsbeteiligung durch Gewinnung von Mehrheiten ausgerichteter Diskurse vermehrt in den Blick nehmen“.⁵⁷ Aus dieser Perspektive heraus fordert Sarcinelli, erstens das sternbergersche Konzept neu zu überdenken, da wesentliche Voraussetzungen und Bedingungen heute nicht mehr gegeben seien, und zweitens die Öffnung der Parteien, denn dies sei in der Tat ‚die Verfassungsfrage unserer Zeit‘. Vom Parteienstaat zur Bürgerdemokratie!

Von Beymes „verordneter“ *Verfassungspatriotismus*. Den Deutschen sei ein Verfassungspatriotismus von den Intellektuellen verordnet worden, der sich überwiegend über die Rechtsstaatsidee legitimierte, aber dazu neigte, „die Bereiche der Kulturidentität auszusparen“.⁵⁸ In konfliktarmen Zeiten – so von Beyme – sei die Schwierigkeit gegeben, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Nationalgefühl, Verfassungspatriotismus und der Identifikation mit dem Wohlfahrtsstaat wiederherzustellen. Diese Balance verschiebe sich so sehr, daß die Kluft der Nationskonzeption zwischen den aufgeklärten Eliten mit ihrer Vorliebe für den Verfassungspatriotismus und den unterprivilegierten Massen nach der Einigung wieder größer geworden sei.

Wagners „negativer Nationalismus“. Helmut Wagner bezeichnet den Verfassungspatriotismus als negativen Nationalismus.⁵⁹ Während Sternberger die Nation schlicht negiert habe, versuche Habermas die Nation zu erledigen – und zwar nicht nur den Nationalstaat der Deutschen, sondern die Nation schlechthin. Für Wagner ist das Konzept *Nation* noch nicht überholt. Die Nation entfalte nach wie vor Attraktivität, Geschichtsmächtigkeit und ist offenbar allen anderen Formen der Gemeinschaft überlegen.

„Weltoffener“ *Patriotismus*⁶⁰ der CDU – Schäubles „*Patriotismus*“ Wolfgang Schäuble hat auf dem CDU-Parteitag 1993 Autoritätsverlust und Wertabbau in unserer Gesellschaft beklagt: „Unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus brauchen.“⁶¹ Er fordert von den Bundesbürgern Patriotismus und die Bereitschaft zu dienen. Gleichzeitig setzt er eine nationale Wertegemeinschaft voraus. Patriotismus ist bei ihm an die Nation gekoppelt, auch wenn er den Begriff ‚nationalen‘ Patriotismus nicht explizit verwendet. In einem Interview mit der taz zum Thema Patriotismus sagte Schäuble: „Ich mag dieses Land, weil es das meine ist, zu dem ich gehöre, zu dem ich stehe, ob Stolz oder Scham...“⁶²

Hoffmanns *Gründungspatriotismus*. Seit 1989, so Lutz Hoffmann, würden Prinzipien der Moderne von Kulturpessimisten in Frage gestellt: „Auf

einmal sind Aufklärung, Rationalität, Individualismus, Kritikfähigkeit ins negative Spektrum abgewandert.“⁶³ Die Gemeinschaft, die auf dem Altar der Gesellschaft geopfert wurde, werde erneut heraufbeschworen. Der Austausch der Paradigmen werde geprobt.

„Es gehi also gar nicht darum, mittels einer geänderten Moral das Gemeinwesen zu erneuern und seine Zusammengehörigkeit zu festigen. Es geht um einen umgekehrten Weg. Die Idee der Nation soll der Zusammengehörigkeit ein neues Fundament verleihen, woraus sich dann die neue Moral des Patriotismus ergibt, sobald nur ‚die Nation sich ihrer selbst ... bewußt wird‘ ... Ein solcher Patriotismus ist jedoch nichts anderes als eine bloße Variante des deutschen Nationalismus... Wenn die Nation als gegeben vorausgesetzt wird und sich höchstens noch ‚ihrer selbst bewußt‘ werden muß, wird jeric Patriotismus zur Unterwerfung des Subjekts unter die Macht einer als immer schon vorhanden angenommenen Wirklichkeit.“⁶⁴

Für Hoffmann könne der aufgeklärte Kosmopolit nur jenem Gemeinwesen patriotisch verbunden sein, das selbst die Ideale der Anfkklärung, der Vernunft und der Toleranz verwirklicht.⁶⁵ Universalistische Normen müßten im Ethos eines partikularen Gemeinwesens verankert sein, um als bindend anerkannt zu werden. Was in der Bundesrepublik fehle, sei ein *Gründungspatriotismus*, auf den zurückgegriffen werden könnte.⁶⁶

„*Humanismus*“ statt *Patriotismus*. Hoffmann aktualisiert Arnold Ruges Schrift „Der Patriotismus“.⁶⁷ Ruge plädiert für einen ‚civilisierten Menschen‘, welcher keinen Patriotismus habe, denn der Mensch der wirklichen Humanität habe sein Vaterland überall, wo er die Freiheit findet.⁶⁸ Diese habe man gegen jede Nation, am allermeisten gegen seine eigene, zu verteidigen. Für Ruge müsse Patriotismus, als ‚negatives Selbstgefühl‘ eines Volkes, immer ein fremdes Volk gegenüber haben. Der ‚freie Mensch‘ aber könne lernen, den Fremden zu verstehen.⁶⁹ Ruges Schlußfolgerung: „Das gereinigte ... Freiheitsprinzip ... ist der Humanismus.“ „Es fragt sich nicht mehr, ist dieser Mensch ein Deutscher oder ein Franzose, sondern ist der Deutsche, der Franzose ein Mensch, ein freier Mensch...“ „Und dies ist der Unterschied. An die Stelle des *Opfers* der religiösen Welt ... tritt die *Arbeit* der humanen Welt, der *Cultus* verwandelt sich in *Cultur*.“⁷⁰

2.7. „*Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung?*“

Zunehmende Gewalttätigkeiten und antisemitische, ausländer- und asylbewerberfeindliche Tendenzen in unserer Gesellschaft stellen die Politische Bildung vor eine schwere Aufgabe. Auf einer von der Politischen Bildung

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

veranstalteten Tagung zum Thema Verfassungspatriotismus haben sich einige Wissenschaftler mit dem Konzept, auch als pädagogisches Unterfangen, auseinandergesetzt.

Günther C. Behrmann weist auf die historischen, pädagogischen und politisch-kulturellen Aspekte des Verfassungspatriotismus hin und arbeitet drei Traditionsfundamente des Verfassungsstaates⁷¹ heraus: patriotische Ideale der altrömischen Republik, politischer Humanismus der Renaissance und europäische Aufklärung. Behrmanns Frage: „Konstituiert, so sei noch einmal gefragt, die Verfassung den demos, oder muß nicht umgekehrt ein Volk vorhanden sein, das sich aufgrund bestimmter historischer Bedingungen und Erfahrungen sozialer und kultureller Gemeinsamkeiten die Verfassung zu eigen – zur ‚lebenden Verfassung‘ macht?“⁷²

Seiner Auffassung nach müsse ein Patriotismus auch auf Land und Volk bezogen werden. Manfred Hättich betont in seiner Abgrenzung des Patriotismus zur Nation die aufklärerische Funktion des Verfassungspatriotismus. Geistesgeschichtlich betrachtet sei er insofern ein Produkt der Aufklärung, als man im politischen Mythos eine Kompensation von Säkularisierungstendenzen sehen kann.⁷³ In diesem Zusammenhang weist Hättich darauf hin, daß die Menschen der ehemaligen DDR „zunächst vordringlich die Freiheit und erst sekundär die deutsche Einheit wollten.“⁷⁴ Der Verfassungspatriotismus verlange eine Ethik der Mitmenschlichkeit, denn die Bürger seien einander in erster Linie als Mitmenschen, nicht als Volksgenossen verpflichtet. Der Verfassungspatriot könne auch einem anderen Staat gegenüber loyal sein, wenn dieser ihm Freiheit sichert. Da er mehreren Gemeinwesen angehöre, gehöre es zu seiner Freiheit, entscheiden zu können, welche Bindung in welcher Situation und unter welchem Aspekt Vorrang habe. Bernhard Sutor unterscheidet Heimat, Vaterland und Nation,⁷⁵ bevor er dann Aspekte der Sozialisations- und Kulturforschung, sozialgeschichtlich-strukturelle, Herkunfts- und Zukunftsaspekte wie auch politisch-ethische Aspekte berücksichtigt.

„Die ethisch-politische Frage heißt demnach, wie wir als Vielheit... das jeweils notwendige Maß an Einheit finden, begründen, formen und bewahren können... Es geht... im strengsten Sinn nicht um Einheit, sondern um Einigkeit durch Einigung... Es geht also darum, daß die Bürger dieses Staates eine Verantwortungsgemeinschaft bilden...“⁷⁶

Verfassungspatrioten könnten wir nur sein, wenn wir auch nach der Verantwortung unseres eigenen Staates für die anderen Völker und Staaten fragen würden. Verfassungspatriotismus sei die dem freiheitlichen Verfassungsstaat angemessene Form nationaler Identität, die sich ihrer Relativität und der

Konkurrenz mit anderen Identitäten bewußt sei und sich einer *universalen Menschenrechtsethik* auch politisch verpflichtet wisse. Lutz-Rainer Reuter unterscheidet zwei Wurzeln der kollektiven Identität eines Staatsvolkes: republikanisch-demokratische Ideen und die gemeinsamen sprachlich-kulturellen Werte und Traditionen.⁷⁷ Für ihn besteht ein Spannungsverhältnis im Verfassungs-Patriotismus. Einerseits die an universalistischen Leitbildern orientierte Verfassung, andererseits der Patriotismus, der sich auf ein konkretes Staatsgebiet und -volk beziehe. Das Spannungsverhältnis bestehe mehrfach:

<i>Universalismus</i>	<i>versus</i>	<i>Partikularismus</i>
<i>Norm</i>	<i>versus</i>	<i>Realität</i>
<i>Kognition</i>	<i>versus</i>	<i>Emotion</i>

3. Resümee

Bisher kann eine eindeutige Verschiebung der Diskussion um den Verfassungspatriotismus von

<i>Verfassung</i>	<i>zu</i>	<i>Patriotismus</i>
<i>Bundesrepublik</i>	<i>zu</i>	<i>Deutschland</i>

verzeichnet werden – bei beiden Tendenzen mit dem Attribut *Nation* versehen. An dieser Stelle konnte nur ein Überblick über den Stand der Diskussion, einige Aspekte und Fragestellungen in der Debatte gegeben werden. Ein ausführliches Literaturverzeichnis kann beim Autor angefordert werden.

4. Literaturhinweise zum Thema (Verfassungs-) Patriotismus

Behrmann, Günter C., Verfassung, Volk und Vaterland – zur historischen, pädagogischen und politisch-kulturellen Verortung des Verfassungspatriotismus, in: Günter C. Behrmann/Siegfried Schiele (Hrsg.), Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung? Schwalbach/Ts. 1993, S. 5-24.

Beyme, Klaus von, Der Nationalstaat – Renaissance und Unzeitgemäßheit, in: Wissenschaftszentrum Berlin, WZB-Mitteilungen 56, Juni 1992, S. 28-32.

ders., Deutschland zwischen Verfassungspatriotismus und Neo-Nationalismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 44. Jg., Nr. 8, 1993, S. 457-460.

Dahrendorf, Ralf, Die Sache mit der Nation, in: Merkur, 44. Jg., 1990, S. 823ff.

Fetscher, Iring, Deutsche Identität und Nationalismus, in: ders., Utopien – Illusionen – Hoffnungen – Plädoyer für eine politische Kultur in Deutschland, Stuttgart 1990, S. 17-50.

Gebhardt, Jürgen, Verfassungspatriotismus als Identitätskonzept der Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 14, 2. April 1993, S. 29-37.

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

- Habermas, Jürgen*, Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität – Die Westorientierung der Bundesrepublik. in: ders., Die Moderne – ein unvollendetes Projekt – philosophisch-politische Aufsätze 1977-1990, Leipzig 1990, S. 159-179, auch in: ders., Eine Art Schadensabwicklung – kleine politische Schriften VI, Frankfurt a.M. 1987, S. 159-179.
- ders.*, Der DM-Nationalismus – weshalb es richtig ist, die deutsche Einheit nach Artikel 146 zu vollenden, also einen Volksentscheid über eine neue Verfassung anzustreben, in: DIE ZEIT, Nr. 14, 30. März 1990, S. 62; erweiterte Fassung: Nochmals: Zur Identität der Deutschen – ein einzig Volk von aufgebrachten Wirtschaftsbürgern?, in: ders., Die nachholende Revolution – kleine politische Schriften VII, Frankfurt a.M. 1990, S. 205-224.
- ders.*, Staatsbürgerschaft und nationale Identität – Überlegungen zur europäischen Zukunft, Sankt Gallen o.D. [1991], S. 5-34; auch in: Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a.M. 1992, S. 632-660 [Jahresangabe dort 1990].
- ders.*, Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik – Wir sind wieder „normal“ geworden, in: DIE ZEIT, Nr. 51, 11. Dezember 1992, S. 48; erweiterte Fassung, in: Siegfried Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt? – Nachdenken über Deutschland, Frankfurt a.M. 1993, S. 283-297.
- ders.*, Gelähmte Politik, in: DER SPIEGEL, Nr. 28, 1993, S. 50-55.
- ders.*, Die Festung Europa und das neue Deutschland, in: DIE ZEIT, Nr. 22, 20. Mai 1993, S. 3; erweiterte Fassung: ders., Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat, in: Charles Taylor, Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt a.M. 1993, S. 147-196 (insb. S. 182-196), S. 178-179.
- Hartung, Klaus*, Die Nation gehört nicht der Rechten, in: DIE ZEIT, Nr. 43, 22. Oktober 1993, S. 11.
- Hätich, Manfred*, Kann Verfassungspatriotismus Gemeinschaft stiften?, in: Günter C. Behrmann/Siegfried Schiele (Hrsg.), a.a.O., S. 25-35.
- Haußs, Peter*, Staatsbewußtsein im vereinigten Deutschland – Verfassungspatriotismus oder was sonst?, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Der demokratische Verfassungsstaat – Theorie, Geschichte, Probleme. Festschrift für Hans Buchheim zum 70. Geburtstag, München 1992, S. 195-210.
- Hoffmann, Lutz*, Der verordnete Patriotismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 38. Jg., H. 10, 1993, S. 1042-1050.
- Isensee, Josef*, Die Verfassung als Vaterland – zur Staatsverdrängung der Deutschen, in: Armin Mohler (Hrsg.), Wirklichkeit als Tabu – Anmerkung zur Lage, München 1986, S. 11-36.
- ders.*, Staatsrepräsentation und Verfassungspatriotismus – ist die Republik der Deutschen zu Verbalismus verurteilt?, in: Jörg-Dieter Gauger/Justin Stagl (Hrsg.), Staatsrepräsentation, Berlin 1992, S. 223ff.
- Kersting, Wolfgang*, Verfassungspatriotismus, komunitäre Demokratie und die politische Vereinigung der Deutschen, in: Petra Braiting/Walter Reese-Schäfer (Hrsg.), Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen – Philosophen und die Politik, Frankfurt a.M. 1991, S. 143-166.
- Kleger, Heinz*, Verfassungspatriotismus und Demokratie, in: ebenda, S. 108-126 (109-115 und 122-125).
- Kluxen-Pyta, Donata*, Verfassungspatriotismus und nationale Identität, in: Zeitschrift für Politik N.F., 37. Jg., H. 2, 1990, S. 117-133.
- Thomas Kreuder/Hanno Loewy*, Patriotismus, Verfassung und verdrängte Geschichte – Diskussion zwischen Micha Brumlik und Hermann Lübke, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 36. Jg., Nr. 5, 1989, S. 408-415.
- Lepsius, M. Rainer*, „Ethnos“ und „Deutos“ – zur Anwendung zweier Kategorien von Emeric Francisc auf das nationale Selbstverständnis der Bundesrepublik und auf die Europäische Einigung in: Kölner Zs. für Soziologie und Sozialpsychologie, 38. Jg., 1986, S. 751-759; auch in: ders., Interessen Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 247ff.

- ders., Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: M. Haller u.a. (Hrsg.), Kultur und Nation, Frankfurt a.M. 1989, S. 254ff.; auch in: ders., Demokratie in Deutschland – soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 229-248.
- Lietzmann, Hans*, „Verfassungspatriotismus“ und „Civil Society“ – eine Grundlage für Politik in Deutschland, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.), Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat?, Baden-Baden 1993, S. 205-224.
- Mathiopoulos, Margarita*, Die Schmähung der Verfassungspatrioten, in: dies., Das Ende der Bonner Republik – Beobachtungen einer Europäerin. Stuttgart 1993, S. 75-81.
- Meren, Detlef*, Verfassungspatriotismus und Verfassungsschwärmerci, in: Verwaltungs-Archiv, 1992, S. 283-298.
- Reuter, Lutz-Rainer*, Verfassungspatriotismus und Verfassungsreform, in: Günter C. Behrman/Siegfried Schiele (Hrsg.), a.a.O., S. 79-130.
- Richter, Dirk*, Theorie als Identitätsstifter? – Über Vorstellungen von Kollektiv-Identitäten in zivilgesellschaftlichen und kommunitaristischen Theorien, in: Kommune, 12. Jg., H. 1, 1994, S. 37-40.
- Ruge, Arnold*, Der Patriotismus (1844), hrsg. von Peter Wende, Frankfurt a.M. 1968.
- Sarcinelli, Ulrich*, „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält – Orientierungen für die politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34, 20. August 1993, S. 25-37; auch in: Günter C. Behrman/Siegfried Schiele (Hrsg.), a.a.O., S. 55-78.
- Schwan, Alexander*, Verfassungspatriotismus und nationale Frage – zum Verhältnis von deutschem Staats- und Nationalbewußtsein, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Politische Kultur und deutsche Frage, Köln 1989, S. 135-152.
- Sternberger, Dolf*, Das Vaterland, in: FAZ, 16. September 1959; auch in: Günter C. Behrman/Siegfried Schiele (Hrsg.), a.a.O., S. 1-2.
- ders., Verfassungspatriotismus, in: FAZ, 23. Mai 1979, S. 1; auch in: ebenda, S. 2-4, und in: Peter Haungs/Klaus Landfried/Bernhard Vogel (Hrsg.), Dolf Sternberger, Schriften X – Verfassungspatriotismus, Frankfurt a.M. 1990, S. 13-16.
- ders., Verfassungspatriotismus – Rede bei der 25-Jahr-Feier der ‚Akademie für Politische Bildung‘, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Schriftenreihe – Grundfragen der Demokratie, Folge 3, 1982, S. 5-17; auch in: Peter Haungs u.a., a.a.O., S. 17-31; auch in: FAZ vom 31. August 1982.
- ders., Anmerkungen beim Colloquium über ‚Patriotismus‘ in Heidelberg am 6. November 1987 (Erstveröffentlichung), in: Peter Haungs u.a., a.a.O., S. 32-38.
- Sutor, Bernhard*, Verfassungspatriotismus – Brücke zwischen Nationalbewußtsein und universalen politischer Ethik?, in: Günter C. Behrman/Siegfried Schiele (Hrsg.), a.a.O., S. 36-54.
- Wagner, Helmut*, „Verfassungspatriotismus“ als negativer Nationalismus, in: Außenpolitik, Heft III, 1993, S. 243-252.
- Weizsäcker, Richard von*, Nachdenken über Patriotismus, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin, Nr. 119, Bonn, 11. November 1987, S. 1021-1024, gekürzt: „Weltoffener Patriotismus – die Heidelberger Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker“, in: FAZ, Nr. 259, 7. November 1987, S. 29.
- Willms, Bernard*, Die politische Identität der Westdeutschen – drei erbauliche Herausforderungen und eine politische Antwort, in: Hans-Joachim Arndt u.a., Inferiorität als Staatsräson – Sechs Aufsätze zur Legitimität der BRD, Krefeld 1985, S. 39-60.

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

- 1 Im folgenden wird die Formulierung *Vereinigung* den Formulierungen *Wieder-*, *Neuvereinigung* und *Einigung* vorgezogen.
- 2 Heiner Geißler im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, *Wider die Zweifler und Erbsenzähler*, in: *Die Zeit*, Nr. 36, 3. September 1993, S. 4: „Die Deutschen suchen wieder einmal nach ihrer Identität. Ich glaube, im Moment (besteht) die Gefahr, daß ... alte Denkstrukturen und Staatsmodelle wieder hervorgeholt werden...“
- 3 Aus mehr als 80 Kommentaren in Zeitungen hat Wilfried Scharf zwölf Themen, welche Diskussionen nach der *Vereinigung* beherrschen, herausgearbeitet, u.a.: Erinnerung an Auschwitz, Definitionen und Verwendung der Begriffe Nation, Nationalstaat, Verfassungspatriotismus und Kulturnation, Gefühle für Deutschland..., in: ders., *Die Vereinigungsdebatte in Meinungsführermedien – zum Beitrag von Intellektuellen zur öffentlichen Meinung*, in: G. Bentele/M. Rühl (Hrsg.), *Theorien öffentlicher Kommunikation – Problemfelder, Positionen, Perspektiven*, München 1993, S. 400.
- 4 D. Richter, *Theorie als Identitätsstifter – Über Vorstellungen von Kollektiv-Identitäten in zivilgesellschaftlichen und kommunitaristischen Theorien*, in: *Kommune*, 12. Jg., H. 1, 1994, S. 38.
- 5 Ebenda.
- 6 *Blätter für deutsche und internationale Politik* (Blätter), *Aus Politik und Zeitgeschichte*, *DIE ZEIT*, *Frankfurter Rundschau*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, auch in: *Herder Korrespondenz*, *Evangelische Kommentare*. – Den Begriff Verfassungspatriotismus sucht man vergeblich in einem Politiklexikon oder Handwörterbuch zur Politik.
- 7 D. Sternberger, *Verfassungspatriotismus*, in: *Frankfurt Allgemeine Zeitung*, 23. Mai 1979, S. 1.
- 8 G. C. Behrman/S. Schiele (Hrsg.), *Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung?*, Schwalbach/Ts. 1993, 238 S.
- 9 P. Braiting/W. Reese Schäfer (Hrsg.), *Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen – Philosophen und die Politik*, Frankfurt a. M., Dezember 1991, S. 108-126 und S. 143-166.
- 10 Im obestehenden Literaturverzeichnis sind deren wichtigste Schriften zum Thema erwähnt. Es wird davon ausgegangen, daß diese Schriften bekannt sind. Im übrigen müßte Habermas' politischen Schriften von 1987 bis 1993, insb. zu seinem Konzept Verfassungspatriotismus, umfangreichere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- 11 J. Habermas, *Die Festung Europa – Der Streit um den Asylkompromiß...*, in: *DIE ZEIT*, Nr. 23, 1993a, S. 3. – In erweiterter Fassung: ders., *Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat* (2. Teil), in: Ch. Taylor, *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt a.M. 1993b, S. 147-196.
- 12 H. Vorländer, *Grundgesetzverständnis und Verfassungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 16-17, 1989, S. 13f.
- 13 A. Schwan, *Verfassungspatriotismus und nationale Frage – zum Verhältnis von deutschem Staats- und Nationalbewußtsein*, in: W. Weidenfeld (Hrsg.), *Politische Kultur und deutsche Frage*, Köln 1989, S. 143f.
- 14 T. Kreuder/H. Loewy, *Patriotismus, Verfassung und verdrängte Geschichte – Diskussion zwischen Micha Brumlik und Heumann Lübke*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 36. Jg., Nr. 5, 1989, S. 408.
- 15 Ebenda, S. 409.
- 16 H. Schulze-Fielitz, *Staatszwecke im Verfassungsstaat – 40 Jahre Grundgesetz*, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis*, 1. Jg., 1990, S. 230 und S. 239, Anm. 25.
- 17 H. Mattfeldt, *Ist das Grundgesetz noch „international wettbewerbsfähig“?*, in: *Vorgänge*, 28. Jg., H. 6, 1989, S. 32.
- 18 R. Dahrendorf, *Die Sache mit der Nation*, in: *Merkur*, 44. Jg., 1990, S. 827.

- 19 Ders., Die offene Gesellschaft und ihre Ängste, in: W. Zapf (Hrsg.), Deutscher Soziologentag 1990, Frankfurt a.M. 1990, S. 149f.
- 20 H.-P. Schwarz, Das Ende der Identitätsneurose, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 30, 7. September 1990, S. 3f.
- 21 Ebenda.
- 22 D. Kluxen-Pyta, Verfassungspatriotismus und nationale Identität, in: Zeitschrift für Politik N.F., 37. Jg., H. 2, 1990, S. 117-133. Vgl. dies., Nation und Ethos – Die Moral des Patriotismus, Diss., Freiburg/München 1991, 258 S.
- 23 Dies., Verfassungspatriotismus (Anm. 23), S. 122.
- 24 Ebenda, S. 126.
- 25 Zum Begriff „Zivilität“ vgl.: H. Kleger, Der neue Ungehorsam – Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie, Frankfurt a.M./New York 1993, 502 S., insb. Kapitel VIII.
- 26 Ders., Verfassungspatriotismus und Demokratie, in: P. Brautling/W. Reese-Schäfer (Hrsg.), Universalismus, Nationalismus (Anm. 9), S. 109f.
- 27 Ebenda, S. 114.
- 28 Ebenda, S. 124.
- 29 W. Kersting, Verfassungspatriotismus, komunitäre Demokratie und die politische Vereinigung der Deutschen, in: P. Brautling/W. Reese Schäfer (Hrsg.), Universalismus, Nationalismus (Anm. 9), S. 144.
- 30 Ebenda, S. 154f.
- 31 Ebenda, S. 156.
- 32 J. Isensee, Staatsrepräsentation und Verfassungspatriotismus – ist die Republik der Deutschen zu Verbalismus verurteilt?, in: J.-D. Gauger/J. Stagl (Hrsg.), Staatsrepräsentation, Berlin 1992, S. 237f.
- 33 D. Merten, Verfassungspatriotismus und Verfassungsschwärmerei – Betrachtungen eines Politischen, in: Verwaltungs-Archiv, 1992, S. 283; so wurde Staatsgebiet zum Geltungsbe-
reich des Grundgesetzes und Staats- zu Verfassungsorganen.
- 34 Ebenda, S. 284.
- 35 Dieser Begriff stammt von J. Isensee, Die Verfassung als Vaterland – zur Staatsverdrängung der Deutschen, in: A. Mohler (Hrsg.), Wirklichkeit als Tabu – Anmerkungen zur Lage, München 1986, S. 13.
- 36 K. von Beyme, Der Nationalstaat – Renaissance und Unzeitgemäßheit, in: WZB-Mitteilungen, Juni 1992, S. 58.
- 37 P. Haungs, Staatsbewußtsein im vereinigten Deutschland – Verfassungspatriotismus oder was sonst?, in: O. W. Gabriel, unter Mitarbeit von Ch. Blank (Hrsg.), Der demokratische Verfassungsstaat – Theorie, Geschichte, Probleme. Festschrift für Hans Buchheim zum 70. Geburtstag, München 1992, S. 195ff.
- 38 Ebenda, S. 199.
- 39 Ebenda, S. 205.
- 40 Ebenda, S. 208.
- 41 H. Grebing, Nation statt Demokratie? Bemerkungen zu: Link und die Deutsche Einheit. Auch eine Polemik, in: H. Münkler (Hrsg.), Die Chancen der Demokratie – Grundprobleme der Demokratie. Festschrift für Iring Fetscher, München 1992, S. 112.
- 42 R. Leicht, Ohne Patriotismus geht es nicht, in: DIE ZEIT, 48. Jg., Nr. 5, 29. Januar 1993, S. 1.
- 43 G. Hofmann, Patriotismus – nein danke!, in: DIE ZEIT, 48. Jg., Nr. 7, 2. Februar 1993, S. 4.
- 44 M. R. Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaa-
ten des „Großdeutschen Reiches“, in: M. Haller u.a. (Hrsg.), Kultur und Nation, Frankfurt a.M. 1989, S. 254ff.
- 45 P. Glotz, Links und patriotisch – Tastende Bemerkungen zu Leicht, Hofmann, Motzki und

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

- anderen Deutschen. in: DIE ZEIT, 48. Jg., Nr. 8, 19. Februar 1993, S. 10.
- 46 Ebenda.
- 47 J. Gebhardt, Verfassungspatriotismus als Identitätskonzept der Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 14, 2. April 1993, S. 30.
- 48 R. von Weizsäcker, Weltoffener Patriotismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 259, 7. November 1987, S. 29.
- 49 J. Gebhardt, Verfassungspatriotismus als Identitätskonzept (Anm. 48), S. 33.
- 50 Ebenda, S. 35.
- 51 Ebenda, S. 36.
- 52 H. Lietzmann, „Verfassungspatriotismus“ und „Civil Society“. Eine Grundlage für Politik in Deutschland?, in: R. Voigt (Hrsg.), Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat?, Baden-Baden 1993, S. 205-230.
- 53 Ebenda, S. 207.
- 54 U. Sarcinelli, „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält – Orientierungen für die politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34, 20. August 1993, S. 25.
- 55 Ebenda, S. 27.
- 56 Ebenda, S. 32.
- 57 Ebenda, S. 37.
- 58 K. von Beyme, Deutschland zwischen Verfassungspatriotismus und Neo-Nationalismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte: Deutschland nach Solingen, 44. Jg., H. 8, August 1993, S. 458.
- 59 H. Wagner, „Verfassungspatriotismus“ als negativer Nationalismus, in: Außenpolitik, H. III, 1993, S. 342ff.
- 60 Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes zum neuen Grundsatzprogramm an den 5. Parteitag 21.-23. Februar 1994 in Hamburg, in: CDU-Dokumentation 31/1993, S. 11.
- 61 So zitiert in: Stuttgarter Zeitung, 49. Jg., 37. Woche, Nr. 213, 15. September 1993, S. 3.
- 62 Ein Gespräch mit Wolfgang Schäuble über Europa und Deutschland, Patriotismus, den rechten Rand, Steffen Heitmann und die Themen des „Superwahljahres“ 1994, in: die tageszeitung (taz), 15. Oktober 1993, S. 13.
- 63 L. Hoffmann, Der verordnete Patriotismus, in: Blätter ..., 38. Jg., H. 10, Oktober 1993, S. 1243.
- 64 Ebenda, S. 1244f.
- 65 So auch Wolf Lepenies: „Der Universalismus der Aufklärung kennt nicht die Bindung des Patriotismus an ein einziges Vaterland: Erst die wechselseitige Respektierung der Völker rechtfertigt die Identifikation mit einem einzelnen, dem eigenen Volk. Patriotismus und Kosmopolitismus... bedingen einander.“ In: ders., Zum Sprechen bringen – für einen Patriotismus der Intellektuellen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 1992, S. 33.
- 66 So auch Klaus Hartung: „Gewiß, jeder Patriotismus hat seine Mythen .. das vereinigte Deutschland hat einen Gründungsmythos, der identifikationsmächtig sein könnte: die Volkserhebung in der DDR.“ In: ders., Die Nation gehört nicht der Rechten, in: DIE ZEIT, 48. Jg., Nr. 43, 22. Oktober 1993, S. 11.
- 67 P. Wende (Hrsg.), Arnold Ruge – Der Patriotismus, Frankfurt a. M. 1968(!).
- 68 Ebenda, S. 10.
- 69 Ebenda, S. 39.
- 70 Die drei Zitate sind auf den Seiten 40, 47 und 54 bis 55 zu finden.
- 71 G. C. Behrmann, Verfassung, Volk und Vaterland, in: ders./S. Schiele (Hrsg.), Verfassungspatriotismus als Ziel (Anm. 8), S. 5.
- 72 Ebenda, S. 19.
- 73 M. Hättich, Kann Verfassungspatriotismus Gemeinschaft stiften?, in: G. C. Behrmann/S. Schiele (Hrsg.), Verfassungspatriotismus als Ziel (Anm. 8), S. 26. – Vgl. auch die vorzuziehende

Andreas Keller

Darstellung von R. Burger, Patriotismus und Nation, in: Forum, Nr. 478/479, Oktober/November 1993, S. 50 und S. 52: „... doch handelt es sich dabei (Unterscheidung von Nationalisten und Patrioten) nur um verschiedene Grade der Identifikation ... das Objekt der Verehrung ist immer die Nation... Der Patriot ist der Nationalist in ruhigen Zeiten, der Nationalist der Patriot in bewegten.“

- 74 Ebenda, S. 27. Auf die Verschiebung der Prioritäten von *Freiheit* zur jetzt vorrangigen *Einheit* weist M. Mathiopoulos in „Die Schmähung der Verfassungspatrioten“ hin: dies., Das Ende der Bonner Republik – Beobachtungen einer Europäerin. Stuttgart 1993, S. 75.
- 75 Vgl. R. Burger, Patriotismus und Nation (Anm. 74), S. 49-52 zum Verhältnis von Patriotismus zu Verfassung, Vaterland, Heimat und Nation.
- 76 B. Sutor, Verfassungspatriotismus – Brücke zwischen Nationalbewußtsein und universalen Ethik?, in: G. C. Behrmann/S. Schiele (Hrsg.), Verfassungspatriotismus als Ziel (Anm. 8), S. 42f.
- 77 L. R. Reuter, Verfassungspatriotismus als Verfassungsreform, in: ebenda, S. 79.

Das Ende der Sozialdemokratie – beschleunigt durch die Einigung? 1989

„In fünf bis zehn Jahren wird Deutschland seine makroökonomischen Ungleichgewichte ausbalanciert und den Wohlfahrtsstaat schneller zurückgestaut haben als ohne den Schock der Vereinigung.“

*Alain Minc: „Am wenigsten preußisch“,
in: Der Spiegel 52 (1993), S. 13.*

1906 stellte Werner Sombart die berühmte Frage: „Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?“ – Ersetzen wir „Sozialismus“ treffender durch: „keine sozialdemokratische Partei“¹ und fragen 1993: „Warum haben, ganz gegen alle Erwartungen, sozialdemokratische Parteien in den postrealsozialistischen Ländern bisher so schlecht abgeschnitten?“, so können Antworten aus sozialdemokratischer Sicht womöglich noch bestürzender ausfallen als die sehr plusiblen, die uns Sombart gegeben hat. Obwohl mehrere hundert Millionen Menschen siebzig bzw. vierzig Jahre unter dem ideologischen Banner des Sozialismus und einer zur Staatsmacht geronnenen organisierten Arbeiterbewegung gelebt haben, scheint – so die immer noch weit verbreitete Interpretation – die mir „schlecht ausgeführte“, sonst aber „gute Idee“ des Sozialismus über keine ausreichende Kraft mehr zur organisatorischen Neuformierung verfügt zu haben. Weder das in Umfragen häufig genannte „Schwedische Modell“ noch die deutsche Sozialdemokratie ließen es den meisten Wählern geraten erscheinen, wenn es denn überhaupt sozialdemokratische Angebote gab, an deren Erfolge anzuknüpfen.

Sollte sich also der so paradoxe Spruch vom „Überholen ohne Einzuholen“ doch noch – auf allerdings verquere Weise – bestätigen?

Wenn schon „nachholende Modernisierung“², würde dann nicht der direkte Sprung zu Markt und Kapital, zu Eigentum und Privatrechtsordnung ohne die zügelnden Hürden sozialdemokratischer Bedenken und gewerkschaftlicher Gegenmacht sich als schnellste und fortschrittlichste Lösung erweisen?³ Ist es nicht wahr, daß ein rasender Kapitalismus in Süd-/Ostasien fast ohne Sozialdemokratie, ja ohne Demokratie überhaupt, mit höchsten Wachstumsraten aufwarten kann? Warum sollte man sich nicht an dem Land

orientieren, das sich niemals auf den Irrweg des „Sozialismus“ begeben hatte und das dieses Jahrhundert wahrscheinlich wie kein zweites geprägt hat? Hatten nicht Reagan, Bush und Thatcher gezeigt, daß Gewerkschaften und Labour-Party offensichtlich auslaufende Modelle waren? Und sehen wir nicht auch, daß das Europa des gemeinsamen Marktes ohne wirklichen Einspruch von Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf „Sozialcharta“ und politische Demokratisierung verzichtet hat?⁴

Sprechen nicht prominente Sozialwissenschaftler im Westen schon seit geraumer Zeit vom Ende des sozial-demokratischen Jahrhunderts, vom Niedergang der Sozialdemokratie oder vom Ende eines „sozialdemokratischen Konsensus“?

Zugegeben, das mögen rhetorische Fragen eher virtueller Akteure sein, aber nicht nur. Denn die Frage, ob der im Westen diskutierte und bestrittene Niedergang der Sozialdemokratie durch „1989“ einen Schub oder das Gegenteil erfahren würde, kann gar nicht losgelöst von den Chancen sozialdemokratischer Politik in postkommunistischen Ländern beantwortet werden.⁵ Auch wenn ich mich am Ende auf die Sozialdemokratie konzentrieren möchte, die durch institutionelle Ausweitung auf ein postkommunistisches Gebiet, in direkte Konfrontation mit posttotalitärer Schwäche gestellt, einen Sonderfall darstellt,⁶ scheint es mir sinnvoll, die schon vor 1989 geführte Kontroverse um das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ nochmals aufzunehmen. Deshalb werde ich

1. die Argumente der „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“-These zusammenfassen,
2. die Einwände gegen die Niedergangsthese prüfen und
3. meine These erörtern: „1989“ bzw. die deutsche Einigung wird mit großer Wahrscheinlichkeit die „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“-These mit zusätzlicher Schubkraft versehen.

1. Wie lauten die Kernargumente der These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts?

Ralf Dahrendorf, an den ich mich hier vornehmlich halte, hat seine radikalen Behauptungen zehn Jahre vor dem historischen Zusammenbruch des Realsozialismus zum erstenmal aufgestellt und in vielerlei Varianten bis heute wiederholt; auch in seiner jüngsten Version fügt „1989“ kein systematisch neues Argument hinzu.⁷ Die Thesen vom Niedergang, vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts bzw. des sozialdemokratischen Konsensus, die übrigens keineswegs alle das gleiche meinen, scheinen durchaus auf eigenen

Das Ende der Sozialdemokratie?

Beinen zu stehen. Dabei war Dahrendorf keineswegs der erste, der vom Elend oder gar vom Ende der Sozialdemokratie gesprochen hat – aber vielleicht hat die Sombartsche Frage inspiriert, das Thema immer wieder anzuschlagen, weil die Zukunft der westlichen Demokratien ihm eher auf dem Weg der USA als dem der europäischen Wohlfahrtsstaaten zu liegen scheint?

Wie dem auch sei, die Frage nach der Bedeutung des „Endes der Arbeiterbewegung“ für die Politik der Urpartei aller Partelen, der deutschen Sozialdemokratie, hatte Theo Pirker schon in den fünfziger Jahren angeschlagen.⁸ Und es war nicht zuletzt die kurzlebige Renaissance der marxistisch inspirierten Sozialismusdebatte im Zuge der Studentenrevolte, die einen Herbert Marcuse oder den unverdächtigen André Gorz „Abschied vom Proletariat“ nehmen ließen.⁹ Martin S. Lipset sprach zehn Jahre später vom Ende einer Mission, ein Wort, das die Witwe von Willy Brandt nach 1989 im Feuilleton der FAZ kühl aufgriff, verbunden mit der nicht ganz so kühlen Freude, daß die Linksintellektuellen endlich das Subjekt ihres Geschichtsbildes verloren hätten.¹⁰

Aber Dahrendorf ist viel radikaler. Das in der westlichen wie östlichen Welt symbolische Jahr 1968 sei, so sehr sich auch seine Protagonisten dagegen sträuben werden, der letzte Triumph der Sozialdemokratie und einer menschlichen Vision vom „Demokratischen Sozialismus“ (CSSR) gewesen, zugleich aber auch der Anfang vom Ende. Zum letztenmal wurde im Zeichen sozialistischer Großtheorien und der universalistischen Werte der Französischen Revolution der Sozialdemokratie eine Debatte aufgedrängt, die viele „rechte Sozialdemokraten“ für ein Unglück hielten und Konservative sowieso. Aber die Befindlichkeiten dieser Spezies wären nicht der Rede wert gewesen, hätte nicht die sogenannte Ölkrise schlagartig Bedeutsameres deutlich gemacht: die (Finanz-)Krise des Sozial- und Wohlfahrtsstaates!

Trotz aller radikalen Liberalität, die Dahrendorf von Neokonservativen trennt, gehört er zu der Gruppe von gewichtigen Wohlfahrtsstaatskritikern, die – Mitte der siebziger Jahre – als „Trilateral Commission“ die Unregierbarkeit, „Big Government“ (R. Rose), kurz: „The Crisis of Democracy“ beschwören.¹¹ Der umsichgreifende Hedonismus, die sogenannte Anspruchsinflation, der Mechanismus der Wettbewerbsdemokratie werden für die ökonomisch-politische Blockade verantwortlich gemacht. Oder wie es S. Huntington unmißverständlich ausdrückte: Das, was die Marxisten fälschlicherweise der kapitalistischen Ökonomie zuschreiben, sei in Wirklichkeit Produkt demokratischer Politik. Dahrendorf bezeichnet dieses als Ergebnis eines „sozialdemokratischen Konsensus“, den Konservative, Sozialdemokraten und, mit mentalen Vorbehalten, Liberale nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hätten. „Es fällt schwer“, schreibt Dahrendorf in seiner jüngsten Version, „diejenigen

beim Namen zu nennen, die dem sozialdemokratischen Konsensus nicht anhängen: Sozialdemokraten und Freie Demokraten in Deutschland, Labour, Liberaldemokraten und Konservative in Großbritannien. Zu ihnen gehört der ganze pentopartito der Koalitionspartner von Christdemokraten und Sozialisten in Italien und der größte Teil der beiden politischen Blöcke in Frankreich (wie übrigens auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, die allerdings ... einen etwas anderen Weg beschritten haben).“¹²

Verkörpern tut diesen Konsens der „anständige, rechte Sozialdemokrat“, eine idealtypische Kombination von vier Haltungen, die zugleich den Grundbestand der Modernität ausmachen:

1. Die Notwendigkeit von Wachstum durch Steigerung der Produktivität zur Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter,
2. das Motiv der Gerechtigkeit und der Gleichheit der Chancen.
3. Die Akzeptanz der demokratischen Institutionen als Instrument der Veränderung läßt ihn zu ihrem überzeugtesten Verteidiger werden.
4. Im Bereich der Werte und Kultur ist er der Hauptbefürworter der Rationalität im Weberschen Sinne; von der Buchhaltung über die Bürokratie bis zu Wissenschaft und Technik.

Die Stärke dieser Aussage liegt in ihrer Globalität: Das sozialdemokratische Programm habe sich zu Tode gesiegt; seine Erfolge repräsentieren die Interessen der Mehrheitsklasse; auch die bürgerlichen Parteien repräsentieren den status quo, wobei deren „Sozialdemokratisierung“ einer eigenständigen Analyse bedürfe.¹³ Denn die meisten sozialdemokratischen Forderungen wurden von bürgerlichen Regierungen oder von großen Koalitionen durchgesetzt. Ohne das schiere Vorhandensein sozialdemokratischer Parteien hätten Veränderungen nicht stattgefunden; aus der Opposition heraus haben sie mehr erreicht als in der Regierung. Das konnten sie, weil sie eine „große Kraft“ der Zeit repräsentierten. Die neuere Geschichte kennt keine erfolgreichere Version bürgerlicher Gesellschaft als die sozialdemokratische.

Diese Version aber habe sich erschöpft und begänne seine kontraproduktive Wirkung zu entfalten. Die Folgen des sozialdemokratischen Konsensus habe zu Entmutigung von Initiative und Innovation geführt, zu Bürokratie, Korporatismus, Steuer- und Wohlfahrtsstaat, geradewegs ins „Gehäuse der Hörigkeit“. Die Überforderung der und durch die Demokratie drohe zu einem Legitimationsschwund der politischen Macht zu werden. Radikaler Wandel muß her, und der kann nur von Minderheiten kommen.

Das ist gewiß ein vergrößertes, sieht man sich die Facetten jedoch genauer an, durchaus ein eindrucksvolles, ja sogar faires Bild – gemalt mit liberalem

Das Ende der Sozialdemokratie?

Pinsel, der den elitären Zug gar nicht verbergen will.

Doch ein paar Anmerkungen seien schon hier angefügt – Globalität hat auch Nachteile.

Wenn wir ernst nehmen, was Dahrendorf sagt, daß im Westen fast alle Sozialdemokraten sind, dann möchte man doch gerne genauer wissen, welche **spezifische** Rolle die linken Parteien in den letzten hundert Jahren gespielt haben? Dann möchte man wissen, warum der Strom des sozialdemokratischen Konsensus so selten bei den sozialdemokratischen Parteien selbst zusammenfloß und damit dem Original kaum eigenständige numerische Mehrheiten verschaffte?

Und wenn sie schon eigenständige Mehrheiten in Parlamenten erreichten, was in der Geschichte sämtlicher Wahlen seit 1920 höchst selten vorkam,¹⁴ dann bedeutete das noch längst nicht die Macht, die für einen Umbau der Gesellschaft nötig wäre, wie der deutsche Sozialdemokrat Peter Glotz noch 1988 auf einem Parteitag der SPD nüchtern feststellte. Einen radikalen Politikwechsel, wie ihn Mrs. Thatcher mit ihren „adversary politics“ betrieb, hätten sich Sozialdemokraten niemals erlauben können. Mehrheitsfähig im emphatischen Sinne eines Mandats „für Sozialismus“, das ist die Linke nie gewesen; wo gab und gibt es denn einen „sozialdemokratischen Konsens“, der nicht vom „rechten“, sondern auch nur von „reformistischen“ Sozialdemokraten bestimmt wurde? Wird man da nicht eher daran erinnert, daß selbst der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, meinte, Ralf Dahrendorf die Frage zurückgeben zu müssen, was denn so sozialdemokratisch an diesem Jahrhundert gewesen sei?¹⁵

Fast könnte es einem vorkommen, als wenn der Liberale Dahrendorf es sich mit der Bestimmung des „sozialdemokratischen Konsensus“ etwas zu einfach gemacht hat. Das Wörtchen „sozial“ oder Sozialstaat scheint ihm, wie fast allen Liberalen, Schwierigkeiten zu bereiten.¹⁶ Wenn es für einen „sozialdemokratischen Konsens“ nicht mal mehrheitsfähiger sozialdemokratischer Parteien bedarf (wie in den USA, den Niederlanden, der Schweiz, Kanada, Italien und selbst Deutschland), dann ist wirklich nicht einzusehen, warum unter den gegebenen Bedingungen es rational sein sollte, sozialdemokratische Parteien im Transformationsprozeß zu bevorzugen. Offensichtlich meinte Dahrendorf mit seiner Rede vom Ende des sozialdemokratischen Konsensus entweder, daß das Aufkommen neuer Parteien und geändertes Wahlverhalten auch ein Ende ihrer Anpassungsbereitschaft bürgerlicher Parteien signalisierte, d.h., daß sie vom sozialdemokratischen Konsensus abrücken müßten, oder, daß neue Parteien und Gruppen diesen Konsensus aufbrechen würden.

Ex negativo bekommt der sozialdemokratische Konsens doch noch eine Schlagseite: denn einer Seite der Träger des Konsensus traut Dahrendorf aus subjektiven und objektiven Gründen ein Aufbrechen nicht mehr zu – und das ist natürlich die Sozialdemokratie! Und so war es gewiß kein Zufall, daß Dahrendorf zum gleichen Zeitpunkt, als er zum erstenmal die These vom Ende des Konsensus verkündete, auch die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft, das organisierende Prinzip der Arbeiterparteien, in die Debatte warf; zur gleichen Zeit also, als die GRÜNEN in Deutschland und Margaret Thatcher in England einen politischen Paradigmenwechsel ankündigten. Die GRÜNEN, indem sie das Paradigma der „Lebensweise“ neben das der (Um-)Verteilung materieller Güter setzten (Raschke), Mrs. Thatcher, indem sie zeigte, daß mit der Machtressource ‚politische Mehrheit‘ ein radikaler Politikwechsel hin zur Angebotspolitik und damit ein „breaking of the socialdemocratic mould“ tatsächlich möglich war.

Im Lichte dieser Überlegungen erscheinen die eingangs gestellten Fragen eher bestätigt denn widerlegt: neue Parteien drängen seit den siebziger Jahren auf den politischen Markt; Steuer- und rechte Protestparteien, insbesondere aber linkslibertäre „Grüne“, die allesamt am Stimmenanteil der Sozialdemokraten nagen.¹⁷ Sowohl industrie- und wachstumskritische als auch neoliberale wachstumsfreundliche Positionen stellen die Basis des ominösen „sozialdemokratischen Konsensus“ lange vor 1989 in Frage. Aus der Sicht „nachholender Modernisierung“ bietet sich dieses auslaufende Modell zur Übernahme als wenig erfolgversprechend an. Oder gibt es Anzeichen, daß Dahrendorf Unrecht haben könnte? Könnten nicht die Erfolge posttotalitärer sozialistischer Parteien Dahrendorf nicht nur empirisch widerlegen, sondern auch den sozialistischen sozialdemokratischen Parteien in postkommunistischen Ländern Mut machen?¹⁸

2. Einwände: Kein Niedergang der Sozialdemokratie!

Überraschenderweise gibt es nur wenige Publizisten und Wissenschaftler, die der These vom Niedergang der Sozialdemokratie, sieht man von ihren glühenden Anhängern ab, widersprochen haben, während die Zahl der Dahrendorfschen Trittbrettfahrer weiterhin zunimmt.¹⁹

Ein paar wackere und kluge Verteidiger haben sich aber doch gefunden: W. Merkel, K. Armingeon und Helga Grebing gehören dazu.²⁰ Seit Jahren ficht insbesondere W. Merkel einen mit allen theoretischen und empirischen Wassern gewaschenen Kampf gegen die Niedergangsthese. Dabei bildet

Dahrendorf nur einen Ausgangspunkt. Intensiver noch geht es gegen Paläo- und Neomarxisten, Neokonservative und Liberale, Regulationstheoretiker und Post-Fordisten, gegen die Vertreter von public- und rational choice Ansätzen.²¹

Wie sehen die Hauptargumentationslinien aus?

Am meisten stören W. Merkel an den Niedergangstheoretikern deren expliziter oder verborgener Determinismus und ein linear fortgeschriebener universeller Geltungsanspruch. Als gemeinsame Schwäche verbinde sie eine rein statische Wahrnehmung der sozialdemokratischen Parteien. Diese tauchten eher als Objekte denn als Akteure auf; deren Fähigkeit, sich der Umwelt anzupassen und auf sie einzuwirken werde systematisch vernachlässigt. Ganz ähnliche Vorbehalte formuliert auch die Haushistorikerin der SPD, Helga Grebing.

Merkel versteht sich als empirischer Nominalist: Das heißt, er stellt fest, daß es sozialdemokratische oder sozialistische Parteien gibt, daß sie bei Wahlen oder in der Regierung durchaus noch erfolgreich sind, und das könne man, so Armingeon, auch von den Gewerkschaften sagen. Folgende kategoriale Annahmen und argumentative Grundmuster lassen sich aus seinen zahlreichen Aufsätzen und der jetzt erschienenen Habilitation herausdestillieren:

Jede gehaltvolle Analyse sozialdemokratischer Politik muß Machtressourcen (Wählerstärke, Regierungsbeteiligung und Gewerkschaftsmacht) mit einer Restriktionsanalyse und den Strategiewahlen der Akteure verbinden. Meist aber werden nur die strukturellen Restriktionen von den verschiedenen Ansätzen in den Vordergrund gehoben.

1. *Ökonomie* – Die Begrenzung nationaler Handlungssouveränität durch die fortschreitende Globalisierung der Gütermärkte und Unternehmen, die Verselbständigung der Finanzmärkte, führt zu einem Verlust der Zins-souveränität und damit zu einer Blockade nationaler keynesianischer Koordination.
2. *Sozialstruktur und Interessenlagen* – Der Wandel der Sozialstruktur, die Ausdifferenzierung von sozialen Schichten, Milieus und Lebensstilen, der sogenannte Wertewandel und die damit einhergehende Neudefinition von Interessenlagen führt zu
3. *einer Heterogenisierung kollektiver Akteure*: Bürgerinitiativen, neue Parteien- und Verbändedifferenzierung sowie weitere Erschwernis der dialogischen Handlungslogik der Gewerkschaften vergrößern – nehmen wir Punkt 2 und 3 zusammen – das ELEKTORALE DILEMMA: die scheinbar erweiterten Handlungsspielräume der Parteiakteure machen Koalitionsbildungen schwerer und die Wahrscheinlichkeit absoluter Mehrheiten geringer.

4. *Institutionen* – Die zunehmende funktionale Differenzierung und Eigenlogik gesellschaftlicher Subsysteme: die Art der industriellen Beziehungen, der staatlichen Verwaltung, der Föderalisten, die Rolle der Notenbanken, erlauben keine politische Steuerung mehr durch den Staat, dessen Handlungsfähigkeit für sozialstaatliche, ökonomische und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (für „mehr Gerechtigkeit“ und „gleiche Lebensverhältnisse“) unabdingbar ist.
5. *Politische Kultur und Konfliktregelungsmuster* – Nicht zuletzt hat sich gezeigt, daß die Soziokultur und der Wandel der Deutungskultur erheblichen Einfluß auf die hegemonialen politischen, aber auch z.B. wirtschaftswissenschaftlichen Diskurse ausüben und damit Handlungsschranken als auch Optionen über die veröffentlichte Meinung entstehen. Die massenhafte Vielfalt privater Fernsehsender, neuer Medien, Heimvideos sind mit ihrer privatisierenden Wirkung für traditionelle sozialdemokratische Anliegen weniger förderlich.
6. *Zeit* – Der politische ‚kairos‘, die Sequenzen politischer Macht- und Institutionenbildung, der Zeitpunkt der Industrialisierung, die Kumulation oder Dehnung von Konflikten, die Vor- und Nachteile von Pionier- und Nachzüglergesellschaften bilden eigenständige, bedeutsame Faktoren für erfolgreiche und weniger erfolgreiche sozialdemokratische Politik.

Nimmt man diese sechs Punkte zusammen, so ist keineswegs ausgemacht, daß diese Restriktionen allein linken Parteien zum Nachteil reichen.

Vorerst aber soll es nur um die Dahrenderlthese gehen. Medkel geht am elaboriertesten vor. Er möchte differenzieren! Er will – neben seinen theoretischen Auseinandersetzungen – im Vergleich dreier sozialistischer Nachzüglerparteien (Frankreich, Spanien, Griechenland) und vier etablierter sozialdemokratischen Parteien (Schweden; Norwegen, Finnland, Österreich) zeigen, ob es Unterschiede in Durchsetzungsvermögen, Politikergebnissen und Leistungsprofilen zwischen dem Zeitraum 1945-1974 und 1974-1990 gibt. Zur Erklärung reicht ihm der offensichtliche Machtressourcenansatz (Korpi/ Esping-Andersen) nicht aus. Zur Erfassung der jeweiligen Opportunitätsstruktur, also den Handlungskorridoren sozialdemokratischer Regierungspolitik, muß eine Verbindung von system- und handlungstheoretischen Überlegungen hergestellt werden. Die ambivalente Wirkung der Strukturen zur Begünstigung oder zum Nachteil von Handlungschancen und für Strategiewahlen der Akteure läßt sich nur in aufwendiger Kombination aller Faktoren erkennen.

Ich gehe nicht auf die Ergebnisse im einzelnen ein, sondern zitiere aus

Das Ende der Sozialdemokratie?

Merkels Fazit, in dem er die Argumente zusammenfaßt, die für und gegen die Niedergangsthese sprechen: „Trotz der Wahlerfolge, trotz (meist) parlamentarischer Mehrheiten und alleiniger Regierungsverantwortung reichten für die sozialistischen Regierungen Südeuropas die politischen Machnossourcen nicht aus, um die negative Kumulation von *Restriktionen*, die sich einer sozialdemokratischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik entgegenstellten, zu überwinden. Die erheblichen wirtschaftlichen Modernisierungsdefizite, fehlende Institutionen und die besonderen politischen Kulturen erwiesen sich dabei als die schwerste Hypothek. Und es waren gerade die wirtschaftlichen, institutionellen und politisch-kulturellen Faktoren, die sich in Schweden, Norwegen, Österreich und Finnland als *Ressourcen* sozialdemokratischen Handelns erwiesen. Sie schoben sich gewissermaßen als Filter zwischen Regierungsmacht und Politikergebnisse. Dadurch schwächten sie die von der Erosion der sozialdemokratischen ‚Regierungsmacht‘ ausgehenden Wirkungen auf die Politikergebnisse erheblich ab.“²²

Ohne Zweifel zeigen die Ergebnisse ein differenzierteres Bild als Dahrendorfs Globalthese. Auf den ersten Blick müssen die numerischen Erfolge der „Linken“ in Frankreich in den achtziger Jahren beeindrucken und insbesondere die Stabilität der PSOE nach der Regierungsübernahme 1982 müssen interessieren, schließlich war und ist Spanien ebenfalls ein „post-totalitäres Transitionsland“. Sieht man genauer hin, rücken folgende Bedenken in den Vordergrund. Was die verheerende Niederlage der französischen Sozialisten betrifft, kann Merkel auf den begrenzten Zeitraum seines Untersuchungsdesigns verweisen; und für die Wirklichkeit darauffolgender Zeiten kann der Empiriker ja nun tatsächlich nichts. – Spannender ist der spanische Fall. Spanien mußte auch zurück zur Demokratie finden, nicht aber zu Privatrechtsordnung und Kapitalismus; allerdings hatte dieser seine Wettbewerbsfähigkeit unter Franco verloren, und diese verbesserte sich in den ersten sieben Jahren ‚bürgerlicher‘ Regierungen nicht nennenswert. Umso aufsehenerregender erscheint die Rolle der PSOE als erfolgreicher Modernisierungsagentur Spaniens, die dem Kapital den Anschluß an die EG und an das Weltmarktniveau öffnete. Was waren die Kosten? Die in der Zeit des Umbruchs (1974-76) als programmatisch linkssozialistisch angetretene PSOE verwandelte sich in kurzer Zeit in eine marktradikale sozialliberale Partei. Äußere Restriktionen, Monetarismus und neoklassische Angebotspolitik ließen an eine eigenständige keynesianische Steuerpolitik nicht denken. Die seit 1982 mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialisten paßten sich an; aber auch der zweite Wahlsieg 1986 brachte keine „sozialdemokratische Wende“. Selbst auf einem zentralen Feld sozialdemokratischer policies,

dem Arbeitsmarkt, führten Deregulierungsmaßnahmen alter, francistischer Arbeitsplatzsicherung zu einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent; weitere 20 Prozent arbeiten nur mit zeitlich befristeten Verträgen. Auch die erhebliche, ungleiche Vermögens- und Eigentumsverteilung bei einer der niedrigsten Steuerquoten in Europa evozieren kein „sozialdemokratisches“ Handeln: „Spaniens Sozialisten sind in einer Phase an die Macht gekommen, in der ihnen die ... Rahmenbedingungen und das sozioökonomische Entwicklungsniveau wenig mehr gestatteteten, als Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu modernisieren.“ (PVS, 4 [1989], S. 652)

Immerhin, „modernisieren“ wollen die Osteuropäer auch, und wenn Modernisierungspolitik nicht einmal zu ernsthaften Wahlverlusten führt, dann leuchtet sogar Merkels zentrales Argument ein: die Anpassungsfähigkeit der Parteiakteure begründet auch eine „rationale, funktional-elektorale“ Strategiewahl, die auf Arbeitslose und (sehr schwache) Gewerkschaften keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Wenn „sozialistische“ Akteure nicht nur nicht anders können als nichtsozialdemokratische (Modernisierungs-)Politik zu betreiben und, da sie es nicht müssen, sogar wollen, dann stellt sich allerdings die Frage, welche „Notwendigkeiten“ sozialdemokratische Politik bzw. Wahl im Transitionsprozeß zwingend machen sollen.²³

Was sagen uns die relativen Erfolge der vier anderen Vergleichsländer? Liefern sie Hinweise, daß unter gegebenen Umständen und/oder im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen es sich doch lohnen könnte, auf die Karte „Sozialdemokratie“, vom sozialdemokratischen Konsens nicht zu reden, zu setzen; daß die Chancen der Sozialdemokratie doch so schlecht nicht sind, daß von Niedergang bzw. vom Ende des sozialdemokratischen Konsensus zu sprechen doch eher voreilig war und ist?

Dazu eine kritische Bemerkung vorweg: Leider übergeht der Vergleich ausgerechnet die beiden bzw. drei Länder, die Dahrendorf wohl vornehmlich im Kopf gehabt haben mag: Deutschland und Großbritannien! In beiden Ländern war die Sozialdemokratie im fraglichen Zeitraum noch acht bzw. sechs Jahre an der Regierung; und daß der PSI als Mitregierungspartei im dritten großen und dazu noch südlichen Land als Vergleichsrolle zu Frankreich keine Erwähnung findet, ist unter dem Aspekt der „sozialdemokratischen Konsensuspolitik“ der DC, der Aufsplitterung der Linken und dem Zerfall des „pentopartito“ sehr bedauerlich. Denn einen Beweis an vier kleinen Ländern zu führen, für die etwas andere politisch-kulturelle Konfliktregelungsmuster gelten, das ist im Hinblick auf alle Widerlegungsabsichten nicht sehr überzeugend – sehen wir davon ab, daß außerhalb des selbstdefinierten Untersuchungsraums die Wahlniederlage der erfolgreichsten Sozialdemokratie

der Welt. der schwedischen SAP, das von ihr mitgetragene Austerity-Programm der bürgerlichen Koalitionsregierung und der „unschwedische“ Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf früher undenkbbare 12 Prozent einem Menekel gleichkommt.

Wie auch immer, Merkel bietet uns für die Erfolglosigkeit der südlichen Sozialisten und die relativen Erfolge der nördlichen Vergleichsländer eine Erklärung an, die Claus Offe „Konservatismus aus Komplexität“ nennt. D.h., die Faktoren Zeit, Stand der Ökonomie, Politische Kultur und die „ererbten“, durch Institutionalisierung verfestigten policies, haben im Falle der Südländer „negativ“, im Falle der Nordländer „positiv“ zu Buche geschlagen. Auch hier ist es kein Zufall, daß Merkel gegenüber den „Deterministen“ selber nur konservative Argumente ins Feld führen kann: die sozialdemokratisch geprägten „Wände“ der Handlungskorridore haben sich als haltgebender gegenüber den von außen kommenden Restriktionen erwiesen als ein sozialdemokratischer Handlungswille in der Lage war, erst einmal sozialdemokratische Wände überhaupt zu errichten.

Der Faktor „Zeit“, also ein früher industrieller „take-off“ mit einer sich quasi parallel entwickelnden, starken Arbeiterbewegung, eine lange Regierungszeit und die gut dreißig Jahre andauernde Nachkriegsprosperität, haben den noch in den Traditionen, Werten und Interessenlagen der (Industrie-) Arbeiterschaft stehenden sozialdemokratischen Parteien des Nordens (incl. Österreich) ermöglicht, ein wohlfahrtsstaatlich bestimmtes politisch-kulturelles Konfliktregelungsmuster zu institutionalisieren, das den Zwang zur Anpassung an weltmarktbestimmte intervenierende Faktoren verzögert hat.

Ohne Zweifel erweist sich das Syndrom um den Faktor „Zeit“ als gut geeignet, die Differenzen zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen sozialdemokratischen Parteien zu erklären.

Ein vorläufiges Fazit mit den Argumenten Merkels könnte lauten.

1. Das von Dahrendorf dramatisierte „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ findet nicht statt, da es weiter Parteien geben wird, die diesen Namen tragen; große Anpassungsflexibilität vorausgesetzt, werden sie a) als sozialliberale Modernisierungsparteien und/oder b) als Garanten gegen einen allzu willkürlichen Abbau des Sozialstaates ihrer „sozialen Reputation wegen“ weiterhin benachteiligte Klientel vertreten.
2. Aber auch die These vom Niedergang der Sozialdemokratie läßt sich kaum halten, da es schwer fällt, ihre Grenze anzugeben, von der an Stimmenverluste der sozialdemokratischen oder anderer Linksparteien als säkularer Niedergang bezeichnet werden können, zumal daran zu erinnern ist, daß in etlichen Ländern der säkulare Stimmendurchschnitt kaum je 30

Prozent betragen hat – und dennoch auch dort Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaaten etabliert worden sind.

3. Auch auf die eingangs gestellte Frage nach den Auswirkungen von „1989“ auf die Niedergangsthese könnte Merkel antworten, daß man nicht ausschließen kann, daß in Ländern „nachholender kapitalistisch-demokratischer Modernisierung“ wie immer geartete sozialdemokratische Parteien entstehen und – folgen wir Offe – geradezu entstehen müssen, was immer sozialdemokratische Substanz heißen mag. Nun bleibt allerdings zu fragen, ob a) Dahrendorf damit bereits als widerlegt gelten muß, und b) ob nicht hier schon sich die Erörterung meiner These vom durch 1989 (Wiedervereinigung) beschleunigten Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts erübrigt?

Hätte es nicht genügt, allein die Dahrendorf-These stark zu machen und diese mit der Lage der SPD nach 1989 zu konfrontieren? Der letzte Abschnitt soll deutlich machen, warum es des Umwegs bedurfte und bedarf.

3. „1989“ – Die deutsche Vereinigung wird mit großer Wahrscheinlichkeit die These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts bestätigen

Bisher habe ich eher die starken Seiten meiner Kontrahenten Dahrendorf und Merkel betont, aber auch schon ein paar Zweifel angemeldet. Deren größtes Manko sehe ich darin, daß beide keine Grenze bzw. keine essentials sozialdemokratischer Politik anzugeben bereit sind – zugespitzt, daß sich beide nicht ernsthaft mit dem stärksten Einwand auseinandergesetzt haben, wie er in der Frage Willy Brandts zum Ausdruck kam: Was denn so sozialdemokratisch an diesem Jahrhundert gewesen sei? Von der Beantwortung dieser normativen, praktisch-politischen, historischen und prognosehaltigen Frage hängt die Validität der Dahrendorfschen These und von Merkels Widerlegungen viel stärker ab, als sich beide klarmachen.

Hilfreich wäre gewesen, etwa Esping-Andersens „Politics against markets“ und „Free world of welfare capitalism“ oder auch M. Alberts „Kapitalismus contra Kapitalismus“ unter diesem Aspekt besser auszuschöpfen.²⁴

Die bei Esping-Andersen entwickelten Typen zur Unterscheidung von liberalen, konservativen oder sozial-demokratischen Wohlfahrtsstaats- bzw. Kapitalismus-Modellen bei Albert geben uns Parameter in die Hand, die uns ermöglichen, nicht nur differenzierter und spezifischer den ominösen „sozial-

Das Ende der Sozialdemokratie?

demokratischen Konsens“ zu qualifizieren, sondern auch, wie, wo und ob „1989“ eher zum Vor- oder Nachteil spezifischer sozialdemokratischer Politik gereichen wird; insbesondere aber warum die nunmehr weltweite Ausweitung des „siegreichen Kapitalismus“ dabei eine zentrale Rolle spielen wird.

Das wird unmittelbar deutlich in der Auflistung von Esping-Andersens Grundbedingungen sozialdemokratischer Politik:

- Aufhebung des Warencharakters (*decommodification*) von Arbeit (Vollbeschäftigung)
- Institutionalisierung von Solidarität („*Cultivate cross-class solidarity*“)
- inhaltliche und numerische Koalitionsbildung über die Arbeiterklasse hinaus
- genereller Universalismus (mehr gleiche Freiheit durch gleiche soziale Rechtsansprüche / Umverteilung sozialer Rechtsansprüche.)

Mit den Worten Esping-Andersons: „Social democratic class formation, therefore, ist first and foremost a struggle to decommodify labor and stem market sovereignty in order to make collective action possible. Only when workers command resources and access to welfare independently of market exchange can they possibly be swayed not to take jobs during strike actions, underbid fellow workers, and so forth. Where the market is hegemonic, the labor movement’s future depends on its ability to provide an „exit“ for workers that concomitantly ensures collective solidarity.“²⁵

Neben dem eben beschriebenen sozialdemokratischen Regime lassen sich je nach qualitativ unterschiedlichen Arrangements zwischen Staat, Markt und Familie zwei weitere Arten von Wohlfahrtsstaatsregimen finden.

- Das liberale Regime (minimiert decommodifications-effects, Beispiele: USA, Kanada, Australien, partiell Großbritannien)
- das (christlich-)konservative-korporatistische Regime (Bewahrung von Statusdifferenzen; leistungsfähig trotz geringer vertikaler Umverteilung; Subsidiaritätsprinzip; familienzentriert mit geringer Sicherung von Hausfrauen, Beispiele: Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien).

Natürlich finden sich in der Wirklichkeit keine reinen Fälle, dennoch lassen sich für unser Problem als herausragende Charakteristika sozialdemokratischer Wohlfahrtsregime folgende Eigenheiten hervorheben:

- Die eigentümliche Verbindung von Wohlfahrt und Arbeit, d.h. eine politisch-kulturelle Verpflichtung zur Vollbeschäftigung. Das „Recht auf Arbeit“ bekommt den gleichen Status wie das Recht auf Einkommen und auf sozialen Schutz.
- Ein solidarisches, universelles und „de-commodifying“-Regime ist be-

strebt, soziale Probleme zu minimieren, muß dafür aber hohe Steuereinnahmen sichern; und das geschieht am besten dadurch, daß

- die größtmögliche Zahl von Männern **und** Frauen einer Erwerbsarbeit nachgeht.

Die Brisanz dieser Charakterisierung sozialdemokratischer essentials leuchtet in unserem Zusammenhang unmittelbar ein: Dahrendorfs Typ des „rechten Sozialdemokraten“ erscheint minimalistisch, personalistisch („Haltungen“!), wenig strukturell und ahistorisch. Die Vernachlässigung entscheidender Interaktionskonstellationen zwischen Staat – Markt – Arbeit und Familie (sei es der Grad von Arbeiterklassenformierung, Zeitpunkt der Institutionalisierung und Struktur der möglichen Klassen- bzw. Parteienkoalitionen) würde Dahrendorf lediglich erlauben, von einem Konsens mehr oder weniger **sozialer Verpflichtungen**, nicht aber von einem **sozialdemokratischen Konsensus**, zu sprechen. (Dieser definitorische Einwand wird nicht dadurch entkräftet, daß unter diese Kategorie nur wenige Staaten fallen, und damit ist auch nicht gesagt, daß Dahrendorfs Prognose falsch ist.)

Merkels Widerlegungen vernachlässigen die eben genannten Interaktionskonstellationen nicht. Der Vorteil seines Untersuchungsdesigns liegt darin, daß er mit Spanien (Griechenland und Portugal) posttotalitäre Nachzüglerfälle aufgegriffen **und** damit die völlig anders gelagerten Probleme postkommunistischer Sozialdemokratie quasi antizipiert hat. Wenn seine (defensiven) Erklärungsmuster „Konservatismus aus Komplexität“ und „Zeit“ sich als entscheidender Faktor für Art und Entstehung (sozialdemokratischer) Wohlfahrtsstaatsregimes herausstellt, dann läßt sich die für unsere These bedeutsame Voraussage machen: Keine „modernisierende Nachzüglergesellschaft“ bzw. sozialdemokratische Partei wird die Faktorenssequenzen (der Institutionalisierung, der Klassenformierung etc.) vorfinden, an die sich die Akteure (und sei es im Zeitraffer) halten könnten; nicht nur, weil die entsprechenden Kollektivakteure (zentral: die Verbindung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften) fehlen, sondern auch, weil sie sich einer Umwelt gegenübersehen, in der das Verhältnis von Staat, Weltmarkt und Arbeit als negative Restriktionen erfahren werden.

Liefen uns also doch Sombarths Antworten für die USA eine Art vorweggenommener Beschreibung unserer Zukünfte? Steuern wir auf einen Kapitalismus bzw. kapitalistische Demokratien zu, in denen Sozialdemokratie ihrer essentials und Ziele vollends verlustig geht bzw. diese gar nicht erst zum Tragen kommen?²⁶

Die Frage nach dem Schicksal sozialdemokratischer Parteien in Nachzüglerländern soll hier nicht weiter diskutiert werden; sie mußte aber aufgeworfen

Das Ende der Sozialdemokratie?

werden, weil „1989“ mit dem Fortfall der Systemkonkurrenz und der gleichzeitigen Ausdehnung des kapitalistischen Marktprinzips auf nunmehr fast die gesamte Welt, eine Annahme verbunden werden muß, die auf den einmaligen Sonderfall Deutschland bzw. die deutsche Sozialdemokratie zieht und damit auf unsere in der Überschrift aufgestellte These.

Diese Annahme lautet: Wird eine Welt mit weniger „kapitalismus-zählenden“ sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften eine Art negativen „spill-over“-Effekt auf die Politik etablierter sozialdemokratischer Parteien ausüben? Konkreter: Wird der bereits durch Anpassungselastizität gekennzeichnete Modernisierungskurs der westdeutschen SPD durch das Aufeinandertreffen mit der noch nicht etablierten postkommunistischen Parteienlandschaft im Zuge der nachholenden Modernisierung der Ex-DDR eher gestärkt oder eher abgeschwächt?

Im Rückblick auf den bisherigen Gang der Argumentation muß ich, was die Ex-DDR als Nachzüglerland betrifft, Korrekturen vornehmen. Die neuen Bundesländer sind mit dem Institutionengeflecht einer funktionierenden westlichen Demokratie überzogen worden. Das betrifft die Marktwirtschaft, Privatrechtsordnung, die Verwaltung, Parlamentarismus und Föderalismus etc. – Strukturen also, die einen erheblichen Anpassungszwang auf die noch verbliebenen Reste älterer politischer Kultur der DDR ausüben werden.²⁷ Entscheidend dazu beitragen wird, daß durch die gleichzeitige Übertragung des westdeutschen Systems sozialer Sicherung und zusätzlicher Transferzahlungen die sozialen Kosten der Systemtransformation im Verhältnis zu den anderen postkommunistischen Gesellschaften auf ein (immer noch großes) Minimum reduziert werden.²⁸

Interessanterweise hat die Mehrheit der DDR-Bürger in den ersten beiden freien Wahlen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie die Erfüllung ihrer Wünsche eher von der Union als von den Sozialdemokraten erwarteten. Dabei hatten etliche Umfragen die West-SPD in ihrem Glauben bestärkt, daß sie quasi bruchlos an die großen Zeiten ihrer Hochburgen im Osten vor 1933 würde anknüpfen können. Insbesondere das wenn auch qualitativ mit Mängeln behaftete universelle System der Bereitstellung öffentlicher Güter, die fehlende Arbeitslosigkeit, relativ geringe Einkommensungleichheit und die fast vollständige Erwerbsbeteiligung der Frauen (vgl. die Parallelen mit den Typen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes oben!) ließ manche hoffen, daß die SPD zur strukturellen Mehrheitspartei in ganz Deutschland aufsteigen könnte.²⁹ Das fürchtete wohl auch die Union, die deshalb entgegen der verbalen neoliberalen Wende ganz opportunistisch sich ihrer sozialpolitischen Kompetenz erinnerte und schon nicht mehr erwartete „soziale Wohltat-

ten“ verteilte (von den Renten bis zur Pflegeversicherung). Selbst eine vorher nie gesehene keynesianische Arbeitsbeschaffungspolitik fand Eingang in ihre Machtsicherungsstrategie. Die nominell herrschende Arbeiterklasse der DDR wählte mehrheitlich „rational“ die Partei des Kapitals. Sie drückte damit unbewußt und zutreffend aus, daß das „rheinische Modell“ des Kapitalismus (M. Albert) in seiner konservativ christlich-sozialen Version als durchaus erfolgreich wahrgenommen worden ist. Dem christlichen Solidarismus der Ungleichheit hatte die SPD mit ihrem defensiven Solidaritätsverständnis nichts entgegenzusetzen.³⁰

4. 1. Entsozialdemokratisierung der deutschen Sozialdemokratie? Endogene Probleme der SPD durch die Wiedervereinigung

Statt des erwarteten Sieges in der Volkskammerwahl erhielt die Ost-SPD gerade die Hälfte der CDU-Stimmen (21 Prozent : 40,9 Prozent), und das für die West-SPD schlechteste Wahlergebnis seit 1957 wurde in der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl (35,7 Prozent) selbst durch den leichten Anstieg im Osten (24,3 Prozent) auf insgesamt 33,5 Prozent gedrückt. Geradezu inverse Strukturen, was den Anteil von Arbeitern an der Wählerschaft betrifft (50 Prozent : 25 Prozent), völlig disproportionale Mitgliederzahlen (900.000 : 30.000), das fast vollständige Fehlen eines linken und ökologischen Flügels – all das macht es der sich weiterhin mit aller Kraft „modernisierenden“ SPD-West schwer genug, einen Solidarpakt in den eigenen Reihen zu schließen: sie muß eine Sprache für zwei Wählermärkte finden, und das im Westen immer noch sozialdemokratisch geprägte Vorfeld der Gewerkschaften fehlt, ja wird sogar mit Argwohn betrachtet.³¹

Angesichts der in Deutschland zutagetretenden Konflikte zwischen Umverteilungserwartungen im Osten und deren erkennbaren Grenzen im Westen, zwischen der von der SPD grundsätzlich akzeptierten Deregulierung und Privatisierung im Westen und der Notwendigkeit zur Intervention im Osten, zwischen einer nach Westen gewandten zivilen und individualistischen Gesellschaftskultur und einer erst langsam aufbrechenden Staats- und Gemeinschaftskultur, fällt es der westdominierten SPD noch schwerer, mit einem auch für den Osten abgestimmten Programmangebot aufzutreten.³²

Die Chance etwa, an die von den „sozialistischen“ Wohlfahrtsstaatsystemen im Osten ausgehenden Impulse für den so häufig angekündigten „Umbau des Sozialstaates“ anzuknüpfen, wird die SPD weder wagen noch wollen und können. Im Gegenteil, mit der Betonung der Grenzen des Sozialstaates durch die Parteivorsitzenden Engholm, Scharping und auch Lafontaine,

Das Ende der Sozialdemokratie?

hat sich die SPD von der Vision eines umverteilenden Wohlfahrtsstaatsregimes à la Schweden (oder eigener früherer Reformvorstellungen z.B. bezüglich einer Einheitsversicherung) verabschiedet.³³ Sie bleibt gefangen in dem seit Bismarck christlich-sozial-konservativ bestimmten Sozialstaatskonsensus. (Und die Frage bleibt, ob selbst dieser „dritte Weg“ der „sozialen Marktwirtschaft“ von der Union eingehalten werden kann? – Dahrendorf sieht hier das Ende des Konsensus.)

Weder SPD noch Gewerkschaften können als Promotoren einer spürbaren und politisch-relevanten Minderung ökonomischer Ungleichheit gelten; auch das ist einer der „Erfolge“ des die Statusdifferenzen betonenden deutschen Sozialstaatssystems. Das „sozialdemokratische Jahrhundert“ wird in Deutschland auch dann nicht beginnen, wenn die SPD absolute Mehrheiten erreichen sollte. Die diagnostizierten Restriktionen für eine sozialdemokratische Politik „against markets“ sind inzwischen größer geworden als selbst das pragmatische Wahlprogramm von 1994 erkennen läßt.³⁴

Dennoch wird die SPD im Osten Stimmen gewinnen. Ob dabei ein ähnlich „rationales Nutzenkalkül“ („Einheit“/„Kapital“) auszumachen sein wird, wird im gegebenen Fall belanglos sein. Denn der Wunsch nach „Arbeit – Arbeit – Arbeit“ (SPD-Wahlslogan 1994), und selbst zugeschriebene Kompetenzvorsprünge in Sachen Gerechtigkeit werden angesichts inzwischen allbekannter Informationen über die Grenzen politischer Arbeitsmarktsteuerung und Umverteilung von der SPD kaum erfüllt werden können.

Hinzu kommt, daß selbst eine gelingende Industriepolitik in den neuen Bundesländern die radikale Abwicklung der Großindustrie nicht wird umkehren wollen noch können; das hat mittelfristig bedeutsame (sozialstrukturelle) Folgen für Gewerkschaften und SPD. Insbesondere die mit modernsten Technologien entstehenden kleinen Betriebe werden, wie eh, ein schwieriges Rekrutierungsfeld für die Gewerkschaften darstellen. Der von den eher hochqualifizierten Arbeitnehmern geforderte „Zwang zur Individualisierung“ befördert die Tendenz, Interessen eher im „exit“ als in kollektiven Lösungen zu suchen bzw. sich einer Politik des betrieblichen Mikrokorporatismus anzuschließen. Flächendeckende Tarifabschlüsse werden dünnhächert und jegliches Umverteilungsverlangen erschwert.³⁵

4. 2. Arbeit, Vollbeschäftigung und Solidarität oder „Zivilisation der Arbeitslosigkeit“?

Für die sozialdemokratische Akteursseite sieht es also schlecht aus, es sei denn, man kürte „Anpassungsfähigkeit“ zum neuen *essential* der Sozialdemo-

kratie. Sollte sich das als unumgänglich erweisen, dann heißt es, von der Vorstellung einer zunehmend gerechteren Gesellschaft, vom „Demokratischen Sozialismus“ Abschied zu nehmen. Diskurse über „Gerechtigkeit“ und mehr gleiche Freiheit werden Theoretiker weiter beschäftigen und auch als Defensiv- und Mahnposition (Ökologie!) nicht ganz sinnlos sein – immer aber unter den sich neu formierenden Imperativen der „Verwertungsbedingungen des Kapitals“.³⁶

Tatsächlich hat „1989“ eine sich schon länger ankündigende Wende im funktionalen Verhältnis von „Arbeit“ und „Kapital“, von Markt und Staat und damit auch unabsehbare politische Folgen für alle Formen von Gemeinschaft, Gesellschaft und Solidarität herbeigeführt.³⁷ Jetzt gewinnt die oben erwähnte Gleichzeitigkeit der Dahrendorfschen Thesen vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ und vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ Plausibilität.

„Arbeit“ enthielt in der sozialdemokratischen Programmatik und Philosophie immer einen auch praktisch-kritischen Handlungsbezug im Sinne politisch-emanzipatorischer Praxis; der Arbeitsprozeß bedeutete immer auch einen politischen Bildungs- und Bewußtseinsprozeß. Dieses Doppelverständnis von Arbeit hat sich spätestens mit dem „Ende der Arbeiterbewegung“ verengt bzw. geteilt: Die „Erosion des Arbeitsbegriffs um seinen kommunikativen, praktischen Gehalt, die Disjunktion von Naturbearbeitung und Bildung/Sozialisation/Politik bedingt fortan die Dominanz der Perspektive von Arbeit gemäß einer produktionstechnischen Rationalisierung, geprägt durch die Kapitalbestimmungen und gemäß der analytischen Trennung von Arbeitsprozeß und sozialen Folgewirkung“.³⁸ War es das Bestreben der Gewerkschaften, gegen die ungleichen Gesetze des Marktes die „politische Ökonomie“ der Arbeiter(-klasse) zu setzen, d.h. die Arbeitsmärkte „gegen den Markt“ zu vermachern, zum physischen Überleben und zur Verteidigung ihrer sozialen und kulturellen Lebensbedingungen, so versuchte der politische Arm, die Arbeiterparteien (nachdem sie ihr radikales Ziel, die Abschaffung der Lohnarbeit, aufgegeben hatten), durch staatlich politische Herrschaft Randbedingungen herzustellen, um die Verfügungsmacht des Kapitals im Mikrobereich (Betrieb), im Mesobereich (Tarifparteien) und im Makrobereich (staatlich keynesianische Steuerung) einzuschränken und damit Standards des sozialen Fortschritts zu setzen, hinter die niemand mehr zurückfallen können sollte. „Arbeit“ als das Selbst konstituierende gesellschaftliche Leitnorm mußte also heißen: „Vollbeschäftigung“, ein „Recht“ für alle, zu arbeiten. Vollbeschäftigung sichert die Macht und damit die Freiheit der abhängig Arbeitenden gegen die Effizienzzwänge des Marktes. Aus der „defensiven“ Solidarität der Klasse(n) erwuchse so eine Solidarität der ganzen Gesellschaft.

Das Ende der Sozialdemokratie?

Die prekäre Lage, in die beide Arme der Arbeiterbewegung gerieten, rührte – natürlich schon vor „1989“ – daher, daß die viel früher einsetzende Ausweitung des Wählermarktes seitens der Partei auf die Arbeitenden, die sich (subjektiv) nicht als Gegner der Markt- und Kapitaleffizienz verstanden, auch eine programmatische Lockerung der „politics against markets“ nötig machte.

Mit der Universalisierung des (Welt-)Arbeitsmarktes, der Segmentierung, Sektoralisierung und Individualisierung werden auch die Gewerkschaften zur Abkehr vom umfassenden Solidarprinzip gezwungen. Die nur noch interesseninstrumentell verstandenen Arbeitsverhältnisse stehen der Formierung solidarischer Moral entgegen, die sich ja immer auch auf Ehre und Würde des „kleinen Mannes“ bezog.

Das „Kapital“ und der Markt können niemals solidarisch sein (Sartori). Deren national-gesellschaftliche Zähmung wird hinfällig, wenn Güter und Arbeitsmärkte den nunmehr weltweit wirkenden Kriterien „wirtschaftlicher Effizienz“ unterliegen. Der ökonomische Weltbürgerkrieg zerstört Demokratie, die nur als Sozial-/Wohlfahrtsstaat möglich ist.³⁹ Die Rückkehr des vopolitisch Nationalen ist nur eine Antwort auf das Schwinden einer durch Konflikte hindurch konsensuell zusammengehaltenen Gesellschaft; Kapitalismus braucht keine Demokratie... (Katznelson). Oder ist ein Wiedererstarken der demokratischen Frage anstatt über „Arbeit“ durch „Kommunikation“ zu erwarten? Kann der Appell an die Interessen „rational Handelnder“ zu Solidarität führen, wenn egalitär-umverteilende Politik ihre Mehrheitsfähigkeit und ihre kollektiven Akteure verliert?

Diese kräftigen Sätze und Fragen charakterisieren ziemlich genau das, was etliche Kritiker seit „1989“ umtreibt.

Die Wiedervereinigung „läuft“ nur über die eingeforderte nationale und nicht über gesellschaftliche Solidarität. Als Meister der westdeutschen Besitzstandswahrung erweisen sich nicht zuletzt Gewerkschaften und SPD-geführte Länder.⁴⁰ Vollbeschäftigung ist mit dem Hinzukommen der (effektiv) vier Millionen Arbeitslosen der Ex-DDR weiter entfernt, und damit die Krise der Arbeitsgesellschaft näher denn je; folgen wird eine Krise des Systems sozialer Sicherheit.⁴¹ Die neue Melodie ist längst angeschlagen: die allenthalben geführten Debatten um die Konkurrenzfähigkeit des „Standortes Deutschland“ richten sich keineswegs mehr allein gegen sozialdemokratische und gewerkschaftliche „Irrwege“. Auch der konservativ-christlich-soziale Sozialstaat steht in der Kritik: die CDU als „beste SPD aller Zeiten“ maß sich sagen lassen, daß jeder Vorschlag gegen die Ausbeutung des sozialen Systems solange sinnlos sei, solange die politische Klasse die große Illusion, Freiheit und Gleichheit mache jeden gut, im Kopfe hat; zu früheren, „gesamteuropäi-

schen Grundüberzeugungen“ sei zurückzukehren: „Die Sicherung der eigenen Existenz ist jedes Menschen Zuchtmeister“ – diese uralten, unverzichtbaren Zusammenhänge betont neuerdings nachdrücklich Präsident Clinton, das Wahlkampfdol der westdeutschen SPD!¹²

Die „Rückkehr“ zum Vorbild der sich eher zur Ein-Drittel-Gesellschaft bewegenden USA mag ja durchaus „funktionieren“, aber ein sozialdemokratisches Jahrhundert läßt sich damit nicht beginnen; und dort, wo es schon begonnen hatte, kann steilvertretend resümiert werden: Die Niederlage der erfolgreichsten Sozialdemokratie der Welt, Schwedens SAP, muß als Menekel gelten. Das 1975er Programm hatte noch ganz im Zeichen des Nexus von „Arbeit und Freiheit“ gestanden. Die achtziger Jahre testeten nochmal die Grenzen kapitalistischer Wirtschaft mit ihren „Arbeitnehmerfonds“. Die alte normative und organisatorische Machterzeugungsfähigkeit der Arbeiterbewegung konnte den „Systemwechsel“ kraft der Trägheit der Institutionen verzögern. Das neue Programm aber legt größten Wert auf „Effizienz, Markt, Individualismus und Qualität des Lebens“. Das zeigt, daß das moralisch-ethische Prinzip sozialistischer Solidarität der gemeinsamen Verantwortung und gegenseitigen Verpflichtung und der Versuch seiner Übertragung auf die gesamte Gesellschaft am individualistischen Leistungsprinzip gescheitert ist. Ich vermute, es wird sich nicht wiederbeleben lassen. Der Schritt aus der skandinavischen Nische ins Europa der EU ist ein deutlicher, konsequenter Schritt. Diese Tatbestände müssen zu denken geben. Wenn selbst in Schweden eine Vorsorge für mehr Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft, die sich im Zeichen der Freiheit entfaltet, nicht mehr möglich ist, so ist das umso bedenklicher, als uns die Notwendigkeit eines „Sozialismus im Kapitalismus“ (Lepenes) in den nächsten Jahren als Problem einholen wird.⁴³

- 1 W. Sombart, Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?, Tübingen 1906; vgl. auch A. O. Hirschman, Abwanderung und Widerspruch, Tübingen 1974. Auf den allereinfachsten Nenner gebracht: Der Glaube an kollektive Lösungen kann nicht entstehen, solange sich individuelle Auswege und Lösungen anbieten.
- 2 Zur Problematik dieses Begriffs K. Müller, Nachholende Modernisierung?, in: Leviathan 2 (1991), S. 261-291. Siehe auch den guten Überblick bei H. van der Loo/W. van Reijen, Modernisierung, München 1992.
- 3 Die ersten neuen Regierungen in Ungarn und Polen: von dem Tschechen V. Klaus wird immer wieder zitiert: „Marktwirtschaft ohne Zusatz“! Allerdings: das Sicherheitsverlangen der „Modernisierungsverlierer“ wird eine Rückkehr „sozialistischer“ Parteien wahrscheinlich machen, nicht aber eine wie auch immer geartete Planwirtschaft.
- 4 Vgl. H. Schauer, Gewerkschaften im Umbruch, in: H. König u.a. (Hrsg.): Sozialphilosophie der industriellen Arbeit, Leviathan SH 11 (1990), S. 449-467.
- 5 Vgl. C. Offe, Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt a.M./New York 1994.
- 6 H. Wiesenhal, Sturz in die Moderne. Der Sonderstatus der DDR in den Transformationsprozessen Osteuropas, in: M. Brie/D. Klein (Hrsg.), Zwischen den Zeiten, Hamburg 1992, S.

Das Ende der Sozialdemokratie?

- 162-188.
- 7 R. Dahrendorf, Die Sozialdemokratie ist am Ende ihrer Kunst, in: Die Zeit 14 (1992), S. 33-34.
 - 8 Th. Pirker, Vom „Ende der Arbeiterbewegung“, in: R. Ebbighausen/F. Tiemann (Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?, Opladen 1984, S. 39-51.
 - 9 A. Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt a.M. 1980.
 - 10 S. M. Lipset, Whatever Happened to the Proletariat? A Historic Mission Unfulfilled, in: Encounter 56 (1981), S. 18ff.; B. Seebacher-Brandt, Hält nicht mehr, was lange gehalten hat? In: FAZ v. 15.4.93, Die These von einer säkularen Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie vertritt S. M. Lipset, No Third Way: A Comparative Perspective on the Left, in: H. D. Klingemann/R. Stöß/B. Wessels (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen, Opladen 1991, S. 57-106. Über das Dilemma der Sozialdemokratie nach 1989 siehe: Ch. Lemke/G. Marks (Hrsg.), The Crisis of Socialism in Europe, Durham/London 1992.
 - 11 M. Crozier/S. P. Huntington/I. Watanuki, The Crisis of Democracy, New York 1975.
 - 12 R. Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, S. 245f. – Die erste Version stammt aus dem Jahre 1978 „Am Ende des sozialdemokratischen Konsensus?“, in ders., Lebenschancen, Frankfurt a.M. 1979, S. 147-166.
 - 13 Vgl. z. B. M. G. Schmidt: Allerweltparteien in Westeuropa?, in: Leviathan 3 (1985), S. 376-397.
 - 14 Vgl. Tabelle 28 „Stimmanteile sozialdemokratischer Parteien in 19 Ländern (1920-1991)“, in: „Parteien“ (V) von F. G. Castles, in: Lexikon der Politik, Bd. 3 „Die westlichen Länder“ (hrsg. von M. G. Schmidt), München 1992, S. 316-326.
 - 15 R. Dahrendorf: Das Elend der Sozialdemokratie, in: Merkur 12 (1987), S. 1021-1038, (h.S. 1022).
 - 16 Als neuestes Beispiel, von der FAZ enthusiastisch rezensiert: Das Buch des Leiters des Forschungsinstituts der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ G. Habermann, Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs, Berlin 1994, in dem es gegen konservative („Soziales Königtum“) und sozialdemokratische („soziale Demokratie“) Sozialstaatsvorstellungen geht. Vgl. dagegen die völlig andere Sicht von F. Ewald, Der Vorsorgestaat, Frankfurt a.M. 1993 (zuerst franz. 1986).
 - 17 H. G. Betz: Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne, in: APuZ 11(1993), S. 3-13; R. Stöß: Rechtsexremismus und Wahlen in der Bundesrepublik, in: ebenda, S. 50-61; J. Raschke: Soziale Konflikte und Parteiensystem, in: APuZ 49(1985), S. 22-39.
 - 18 Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau im Juli 1993 fand jenseits aller programmatischen, organisatorischen und institutionellen Fragen ein überragendes Interesse das Referat des Spaniers Prof. Sotelo, als er berichtete, daß die PSOE aus dem Nichts heraus ihren großen Wahlerfolg organisierte!
 - 19 Nur ein Beispiel: P. Flores d'Arcais, „Die europäische Sozialdemokratie – eine Kraft der Vergangenheit“, in: FR vom 13. 6. 1992 (zuerst in MicroMega, Rom).
 - 20 W. Merkel, Niedergang der Sozialdemokratie?, in: Leviathan 1 (1990), S. 106-133; ders., Machtressourcen, Handlungsrestriktionen und Strategiewahlen, in: PVS 1 (1993), S. 3-28; ders., Ende der Sozialdemokratie, Frankfurt a.M./New York 1993. – K. Armingeon, Sozialdemokratie am Ende?, in: ÖZP 4 (1989), S. 321-345. – H. Grebing, Zusammenfassende Thesen zum sogenannten „Ende der Arbeiterbewegung in Europa“, in: dies./Th. Meyer (Hrsg.), Linksparteien und Gewerkschaften in Europa, Düsseldorf 1992, S. 247ff.
 - 21 W. Merkel, Kritik der Theorien vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“, in: Grebing/Meyer (Hrsg.), Linksparteien und Gewerkschaften (Anm. 20), S. 47-80 und ders., After the Golden Age. Is Social-Democracy Doomed to Decline?, in: Lemke/Marks (Hrsg.), The Crisis of Socialism (Anm. 10), S. 136-170.

- 22 W. Merkel, Machtressourcen (Anm. 20), S. 25.
- 23 Daß die Situation in den postkommunistischen Ländern anders aussieht, weil die Bedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft, Kapitalismus, Demokratie und Privatrechtsordnung erst geschaffen werden müssen, bringt C. Offe dazu, von einem geradezu „funktionalen Bedarf“ an sozialdemokratischen Parteien zu sprechen, Vgl. ders., Der Tunnel am Ende des Lichts (Anm. 5), S. 290.
- 24 G. Esping-Andersen, Politics Against Markets, Princeton 1985; ders., Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton 1990; M. Albert, Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt a.M.-New York 1992.
- 25 Ders., 1985, S. 31.
- 26 Der Austro-Marxist J. Hündels spricht bereits 1974 von einer „Sozialdemokratie ohne Sozialismus“, d. h. von der Aufgabe der Vision einer „neuen Gesellschaft“.
- 27 Ch. Fenner, Which Factors encourage or hinder democratic Legitimacy in the former GDR?, erscheint im Protokoll der Tagung „Value Orientations, political Behaviour and democratic Legitimacy“ im September 1993, Budapest.
- 28 C. Offe, Akteure und Agenda der Reform, in: Transit 6 (1993), S. 63-86.
- 29 Zur Frage der Ähnlichkeit des „institutionellen Wohlfahrtsstaatsystems der DDR mit dem (sozialdemokratischen) Modell des „Sozialstaatspostulats“ (H. H. Hartwich), das sich auch in der „Sozialcharta der DDR“ von 1990 wiederfindet und der Gegenposition, des (bürgerlich) „residualen Modells“, das im deutsch-deutschen Staatsvertrag festgeschrieben wurde(!), siehe A. Murswiek, Probleme und Optionen der sozialpolitischen Integration, in: U. Liebert/W. Merkel (Hrsg.), Die Politik der deutschen Einheit, Opladen 1991, S. 227-242.
- 30 Ch. Fenner, Das Ende des Provisoriums Bundesrepublik. Reaktionen einer postnationalen Gesellschaft auf die Annäherung des Nationalen, in: W. Stüb (Hrsg.), Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren, Opladen 1991, S. 307-320.
- 31 Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Sachsen wurden prominenten DGB-Gewerkschaftern vorere Plätze auf den Landeslisten verweigert. – Die Sozialministerin von Brandenburg, Regine Hildebrandt, meinte, daß die SPD-Ost nie Volkspartei werde und der Landesvorsitzende, Stefan Reiche, schrieb in einem Artikel über das Organisationsmodell „SPD 2000“: „Eine tapfere Illusion – in uns lernt die West-SPD ihre eigene Zukunft kennen.“ In: Berliner Stimme vom 10.4.1993, S. 6.
- 32 Das Dilemma des „magischen Wählervicerecks“ (traditionelle Arbeitnehmer – SPD-Funktionseliten – sozialdemokratische Postmaterialisten – sozialdemokratische Rechtspopulisten) würde durch die Erweiterung durch ein spezifisch „fünftes Osteck“ völlig überfordert, oder, wie ein enger Mitarbeiter von R. Scharping in einem persönlichen Gespräch sagte: „17 Millionen NRWler sind für die SPD wichtiger als 15 Millionen Ostdeutsche“!
- 33 „Die ‚Grundsatzentscheidung‘, die Hans Apel formulierte, sieht er [Scharping] auch so: ‚Sind wir die Partei der Modernität und des wirtschaftlichen Fortschritts, die auch für soziale Gerechtigkeit steht? Oder wollen wir den Sozialstaat, die Wiederherstellung aller sozialen Errungenschaften der sozial-liberalen Koalition mit zusätzlichen Wohltaten ...?‘, zitiert bei Th. Leif/J. Raschke, Rudolf Scharping, die SPD und die Macht, Reinbek 1994, S. 220.
- 34 Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, die sozialdemokratischen Parteien haben natürlich die Funktionen des Marktes längst akzeptiert. Es ging (und geht) allein darum, wo und ob nicht bestimmte Bereiche der Politik allein der Marktregulierung überlassen bleiben sollen; das gilt nicht nur für den Arbeitsmarkt (s.w.u.), sondern auch für die Kultur, den Sport, das Wohnen und allen sonstigen gemeinnützigen Institutionen wie der Post, der Bahn, den Universitäten etc. – Vgl. dazu die noch recht optimistischen Aussagen von Bremer (Berliner Programm der SPD von Th. Meyer, Brauchbares und Unbrauchbares, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11 (1989), S. 1029-1031. – Das von Lafontaine inspirierte Wahlprogramm 1990 ist dagegen durch eine radikale Marktwende gekennzeichnet!

Das Ende der Sozialdemokratie?

- 35 Die enormen Mitgliederverluste des DGB im Osten sind nicht nur der Arbeitslosigkeit geschuldet, sondern auch der verlustig gegangenen Servicefunktionen des FDGB. Die Zuordnung von SPD und DGB („Koalition“) nahmen im Osten 49 Prozent (Westen 12 Prozent) nicht wahr. Siehe: B. Weißels: Gruppenbindung und rationale Faktoren als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland, in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler, Opladen 1994, S. 123-157, hier S. 134.
- 36 Ich meine damit nicht, daß ökonomische Funktionserfordernisse unmittelbar politisches Handeln determinieren. Vgl. G. Vobruba, Bedeutungsverluste von Staatsgrenzen, in: ÖZP (1993), S. 85-92.
- 37 Der Zentralstaat hat längst seine exekutiven Steuerungsfunktionen zugunsten von Aushandlungsprozessen aufgrund gestiegener gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit (W. Streeck) verloren. Sozialdemokratische (universalistische) Umverteilungspolitik bedarf aber des nicht nur „hoheitlichen“ Staates, weil das Machtgleichgewicht zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden nur zentral halbwegs kompensiert werden kann. Nicht zufällig sieht F. Scharpf (Arbeits-)Verteilungsprobleme (nicht die zwischen Kapital und Arbeit – die sind durch die internationalen Kapitalmärkte fixiert) bei einer auf Steigerung der Unternehmenserträge gerichteten sozialdemokratischen Angebotspolitik allein auf die Arbeitnehmer zukommen. F. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Westeuropa, Frankfurt a.M./New York 1987, S. 332f.
- 38 F. Naschold, Politik und politische Institutionen in neokorporatistischen und Public-Choice Ansätzen, in: H. H. Hartwich (Hrsg.), Macht und Ohnmacht politischer Institutionen. (=Tagungsbericht vom 17. Wissenschaftlichen Kongreß der DVPW 1988 in Darmstadt), Opladen 1989, S. 210-221, hier S. 214.
- 39 C. Koch, Marktherrschaft. Von den kommenden Umwälzungen in Westeuropa, in: Merkur 1 (1993), S. 1-14. Oder: A. de Swaan, „The welfare state is essentially exclusive and anti-international“, zitiert nach G. Vobruba, Bedeutungsverluste (Anm. 38).
- 40 Siehe dazu: Ch. Fenner, „Eroberst Du fremdes Land, lege deine Hauptstadt dorthin“, in: Vorgänge 1 (1993), S. 18-24. – „Nicht die ‚neue Solidarität‘, die Meyer nach der deutschen Vereinigung in den Gewerkschaften anmahnte, sondern das ‚Prinzip der Konkurrenz jeder gegen jeden‘ und ein ‚mitleidloser Egoismus‘ kennzeichnen nach seiner Beschreibung den Alltag im vereinten Deutschland“. U. Füssel/J. Roitsch, „Mann des Ausgleichs mit Ahrungen für den Aufbruch“, in: Frankfurter Rundschau vom 11./12.5.1994.
- 41 H. Schauer, Gewerkschaften im Umbruch (Anm. 4), S. 462f. – Eine seltene Stimme: N. Piper, „Arme Reiche, reiche Arme?“, in: Die Zeit 22, 1994, S. 23. Jede Bundesregierung wird von den „Besserverdienenden“ höhere Lasten fordern müssen; „It is always the Haves who demanded too much“ (Fred Hirsch) – Nicht mehr die Ausbeutung ist das Problem der „sozialen Frage“, sondern die Ausgrenzung der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der „gefährlichen Klassen“, die ohne haltgebende linke Parteien und Gewerkschaften allerdings keine Subjekte politischen Handelns mehr sein werden; ihre Anomie erzeugt Gewalttätigkeit. Siehe dazu die brillante Studie von F. Dubet/D. Lapeyronnie, Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart 1994.
- 42 M. L. Schwarz-Schilling, in: MUT 1 (1994), zitiert nach A. Baring, „Wurzel des Übels“, in: FAZ vom 21.4.1994.
- 43 Vgl. die hoffnungsvolle Botschaft von H. Bude, Die Wiederkehr der Sozialdemokratie, in: MERKUR 6 (1991), S. 514-523, drei dieser aus der Rezension von Merkels Buch glaubt ziehen zu können.

Im deutschen Klärwerk Thesen über die kulturelle Vereinigung

Die Mythen und Mißverständnisse über die (kulturelle) Wende und die (kulturelle) Vereinigung in Deutschland sind nur im Zusammenhang mit den deutsch-deutschen Legenden der letzten Jahrzehnte zu verstehen. Der Betrachter dieser Phänomene muß also um einiges zurückgehen, damit die Bilder klarer und die Verklärungen überwunden werden.

1. Die beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften waren Zwillingsschwestern, sie hatten die gleichen Ahnen und wurden in der gleichen historischen Stunde, im Geruchrein und desselben Kalten Krieges, geboren. Ihre mächtigen Taufpaten waren Gegner in diesem Kalten Krieg.

Vor diesem Kalten Krieg hatten die nun verfeindeten Taufpaten die Vorgängergesellschaft der beiden deutschen Zwillingsgesellschaften überwunden. Von den Deutschen haben nur wenige gegen ihre Vorgängergesellschaft Widerstand geleistet. Die meisten von ihnen fühlten sich mit den Taufpaten der deutschen Nachkriegsgesellschaften nicht verbündet, sondern von ihnen besiegt.

Die mächtigen Taufpaten verhängten über die deutschen Zwillingsgesellschaften einen neuen moralischen Grundsatz, ein neues Glaubensbekenntnis: Der von ihnen besiegte Staat sei als verbrecherisch anzusehen. Viele der Deutschen, die sich von den Taufpaten besiegt, aber nicht befreit fühlten, übernahmen offiziell diesen offiziellen Glaubensgrundsatz. So, wie sie schon öfter offiziell offizielle Glaubensgrundsätze übernommen hatten, um in diesem Kostüm den Dienst an der Öffentlichkeit des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses leisten zu können.

Der erste Feind der mächtigen Taufpaten war das gesellschaftliche System, das den beiden deutschen Zwillingsgesellschaften, in denen die Deutschen nun lebten, vorausging. Der zweite Feind der mächtigen Taufpaten war der *jeweils andere Taufpate* und die ihm zugeordneten Ländereien. Die Feindschaft zu dem jeweils anderen Taufpaten und dessen Gesellschaft war der andere offizielle Glaubensgrundsatz, den die Deutschen in den beiden Zwillingsgesellschaften übernahmen, wenn sie auf der offiziellen Öffentlichkeit agierten.

Thesen über die kulturelle Vereinigung

Die Feindschaft zur anderen deutschen Zwillingsgesellschaft und zum jeweils anderen Taufpaten prägte auch die Art der Feindschaft zu jenem System, das beiden deutschen Zwillingsgesellschaften vorausgegangen war: Die Taufpaten der einen deutschen Zwillingsgesellschaft verstanden sich als Demokratien, und die deutsche Zwillingsgesellschaft, die jene aus der Taufe gehoben hatten, verstand sich auch als Demokratie. Als Antipoden und Feinde der Demokratien wurden als totalitäre Gesellschaften bezeichnet. Also sah die eine deutsche Zwillingsgesellschaft ihre beiden Feinde – das gesellschaftliche System, das ihnen vorausgegangen war, und das System der anderen deutschen Zwillingsgesellschaft – als totalitär an. Auf diese Weise konnte sie sich selbst den Bruch mit dem vorausgegangen deutschen System attestieren, der feindlichen Zwillingsgesellschaft jedoch die Kontinuität zum vorausgegangen deutschen System zuschreiben.

Die Taufpaten der anderen deutschen Zwillingsgesellschaft verstanden sich als sozialistisch, und die deutsche Zwillingsgesellschaft, die von ihnen aus der Taufe gehoben wurde, verstand sich auch als sozialistisch. Als Antipoden und Feinde der sozialistischen Gesellschaften wurden kapitalistische Gesellschaften bezeichnet. Also sah die eine deutsche Zwillingsgesellschaft ihre beiden Feinde – das gesellschaftliche System, das ihnen vorausgegangen war, und das System der anderen deutschen Zwillingsgesellschaft – als kapitalistisch an. Auf diese Weise konnte sie sich selbst den Bruch mit dem vorausgegangen deutschen System attestieren, jedoch der feindlichen Zwillingsgesellschaft die Kontinuität zum vorausgegangen deutschen System zuschreiben.

Die Bloßstellung der Kontinuitätslinien in der jeweils anderen deutschen Zwillingsgesellschaft wurde in beiden Gesellschaften als Beleg für den eigenen Bruch mit der Vorgängergesellschaft genommen, was die Analyse und die Überwindung der Kontinuitätslinien in der eigenen Gesellschaft zu erübrigen schien.

Diese Beziehungen, die realen und die sich selbst und vom feindlichen Zwilling zugeschriebenen Beziehungen, bildeten ein stabiles Dreieck. Dieses Dreieck generierte mit Form der jeweiligen Legenden, die die beiden deutschen Zwillingsgesellschaften in ihrem offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnis entwickelten.

2. Was in den Kontinuitäts-Vorwürfen der verfeindeten Zwillingsgesellschaften jedoch nicht enthalten ist, sind die kaum gebrochenen Kontinuitätslinien im Bereich der Alltagskultur, die bei *beiden* Gesellschaften bestehen und so nur ungenügend erkennbar und noch weniger bekenubar waren.

In beiden deutschen Zwillingsgesellschaften wurde nur auf der offiziellen gesellschaftlichen Bühne versucht, das Verhältnis zur Vorgängergesellschaft zu klären. Das aus der Vergangenheit Zufließende wurde durch die ideologischen Raster, Filter und Siebe geleitet und Ungewünschtes ausgeschwemmt, um schließlich den gereinigten Strom des Erbes und der Tradition, der in die Zukunft führte, sichtbar zu machen. Obschon in beiden deutschen Gesellschaften auf der Bühne des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses der jeweilige Klärbetrieb beeindruckend funktionierte, beeinflusste das die Alltagskultur wenig. Eine Vergangenheitsaufarbeitung auf dieser Ebene, ein lebensreformerischer Umbruch, der den kulturellen Konsens im Alltag verändert hätte, konnte sich in beiden deutschen Zwillingsgesellschaften kaum Raum schaffen.

In beiden Teilen Deutschlands wurde beim Aufbau der Nachkriegsgesellschaften auf typische deutsche Sekundärtugenden gebaut. Es wurde gebaut auf Fleiß und Einsatzwille wie auch auf Emsigkeit und Beflissenheit, auf Disziplin, Ordnung und Prinzipientreue wie auch auf Gehorsam, Zucht und Hörigkeit. Es wurde gebaut auf Genauigkeit und Gründlichkeit wie auch auf Pedanterie, Schliff und Observanz, auf Engagement und Begeisterung wie auch auf Biedersinn, Gedankenlosigkeit, Lust- und Genußfeindlichkeit. Die Kontinuität des oben beschriebenen Habitus wurde im Spiegel des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses nicht wahrgenommen oder thematisiert, statt dessen eher ignoriert oder in Euphemismen verkleidet.

3. Neben der Erinnerung und Tradition, wie sie auf der Bühne des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses zelebriert wird, neben den offiziellen Strömungen, denen gemäß Gewesenes in die Gegenwart geschleust oder zurückgehalten wird, gibt es noch andere, untergründige Kanäle, über die Vergangenes in die Gegenwart fließt und sich in der Erinnerung sammelt. Die offizielle Erinnerung deckt sich nicht mit der Erinnerung des Volkes – und beide decken sich nicht mit dem Vergangenen.

Während die Erinnerung auf der Bühne des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses diskursiv entsteht, sich selbst reflektiert und dokumentiert, ist das bei der Erinnerung und Kontinuitätsannahme im Alltag nicht der Fall. Hier sprechen die Sprachlosen und auch die Ohnmächtigen. Sie sprechen mit ihrer ganzen Person, ihren Leibern, ihrem Lebensstil. Sie sprechen mit ihrer Elternschaft, ihren Züchtigungen und ihrer Nachsicht, mit ihren selbstgezimmerten Lebensweisheiten und ihren Prinzipien. All das, oft ohne explizit eine Deutung der Vergangenheit zu liefern. Und sie sprechen mit ihrem Schweigen über das Vergangene, denn auch Schweigen ist eine Botschaft.

Thesen über die kulturelle Vereinigung

Die Botschaften in diesem Prozeß werden vor allem *zwischen* den Generationen vermittelt. Wie *historische Kassiber* werden sie von den älteren Generationen vorbei an den Wärtern und Hütern des offiziellen und veröffentlichten gesellschaftlichen Selbstbildes hin zu den Nachkommen *geschmuggelt*. Denn diese Botschaften stehen in Konkurrenz zu offiziellen Deutungen des Gewesenen. Wie immer, so bringt auch hier die Übermittlung von Kassibern für den Absender und für den Empfänger Schwierigkeiten und Gefahren mit sich.

Neben diesen *historischen Kassibern*, neben Erinnerung und Botschaften, die in Konkurrenz zu den offiziellen Deutungen stehen, werden andererseits auch ideologische Figuren von der Bühne des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses vom Volk aufgenommen und zum Bestandteil der individuellen Identität.

Die Bevölkerung in den deutschen Zwillingsgesellschaften übernahm von der Bühne des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses sowohl die ideologische Figur des Bruchs mit der nationalsozialistischen Vorgängergesellschaft wie auch das spezifische Feindbild der jeweiligen Taufpaten. Neben einer Positionierung zum Erbe des Nationalsozialismus erleichterten diese Modelle der Bevölkerung auch, das Trauma der Spaltung Deutschlands zu bewältigen. Das bereits beschriebene stabile Dreieck der deutschen Gesellschaften – nationalsozialistische Gesellschaft – westdeutsche Gesellschaft – ostdeutsche Gesellschaft – wurde vielfach als individuelle biographische Konstruktion wirksam. Früher, so lauteten etwa die Legenden in Westdeutschland, gab es die Nazis, mit denen man nichts oder zumindest nur gezwungenermaßen etwas zu tun hatte. Heute hatte man daraus gelernt, ist ein freier, demokratischer Bürger geworden, während drüben immer noch keine Demokratie ist und immer noch Diktatur, Unfreiheit und Unterdrückung herrschen.

Früher, so lauteten etwa die Legenden in Ostdeutschland, gab es die Nazis, mit denen man nichts oder zumindest nur gezwungenermaßen etwas zu tun hatte. Heute hatte man daraus gelernt, ist ein Antifaschist und Sozialist geworden, während drüben immer noch Kapitalismus ist und zum Kriege, zur Revanche und gegen den sozialistischen Aufbau gehetzt wird.

Es gibt ein Bonmot, das besagt, daß die Deutschen ohne die Spaltung in zwei gegensätzliche deutsche Staaten kaum so gut mit ihrem furchtbaren Erbe fertig geworden wären. Das deutsche Dreieck ermöglicht tatsächlich in vielfältiger Weise die Abspairung des ungeliebten Erbes wie auch der ungeliebten eigenen Anteile daran. Die Schwierigkeiten der inneren Einigung hängen auch mit dem Verlust dieses Dreiecks zusammen.

4. Die ungebrochene Kontinuität des oben beschriebenen Verhaltens- und Empfindungskanons, die ungebrochene Bedeutung der deutschen Sekundärtugenden beim Aufbau der deutschen Zwillingsgesellschaften und das Sammelsurium politischer Ansichten und Überzeugungen wurde im Spiegel des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses nicht wahrgenommen oder thematisiert, statt dessen eher in Euphemismen verkleidet.

Gleichzeitig stützten sich die Machteliten in beiden deutschen Zwillingsgesellschaften bei ihrer Herrschaft auf diesen kulturellen Konsens. Unter anderem immer dann, wenn es galt, lebensreformerische Impulse, kulturelle, alternative Umbrüche abzuwehren oder zu kanalisieren. Die *kulturelle Opposition* wurde in beiden deutschen Zwillingsgesellschaften stets als politische stigmatisiert und bekämpft. Dabei konnten sich die Herrschenden auf den im Volk bestehenden kulturellen Konsens sowie auf die Internalisierung des deutschen Dreiecks im Volk stützen.

Der 68er Angriff auf den kulturellen Konsens der Bundesrepublik und dessen Attacke auf die herrschenden Mentalitätsmuster wurde politisch-ideologisch delegitimiert, als ‚von Moskau‘ gesteuert, als ein Versuch, ‚Diktatur und Chaos‘ zu errichten und das Werk der Väter zu zerstören. Die ostdeutschen Attacken auf den kulturellen Konsens in der DDR und die dort herrschenden Mentalitätsmuster wurden ebenfalls politisch-ideologisch delegitimiert. Sie wurden als ‚zersetzender amerikanischer Ungeist‘ und ‚westliche Müllkultur‘ stigmatisiert, als ein vom Westen gesteuerter Versuch, ‚Faschismus und Kapitalismus wieder durch die Hintertür‘ in Ostdeutschland einzulassen und das Werk der Väter zu zerstören. In beiden deutschen Zwillingsgesellschaften wurden die Akteure der *kulturellen Opposition* auf der offiziellen Bühne des gesellschaftlichen Selbstverständnisses als Agenten der jeweils anderen deutschen Zwillingsgesellschaft und deren Taufpaten bezeichnet und vom Volk auch als solche angesehen. Für die begrenzte Wirkung der kulturellen Opposition waren in beiden Zwillingsgesellschaften weniger die Machtmittel der Herrschenden, sondern vielmehr auch die kulturelle Verwandtschaft des Volkes mit den Herrschenden bedeutsam.

Über die tatsächlichen Effekte der 68er kulturellen Umwälzung und ihre Beständigkeit in der Bundesrepublik wird viel gestritten. Während heute konservative Intellektuelle die Breitenwirkung der lebensreformerischen Umwälzung, insbesondere der antiautoritären Erziehung, unterstellen, um dann die aktuellen Probleme des Zusammenlebens als Folge von 1968 hinzustellen, wollen andere Intellektuelle, einst selbst 68er Akteure und nun Exponenten des Diskurses, von der fortschreitenden Marginalisierung dieser lebensreformerischen Impulse nichts wissen – wie viele, die ein Stück

Thesen über die kulturelle Vereinigung

Lebenswerk verteidigen wollen. – Unbestreitbar hingegen ist die Niederlage der ostdeutschen *kulturellen Opposition*. Geht man davon aus, daß die lebensreformerischen Impulse in Ostdeutschland und Westdeutschland zu großen Stücken paralytisch wurden und werden, so erscheinen die Nach-Wende-Prozesse in Ostdeutschland als eine *kulturlose Modernisierung*. Durch die Rückwirkung dieser kulturlosen Modernisierung auf das übrige Deutschland wäre dann im vereinigten und ‚erwachsenen‘ Deutschland eine kulturell-konservative Wende zu erwarten.

5. Die Wende 1989 und der Beitritt Ostdeutschlands zur Bundesrepublik beendete den eingespielten Betrieb der ideologischen Klärwerke. Die Vereinigung zweier sich einst in einem antipodischen Verhältnis inszenierenden Gesellschaften stellte neue Anforderungen an das deutsche Klärwesen. Die vereinigten deutschen Klärwerke hatten nichts Geringeres zu leisten als die Neuinterpretation der ostdeutschen und westdeutschen Vergangenheit und die Deutung der vereintdeutschen Gegenwart.

Wichtigstes Ergebnis dieser Kläraktion mußte eine *‚anschlußgerechte Uminterpretation der ostdeutschen Gesellschaft‘* sein.

Für diese angeschlossenere Neuinterpretation ergaben sich vier wichtige Kläraufgaben:

Erstens mußten bei der Interpretation der Beziehung des ostdeutschen Volkes zu seinen Herrschern die Momente des Pragmatismus und des Arrangements ausgewaschen und die Beimischungen der Repression deutlich aufgeschäumt werden.

Zweitens mußten bei der Beschreibung der kulturellen Opposition in der DDR die alternativen, ökologischen und radikaldemokratischen Bestrebungen herausgefiltert und die politischen Sekundäreffekte dieser Bewegung als das Wesentliche herausgestellt werden.

Drittens mußten die kulturkritischen Bestrebungen, die die ostdeutsche kulturelle Opposition auch nach der Wende weiter verfolgte, nun diskreditiert und in die Nähe des ehemaligen ostdeutschen Systems und seiner Machthaber gerückt werden.

Viertens mußte die ideologische Erbschaft des ostdeutschen Volkes beiseitegespült und durch neue ideologische Standards ersetzt werden.

Die Beziehung der ostdeutschen Bevölkerung zu den Machthabern war ein Gemisch aus selbstbestimmtem, durchaus ‚eigensinnigem‘ Arrangement und fremdbestimmter Unterordnung. Die nur äußere An- und Einpassung der Bevölkerung wurde ab den siebziger Jahren von den Machthabern in der ostdeutschen Gesellschaft zunehmend toleriert. Im allgemeinen führte zu

dieser Zeit erst veröffentlichter, symbolischer Dissens zu Reaktionen von Seiten der Herrschenden. Der ‚Deal‘ zwischen Volk und Herrschenden wurde in den achtziger Jahren brüchig, weil die Gegenleistungen für Wohlverhalten, die Aufstiegschancen wie überhaupt die Qualität möglicher Sätturiertheit, gemessen an der anderen deutschen Zwillingsgesellschaft, immer geringer wurden. Es ist nur logisch, daß die Fluchtwellen, die im Jahr 1989 dann tatsächlich die machtpolitische Statik der DDR ins Wanken brachte, vor allem aus jungen Erwachsenen bestanden. Im Alltag und unterhalb der Bühne des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses war die DDR längst eine bürgerliche Gesellschaft. Das Volk hatte, noch bevor an eine staatliche Einigung zu denken war, mit seinen Bedürfnissen und Maßstäben Anschluß an die Bundesrepublik gefnadet. Diesen unideologische Pragmatismus des ostdeutschen Volkes, das sich, als die ostdeutsche Gesellschaft insolvent und die machtpolitische Situation günstig war, zum Umstieg in die andere deutsche Gesellschaft entschloß, mußte zu einem Bekenntnis zu „Freiheit“ und „Demokratie“ umgedeutet werden. Und um die anspruchsgerechte Uminterpretation perfekt zu machen, wurden die Momente des ‚Deals‘ in der Beziehung zwischen Volk und Herrschern durch allgegenwärtige Repression ersetzt.

Tatsächlich waren es aber die Akteure der kulturellen Opposition, die wegen ihrer riskanten, veröffentlichten Proteste von Repressionsmaßnahmen betroffen waren. Die Herrschenden hatten die genuin kulturell-kritischen Impulse als einen Angriff auf die machtpolitische Statik genommen und entsprechend bekämpft. Die lebensreformerischen Intentionen der ostdeutschen kulturellen Opposition wurden bei der anspruchsgerechten Neuinterpretation der Vorgänge beiseite geschoben. Wie schon durch die Machthaber in der ostdeutschen Gesellschaft, wurde abermals der politische Akzent zum Wesen der Sache erklärt. Die Berichte und Bilder von der repressiven Gegenwehr und der Unterdrückung der kulturell oppositionellen Minorität wurden dann bei der anspruchsgerechten Neuinterpretation schließlich dem ganzen Volke zugeschrieben. So wurde aus der riskanten Protestaktion einer Minderheit „die friedliche Revolution des Volkes in der DDR“, sogar mit idealistischen Intentionen – ein „Aufstand gegen Zwang und Lüge“ (Helmut Schmidt). Das ist um so bemerkenswerter, als der Terminus „Revolution“ auf der Bühne des offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses der westdeutschen Gesellschaft nicht als positiver Begriff auftauchte. Aus den Repressionsakten gegen die Minderheit der öffentlich Protestierenden wurde im Klärprozeß eine allgemeine Gewaltanwendung gegen das Volk. Daß eine „friedliche Revolution“ nicht friedlich sein kann, wenn sich nur eine Seite

Thesen über die kulturelle Vereinigung

friedlich verhält und die andere Terror ausübt, fiel bei dieser Kläraktion nicht weiter ins Gewicht.

Nun mußten nur noch die tatsächlichen Intentionen und Programme der kulturellen Opposition anschlussgerecht uminterpretiert und delegitimiert werden. Das war nötig, weil die ostdeutsche kulturelle Opposition nicht nur die gesellschaftliche Praxis in Ostdeutschland, sondern ebenso die in Westdeutschland ablehnte. Der kulturellen Opposition mit ihren alternativen, ökologischen und radikal-demokratischen Konzepten wurde daher mit dem bewährten politisch-ideologischen Knüttel zu Leibe gerückt, ihr wurde Nähe zum „alten System“, zur SED zugeschrieben. Die historische Widerlegung der ostdeutschen Zwillingsgesellschaft wurde zur Widerlegung aller anderen Kritiken und Alternativvorstellungen an der westdeutschen Zwillingsgesellschaft genommen.

Im Gegenzug zur Stilisierung des gesamten ostdeutschen Volkes als allgemeiner Märtyrer und Widerstandskämpfer wurde von der Bevölkerung die Preisgabe jener ideologischen Figuren verlangt, die sie aus dem ostdeutschen offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnis übernommen hatte. Die in der ostdeutschen Bevölkerung über Jahrzehnte entstandenen Maßstäbe und Erwartungen an Politik, an staatliche Obhutspflicht, an Sinn und Kriterien von Produktion und Wirtschaft und an Recht und Verwaltung galt es anschlussgerecht zu delegitimieren. Mit dem Nachweis der offenkundigen Dysfunktionalität der spezifisch ostdeutschen Mentalitätsmuster, Verhaltens- und Handlungsrouninen in der nach westdeutschen Maßstäben neuformierten Gesellschaft wurden diese Maßstäbe und Erwartungen ins Abseits gespült. Was unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen dysfunktional war, sollte auch darüber hinaus und generell als indiskutabel gelten. In der Zeit der Verteilungs- und Deklassierungskämpfe wurden die von der ostdeutschen Bevölkerung entwickelten Maßstäbe und Erwartungen durch einen psychologisierenden Diskurs unterspült und aufgeweicht. Anschlussgerecht wurde mit ethnologischem Blick auf ‚den Ostdeutschen an sich‘ und mit psychologisierenden Theorien über die gesellschaftlichen Prozesse in der ostdeutschen Gesellschaft das ostdeutsche Volk mit einem pathologischen Akzent versehen.

Solche aufwendigen Kläraktionen können nur gelingen, wenn sie von der Mehrheit der Menschen angenommen werden, wenn sie ihrem Bewältigungs- und Stilisierungsdruck, ihrem Bedürfnis nach einer neuen Identität entsprechen. Das war zweifellos der Fall. Den Ostdeutschen bot die beschriebene Kläraktion die Chance, sich der Erinnerung an ihre Integration in das gescheiterte System zu entledigen. Ein weiterer Gewinn für die ostdeutsche Bevölke-

rung war die Möglichkeit, wieder eine eindeutige Distanz zu der ihnen nach wie vor fremd gegenüberstehenden kulturellen Opposition aufzubauen. Die kurzzeitigen „Helden der Revolution“ wurden wieder zu den ‚alternativen Spinnern‘, denen man die Nähe zum gescheiterten System vorwerfen konnte.

Der Bewältigungs- und Stilisierungsdruck wird auch durch die Sprache des anschlößgerechten Uminterpretationsdiskurses widergespiegelt. Der Diskurs bewegte sich in mythischen und archaischen Denkformen: *Helden, Opfer, Täter, Schuld* gab es zu *Hauf und Sühne, Gewissen, Glauben und Verrat* auch. Diese Sprache transportierte offensichtlich, was zur anschlößgerechten Deutung der ostdeutschen Gesellschaft notwendig war: auf der rationalen Ebene Eindeutigkeit, Derbheit, Simplizität sowie Anschaulichkeit, und auf der emotionalen Ebene: Intensität, Aufladung, Rührung, Begeisterung und emotionale Abfuhr.

Um die „massenhafte Unterdrückung“ in der ostdeutschen Gesellschaft, den „Terror“ und „die flächendeckende Bespitzelung“ plausibel zu machen – vor allen denen, die jahrzehntlang dort lebten – mußte etwas bisher nicht Wahrnehmbares wahrnehmbar gemacht werden. Es mußte etwas sein, dessen Kapazität, die Abspaltungen und Projektionen der „Opfer“ in sich aufzunehmen, geradezu unbegrenzt war. Etwas, dessen genaue Umrisse unscharf, schwer zu erkennen und zu benennen sind und das genau deshalb die Phantasie so anzuregen vermochte. Etwas, das es gab und gleichzeitig nicht gab. Ein Gemisch aus Realem und Fiktivem, gleichzeitig allgegenwärtig-öffentlich wie auch geheim. – Dieses Etwas war der ‚Drache Stasi‘, ein universeller Topos im Diskurs zur anschlößgerechten Uminterpretation der ostdeutschen Gesellschaft. Dieser ‚Drache Stasi‘ hatte einen so großen Leib, daß er damit als Projektionsfläche für alles Böse dienen konnte. Und das Böse ist ja bekanntlich sehr groß. Je böser und mächtiger der Unterdrücker ist, um so unschuldiger ist der Unterdrückte. Je mehr Leid, Verlust, Verzicht die Unterdrückten (er)finden können, um so lauterer sind sie selbst, und um so verabscheuungswürdiger ist das System der Unterdrückung. Das etwa war die Waschanleitung, mit der im Nachwende-Rechtfertigungsdiskurs die ostdeutsche Volksseele gereinigt wurde.

Die Ostdeutschen konnten sich so an der moralischen Niedrigkeit ihrer Unterdrücker aufbauen, die Westdeutschen an der Malaise der *gesamten* fremden Gesellschaft.

Den Ostdeutschen wurde mit der Stilisierung ihres Opferstatus die Abwertung ihres realen Lebens, ihrer Werke und Werte, ihrer Entscheidungen wie auch ihrer ideellen und finanziellen Ersparnisse verübt.

Den Westdeutschen wurde mit der Akzentuierung der Misere von Ost-

Thesen über die kulturelle Vereinigung

deutschland die Ansicht verstärkt, eben doch in der besseren Gesellschaft gelebt zu haben.

6. Das stabile Dreieck der deutschen Zwillingsgesellschaften, der spiegelgleiche Bezug ihrer ideologischen Bühnen und der sich stark ähnelnde alltagskulturelle Konsens in beiden Gesellschaften generierte den Diskurs um die Wende und die anschlussgerechte Neuinterpretation der gemeinsamen Vergangenheit. Der wechselseitige Bezug beider Zwillingsgesellschaften, der sich jahrzehntelang nicht aus der Falle eines bipolaren Denkens befreien konnte, war einer der Gründe, warum nach der Widerlegung des einen Pols nur die Bestätigung des anderen, des Antipoden denkbar schien.

„Verfassungspatriotismus“: Ein deutscher Exportartikel für den italienischen Historikerstreit? Zu Gian Enrico Rusconis Rehabilitierung der Resistenza aus dem Geiste Dolf Sternbergers¹

I.

Wenn ein Politologe aus dem italienischen Turin, der sich der politischen Linken zugehörig fühlt, das Identifikationsangebot „Nation“ thematisiert, läßt dies aufhorchen. Wenn dieser Politologe auf deutsche Kontroversen im Umkreis des westdeutschen Historikerstreites der achtziger Jahre rekurriert, um u.a. im italienischen Historikerstreit um Mythos und Historisierung der antifaschistischen Resistenza der Jahre 1943 bis 1945 Stellung zu beziehen, wird hierzulande die Neugier gesteigert – geht es doch um eine anwendungsbezogene Rezeption deutscher Gedanken.

In den sechs Essays, deren Obertitel auf Deutsch lautet: „Wenn wir aufhören, eine Nation zu sein – Zwischen regionalen Ethnodemokratien und europäischem Bürgerrecht“, argumentiert Gian Enrico Rusconi mit einer politischen Zielsetzung, die ihrerseits auch von einer historischen Perspektive geprägt ist. Rusconis Überlegungen können in der aktuellen politischen und intellektuellen Situation Italiens, Deutschlands und grundsätzlich auch des ehemaligen Westeuropa auch als ein Diskussionsvorschlag zur Frage dienen, welche Rolle das Historische bzw. die Disziplin der Historie im gegenwärtigen politischen Diskurs² spielen kann.

In der aktuellen Situation trifft Rusconis Beitrag nicht nur in Italien und Deutschland auf politisch-historische Diskurse, die zwar überwiegend in Feuilleton und Wissenschaft geführt wurden und werden, aber in ihrer Langzeitwirkung das öffentliche Meinungsklima und Leitkategorien für das politische Bewußtsein der Bevölkerung schon beeinflußt haben und weiter beeinflussen werden.

Ein Diskurs betrifft die Kategorie der Nation³ und deren politische Geltungskraft im vereinigten Deutschland: Ulrich Raulff hat jüngst anläßlich einer Unterschriftenaktion zugunsten des Historikers und nunmehrigen Leiters der Samstagsbeilage „Geistige Welt“ der Tageszeitung „Die Welt“ registriert, wie sich die alten, diffus als „rechts“ und „links“ definierten politisch-kulturellen

Lager der alten Bundesrepublik auflösen und erstmals emanzipatorische Internationalisten jetzt das „Eigene“, die Nation, Herkunft und Tradition wiederentdecken und sich mit alten „Rechten“ unter der gemeinsamen Stoßrichtung gegen die rationalistische Kultur des Westen verbünden: Gegen die kulturelle und politische Westbindung, die Jürgen Habermas 1986 und öfter gegen national orientierte Umwertungsversuche vor allem der jüngsten Vergangenheit meinte verteidigen zu sollen.⁴ In der Kontroverse zwischen Karl-Otto Hondrich und Dieter Oberndörfer in der „Zeit“ kann man in konzentrierter Weise die neue Frontlinie feststellen: Der Ex-Linke Hondrich verteidigt, gegen eine links-idealistische Blauäugigkeit in der Asyl- und Einwanderungsfrage, die emotionelle Berufung auf das Eigene und die natürliche Angst vor zu viel „Fremden“, worauf Oberndörfer mit klassisch liberalen, aufklärerischen Wertvorstellungen, in kulturell „westlicher“ Weise antwortet und die „okzidentalisierten“ demokratischen Lernerfolge zumindest der alten Bundesdeutschen beibehalten wissen will.⁵

Es mag den Anschein haben, daß diese kurzen Schlaglichter zu sehr auf die tagespolitische Aktualität gerichtet sind. Doch offenbart sich in diesem Verschwimmen intellektueller „Lager“, im Comeback des Kontrastpaares „Eigenes“ versus „Fremdes“ und in den Fragen „What's right?“ oder „Brauchen wir nationale Identität?“ nur eine Etappe einer kulturellen Entwicklung, die in der alten Bundesrepublik Mitte der siebziger Jahre einsetzte und sich durch die Ereignisse von 1989/90 weiter dynamisierte. Bereits nach der Ölkrise von 1973 und im Kontext von Diskussionen über die Integration des Schulfaches Geschichte in ein übergreifendes Fach Politik vor allem in Hessen forderten konservative Intellektuelle eine geistige „Tendenzwende“, um die kulturelle Hegemonie der Linken im Gefolge der 68er Revolte zu brechen. In diesen Tendenzwende-Forderungen spielte das Verlangen nach historischem Bewußtsein eine große Rolle. Nach dem Regierungswechsel von 1982 forderte dann Kanzler Helmut Kohl eine „geistig-moralische Wende“ und versuchte durch gezielte Geschichtspolitik wie z.B. die Gründung des Deutschen Historischen Museums in Berlin, des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und durch zahlreiche historisch-politische, zwischen Nato-Treue und nationalen Gefühlen oszillierende Leitartikel seines Beraters Michael Stürmer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Anspruch geistig-moralischer Führung auch wahrzunehmen.⁶ Eine weitere Etappe in der Veränderung dieses Meinungsklimas war dann 1986 in Westdeutschland der sogenannte „Historikerstreit“, in dem es prima vista um Ernst Noltes geschichtsphilosophisch überhöhte Herleitung von Auschwitz aus

einer erfahrungsgesättigten Angst vor dem bolschewistischen Gulag ging, wo aber auf grundsätzlicher Ebene mittels einer historisierenden Einbettung des Nationalsozialismus der deutsche Sonderweg wegdiskutiert werden sollte.⁷ Das Bedürfnis, eine „normale“ Nation zu sein wie Frankreich oder England auch, schlug durch – aber nicht durch eine Berufung auf deren demokratische Traditionen, sondern durch eine emotional gefärbte Erinnerung vor allem an das Zweite Kaiserreich. Nach dem Vollzug der Wiedervereinigung 1990 schien man ja tatsächlich wieder „normal“ zu sein – was Jürgen Habermas sogleich und zu Recht als eine zweite Lebenslüge der Bundesrepublik entlarvte.⁸ Der jetzt wieder in vollem Gange befindliche Diskurs um die Nation ist auch ein Ergebnis einer längerfristigen Veränderung des Meinungsklimas, bestimmt im wesentlichen durch die Eigendynamik eines westdeutschen Diskurses, die sich unter den neuen Bedingungen seit 1989 und besonders der verspäteten Wirtschaftskrise seit 1992 erst richtig entfalten konnte. In einem solchen Diskurs, wo wieder einmal „Verfassung“ bzw. „Freiheit“ gegen „Nation“ bzw. „Einheit“ steht, können kompetente Impulse aus dem Ausland nur hilfreich sein.

Ein weiterer Diskurs betrifft die zukünftigen Entwicklungen des politisch-sozialen Systems auch der westeuropäischen Staaten, die ja im Zeitalter des Kalten Krieges mit klaren Koordinaten ein mehr oder minder stark ausgeprägtes nationales parlamentarisches und sozialstaatliches politisches System ausbilden und bis zum durch den britischen „Thatcherismus“ Ende der siebziger Jahre eingeleiteten Paradigmenwechsel beibehalten konnten. Inzwischen stehen auch hier Grundsatzdiskussionen an, die den „Neokorporatistischen Konsens“⁹ aus den unterschiedlichsten Gründen und Richtungen infragestellen. Schon im Jahre 1984 hatte Hans Magnus Enzensberger das Chaos in Italien als paradigmatisch für die zukünftige Entwicklung anderer westeuropäischer Länder prognostiziert.¹⁰ Die aktuelle Transformationssituation in Italien – der rapide Zerfall des alten politischen Systems, der schon länger andauernde Bedeutungsgewinn der regionalistischen „Lega Nord“, der plötzliche Erfolg der sich jetzt als „Postfaschisten“ verharmlosenden Ex-Neofaschisten und vor allem der kompeten hafte, nur auf ein Netz von „Fan-Clubs“ gestützte Aufstieg des Medienunternehmers Silvio Berlusconi zum Ministerpräsidenten – erscheint aus der Enzensbergerschen Perspektive als ein Laboratorium für die zukünftige De- oder Rekomposition der politischen und eventuell auch sozialen Strukturen anderer westeuropäischer Länder.¹¹ Diese Vorstellung muß Sorge wecken, da Italien unter Mussolini schon einmal den Prototyp des anderswo noch schrecklicher umgesetzten Faschismus experimentiert hat. Auch wenn Rusconis Überlegungen noch nicht den

Aufstieg Berlusconi und des Neofaschisten Finis berücksichtigen konnten (und auch nicht vorhersehen), sind sie in diesem Kontext interessant: Sie versuchen, unter Rückgriff auf deutsche Debatten für den Fall Italien konstruktive Perspektiven aufzuzeigen. Ist dieser Fall paradigmatisch, dann interessieren diese Überlegungen auch andere Länder, darunter Deutschland selbst. – Neben diesen binationalen Ideenströmen trägt auch der Verlauf der zeitgeschichtlichen Vergangenheit beider Länder zum komparatistischen Wert von Rusconi's Arbeit bei: „Verspätete nationale Einigung“ im 19. Jh., massenmobilisierende Erfahrung des Ersten Weltkrieges, Faschismus und – für Italien und Westdeutschland – nachholende Modernisierung unter konservativem Vorzeichen während des Kalten Krieges einschließlich der dadurch mitbeeinflussten politisch-historischen Diskurse.

II.

In seinen sechs scheinbar separaten Überlegungen betrachtet Rusconi aus unterschiedlicher Perspektive eine Art Beziehungsdreieck, das durch die Begriffe „Ethnie“, „Nation“ und „Bürgerrecht“ definiert wird. Er geht dabei davon aus, daß die bislang geltende Bedeutung von „Nation“ von zwei Seiten, nämlich vom regionalistischen „Leghismus“ des Umberto Bossi im Norden und von der Entwicklung der Europäischen Union im Sinn des Maastrichter Vertrages, infragegestellt wird. Er problematisiert die Konsequenzen solcher Entwicklungen und versucht den Begriff der „Nation“ in landläufigen, staatsnationalen Sinn durch eine Art demokratische Läuterung zu rehabilitieren: Den Potentialen dieses Bezugsrahmens kollektiver Identitätsbildung könnte weder das (s.E. unmögliche) Angebot „Supernation Europa“ noch der sich rein „ethnisch“ mit der Unterscheidung „wir“ versus „die anderen“ definierende Regionalismus im Sinne der Lega Nord gleichkommen. Eine einheitliche europäische Geschichte sei nicht überzeugend vermittelbar, da deren Verlauf bis vor kurzem von Kriegen und Spaltungen geprägt gewesen sei; die europäische Einigung sei nicht aus hier, sondern gegen die Geschichte zu legitimieren: Damit müsse sich der Legitimationsmechanismus strukturell unterscheiden von den volkspädagogischen Mitteln, die man seit dem 19. Jh. zur sog. „Nationalisierung der Massen“ einsetzte. Den Leghismus nimmt Rusconi gegen den Vorwurf des Antidemokratismus in Schutz: Dieser Ansatz sei vielmehr aus dem Grunde unzureichend, daß hier nach dem ethnischen Prinzip die Gruppe des „Wir“ entscheide, wer denn in dieser Demokratie ein Bürgerrecht erhalte und wen man gerne „draußen“ lassen wolle; darüber

hinaus behaupte der Leghismus, der Italien ja in die drei Großregionen Nord, Mitte und Süd aufteilen will, eine historisch-kulturelle Einheit der Norditaliener, die nie bestanden habe und folglich nur ein opportunistischen Wirtschaftsinteressen gehorchendes, leicht widerlegbares Konstrukt sei.

Angesichts der Schwächen des europatriotischen und des ethno-regionalistischen Ansatzes hebt Rusconi die starken Potentiale des nationalen Bezugsrahmens hervor. Neben einem kurzen Verweis auf die realhistorischen und in der heutigen Lebenswelt¹² erfahrbaren Erträge der Nationsbildung und der in nationalem Rahmen stattgefundenen Modernisierungen verdeutlicht der Autor dies besonders an einem Thema, an dem sich in den frühen achtziger Jahren so etwas wie ein italienischer Historikerstreit entzündete: die „Resistenza“. Damit bringt er einen historischen Diskurs in den politischen Diskurs kollektiver Identität ein. Hatte sich in der italienischen Nachkriegsgesellschaft lange der Resistenza-Mythos, der einen einzigen Kampf von Italienern unterschiedlicher politischer Richtung gegen die deutschen Besatzer und deren Satelliten Mussolini in der Republik von Salò behauptete und glorifizierte, gehalten und das Thema der faschistischen Vergangenheit in den Hintergrund gedrängt, so brach der Historiker und Duce-Biograph Renzo De Felice in den sechziger Jahren insofern eine Schneise, als er die zwanzig Jahre Faschismus wissenschaftlicher Untersuchung für würdig befand und damit eine Revision des italienischen Geschichtsbildes einleitete.¹³ Je mehr durch De Felices und anderer Forschungen einerseits die „modernisierenden“ Aspekte des Faschismus, andererseits die Kollaborationsbereitschaft und der Konsens der meisten Italiener sowie die inneren Spaltungen der Resistenza deutlich wurden, desto mehr war der Gründungsmythos der Ersten Republik infragegestellt.¹⁴ Dieses Risiko war strukturell schon zuvor angelegt, seitdem unter dem Zeichen des Kalten Krieges die seit 1948 regierenden Christdemokraten De Gasperis und ihre Koalitionspartner die innere Widersprüchlichkeit der Kommunisten und der mit diesen verbundenen kulturell-intellektuellen „Szene“ zu deren ideologischer Auskreisung und Dämonisierung nutzten. Seit den neunziger Jahren wird auch die Historisierung der Resistenza im politischen Kampf eingesetzt. Rusconi akzeptiert zwar die Historisierung der Resistenza, da die Fakten dem Mythos von Einheit der verschiedenen Resistenza-Kämpfer einfach widersprechen. Er rettet diese Epoche aber dadurch, daß er bei aller Zersplitterung innerhalb der Widerstandsbewegung einen Basiskonsens zugunsten von Demokratie und Nation feststellt, der sich erst im weiteren ausgefächert habe zu Vorstellungen von spezifisch christlicher, kommunistischer, laizistischer oder sozialistischer Demokratie. Und dieser Konsens habe auch die Kommunisten eingeschlossen, die eben deshalb

1948 nach dem mißglückten Attentat auf ihren Führer Togliatti zugunsten eines Mitwirkens an der neuen Republik auf die Entfesselung eines revolutionären Bürgerkriegs verzichtet hätten. Insofern sei die Zeit der Resistenza und der frühen Ersten Republik eine „Lehrzeit der Demokratie ohne Adjektive“ (wie sozialistisch oder laizistisch) gewesen. Dieses habe die Bevölkerung in ihrer Lebenswelt erfahren und an die folgenden Generationen weiterreichen können. Auf dieser Erfahrungsebene, wo nach Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns die Bevölkerung in herrschaftsfreiem Diskurs ihre Identität bilde,¹⁵ sei Nation erlebbar und folglich identitätsbildend.

Rusconi hat damit die Ebene definiert, wo er die Historisierung der Resistenza integrieren kann, ohne das identitätsbildende Potential dieser Epoche völlig preisgeben zu müssen. Auf dieser Ebene rezipiert er die Denkrichtung, der sich explizit und öffentlich Habermas im deutschen Historikerstreit angeschlossen hat und die sich um den Begriff „Verfassungspatriotismus“ gruppiert. In einem Briefwechsel mit dem ehemaligen Resistenza-Kämpfer und liberalsozialistischen Philosophen Norberto Bobbio, der in diesem Band abgedruckt ist, formuliert Rusconi: „Das Fundament oder, um es so auszudrücken, die legitimierende Praxis der Republik ist also die Lehrzeit der Demokratie ohne Adjektive durch Männer und Parteien, die während der Resistenza mit unterschiedlichen Adjektiven versehene Vorstellungen von Demokratie hatten: liberal, bürgerlich, sozialistisch, progressiv, christlich, proletarisch etc. Hier schließt sich ein zweiter Aspekt an, der weniger von Neubewertung (im Original „revisione“) als vielmehr von Wiederentdeckung (im Original „riscoperta“) geprägt ist: Die Männer von 1943-48 hatten ein Empfinden ihrer wechselseitigen nationalen Zugehörigkeit, das wir heute vollständig preisgegeben haben. Nennen wir es Patriotismus! Aber ‚Verfassungspatriotismus‘, d.h. anzuerkennen, daß sich lediglich in der in Freiheit angenommenen und aufgeschriebenen Verfassungsnorm die gemeinsame Bestimmung der Bürger bestätigt, die mit dem bewaffneten Kampf (und in milderem Maße mit der passiven Resistenz) wiedererobert worden ist!“¹⁶

Mittelbar der Vertiefung dieses Konzeptes dient Rusconis Auseinandersetzung mit einigen Positionen des deutschen Historikerstreites, besonders mit dem Etikett, mit dem vor allem Ernst Nolte unser Jahrhundert charakterisieren will: „Zeitalter des europäischen Bürgerkrieges“.¹⁷ Mit kurzen Hinweisen zeigt Rusconi die Aporien solcher Vorstellungen auf: Nolte kritisierend, weist er dezidiert darauf hin, daß das „Ursprünglichere“, das der NS weiterführe, nicht die bolschewistische Revolution von 1917, sondern vielmehr das Jahr 1914 sei, also der völlig neuartige Typ eines „totalen Krieges“ samt seiner Auswirkungen in den betroffenen Gesellschaften und der politischen Menta-

lität der Völker.¹⁸ Daneben kritisiert er Andreas Hillgrubers traditionell-bismarckianisch geprägtes Verständnis von Außenpolitik, auch wenn dieses nach 1989 durchaus eine gewisse Berechtigung zurückgewonnen habe.¹⁹ Einen für deutsche Diskussionen interessanten Impuls gibt Rusconi, indem er kurz die flexible Definition von Nation des italienischen Historikers Rosario Romeo vorstellt und damit explizit aus dem Gegensatz emanzipatorisches französisches Nationverständnis à la Rousseau versus biologistisches deutsches à la Herder herausfähren-wili. Er zitiert: „Nationen sind Aggregationen mit dem Bewußtsein einer jeweils besonderen und nach außen klar abgegrenzten Individualität“ und „Je nach den Umständen haben der Staat, die wirtschaftlichen Interessen, ein gemeinsames sprachliches Erbe oder eine gemeinsame Kulturtradition zumindest in den gebildeten und führenden Schichten, seltener die Religion kleinere Kollektiveinheiten in großräumigeren nationalen Verbindungen unifiziert“.²⁰ In der Nähe deutscher neokonservativer Motive betont Romeo unter anderem die Elemente lokaler Selbstbestimmung des „Henderschen“ Nationkonzeptes und rehabilitiert insgesamt Deutschland gegenüber dem permanenten Faschismusvorwurf aus linker Perspektive. Hinsichtlich des Bedeutungsverlustes des Bezugsrahmens „Nation“ und dessen Verhältnis zu einem sich profilierenden Europa vermißt Rusconi bei seinem Landsmann weiterführende Gedanken. Insgesamt nimmt Rusconi mit seinem Exkurs zu den „konservativen“ Positionen des deutschen Historikerstreites und zu den Überlegungen Romeos Partei: Durch eine Kritik der „konservativen“ oder „revisionistischen“ Positionen bereitet er das Terrain, um sich denjenigen anzugesellen, die derartige Revisionsversuche von der Position eines „Verfassungspatriotismus“ aus abzuwehren versuchen.

Den Wert der Resistenza als einer „Lehrzeit der Demokratie ohne Adjektive“ begründet er mit Kategorien, die er der deutschen Diskussion um den „Verfassungspatriotismus“ entnimmt. Diese Diskussion faßt er insgesamt als eine Auffüllung von Ernest Renans berühmten Diktum auf, wonach die Nation sich durch tägliches Plebiszit immer wieder bestatigt.²¹ Sich in dieser Weise auf Renan beziehend, schließt sich Rusconi gleichzeitig kritisch an Habermas' Begriff der Lebenswelt an.²² Er meint, in diesem Kommunikationsraum sei gelebte Verfassung und darüber Nation erfahrbar. Das derart agierende Volk beschreibt er im Anschluß an M. Rainer Lepsius als „Demos“ im Gegensatz zu „Ethnos“, also als politisch partizipierendes Kollektiv von Bürgerrechtinhabern statt als aufgrund historisch-kulturell oder biologischer „Substanz“ definierte Gemeinschaft.²³ Während die Ethna-Nation sich unabhängig von Verfassung und Bürgerrechten auf einer vopolitischen Ebene definieren und somit „substantialistisch“ beschrieben werden kann, ist eine über „Demos“

definierte Nation zwangsläufig an bestimmte politische Kriterien, nämlich Gewährung von Bürgerrechten und Garantie von Bürgerpartizipation, gebunden. Für Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg konstatiert Lepsius eine Abwendung vom substantialistischen Verständnis einer Ethno-Nation hin zu einem demosorientierten Verfassungspatriotismus, der erst durch die genannten konservativen Revisionstendenzen infragegestellt werde.²⁴

Mit seinem Verfassungspatriotismus überträgt Rusconi explizit eine westdeutsche Diskussionsrichtung auf italienische Verhältnisse. Dazu skizziert er in knappen Strichen, wie sich Begriff und Konzept des „Verfassungspatriotismus“ entwickelten, seitdem der Heidelberger Politikwissenschaftler Dolf Sternberger 1959 vor einer breiteren Öffentlichkeit einen geläuterten, vor allem an ältere Vertragstheorien gebundenen Patriotismus zu rehabilitieren versuchte. Sternberger formulierte damals: „Das Vaterland ist die ‚Republik‘, die wir uns schaffen. Das Vaterland ist die Verfassung, die wir lebendig machen. Das Vaterland ist die Freiheit, derer wir uns nur wahrhaft erfreuen, wenn wir sie selber fördern, nutzen und bewachen. Es wäre eine Erlösung, wenn wir das Wort mit Ernst und ohne Scheu gebrauchen dürften. Das Wort ist gefallen. Ein Anfang ist gemacht“.²⁵ 1979 präsentierte Sternberger seinen Verfassungspatriotismus erneut. In dieser Zeit feierte man den 30. Geburtstag des westdeutschen Grundgesetzes, 1979 mußte sich der Staat angesichts des Radikalerlasses, des polizeilichen Vorgehens gegen z.T. gewalttätige Gegner der Startbahn West des Frankfurter Flughafens und gegen Mitglieder der Friedensbewegung die Frage nach der Vereinbarkeit solcherlei Staatsgewalt mit dem Grundgesetz gefallen lassen, und wurde verstärkt über deutsche bzw. altbundesdeutsche Identität diskutiert. Sternberger konstatierte, daß sich in der Bundesrepublik ein Patriotismus verbreitet und gefestigt habe, der sich auf erlebte Demokratie stützen könne: das praktische Funktionieren der Gewaltenteilung, die faktische Vielfalt gesellschaftlicher Organisationen, autonome Tarifverhandlungen, Bürgerinitiativen, Demonstrationen.²⁶ Wenig später, aber immer noch in solchem Kontext bezog sich Sternberger weniger auf die französische Tradition der Vertragstheorien, sondern mehr auf verschollene deutsche Äußerungen eines durch bürgerliches, stadtbezogenes Engagement charakterisierten Patriotismus aus dem 18. Jh., namentlich auf Thomas Abbt. Derartiger Patriotismus gehe dem Nationalismus zeitlich voraus. So zitiert Sternberger Abbt: „Die Stimme des Vaterlandes kann nicht mehr erschallen, wenn einmal die Luft der Freiheit entzogen ist“, und fordert einen starken Verfassungsstaat, der allein entsprechende verfassungsmäßige Freiheiten sichern könne. Aufgrund dieser Leistung könne ein solcher Staat Loyalität, Anhänglichkeit, Zuneigung, Patriotismus wecken, wie die Beispiele Schweiz

und USA bewiesen.²⁷ In den achtziger Jahren sollte Sternbergers Begriff unterschiedliche Kritiker substantialistischer Identitätsstiftungsversuche vereinen: Habermas formulierte seine Polemik gegen Noltes Versuche der Einebnung und Relativierung der „Einzigartigkeit“ des Holocausts mit Termini dieses Verfassungspatriotismus,²⁸ verteidigte so sein Plädoyer für eine Beibehaltung der kulturellen Westbindung der Bundesrepublik und markierte somit eine entscheidende Frontlinie im obengenannten Historikerstreit. In weiteren Stellungnahmen – einmal zur durch „Annexion“ statt durch diskursive Neustiftung einer gesamtdeutschen Verfassung 1990 erfolgten Vereinigung,²⁹ zum anderen zur zweiten deutschen Lebenslüge, wonach wir mit der Wiedervereinigung wieder „normal“ geworden seien³⁰ – folgt er ebenfalls den Normen des Sternbergerschen Verfassungspatriotismus. Die verspätete Breitenwirksamkeit des Sternbergerschen Konzeptes hat seit den achtziger Jahren immerhin dazu geführt, daß zumindest auf der Ebene formallogischer Argumentationen ein nicht mehr hintergebares Abstraktions- und Reflexionsniveau erreicht ist, das substantialistische Argumentationen aus strukturellen Gründen nicht mehr einholen können. Überraschend an solcher Rezeptionsgeschichte des Begriffes erscheint eher, daß sich der kritische Linke Habermas nun in einer Reihe findet mit einer eher staatstragenden politikwissenschaftlichen Denkrichtung, auf die seit Mitte der achtziger Jahre der christdemokratische Bundespräsident Richard von Weizsäcker zurückgreift.³¹

Dies zu registrieren, heißt nicht, in polemischer Absicht dem klassischen Lagerdenken „rechts“/„links“ zu gehorchen und Habermas des Verrats an linken Positionen zu überführen; vielmehr illustriert diese Beobachtung die oben zitierte Feststellung Raulffs zur Auflösung bisheriger politisch-kultureller Frontlinien. Der Blick muß sich auf neue Scheidelinien richten, die neuartige intellektuelle Bündnisse und Gegnerschaften definieren. In diesen Kontext gehören auch das wachsende wissenschaftliche und publizistische Interesse an den substantialistisch argumentierenden Rechtsintellektuellen der Weimarer Zeit wie Carl Schmitt oder Ernst Jünger und analoge Diskurse in Frankreich und Italien. Vor dem aktuellen Hintergrund scheint es kein Zufall, daß ein unter westlichem Einfluß in den fünfziger Jahren entstandenes Konzept und Leitparadigmen von durch die „Reeducation“ der zweiten Nachkriegszeit geprägten liberal-konservativen Kreisen jetzt wie Lackmuspapier unterschiedliche Ansätze zu definieren vermag. In Analogie zur Nachkriegssituation wieder in Absetzung gegen substantialistische, ab einem gewissen Punkt Unhinterfragbarkeit beanspruchende Konzepte älterer deutscher Tradition.

Sein verfassungspatriotisches Verständnis von Nation stützt Rusconi mit historischer Argumentation ab, indem er eine weitere deutsche Geistesgröße

zitiert: Max Weber habe richtigerweise die Genese des Bürgerrechts als allgemeinen Stimmrechtes aus der Dynamik der längerfristigen Bürokratisierungsprozesse innerhalb des modernen Staates hergeleitet, ohne dem je eine ethnationale Zugehörigkeit in antidemokratischer Absicht entgegenzusetzen.³²

Mit dem Begriffspaar „Ethnos“/„Demos“ überwindet Lepsius das lange verwendete Begriffspaar „Volksnation“/„Kulturnation“³³ und ermöglicht es im Sinne von Romeos flexibler, auf historische Subjekte bezogener Nationdefinition, auch für die Frage nach einem europäischen Patriotismus Perspektiven zu entwickeln. Jenseits älterer politischer Rationalitäten gehe es auf europäischer Ebene darum, erst ein rational funktionierendes Regime zu etablieren, wobei ganz neu zwischen unterschiedlichen Rationalitäten vermittelt werden müsse, was bislang lediglich innerhalb der nationalen Rahmen in der Beziehung zwischen Parlament, Parteien, gewerkschaftlicher und verbandlicher Interessenorganisation und öffentlicher Meinungsbildung geschehen sei. Sich diesen Überlegungen anschließend, folgert Rusconi konsequenterweise: „Europa ist keine vergrößerte Nation im traditionellen und konventionellen Sinn und wird es nicht sein – auch wenn wir nicht genau wissen, was es genau sein wird. Die Herausforderung, zur Förderung einer europäischen Integration die Geschichte, eben die Geschichte der Nationen, in europäischer Lesart ‚wiederzuerzählen‘ (rinnarrare) als unausweichliches Modell scheint mir prohibitiv. (...)“³⁴

In einem letzten Absatz thematisiert Rusconi konsequenterweise ein alle europäischen Gesellschaften betreffendes Phänomen, die Immigration von Ausländern aus Gründen der Arbeits- oder/und Asylsuche. Er problematisiert dabei vor allem die deutsche Diskussion um die kulturelle „Integration“ von Einwanderern als Voraussetzung für die Zugehörigkeit bzw. den Erwerb von Staatsbürgerrechten. Er fordert hingegen, den Erwerb von Bürgerrechten, insbesondere von Stimmrechten nicht nur auf lokaler Ebene erheblich zu erleichtern und qua politischer Partizipation Spielräume für unterschiedliche Grade kultureller Integration oder auch Nicht-Integration offenzuhalten: Eine Nation als Demos, die sich verfassungspatriotisch definiere und eine derartige Loyalität von jedem, der ihr angehören wolle, fordere, könne sich eine weitreichende kulturelle Vielfalt leisten, was ggf. bei entsprechenden durch solcherart Partizipation geänderten Gesetzen durchaus auch ein Nebeneinander unterschiedlicher Eheformen wie Einehe und Haremsehe bedeuten könne.

Mit dem Rekurs auf die deutschen Diskussionen zum „Verfassungspatriotismus“ schließt sich Rusconi strukturell und gelegentlich explizit an die Diskussion über die Zivilgesellschaft an, die ja vor allem durch die osteuropäischen Reformstaaten neuen Auftrieb gewann.³⁵

III.

Für eine öffentliche Diskussion über die Tragfähigkeit des Konzeptes „Nation“ sind Rusconis Überlegungen wertvoll. Gerade in einem Land, wo die Entstehung eines Nationalstaates und eines entsprechenden Bewußtseins in der breiten Bevölkerung im europäischen Vergleich verspätet stattfanden, öffnet Rusconi mit seinem Rekurs auf den deutschen Verfassungspatriotismus neue Denkspielräume – durch die Befreiung der öffentlichen Diskussion von historisch aufgeladenen Ersatzdiskursen. Anders formuliert: Die Politik wird gezwungen, das ihrige zu tun, statt unter Rückgriff auf selektierte historische Informationen mittels polemischer Zuordnung von Gegnern und mittels Aufpolieren der eigenen Vergangenheit um parteipolitische Machtpositionen zu kämpfen. Denn im Resistenza-Kapitel nimmt Rusconi dem substantialistischen Begriff von „Nation“ seine emphatische und ideologisch mobilisierungsfähige Kraft: Gerade durch historische Reflexion und dabei unter Einbeziehung der ideologisch so auffälligen revisionistischen „Historisierung“ der Nachkriegsjahre kann er das politisch tragfähige Potential der Resistenza herausdestillieren.

Doch scheint mir Rusconis Prämisse, daß solcherart Verfassungspatriotismus sich in nationalem Rahmen bewegen müsse, nicht von vornherein bewiesen. Bereits die subjektiven Komponenten des oben genannten Nationsbegriffes von Romeo lassen andere, regionale Bezugsrahmen zu³⁶, um einem Kollektiv durch Bezug auf Bürgerrecht und Partizipationsmöglichkeiten politische Identität zu vermitteln. An Max Weber anschließend und sich gegen Eric Hobsbawms Theorien vom reinen und verblendenden Konstruktcharakter von Nationen absetzend, weist Rusconi auch noch darauf hin, daß aufgrund der faktischen Modernisierungsleistungen des Nationalstaates seit dem 19. Jh. dieser Bezugsrahmen in der Lebenswelt der Bürger inzwischen fest verankert sei: von der Währung bis zur Wehrpflicht, von der Schulpflicht bis zum Straßenbau, vom Verwaltungsaufbau bis zum Bezugsrahmen von Verfassungen. Doch genau dieser Rahmen beginnt jetzt infragegestellt zu werden und ist in der Lebenswelt von wachsenden Teilen der Bevölkerung eben nicht mehr unproblematisch. Damit fängt dieser Rahmen nun an, sich selbst letztlich zu historisieren. Die normative Kraft des Faktischen, hier des in den letzten 200 Jahren historisch Gewordenen, muß sich vielmehr erst noch erweisen. Diese Kritik kann nur dazu anregen, Rusconis Idee aufzugreifen, mit mehreren Bezugsebenen für unterschiedliche Formen von Identitätsbildung zwischen lokalem Bezug einerseits und europäischem (sowie globalem) Bezug andererseits zu arbeiten und dort jeweils die Potentiale von „Verfassungspatriotismus“ auszuloten.

Angesichts des politischen Erfolges des Medienunternehmers Berlusconi manifestiert sich auch eine gewisse Abgehobenheit des verfassungspatriotischen Diskurses, insofern Rusconi Argumentationen eines insgesamt doch eher politiktheoretisch geprägten Diskurses aus deutschen Feuilletons nach Italien überträgt. So interessant und argumentativ produktiv dieser Transfer ist, ignoriert er doch einen immer weniger zu vernachlässigenden Faktor: Die Konditionierung solcher Diskurse durch ihr tatsächliches Umfeld, insbesondere durch die Medien als Konstrukteure neuer Wirklichkeiten und Wahrnehmungsweisen bei den Konsumenten. Der früher von Habermas geprägte Begriff „Kolonialisierung der Lebenswelten“ gewinnt hier eine neue Bedeutung. Habermas geht davon aus, daß die transparenten Kommunikationsstrukturen in spätkapitalistischen Gesellschaften die Funktionsbedingungen für totalisierende Ideologien, die aus scheinbar lebensweltlicher Perspektive eine Gesamtdeutung zu geben versprochen und gesellschaftliche Integrationsleistungen vollbringen konnten, außer Kraft gesetzt haben. Als funktionales Äquivalent für diese Ideologiebildung bezeichnet Habermas neue Methoden der Fragmentierung des lebensweltlichen Alltagsbewußtseins, infolgedessen systemische Imperative in die Lebenswelt eindringen. Er formuliert: „(...) die Imperative der verselbständigten Subsysteme dringen, sobald sie ihres ideologischen Schleiers entkleidet sind, von außen in die Lebenswelt – wie Kolonialherren in eine Stammesgesellschaft – ein und erzwingen Assimilation; aber die zerstreuten Perspektiven der heimischen Kultur lassen sich nicht soweit koordinieren, daß das Spiel der Metropolen des Weltmarktes von der Peripherie her durchschaut werden könnte.“³⁷ Wenn Rusconi nun die Erfahrung von „Demokratie ohne Adjektive“ in der Lebenswelt zum entscheidenden Argument erklärt, blendet er die „kolonialistische Komponente“ der Habermasschen Diagnose aus und wird dadurch auf methodischer Ebene blind für die Strukturveränderungen der Lebenswelt, die genau diese Erfahrbarkeit infrage stellt. Dies gilt aufgrund der seit Ende des 19. Jhs. weit entwickelten Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Medien insbesondere in Italien³⁸, die nun durch Wahl und Ernennung Berlusconis zum Ministerpräsidenten einer Koalition unter Einschluß der Neofaschisten eine neue Qualität erreicht hat. – Daher kann ein Plädoyer für einen Verfassungspatriotismus vor allem dann, wenn es Habermas aufgrund von dessen Zeitungsartikeln als „Verfassungspatrioten“ Sternbergerscher Prägung akzentuiert, nicht darauf verzichten, über die sich wandelnden Bedingungen von Demokratie-Erfahrung in der Lebenswelt zu reflektieren. Sonst bleibt der Vorschlag medienanalytisch schwach, in politiktheoretischen Kategorien befangen und deshalb intellektuell abgehoben: Angesichts der genannten politischen und kulturellen

Entwicklungen vernachlässigt er, daß auch der sich „rein demokratisch“ gebende Resistenza-Mythos an öffentlicher Mobilisierungskraft verliert, daß spätestens seit Ende des Kalten Krieges und seit der Aufdeckung des allgemeinen Systems von Korruption unter dem Namen „Tangentopoli“ das in Italien ohnehin schwach ausgeprägte Staatsbewußtsein in der Bevölkerung (und der kommunikativen Lebenswelt) weiter schwand.³⁹ Rusconi bleibt mit dieser Schwäche hinter den Potentialen der Theorie Habermas' zurück, was insofern überrascht, als gerade in Italien Antonio Gramsci den analytischen (und für die dortigen Kommunisten auch strategischen) Begriff der „kulturellen Hegemonie“ entwickelt hatte und damit grundsätzlich auch den Blick auf die Gestalt der Medien, die solcherlei kulturelle Hegemonie etablieren oder aufrechterhalten, öffnete.⁴⁰ Die kulturelle „Tendenzwende“ in der alten Bundesrepublik wie auch hier sog. „riflusso“ in Italien zeigen, daß man auf „rechter“ Seite die Potentiale Gramscis sehr wohl zu nutzen verstand.⁴¹

Rusconis Beitrag ist komparatistisch wertvoll, da er indirekt den Blick auf deutsche Besonderheiten hinsichtlich der Chance verfassungspatriotischer Identitätsangebote lenkt. Konnten in Italien zumindest die nun älteren Generationen sich auf die Resistenza-Erfahrung auch als „Demokratie ohne Adjektive“ als positiven Gründungsmythos der Republik berufen; bietet die deutsche Geschichte keinen solchen Mythos, der sich an die lebensweltliche Erfahrung der Bevölkerung in ganz Deutschland anschließen könnte: Die Befreiung vom Nationalsozialismus war identisch mit der militärischen Niederlage gegen die Anti-Hitler-Koalition, die ersten Demokratie-Erfahrungen danach standen unter der Ägide unterschiedlich stark intervenierender Siegermächte, der gescheiterte Aufstand von 1953 betraf nur die ostdeutsche Bevölkerung – selbiges gilt auch für die Botschaftsbesetzungen und Demonstrationen von 1989, in deren Gefolge am 3. Oktober 1990 die DDR dem Geltungsbereich des westdeutschen Grundgesetzes beitrug. Im Unterschied zu Italien läßt sich der „Verfassungspatriotismus“ also noch weniger mit historischen Ereignissen und gesamtdeutsch nachvollziehbaren Erfahrungen auffüllen. Er muß folglich abstrakter, intellektueller bleiben. Um sich in der Bevölkerung verankern zu können, muß er sich erst recht durch politische und bürgerliche Praxis als plausibel und tragfähig erweisen. Hier hängt einiges von der demokratischen Praxis angesichts der neuartigen Probleme wie Migration, Umstrukturierung der klassischen Arbeitsgesellschaft, Ökologie und außenpolitische Position und Praxis der neuen Bundesrepublik ab.

Historische Argumente sind in Deutschland demnach noch weniger interessant, um ein irgendwie geartetes substantialistisches Verständnis von Nation mit historischen Fakten oder Entwicklungslinien aufzufüllen. Sie können

lediglich Mythen vor allem substantialistischer Art zerstören und die Genese der Vielfalt des „Eigenen“ historisch erklären. Der ethnographische Blick auf das Fremde im Eigenen, welches historisch erklärbar sein kann, öffnet dann neue Möglichkeiten im Umgang mit dem „Anderen“. Damit ist ein historischer Diskurs wiederum beim Komparatistischen angelangt.

Historie kann in diesem Zusammenhang Impulse geben, um an pluralistischen Identitätskonzeptionen zu arbeiten, wie sie in Habermas' m.E. immer noch tragfähigen „Notizen zum Begriff der Rollenkompetenz“ skizziert werden: Habermas verdeutlicht in diesem Schnelldurchlauf durch die Menschheitsgeschichte, wie sich auf den unterschiedlichen Gesellschafts- und Kulturstufen immer flexiblere Konzepte von Ich-Identität entwickelten. In spätindustriellen Gesellschaften verfüge jedes Individuum über unterschiedlich strukturierte Beziehungen zu anderen in verschiedenen Lebensbereichen wie Familie, Beruf, Politik, wodurch das Ich beständig damit beschäftigt sei, alte Identitäten zu überwinden und neue aufzubauen. Dabei entwickle das Ich die für die innere Balance nötige Kontinuität durch die bewußte Integration der in den Lebensbereichen gespielten unterschiedlichen Rollen. Es bestehe ein Nebeneinander von sozialer und personaler Identität. Damit kann das Individuum Gruppen in unterschiedlicher Intensität zugleich zugehören oder nicht zugehören.⁴² In einer ähnlichen Weise wäre zu überlegen, auf welcher der von Rusconi genannten Ebenen kollektive Identitäten substantialistischerer Art mit Bezug auf kulturelle Traditionen und „formalerer“ Art z.B. mit Bezug auf Verfahrensnormen koexistieren können. Hierbei kann Historie ihre komparatistische sowie mythenzerstörende Kraft und ihr Bewußtsein von der situativen Bedingtheit jeglichen Diskurses einbringen.

In der paradox scheinenden Befreiung des Politischen vom Historischen mittels Historie liegt der Wert von Rusconis Impuls aus Italien für festgezurrte deutsche Diskurse.

- 1 Gian Enrico Rusconi, *Se cessiamo di essere una nazione. Tra etnodemocrazie regionali e cittadinanza europea*. Il Mulino, Bologna 1993, 180 S.
- 2 Den Begriff Diskurs verwende ich hier in dem Sinn, daß eine öffentlichen Diskussion oder Debatte durch bestimmte thematische, sprachliche und soziokulturelle Vorgaben mitbedingt wird und sich insofern innerhalb eines bestimmten Spielraumes regelhaft entwickelt. So wird z.B. ein Diskurs über Nation sich in Deutschland aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit und aufgrund noch lebender Täter und Opfer ganz anders entwickeln als in Frankreich oder den USA. Ebenso werden die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe von Ost- und Westdeutschen nach 1945 jeden Diskurs über Kapitalismus und Sozialismus mitkonditionieren.
- 3 Zur historischen Perspektive das dem Thema „Nation – Möglichkeiten und Grenzen eines Konzeptes der Neuzeit“ gewidmete Heft 3 (1993) von „Comparativ“. Hierin zur Problematik des Konzeptes „Nation“ W. Reese-Schäfer, *Thesen zu Nation, Nationalstaat und Universalismus*, S. 72-78. Zur philosophischen Infragestellung jeglichen unifizierenden Konzeptes und zum

- radikalen Akzeptieren von Differenz W. Ernst, Nationalitäten im Widerspruch – Zur Aktualität von Lyotard, ebenda, S. 57-65. – Zur Begriffsgeschichte innerhalb des historisch relevanten Wortfeldes jetzt R. Koselleck, Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: O. Brümmer u.a. (Hgg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141-431, wobei für den Nationalismus seit dem späten 18. Jahrhundert ab S. 283.
- 4 U. Raulff, Auch eine geistige Welt – Rechte Replikanten oder Junge Leute in alten Traditionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 85, 13. April 1994, S. 33.
 - 5 K.-O. Hondrich, Grenzen gegen die Gewalt, in: Die Zeit Nr. 5, 28. Januar 1994, S. 4; D. Oberndörfer, Abschied vom völkischen Wahn, in: Die Zeit, Nr. 6, 4. Februar 1994, S. 6-7.
 - 6 Witzig geschriebene Ausflüge in die Denkfabriken der „Wende“ (in Westdeutschland von 1982) mit Bemerkungen zu konservativen Konsensplanungsversuchen seit den siebziger Jahren bei C. Leggewie, Der Geist steht rechts, Berlin 1987. Zum politischen und kulturellen Hintergrund siehe P. Borowsky, Deutschland 1969-1982, Hannover 1987, S. 35-121; W. Röhrich, Die verspätete Demokratie, Köln 1983, S. 301-323; D. Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M. 1986, S. 202-226; K. D. Bracher, Politik und Zeitgeist, in: ders. u.a. (Hgg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5.1., Stuttgart/Mannheim 1986, S. 336-406; M. Stürmer, Dissonanzen des Fortschritts – Essays über Geschichte und Politik in Deutschland, München 1986 vereinigt repräsentative Beiträge.
 - 7 Gesammelt sind die Beiträge veröffentlicht in „Historikerstreit“ – Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987. Bewußt polemisch und reich an Anmerkungen H.-U. Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? – Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988 und H. Senft, Kein Abschied von Hitler – Ein Blick hinter die Fassaden des „Historikerstreits“, Hamburg 1989. Mit Kommentaren auch aus ausländischer Sicht D. Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? – Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M. 1987; hier auf S. 102-119 aus italienischer Sicht G. E. Rasconi, Eine Selbstrechtfertigung; E. Nolte, Das Vergehen der Vergangenheit – Antworten an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, Berlin-Frankfurt a.M. 1987.
 - 8 J. Habermas, Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik – Wir sind wieder „normal“ geworden, in: Die Zeit Nr. 51, 11. Dezember 1992, S. 48.
 - 9 Mit neokorporatistischem Konsens ist konkret das v.a. in Westeuropa in der Mitte unseres Jahrhunderts ausgeprägte Sozialstaatsmodell gemeint, in dem ein klassenübergreifender Konsens die vorgängigen Klassenkämpfe in einem als mehr oder minder soziale Marktwirtschaft zu bezeichnenden politischen und sozialen Kompromiß in industriegesellschaftlichem Rahmen auffängt. In der Terminologie folge ich V. Bormschie, Westliche Gesellschaft im Wandel, Frankfurt a.M./New York 1988, bes. S. 122-137. Unter dem Blickwinkel der Differenzierung von System und Lebenswelt eine kurze Charakteristik es keynesianistischen Reformismus nach 1945 in J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1981, S. 512-513.
 - 10 Abgedruckt als „Italienische Ausschweifungen“ in H.-M. Enzensberger, Ach Europa, Frankfurt a.M. 1987, S. 51-117. – An der Plausibilität dieser Prognose ändert es nichts, daß nun E. Nolte die Regierungsbeteiligung der Neofaschisten in Italien charakterisiert als „Italien ist Avantgarde“ und die Rechtsweinde als legitim und wünschenswert bezeichnet. Siehe sein Interview in „Die Woche“, Nr. 21, 19. Mai 1994, S. 34.
 - 11 Aktuelle Diagnosen siehe J. Altwegg, Sanfter Totalitarismus – Völker, seht die Einschaltquoten: Paris ist von Rom gebannt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 92, 21. April 1994, S. 33; Interview mit dem französischen Zeit-Philosophen Paul Virilio in: Die Zeit, Nr. 16, 15. April 1994, S. 53-54; Tahar Ben Jelloun, Wichtiger als das Denken ist die Präsenz – Staatsstreik der Medien: Das System Berlusconi entdeckt für die Politik der italienischen Rechten das Showgeschäft, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 115, 19. Mai 1994, S. 8.

„Verfassungspatriotismus“ aus italienischer Perspektive

- 12 Den Begriff „Lebenswelt“ verwende ich hier nicht im Sinne bestimmter philosophischer Richtungen, sondern gemäß den Konnotationen des Alltagssprachlichen Gebrauches dieses Wortes, der sich auch in der soziokulturellen Fassung dieses Begriffes bei J. Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt a.M., 1981, Bd. 1, S. 107 und Bd. 2, S. 182-228, widerspiegelt. „Lebenswelt“ meint hier den jeweiligen soziokulturellen Erfahrungsraum, in dem sich zunächst jeder Mensch bewegt, in dem sich in den Sphären Politik und Wirtschaftsleben getroffene Entscheidungen und dort ablaufende Entwicklungen in spezifisch gebrochener Weise niederschlagen und entsprechend wahrgenommen werden. Habermas konzipiert diese „Lebenswelt“ (unter Aufgabe der bewußtseinsphilosophischen Grundbegriffe Husserls) als etwas, was durch den jeweiligen kulturell überlieferten und sprachlich organisierten Vorrat an Deutungsmustern repräsentiert wird; er identifiziert sie aber explizit nicht mit „Gesellschaft“, sondern diagnostiziert in den okzidental neuzeitlichen Modernisierungsprozessen eine in ihren Folgen pathologische Entkoppelung von System (kapitalistische Wirtschaft mitsamt den sich daraus ergebenden politischen und gesellschaftlichen Strukturen) und Lebenswelt. Siehe Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 1, S. 178f., Bd. 2, S. 230-233.
- 13 Die Etappe markierte der erste Band seiner noch nicht abgeschlossenen Mussolini-Biographie. R. De Felice, *Mussolini – Il rivoluzionario*, Torino 1965.
- 14 Siehe R. De Felice, *Der Faschismus – Ein Interview*, dt. Stuttgart 1977, erweitert von J. Petersen um eine Skizze zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion über Faschismus und Antifaschismus nach dem Zweiten Weltkrieg. G. Amendola, *Der Antifaschismus in Italien – Ein Interview*, dt. Stuttgart 1977. Überblick mit vielen Beobachtungen über die Wandlungen des italienischen Nationalbewußtseins nach dem Zweiten Weltkrieg von J. Petersen. Wandlungen des italienischen Nationalbewußtseins nach 1945, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken*, Jg. 71 (1991), S. 699-748. Zur Resistenza, insbesondere zu ihrer faktischen und ideologischen Bedeutung als „italienische Selbstbefreiung vom Faschismus“ und „Zweites Risorgimento“, S. 709-711.
- 15 J. Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns* (Anm. 12), Bd. 1, S. 107-108.
- 16 G. E. Rusconi, cit., S. 91.
- 17 Vgl. E. Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945 – Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Frankfurt a.M.-Berlin 1987.
- 18 Rusconi, S. 104.
- 19 Ebenda, S. 112.
- 20 Zitiert ebenda, S. 114; Rosario Romeo, *Italia mille anni*, Firenze 1981, S. 210.
- 21 Vgl. S. 138-139. Zitiert man den Satz Renaus vollständig („L'existence d'une nation est [pardonnez-moi cette métaphore] un plébiscite de tous les jours, comme l'existence de l'individu est une affirmation perpétuelle de vie“), wird neben dem vertragstheoretischen Moment auch deutlich, daß hier auch konkrete Erfahrbarkeit des Nationalgeistes mitgedacht wird.
- 22 Rusconi kritisiert m.E. zu Recht, daß Habermas in seiner Konzeption die „Lebenswelt“ nicht hinreichend absichere gegen rein ethnodemokratisch strukturierte Diskurse. Rusconi, S. 127f.
- 23 Ebenda, S. 135-137. Lepsius aktualisiert ältere, seinerzeit nicht weitergeführte Überlegungen von Emerson Francis: M. R. Lepsius, „Ethnos“ oder „Demos“, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 247-255, ursprüngl. in: *Kölner Zs. f. Soziol. u. Sozialpsychol.*, Jg. 38 (1986), S. 751-759. Zur Typisierung der verschiedenen Vorstellungen, in denen Nation als „gedachte Ordnung“ auftritt, und deren Wechselbeziehung: ders., *Nation und Nationalismus in Deutschland*, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, S. 232-246, ursprüngl. in: H.-A. Winkler (Hrsg.), *Nationalismus in der Welt von heute*, Göttingen 1982, S. 12-27.
- 24 Siehe Rusconi, S. 136-137; Lepsius, „Ethnos“ oder „Demos“ (Anm. 23), S. 251-252.
- 25 In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. September 1959, abgedruckt in: D. Sternberger,

- Verfassungspatriotismus (Schriften Bd. 10), Frankfurt a.M. 1990, S. 11-12.
- 26 D. Sternberger, Verfassungspatriotismus, in: ders., Verfassungspatriotismus, S. 13-15 (ursprünglich in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Mai 1979, S. 1).
 - 27 Ders., Verfassungspatriotismus – Rede bei der 25-Jahr-Feier der ‚Akademie für Politische Bildung‘ (1982), in: ders., Verfassungspatriotismus, S. 21, S. 30.
 - 28 J. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung – Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: *Die Zeit*, Nr. 29, 11. Juli 1986, S. 40.
 - 29 Ders., Der DM-Nationalismus – Weshalb es richtig ist, die deutsche Einheit nach Artikel 146 zu vollziehen, also einen Volksentscheid über eine neue Verfassung anzustreben, in: *Die Zeit*, Nr. 14, 30. März 1990, S. 62-63.
 - 30 Ders., Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik. Wir sind wieder „normal“ geworden, in: *Die Zeit*, Nr. 51, 11. Dezember 1992, S. 48.
 - 31 Siehe Weizsäckers Vorwort in D. Sternberger, Verfassungspatriotismus, Frankfurt a.M. 1990, S. 7, und R. v. Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt a.M. 1992, S. 80-84. – Von dem verdächtig einhelligen positiven Echo auf Weizsäckers Position, insbesondere in dessen Rede zum 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der Kapitulation, weicht kritisch ab H. Senfft, Kein Abschied von Hitler (anm. 7), worin der „Verfassungspatriotismus“ in Verbindung mit Broszats und auch Weizsäckers Forderung nach einer „Historisierung“ des NS als ein Beitrag zu einer subtileren Form von Verdrängung kritisiert wird.
 - 32 S. 145-146. Zu Weber siehe S. 165, Anm. 44.
 - 33 S. 136-137.
 - 34 S. 162.
 - 35 Siehe hierzu S. Meuschel, Zivilgesellschaft im Postsozialismus?, in: *Comparativ* 3 (1993) H. 4, S. 49-79.
 - 36 Das gilt insbesondere in Italien, wo sich auf die eigene Region und insbesondere die eigene Heimatstadt bezogene Identität noch wesentlich stärker behaupten kann als in Deutschland. Siehe den Hinweis von J. Petersen, Wandlungen des italienischen Nationalbewusstseins (Anm. 14), S. 730-731.
 - 37 J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns (Anm. 12), Bd. 2, S. 520-522, Zitat S. 522.
 - 38 Diese Entwicklung wird deutlich herausgearbeitet von D. Forgacs, *Italian Culture in the Industrial Era 1880-1980*, Manchester/New York 1990 und in der erweiterten italienischen Übersetzung: *L'industrializzazione della cultura italiana 1880-1990*, Bologna 1992.
 - 39 Auch hier der Überblick von J. Petersen, Wandlungen des italienischen Nationalbewusstseins (Anm. 14), S. 723-742; kurz auch ders., Die schönsten Jahre sind dahin – Italien nimmt Abschied von der Heldenzeit und geht schweren Tagen entgegen: Nachruf auf den Widerstandsmythos, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 95, 25. April 1994, S. 37.
 - 40 A. Gramsci, *Quaderni del carcere*, Torino 1975, Bd. 3, S. 2010-2011; dt. A. Gramsci, *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Ausgewählte Schriften, Leipzig ²1986, S. 277-279.
 - 41 Vgl. z.B. den Hinweis auf Gramsci bei dem einstigen Sekretär Ernst Jünger: A. Mohler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932 – Ein Handbuch*, Darmstadt 1989, Bd. 1.
 - 42 J. Habermas, *Notizen zum Begriff der Rollenkompetenz* (1972), abgedr. in: ders., *Kultur und Kritik – Verstreute Aufsätze*, Frankfurt a.M. 1973, S. 195-231, hier bes. S. 224-231.

Zum Problem des Literaten als Historiker. Stefan Heyms Beitrag zur Geschichte des 17. Juni

Im Frühsommer 1993 jährte sich zum vierzigsten Male der Aufstand vom 17. Juni 1953.¹ Diesem Jahrestag wurde in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit geschenkt. Auch die Medien Funk und Fernsehen widmeten sich neben der Presse² dem Thema. Ihre Beiträge konnten auf die wissenschaftliche Forschung der vergangenen Jahre zurückgreifen, die seit der Wende in der DDR neue Impulse bekommen hat.

Zwei Tendenzen können festgestellt werden. Zum einen scheinen die Ereignisse von 1989 nahezulegen, eine Linie von 1953 bis dorthin zu ziehen, um dem 17. Juni einen späten Erfolg zu attestieren. Das hat zumeist zur Folge, daß die Geschichte der DDR auf einen „Countdown“ reduziert wird.³ Zum anderen ermöglichte der Fall des SED-Regimes, auf neue Quellengruppen zurückzugreifen. Die neuen Quellenpublikationen gewähren jedoch in erster Linie Einblick in die Politik der Staatsführung.⁴ Auch die Darstellungen, die auf neu zugänglichem Quellenmaterial basieren, stützen sich auf Dokumente der Kasernierten Volkspolizei⁵, der Staatssicherheit⁶ oder anderer staatlicher Institutionen⁷. Wer eine Darstellung sucht, die einen anderen Blickwinkel als den der alten Institutionen wählt, ist auf das Buch von Manfred Hagen angewiesen, der viele Augenzeugenberichte verwendet.⁸

Der vorliegende Aufsatz will angesichts der vorherrschenden Konzentration auf den Staat und der von ihm produzierten Quellen Möglichkeiten alternativer Darstellung betrachten. Dabei stehen keine lange geheimgehaltenen Akten im Mittelpunkt, sondern Material, das jederzeit und in fast beliebiger Quantität erreichbar ist: die DDR-Literatur. Theoretisch wird deren Aussagewert für die DDR-Geschichte zwar nicht selten hervorgehoben,⁹ in der Praxis aber nur wenig beachtet – in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum 17. Juni findet die umfangreiche literarische Produktion aus DDR-Federn zu diesem Thema¹⁰ so gut wie keine Erwähnung.

Das Ergebnis der wohl intensivsten literarischen Beschäftigung mit dem Juni 1953 aus der DDR ist Stefan Heyms Roman „5 Tage im Juni“.¹¹ Er steht im Mittelpunkt dieses Beitrages. Dabei sollen zwei Dimensionen möglicher Aussagen aufgezeigt werden. Zum einen ist dieses Buch ein Dokument zur

Geschichte der DDR-Schriftsteller und ihrer Reaktion auf die Ereignisse des 17. Juni. Die darin geäußerten politischen Forderungen ebenso wie das Verhältnis des Autors zum SED-Staat waren Entstehungsgründe der „5 Tage“ und damit konstitutiv für seine Gestalt. Die Entstehungsbedingungen gilt es zu erkennen und zu beachten; sie sind auch bereits häufig Thema wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen.¹²

Da der Roman die Tage um den 17. Juni minutiös beschreibt, erscheint vor allem die Frage berechtigt, ob er nicht auch Aussagen über den historischen Juniaufstand selbst liefern kann. Nicht im Sinne einer Primärquelle, da er zu sehr das Produkt späterer Jahre ist, sondern im Sinne einer Analyse des Juniaufstandes als historisches Ereignis soll er gelesen werden. Auch wenn er wissenschaftlichen Standards bei weitem nicht entspricht und von politischem Interesse getragen wird, so die These, kann er der historischen Forschung wertvolle Impulse geben.

Im Sinne einer Quellenkritik sollen zunächst die Entstehungsbedingungen der „5 Tage“ betrachtet werden. Anschließend wird der Versuch unternommen, die dem Roman zugrundeliegende Heymsche Analyse des Aufstandes vom 17. Juni 1953 zu rekonstruieren.

Die Auseinandersetzung Stefan Heyms mit dem 17. Juni sollte vor dem Hintergrund des offiziellen Umgangs der DDR mit dem Aufstand betrachtet werden. Die Darstellungen von Ursachen und Verlauf des Juni-Aufstands in Presse, Parteipropaganda und Geschichtswissenschaft deckten sich;¹³ das Grundmuster der Interpretation war schon am Nachmittag des 17. Juni festgelegt worden¹⁴ und veränderte sich später nur in Nuancen.

Kern dieser Interpretation war die Behauptung, daß die Juni-Ereignisse ihren wahren Grund nicht in den Zuständen in der DDR, sondern im Wirken des Westens hätten. In entscheidenden Abhandlungen wird daher den Vorbereitungen des 17. Juni im Westen als „Tag X“ breiter Raum eingeräumt.¹⁵ Von langer Hand sei ein Sturz des DDR-Regimes geplant gewesen. Schließlich seien Agenten und Provokateure westlicher Provenienz in die DDR geschickt worden, um ein faschistisches Regime zu errichten bzw. einen Weltkrieg auszulösen. Ebenso wurde betont, daß der RIAS zur Aufhetzung der Bevölkerung beigetragen habe.

Krisenerscheinungen im Jahre 1953 konnten nicht gänzlich geleugnet werden. Dennoch sollten die inneren Verhältnisse der DDR nicht direkt zu den Ursachen der Juni-Krise gezählt werden. Erfolgreiche Überwindung der Krise durch die Verkündung des „Neuen Kurses“ seitens der DDR-Führung im Frühsommer 1953 sei vielmehr der Grund für das Eingreifen des Westens

Stefan Heyms Beitrag zur Geschichte des 17. Juni

gewesen, der die endgültige Konsolidierung der DDR befürchtet hätte. Insgesamt wurde der Darstellung des 17. Juni als Teil der Geschichte der DDR nur geringer Raum eingeräumt und eine eingehende Analyse durch DDR-Historiker niemals vorgenommen.¹⁶

Die Bedeutung eines Romans wie „5 Tage im Juni“ ist nur zu verstehen, wenn man ihn in die Literaturlandschaft der DDR eingebettet betrachtet. Die DDR-Literatur verdankte ihre besondere Stellung der Einheitlichkeit in Presse und Historiographie. Sie hatte in diesem System die Funktion einer „Ersatz-öffentlichkeit“,¹⁷ da es ihr als faktisch einzigem Medium möglich war, abweichende Interpretationen zu formulieren. Dies geschah entweder offen oder zwischen den Zeilen.

Die Staatsführung versuchte daher, den Literaturbetrieb einerseits mit Druck, andererseits durch Förderung zu beeinflussen.¹⁸ Diese Situation gab ihm wesentlich das Gepräge. Zensur bestimmte somit deutlich das Milieu einer Literatur, die eine auf anderen Gebieten so nicht mögliche kritische und differenzierte Öffentlichkeit schuf. Dabei war pure Information über tabuisierte Themen nicht selten bereits eine wichtige Leistung – eine Leistung, die gerade nach den Tagen des Juni 1953 von Schriftstellern für den Bereich der Presse eingefordert wurde.¹⁹ Allerdings mußte nicht wie bei Stefan Heym immer die „große Politik“ im Mittelpunkt literarischer Öffentlichkeit stehen. Vielmehr erfüllte Literatur auch die Funktion von „Alltagskritik“ und gab „praktische Lebenshilfe“. ²⁰ Als eine Art Monopolisten der kritischen Meinung hatten die Schriftsteller eine hohe Reputation und großen Einfluß auf ihre Leser.

Stefan Heym gehörte erst seit 1952 zu diesem Literaturbetrieb. Nach jahrzehntelangem Exilaufenthalt in den USA, wo er sogar die Staatsbürgerschaft erlangt hatte, war er in die DDR übersiedelt. Im Amerika der McCarthy-Ära hatte er wegen seiner politischen Haltung zunehmend unter Druck gestanden. Der 17. Juni liegt somit ganz am Anfang seiner DDR-Zeit und prägte sein Verhältnis zu diesem Staat, mit dessen Mängeln er sich bei grundsätzlicher Loyalität stets kritisch auseinandersetzte.²¹

Um das von Heym mit seinem Roman verfolgte Interesse zu bestimmen, ist es unerlässlich, sich mit seiner Literaturtheorie zu beschäftigen, zumal sie stark von den Erfahrungen des 17. Juni beeinflusst ist. Insbesondere diese Theorie erlaubt es, „5 Tage im Juni“ als Geschichtsbuch zu lesen.

Eine wichtige Aufgabe der Literatur ist in Heyms Augen die Erziehung.²² Er strebt mithin die Vermittlung bestimmter Werte an. Dabei liegt die Aufgabe der Literatur weniger im Moralischen als im Politischen. Den 17. Juni empfindet Heym *auch* als Folge des Versagens der Literatur.²³

Ihre Aufgabe erfüllt die Literatur im Gewand des „sozialistischen Realismus“ – so, wie Heym ihn versteht. Er setzt sich dabei bewußt von der offiziellen Lesart dieses Stils ab.²⁴ Die Motivation hierfür darf in den Erfahrungen des 17. Juni selbst gesehen werden: Heyms Kritik an der üblichen Form des sozialistischen Realismus ist zunächst taktischer Art. Er wirft ihm vor, eben nicht realistisch zu sein. Nicht die Konflikte der Wirklichkeit, sondern höchstens Kämpfe zwischen dem „Guten und dem Besten“²⁵ würden gezeigt – also eine Scheinwelt, die in Heyms Augen zum Verlust des Vertrauens der Leser in die Autoren führt. Heym betont, daß er in allen seinen Romanen von Ereignissen ausgeht, die wirklich stattgefunden haben.²⁶

Gegen die „traktätchenhafte Vorbildliteratur“, die ihre Botschaft allzu offensichtlich und platt vermittelte und in Formeln erstarrte,²⁷ setzt Heym zweierlei. Zum einen möchte er den Leser durch eine spannende Handlung fesseln.²⁸ Zum andern soll der Leser ernst genommen werden. Daher soll er sich selbst mit den Problemen der Realität auseinandersetzen. Voraussetzung ist eine ungeschönte Darstellung der Probleme, in unserer Fülle der historischen Ereignisse im den 17. Juni. Eine mögliche Konfliktlösung aus Sicht des Autors soll dem Leser zwar nicht aufgezwungen, aber angeboten werden. Dem entspricht die Forderung Heyms, die Menschen müßten psychologisch für den Sozialismus *gewonnen* werden.²⁹ Heym möchte dies erreichen, indem er seine Protagonisten so gestaltet, daß der Leser sich mit ihnen und ihrer Haltung identifiziert.³⁰ Daraus kann im Fall der „5 Tage im Juni“ mit Recht gefolgert werden, daß der Gewerkschaftsfunktionär Witte gleichsam Sprachrohr der Ansichten Heyms ist.³¹

Vergleicht man seine Literaturtheorie mit der Funktion von Literatur in der DDR, so wird ersichtlich, daß Heym sich dieser offenbar bewußt war. Präsentation der Wirklichkeit, verbunden mit Interpretation und Kritik, das ist bei aller grundsätzlichen Loyalität Heyms zum System exakt die Stellung der DDR-Schriftstellerei.

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem historischen Aussagewert des Romans ist von großer Bedeutung, daß die Heymsche Literaturtheorie den Roman ausschließlich als Medium der Vermittlung einer politischen Botschaft begreift;³² für sich selbst spielt die literarische Dimension eines Romans bei Heym keine Rolle.

Auch die Anlage des Romans „5 Tage im Juni“ läßt unschwer erkennen, daß Heym die geschichtliche Realität möglichst objektiv schildern möchte. Der Autor fügt an mehreren Stellen historische Dokumente in den Text ein, darunter mehrere westlicher Herkunft. Außerdem lehnen sich viele der im Roman geschilderten Szenen eng an tatsächliche Ereignisse aus den Juhitagen

an. Als Beispiel mag die Protestversammlung vor dem Haus der Ministerien am 16. Juni 1953 dienen, die Heym aus der Sicht seines Protagonisten beschreibt und zusätzlich mit der Schilderung des Beteiligten und damaligen Ministers für Bergbau, Fritz Selbmann, untermauert.³³ Diese Montagetechnik garantiert einen engen Bezug zur historischen Realität und zeigt, wie sehr Heym an Authentizität gelegen ist. Auch die Struktur des gesamten Textes spiegelt diese Bemühungen wider: Jede Szene ist mit der jeweiligen Zeit- und Datumsangabe versehen, was an die Genauigkeit eines Protokolls erinnert.

Tatsächlich liegen dem Roman umfangreiche Vorarbeiten zugrunde: Reinhard Zachau spricht von 3000 Seiten.³⁴ Bereits in den Tagen nach dem 17. Juni 1953 begann Heym nach eigenen Angaben mit den Recherchen, die hauptsächlich aus Interviews mit Betroffenen bestehen – mit Arbeitern, aber auch Intellektuellen und Personen aus der Staatsführung.³⁵

Die Materialsammlung galt zunächst der nach Heyms Arbeitsweise in Englisch gehaltenen Urfassung des Buches unter dem Titel „A Day Marked X“ (Der Tag X),³⁶ die 1959 bereits abgeschlossen war.³⁷ Was die Handlung betrifft, entspricht „Der Tag X“ der Endfassung weitgehend. Der größte Unterschied beider Fassungen liegt wohl in der Beurteilung der Rolle westlicher Geheimdienste, denen im „Tag X“ mehr Einfluß auf die Geschehnisse und aggressiveres Verhalten attestiert wird, wie der Titel bereits vermuten läßt.³⁸ Das erste Manuskript gelangte nicht zur Veröffentlichung, nachdem es von Erich Honecker während einer ZK-Tagung 1965 scharf kritisiert worden war.³⁹ 1971 unternahm Heym einen weiteren Versuch mit der überarbeiteten Fassung, die vom Verlag „Neues Leben“ 1974 endgültig abgelehnt wurde.⁴⁰ Darauf erschien das Werk unter dem Titel „5 Tage im Juni“ im selben Jahr in Westdeutschland. Erst 1989 konnte es in der DDR publiziert werden.⁴¹

Wie viele Intellektuelle wurde auch Stefan Heym von den Juni-Ereignissen stark bewegt. Unmittelbar nach dem Aufstand engagierte er sich vor allem publizistisch, und zwar mit seiner wöchentlichen Kolumne „Offen gesagt“ in der „Berliner Zeitung“, die offenbar überaus beliebt war,⁴² und in der „Täglichen Rundschau“⁴³. Schon in dieser ersten Phase stand die Frage nach den Ursachen und damit Kritik an den Zuständen in der DDR im Vordergrund.

Trotz aller von ihm angeprangerten Mißstände setzte er sich stets für den Aufbau des Sozialismus und die Existenzsicherung der DDR ein.⁴⁴ Auch zur Partei sah er keine Alternative.⁴⁵ Allerdings muß festgehalten werden, daß Heyms Beurteilung des DDR-Sozialismus sich veränderte und immer kritischer wurde. 1956 bestritt Heym noch die Existenz einer Zensur in der DDR, gegen die er spätestens ab 1966 zu Felde zog.⁴⁶ Ebenso erklärte sich Heym 1953 noch einverstanden mit der „großen Linie“ der Partei.⁴⁷ In seinem Roman

„Schwarzenberg“ von 1984 dagegen wird deutlich, daß der real existierende Sozialismus für ihn nicht mehr viel zu tun hat mit der ursprünglichen Sozialismusidee.⁴⁸ In dem Buch „Nachruf“ ist die Kritik schließlich noch schärfer, wenn Heym erklärt, in der DDR seien die Menschen ihrer Arbeit entfremdet als im Kapitalismus.⁴⁹

Dennoch soll betont werden, daß Heym den 17. Juni als Gefahr für den Sozialismus begriff und Streiks sowie Protestkundgebungen ablehnte. In den Tagen unmittelbar nach dem 17. Juni vertrat Heym die Ansicht, ein Erfolg des Aufstandes hätte zur Herrschaft der Bourgeoisie oder zum Krieg mit den USA geführt.⁵⁰ Auch wenn diese Extremposition, die der offiziellen Interpretation entspricht, bald von ihm aufgegeben wurde, finden sich in „5 Tage im Juni“ Schilderungen von Gewaltakten, die die teilweise berechtigten Forderungen der Protestierenden diskreditieren.⁵¹

Heyms Protagonist, der Gewerkschafter Witte, befindet sich somit in einer Interessenskollision. Eigentlich hält er die sozialen Forderungen der Arbeiter für berechtigt. Im Moment des Aufstandes aber niff er in seinem Betrieb Maßnahmen gegen die protestierenden Arbeiter. „Im Kapitalismus [...] gefährdet der Streik ein paar Unternehmerprofite; bei uns gefährdet er den Staat.“⁵² Trotz aller Fehler ist der Aufbau des Sozialismus zu verteidigen, da er einer historischen Notwendigkeit entspricht. Allerdings klingt auch Unsicherheit an, wenn es beschwörend heißt: „Es muß doch einen Sinn geben in der Weltgeschichte. Oder sollen wir zurückkehren zum Glauben an den lieben Gott?“⁵³

Das große Rätsel des 17. Juni war für Heym die Frage, warum angerechnet im Sozialismus zum ersten Mal eine größere Erhebung der deutschen Arbeiterschaft stattfand, die unter dem Kaiser, in der Republik und selbst unter Hitler „geduldig und fleißig“ gearbeitet hatte, wie es der Arbeiter Kallmann in den „5 Tagen“ immer wieder betont.⁵⁴ Um dieses Problem kreist Heyms Auseinandersetzung mit dem Juniaufstand. Die Ereignisse an sich interessieren Heym folgerichtig weniger denn grundlegende Konflikte in der DDR-Gesellschaft. Das Erscheinungsjahr des Romans (1974) läßt erkennen, daß der Autor von der bleibenden Aktualität der Konflikte überzeugt war. Heym legt einen Schnitt durch die gesellschaftlichen Schichten des Staates und zeigt die Ereignisse aus der Perspektive verschiedener Personengruppen anhand idealtypischer Figuren.

Trotz des Bemühens um Realismus ist die Handlung des Romans insgesamt fiktional. Die Erlebnisse mehrerer Personen in den Tagen der Junikrise werden geschildert. Hauptaugenmerk liegt auf den Geschehnissen im Berliner „VEB Merkur“, die von anwachsendem Unmut der Belegschaft als Reaktion auf die Normenerhöhung geprägt sind. Die Konflikte eskalieren bis hin zum

Streik und einem Demonstrationzug der Arbeiter in die Innenstadt. Es werden Auseinandersetzungen innerhalb der Belegschaft, der Belegschaft mit der Betriebsleitung, innerhalb der Partei- und Gewerkschaftsleitung und auch von Parteimitgliedern mit der Parteispitze geschildert.

Die markantesten Figuren sind der zur Mäßigung mahnende, aber im Streikfall die Ordnung und den Sozialismus konsequent verteidigende Betriebsgewerkschaftssekretär Martin Witte, der die Parteilinie bürokratisch vertretende, aber in Krisensituationen versagende Betriebspartei sekretär Bangartz und der Arbeiter August Kallmann, der die inneren Konflikte der Arbeiterschaft in sich austrägt und sich zur Führung der Proteste drängen läßt. Außerdem werden bürgerliche Personen gezeigt (die Witwe Hofer sowie ihr im Westen zum Kriminellen gewordener Sohn Heinz Hofer), vom Westen unterstützte Provokateure (Fred Gadebusch), hohe Parteifunktionäre (Dreesen und Pettenkofer), sowjetische Offiziere (Solowjow und Bjelin) und verschiedene Arbeiter.

Entgegen der offiziellen Interpretation spielen westliche Agenten und *Provokateure* in Heyms Schilderung keine zentrale Rolle. Dazu erklärte Heym bereits vier Tage nach der Krise, daß mit Agenten zwar der Anlaß für die Proteste zu erklären sei, die Ursachen aber lägen in der DDR selbst begründet;⁵⁵ seinen Protagonisten läßt Heym sagen: „Das Schlimmste wäre, für das eigne Versagen den Feind verantwortlich machen zu wollen. Wie mächtig wird dadurch der Feind!“⁵⁶

Die Rolle der Provokateure in „5 Tage im Juni“ besteht zum einen darin, während der Demonstrationen Gewalttätigkeiten zu provozieren.⁵⁷ Innerhalb des Betriebs Merkur spielt der Arbeiter Fred Gadebusch insofern eine wichtige Rolle, als er Kallmann zum Streikführer „aufbaut“ und ihn in Kontakt mit dem Westberliner Ostbüro der SPD bringt. Diese Figur zeigt, daß Heym das Aufkommen *politischer* Forderungen auf die Anstiftung durch westliche Agenten zurückführt. Die politische Seite der Proteste hat in Heyms Augen einen faschistoiden Charakter, erinnert Witte die Atmosphäre am 16. Juni vor dem Haus der Ministerien doch an die Kundgebungen am Abend der nationalsozialistischen „Mächtergreifung“.⁵⁸

Davon abgesehen sucht der Autor die Gründe in anderen Personengruppen. Hier verdient die Darstellung von *Personen bürgerlicher Herkunft* Aufmerksamkeit. Die Vermieterin Wittes, Witwe Hofer, vertritt das *traditionelle* Bürgertum, welches alten Zeiten nachtrauert. Diese Schicht ist noch immer stark faschistisch orientiert; dies zeigt die wehmütige Erinnerung der Hofer an die Kristallnacht als „Feiertag“.⁵⁹ Am Rande gibt Heym eine interessante Erklärung für die Attraktivität des Nationalsozialismus. Er habe

selbst den kleinen, armseligen Leuten das Gefühl gegeben, etwas besonderes zu sein,⁶⁰ ein Ziel, das der Sozialismus offenbar noch nicht eingelöst hatte.

Der *neue* bürgerliche Typus ist in der Person von Hofers Sohn Heinz inkarniert. Schon einige Zeit im Westen lebend, wird er als glitzernd, aber substanzlos⁶¹ und vor allem als Menschenverächter geschildert, der auch bei mitmenschlichen Beziehungen in Kategorien des Geschäftemachens denkt.⁶² Dem entspricht das verbreitete DDR-Bild vom „kalten“ Westen im Kontrast zur „gemütlichen“ DDR. Das Bürgertum wird allerdings nicht als handelnd, sondern haßerfüllt abwartend geschildert. Eine geschichtliche Kraft ist es trotz Krise, so will der sozialistische Autor damit vermutlich zeigen, nicht mehr.

Die wohl differenzierteste Darstellung Heyms gilt der *Arbeiterklasse*. Ihre Lage und ihr Verhältnis zu Staat und Partei sind in den Augen des Autors sowohl die Ursachen des Aufstandes im Juni 1953 als auch der Herd der wichtigsten Konflikte im System der DDR. Diese Probleme, so unterstreicht Heyman an anderer Stelle, gleichen nicht mehr den alten Klassenkonfrontationen, sondern sind „*neue* Konflikte –, über die bei den Klassikern des Marxismus nichts steht“.⁶³

Heym macht deutlich, daß das Verhalten der Arbeiter im Juni 1953 einerseits auf Dispositionen grundlegender Art, andererseits auf konkret begründeten Eskalationen beruhe.

Der Roman zeigt eine vom Krieg schwer gezeichnete Gesellschaft, augenfällig in dem grausam entstellten Gesicht des Arbeiters Dronke oder der Debität von Kallmanns Sohn.⁶⁴ Auch innerhalb der Arbeiterklasse spielen nach Heyms Einschätzung die Spätfolgen des Faschismus eine große Rolle, etwa in Gestalt des Arbeiters Csisek, der während des Krieges der Stadtkommandantur im ukrainischen Rowno angehörte.⁶⁵ Noch in seiner Autobiographie zitiert Heym einen Bekannten, der die These vertritt, daß die Arbeiterklasse nach 1945 einem tiefgreifenden Wandel unterlegen habe. Sie sei mit Absteigern aus anderen, entprivilegierten Schichten durchmischt worden und damit ihrer Traditionen verlustig gegangen.⁶⁶

Jedoch beschränkt sich Heym nicht auf diesen Erklärungsansatz. Auch bei den alten, eigentlich klassenbewußten Arbeitern ist ein Bewußtseinsdefizit festzustellen. In einer Schlüsselszene wird deutlich, daß der typische Arbeiter Kallmann nicht recht mit der Tatsache umzugehen weiß, daß die Produktionsmittel nun ihm gehören. Heym weist darauf hin, daß sie den deutschen Arbeitern von den Sowjets übergeben worden waren, mithin eine echte Revolution nicht stattgefunden hatte. Der deutsche Arbeiter wurde nicht gefragt, mußte sich aber dennoch dem Sozialismus sowjetischer Prägung unterwerfen, ihm „Herz und die Eingeweide verschreiben“, wie Kallmann es

empfindet.⁶⁷ Resümierend kann festgehalten werden, daßes für Heym keineswegs sicher ist, ob die Arbeiter den Sozialismus wirklich wollen, selbst wenn Kallmann das stets betont.⁶⁸ Auch Witte läßt er andeuten, die von den Sowjets durchgeführte Revolution sei vielleicht zu früh gekommen.⁶⁹

Heym behandelt aber auch die gravierenden Belastungen der Arbeiterschaft im DDR-System im Vorfeld des Juni. Streikauslösender Faktor ist die Erhöhung der Arbeitsnormen, die effektiv einer Gehaltssenkung gleichkommt. Im Zusammenhang mit den von der politischen Führung vorgenommenen Erleichterungen für andere Schichten entstehen so neue Konfliktlinien: zwischen Arbeiterpartei und Arbeiterschaft. Nicht ganz unbegründet ist laut Heym der Eindruck, der bei Kallmann und seinen Kollegen entsteht: „Wir Arbeiter sind immer die Ausgebeuteten [...] das wird wohl auch so bleiben, Kapitalismus oder Kommunismus.“⁷⁰ Dies verdeutlicht schlagwortartig die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Arbeiterstaates, eines Staates, der mithin größten Wert darauf legte, sich durch seine Verbundenheit mit der Arbeiterschaft zu legitimieren. Auch im Betrieb herrschen Widersprüche. Selbst in einem „Volkseigenen Betrieb“ haben die Arbeiter keinen Einfluß auf die Unternehmenspolitik;⁷¹ die Verheißungen des Sozialismus sind nicht eingelöst worden: „Diktatur des Proletariats – wir sind das Proletariat, und nicht mal unsere eigenen Löhne und Normen dürfen wir diktieren.“⁷²

Heym beschreibt immer wieder die Entfremdung von Regierung bzw. Partei und Arbeiterschaft. Die Arbeiter akzeptieren eine Regierung, die in Limousinen herumfährt, nicht als ihresgleichen.⁷³ Selbst einfache Parteimitglieder sind nicht mehr wirklich in die Arbeiterschaft integriert, da die Interessen von Partei und Betriebsleitung dieselben zu sein scheinen. Es wird geschildert, wie Csisek Hellwege das Parteiabzeichen entfernt und zu ihm sagt: „Siehst Du, jetzt bist Du wie einer von uns. Die Kollegen wissen, wer für die Arbeiter ist.“⁷⁴ Auf dem zu Beginn des Romans geschilderten Betriebsausflug wird deutlich, daß die alten Arbeitertraditionen und -lieder zwar von der Partei formelhaft weitergeführt werden. Dies aber reicht nicht, um ein Vertrauensverhältnis zur Arbeiterschaft zu begründen, die wohl gerade wegen dieser Vereinnahmung lieber „Hier her...“ singt.⁷⁵

Der Konflikt von Partei und Belegschaft wird noch verschärft durch die Tatsache, daß es keine Interessenvertretung der Arbeiter gibt. Heym kritisiert immer wieder das Versagen der Gewerkschaften in diesem Punkt.⁷⁶ Für Witte beschränkt sich die Gewerkschaftsarbeit auf Ferienplatzvermittlung,⁷⁷ wie er sie ironisierend charakterisiert. Somit gestaltet sich die Lage der unzufriedenen Arbeiter noch viel schwieriger als im Kapitalismus, wo man sich zumindest an die Arbeitervertretung wenden konnte. Diese Verhältnisse führen

dazu, daß die Arbeiter sich zur ultima ratio des Protests gezwungen sehen, zum Streik.⁷⁸ Heym unterläßt es allerdings auch nicht, die vielfältigen Gewissensprobleme der Arbeiter zu schildern, die eigentlich nicht gerne gegen eine Arbeiterregierung vorgehen.⁷⁹ Ausschlaggebend für die Entscheidung zum Protest ist die inhaltliche Inkonsequenz der Partei, die einerseits bei der Verkündung des „Neuen Kurses“ Fehler zugibt, andererseits aber eine Diskussion über die Normenerhöhung autoritär zu unterdrücken versucht. Ein entsprechender Artikel in der Gewerkschaftszeitung am 16. Juni bewirkt den endgültigen Glaubwürdigkeitsverlust der Partei. Der genannte Artikel ist, wie viele andere Details, keine Erfindung Heyms. Er gehört zu den im Buch abgedruckten Originaldokumenten.⁸⁰

Heym beschäftigt sich ebenfalls mit den Zuständen innerhalb von *Partei und Gewerkschaft*. Als guter Gewerkschafter versucht der Protagonist Witte zunächst, mit den unzufriedenen Arbeitern ins Gespräch zu kommen. Die Betriebsparteileitung reagiert darauf, indem sie ihn der Opposition verdächtigt und seines Amtes enthebt. Diese Haltung, den Feind in den eigenen Reihen zu suchen, ist charakteristisch für die Partei. Dabei verliert sie in der Krisensituation den Blick für die wirklichen Gefahren, die dem Staat drohen.⁸¹ Wittes Verhalten ist im übrigen als Ideal zu verstehen. Heym macht deutlich, daß die Gewerkschaft eigentlich keine Chance hat, unabhängig von der Partei zu wirken, falls ihre Führer das überhaupt noch wollen.

Hintergrund der Haltung der SED ist ein massiver Realitätsverlust, der sich in Heyms Buch gerade bei den hohen Parteivertretern bemerkbar macht. Dreesen beispielsweise geht zunächst mit unerschütterlicher Sicherheit davon aus, die Arbeiter wüßten schon, daß „alles, was Partei und Regierung tun, zu ihrem Besten geschieht“.⁸² Der Parteibonze Pettenkofer gefällt sich darin, in einem majestätischen Büro residierend, eine bescheidene „Arbeitermahlzeit“ zu sich zu nehmen, offenbar um sich seine Verbundenheit mit der werktätigen Bevölkerung selbst zu bestätigen.⁸³

Die Partei, so macht Heym deutlich, ist in Bürokratismus erstarrt und paßt die Realität ihrer Theorie an.⁸⁴ Das Grundübel, so Heym, ist ein ähnlicher Realitätsverlust auf den unteren Parteiebenen, gefördert durch die zu Unmündigkeit führenden autoritären Parteistrukturen: „Mir genügt, was das Politbüro beschließt“, so Bangartz.⁸⁵ Es ergibt sich eine paradoxe Situation: Zu einem Zeitpunkt, als nur Kritik seitens der Arbeiter geäußert wird, geht die Parteiführung autoritär gegen die Beschäftigten vor und droht mit der Staatssicherheit;⁸⁶ im Fall des offenen Protests und des Streiks versagt die Partei, die ihre revolutionäre Vergangenheit nur noch verwaltet. Den inhaltlichen Kampf hat sie aufgegeben, kann mögliche Reaktionen auf Proteste nur noch „in Polizei-

begriffen denken“.⁸⁷ Bangartz auf der Betriebsebene wird krank, während der Würdenträger Pettenkofer sich einfach weigert, Anweisungen zu geben.⁸⁸ „Wir sitzen da wie hypnotisiert, weil in keinem unserer Bücher steht, daß so etwas passieren kann.“⁸⁹

Auch an der *Presse* übte Heym nach dem 17. Juni harsche Kritik; dies ist ein Punkt, der in den „5 Tagen“ weniger als in seinen Artikeln zum Ausdruck kommt. Ihr Schweigen und Schönfärben ist laut Heym eine der Hauptursachen für den Vertrauensverlust der Bevölkerung in Regierung und Partei; sie überließ damit den Westmedien vor allem in den Tagen des Aufstands das Feld.⁹⁰

Schließlich sind es die *Sowjets*, die dafür sorgen, daß die Ruhe wiederhergestellt wird. Sie machen sich ihre Entscheidung nicht einfach. Sie konstatieren, und hier darf man sie als Sprachrohr Heyms ansehen, ein unverständliches „Wirrwarr in den deutschen Köpfen“.⁹¹ Ihr Einsatz gilt dem Schutz eines unmündigen Volkes, dem es vor allem an Bewußtsein und einem klaren Willen fehlt.⁹² Gegen Ende des Buches präsentiert Heym das Bild eines Sowjetsoldaten, der sich um den verwirrten Kallmann kümmert: „[Er] nahm ihn bei der Hand und führte ihn, wie man ein müdes Kind führt.“⁹³

Aus dem Dargestellten ergeben sich die Forderungen Heyms. Im Mittelpunkt steht die Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zwischen Partei und Bevölkerung. Wenn Heym Verständnis für die Empörung der Arbeiter über die Normenerhöhung erkennen läßt, geht es ihm weniger um das Problem der Höhe von Gehältern, als um die Perspektive der Arbeiter, die sich durch das Handeln der Regierung vernachlässigt fühlen müssen. Soziale Geschenke allein reichen nach seiner Überzeugung nicht aus.⁹⁴ Er spricht davon, daß mit dem westlichen Modell gleichsam ein Wettlauf um die deutsche Seele stattfindet.⁹⁵ „Ich will, daß wir nicht anordnen, sondern überzeugen“, sagt Witte.⁹⁶

Das Vertrauen kann in Heyms Augen nur hergestellt werden, wenn man die Menschen ernst nimmt. Die Presse soll sich mit den Belangen des Lesers befassen,⁹⁷ die Partei soll sich bewußt werden, daß sie nicht sich selbst, sondern die Arbeiter als führende Klasse vertritt.⁹⁸ Dabei mahnt Heym die Fähigkeit an, mit konstruktiver Kritik umgehen zu können. Deshalb stellt er seinem Roman einen Auszug aus dem SED-Statut voran, das die Parteimitglieder zur Kritik verpflichtet.

Mit Blick auf die Arbeiterschaft fordert er, daß man ihr den Unterschied zwischen unmittelbaren Interessen, etwa Lohnfragen, und den langfristigen Zielen darlegt. Dieser Aufgabe sollen sich die Gewerkschaften stellen.⁹⁹

Heyms Hoffnungen auf eine kathartische Wirkung des 17. Juni („...

werden wir feststellen, daß es nicht mehr so sein kann wie früher¹⁰⁰) erfüllte sich nicht. In der Endversion¹⁰¹ seines Romans macht das „Nachspiel“ deutlich, daß immer noch „die gleichen Widersprüche bestehen“.¹⁰² Betrachtet man die Attitüde Heyms gegenüber dem DDR-System längerfristig, so wird deutlich, daß der historische 17. Juni erster Anlaß einer zunehmenden Distanzierung war. Dies trifft auch auf eine Reihe anderer Intellektueller zu, wie etwa Erich Loest¹⁰³. Vergleicht man Kritik und Forderungen, aber auch die grundsätzliche Staatsloyalität Heyms mit der Haltung anderer Intellektueller unmittelbar nach den Juni-Ereignissen, so kann man feststellen, daß Heyms Äußerungen weitgehend repräsentativ sind.¹⁰⁴

Was die literarische Verarbeitung betrifft, der die Spontaneität des Augenblicks nicht mehr eigen ist, können insbesondere bei regimetreuen Schriftstellern ganz andere, apologetische Darstellungen gefunden werden. So verhält es sich beispielsweise mit der ersten Verarbeitung des 17. Juni in einer Erzählung aus der Feder von Anna Seghers.¹⁰⁵ In ihrer Darstellung ist allein das mangelnde Bewußtsein der Arbeiter für den 17. Juni verantwortlich; Kritik an Partei und Staatsführung übt sie nicht.

„5 Tage im Juni“ ist nicht nur ein Buch über die Geschehnisse des Sommers 1953, sondern über die DDR und die Mängel des realen Sozialismus. Heym macht deutlich, daß der 17. Juni die genuinen Unzulänglichkeiten des Systems schlaglichtartig beleuchtete. Die Krise ermöglicht dadurch eine eingehende Untersuchung dieser Mängel, die Heym auch sehr differenziert vornimmt.

Zwar erschien Heyms Buch zuerst im Westen, war aber eindeutig für die DDR-Leserschaft konzipiert, worauf auch die langjährigen Bemühungen um ein Erscheinen in der DDR hinweisen. Heym erfüllt hier in paradigmatischer Weise die Aufgabe, die Johannes Haupt der DDR-Literatur zuschreibt. Da auch in der Bundesrepublik erschienene Bücher früher oder später auf unterschiedliche Weise ihren Weg in die DDR fanden, ermöglichten die „5 Tage“ vielen DDR-Bürgern, sich über die Geschehnisse im Juni 1953 zu informieren. Insofern muß die Ansicht von Mitter und Wolle, man sei in der DDR allein auf mündliche Erzählungen angewiesen gewesen, wollte man etwas über den Juni 1953 erfahren,¹⁰⁶ ergänzt werden.

Wenn Heyms Roman also zur Information der DDR-Bevölkerung gedacht war, so kann er auch heute noch ein wichtiger Beitrag zur Geschichte des 17. Juni sein, zumal es sich um den ausführlichsten Versuch dieser Art aus der DDR überhaupt handelt. Die „absurde“ DDR-offizielle Version der „Historiker im Parteauftrag“¹⁰⁷ vom 17. Juni verdient heute höchstens unter historiographiegeschichtlichen Aspekten Beachtung. Stefan Heyms Analyse stellt eine oppositionelle Lesart vor, ist Gegengeschichte und widerlegt die

offizielle Version, ohne den marxistischen Diskurs gänzlich zu verlassen. Dies begründet heutige Schwierigkeiten im Umgang mit dieser Darstellung. Dennoch ist „5 Tage im Juni“ wohl der einzige Beitrag zur Geschichte des 17. Juni aus der DDR, der in wesentlichen Teilen Bestand beanspruchen kann.

Der Roman bleibt ein Produkt der DDR und einer Zeit, deren Paradigmen sich von den heutigen unterscheiden. Viele Prämissen und Bewertungen können nicht geteilt werden. Dazu gehören insbesondere die Beurteilung der politischen Forderungen des 17. Juni als faschistoid und die Hoffnung auf eine „bessere DDR“, basierend auf dem Glauben, daß die Partei letztlich doch auf der Seite des geschichtlichen Fortschritts stehe. Auch der so wichtige Topos der mangelnden Bewußtseinslage unter den Arbeitern ist nur im Sinne einer marxistischen Geschichtsschreibung aussagekräftig. Ebenfalls wird man der Darstellung der Sowjets und ihrer Rolle im Juni 1953 schwerlich zustimmen. Solchen Einschätzungen in Verbindung mit den politischen Zielen des Romans ist quellenkritisch Rechnung zu tragen.

Neben diesen zeitbedingten Schwächen der Darstellung stehen unleugbare Stärken. Über die Auskünfte zur Haltung des intellektuellen Heym hinaus stellt das Buch einen besonderen Zugang zu den Ereignissen des Juni 1953 selbst dar, insbesondere weil es auf so umfangreichen Recherchen beruht. Da Heym die Aussagen seiner Informanten offenbar recht getreu verarbeitet, können Parallelen zur „oral history“ festgestellt werden. Freilich darf nicht vergessen werden, daß die Auswahlkriterien Heyms nicht bekannt sind und bei einem Schriftsteller nicht methodisch reflektiert sein müssen. Gleichwohl kann man Heym den Sinn für das Wesentliche nicht absprechen. Die literarische Form ermöglicht es, schwer faßbare Phänomene zu präsentieren, wie etwa die Stimmung in der Arbeiterschaft. Dazu gehören auch die häufigen Diskussionen: Entscheidungen können so als Ergebnisse oft quälender Diskussionsprozesse geschildert werden. Es ist eines der großen Verdienste der Heymschen Darstellung, dafür zu sensibilisieren, daß die Entscheidung zum Streik für viele Arbeiter nicht leicht war. Die Existenz eines sich selbst als „Arbeiterregierung“ deklarierenden Regimes spielte dabei eine große Rolle. Es wird deutlich, daß eine DDR-interne Oppositionshaltung sehr viel komplizierter strukturiert war und gewonnen wurde, als es sich aus westlicher oder ex-post-Sicht darzustellen scheint. Sowohl die Beschreibung der Personen im Roman als auch die Schreibmotivation des Autors widerlegen Versuche einer allzu simplen Linienziehung von 1953 bis 1989. Basierend auf der einfühlsamen Innenansicht der DDR-Gesellschaft verdeutlicht Heyms Darstellung, daß die DDR-Geschichte nicht auf einen Countdown reduzierbar ist. Vor allem für die Geschichte der Haltung der DDR-Bürger gegenüber ihrem Staat

stellen die Ergebnisse der Recherchen Heyms eine Alternative und wichtige Ergänzung zu den Akten von Sicherheitsorganen dar. Weiß man doch aus der Beschäftigung mit Hexenprozessen, daß ideologisch motivierte „Inquisition“ ihren Opfern das eigene Weltbild anzwingt.¹⁰⁸ Auch sind derartige Organisationen im Interesse ihrer Selbstlegitimation stets bemüht, den Feind mächtiger darzustellen, als er tatsächlich ist.

Die Freiheit in der Gestaltung der Handlung eines Romans ermöglicht es überdies, an *einem* Ort alle als wesentlich eingeschätzten Meinungen und Einflüsse aufeinandertreffen zu lassen. Da der Roman mit idealtypischen, jedoch konkret ausgestalteten Figuren operiert, erfüllt er die Funktion einer „case study“.

Ohne die methodischen Unzulänglichkeiten und das Heymsche „Erziehungsinteresse“ zu verkennen, kann mit Heinrich Mohr in Anlehnung an Ranke gesagt werden, daß es sich bei Heyms Roman um Literatur handelt, „die wissen und zeigen will, wie es wirklich gewesen ist“¹⁰⁹. Mit Recht kann man Stefan Heym als literarischen Historiker bezeichnen, dem es um eine Aufarbeitung und Fehleranalyse von damaliger DDR-Gegenwart und -Vergangenheit ging.

- 1 Die Literatur zu diesem Thema ist kaum zu übersehen. Zunächst sind die gängigen Überblicksdarstellungen zu konsultieren, etwa: H. Weber, *Die DDR 1945-1986*, München 1988 und Ch. Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn ⁵1991. – Als Einzelstudien seien hier genannt der „Klassiker“ von A. Baring, *Der 17. Juni 1953*, Köln 1965; der Beitrag von A. Bust-Bartels, *Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele*; in: *AusPolitik und Zeitgeschichte* 30/25 (21. 6. 1980), S. 24-54, sowie die jüngsten Veröffentlichungen H. Müller-Enbergs, *Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni*, Berlin 1991; T. Diedrich, *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991; M. Hagen, *DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus*, Stuttgart 1992; H. Wentker, *Neues zum 17. Juni*; in: *Die politische Meinung* 282 (1993), S. 13-21. Im Frühsommer 1993 erschien der aktuellste Beitrag aus der Feder von A. Mitter und S. Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993. Als Beispiel für eine ganze Reihe regionalgeschichtlicher Forschungen nach der Wende sei genannt H. Roth, *Der 17. Juni im damaligen Bezirk Leipzig. Aus den Akten des PDS-Archivs Leipzig*; in: *Deutschland-Archiv* 24 (1991), S. 573-584.
- 2 Etwa K. W. Fricke, *Der 17. Juni 1953 – wirklich eine gescheiterte Revolution? Der Juni-Aufstand im Spiegel der Geschichtsschreibung*; in: *Das Parlament* 43/24 (11. 6. 1993), S. 20; K.-H. Janßen, *Die Revolution aus dem Stegreif*; in: *Die Zeit* 48/25 (18. 6. 1993), S. 13-16; E. Bahr, *Etwas Unerhörtes passierte. Erinnerung an den 17. Juni 1953*; in: *Freitag* (18. 6. 1993), S. 8.
- 3 A. Mitter/S. Wolle, *Untergang* (Anm. 1), S. 8 und S. 160-162; ebenso Fricke, *Gescheiterte Revolution* (Anm. 2), S. 20.
- 4 Vgl. etwa R. Stöckigt, *Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953*; in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 32 (1990), S. 648-654; W. Otto, *Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953*; in: ebenda, S. 655-672; und N. Stulz-Herrnstadt (Hrsg.), *Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*.

Stefan Heyms Beitrag zur Geschichte des 17. Juni

- Reinbeck 1990. Eine erfreuliche Ausnahme bildet der Band von M. Heider/K. Thöns (Hrsg.), *SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre*. Kulturbundprotokolle, Köln 1990.
- 5 T. Diedrich, *Putsch – Volksaufstand – Arbeitererhebung? Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung*; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43/25 (18.6.1993), S. 3-11.
 - 6 A. Mitter/S. Wolle, *Untergang* (Anm. 1).
 - 7 A. Huschner, *Der 17. Juni 1953 an Universitäten und Hochschulen der DDR*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 33 (1991), S. 681-692, sowie H. Roth, *17. Juni* (wie Anm. 1)
 - 8 M. Hagen, *Juni '53* (Anm. 1).
 - 9 Beispielsweise von J. Haupt, *Der 17. Juni 1953 in der Prosaliteratur der DDR bis 1989: Über den Zusammenhang von Politik und Literatur und die Frage nach einem „Leseland DDR“*, Mannheim 1991, S. 36.
 - 10 Zur literarischen Verarbeitung des 17. Juni: S. Bock, *Der 17. Juni 1953 in der Literatur der DDR. Eine Bibliographie (1953-1979)*; in: P. G. Klussmann/H. Mohr (Hrsg.), *Literatur im geteilten Deutschland* (=Jahrbuch zur Literatur in der DDR 1), Bonn 1980, S. 141-159; J. Haupt, *17. Juni* (Anm. 9); H. Mohr, *Der 17. Juni als Thema der Literatur in der DDR*; in: K. Lamers (Hrsg.), *Die deutsche Teilung im Spiegel der Literatur. Beiträge zur Literatur und Germanistik der DDR*, Stuttgart 1978, S. 43-84; H. Mohr, *Der 17. Juni als Thema der Literatur in der DDR*; in: K. W. Fricke/I. Spittmann (Hrsg.), *17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR*, Köln 1982, S. 87-111; J. Pernkopf, *Der 17. Juni in der Literatur der beiden deutschen Staaten* (= *Stuttgarter Arbeiten zur Germanistik* 123), Stuttgart 1982.
 - 11 S. Heym, *5 Tage im Juni*, Roman, München/Gütersloh/Wien 1974. Im vorliegenden Aufsatz wird aus der Taschenbuchausgabe zitiert (Frankfurt a.M. 1977).
 - 12 J. B. Bilke, *Stefan Heym und der 17. Juni 1953*; in: *Frankfurter Hefte* 30/7 (1975), S. 71-73. J. Haupt, *17. Juni* (Anm. 9), S. 346-367. T. Honnef, *„Wir haben schon wieder weiße Flecken“*. Die Anfangsjahre der DDR in Werken Loests, Heyms und Heins, in: *German Life and Letters* 44 (1990/91), S. 143-164; P. Hutchinson, *History and Political Literature: The Interpretation of the „Day of German Unity“ in the Literature of East and West*, in: *Modern Language Review* 76 (1981), S. 367-382; ders., *Stefan Heym. The Perpetual Dissident*, Cambridge 1992; H. Mohr, *Thema der Literatur*; in: Lamers (Anm. 10); ders., *Thema der Literatur*; in: K. W. Fricke/I. Spittman (Anm. 10); J. Pernkopf, *Literatur* (Anm. 10), S. 192-208; R. K. Zachau, *Stefan Heym* (= *Autorenbücher* 28), München 1982.
 - 13 Vgl. hierzu verschiedene DDR-Geschichtsbücher; etwa Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden*, Berlin (Ost) 1966, Bd. 7, S. 224-237; S. Doernberg, *Kurze Geschichte der DDR*, Berlin (Ost) 1969, S. 227-245; DDR, *Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin (Ost) 1974, S. 231-242; R. Badstübner (u. Autorenkollektiv), *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin (Ost) 1981, S. 156-159. Eine Übersicht über die DDR-Beiträge gibt jüngst T. Diedrich, *Putsch* (Anm. 7).
 - 14 Ebenda, S. 4.
 - 15 Zu bundesdeutschen Organisationen, die angeblich den Umsturz in der DDR planten vgl. H. Teller, *Der kalte Krieg gegen die DDR. Von seinen Anfängen bis 1961*, Berlin (Ost) 1979.
 - 16 T. Diedrich, *Putsch* (Anm. 7), S. 6.
 - 17 Dieser Abschnitt orientiert sich an den Thesen Johannes Haupts, dargestellt in der ersten Hälfte seiner Arbeit. Vgl. J. Haupt, *17. Juni* (Anm. 9). Vgl. auch den stärker an ideologischen Aspekten orientierten Beitrag von S. Bock, *Literatur, Gesellschaft, Nation. Materielle und ideelle Rahmenbedingungen der frühen DDR-Literatur (1949-1956)*, Stuttgart 1980.
 - 18 Hierüber gibt es viele Schilderungen. Ein jüngerer Beispiel ist das Buch von Christa Wolf, *Was bleibt*, Erzählung, Frankfurt a.M. 1990.

Jens Ivo Engels

- 19 Etwa Erich Loest, Elfenbeinturm und rote Fahne, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel 120/27 (4.7.1953), S. 548-549.
- 20 J. Haupt, 17. Juni (Anm. 9), S. 24 bzw. 96.
- 21 Zur Biographie Heyms siehe die aktuelle Publikation von P. Hutchinson und den älteren und knapperen Band von R. K. Zachau (Anm. 12). Vgl. außerdem die umfangreiche Autobiographie: S. Heym, Nachruf, München 1988.
- 22 S. Heym, Beobachtungen zum literarischen Leben in der DDR (29. Juli 1953), in: ders., Wege und Umwege. Streitbare Schriften aus fünf Jahrzehnten, hrsg. von P. Mallwitz, München 1980, S. 218-225, hier: S. 221.
- 23 Heym, Literarisches Leben (Anm. 22), S. 218.
- 24 Zum sozialistischen Realismus vgl. aus westlicher Sicht Kleßmann, Doppelte Staatsgründung (Anm. 1), S. 288ff. Aus DDR-Sicht etwa J. Streisand, Kulturgeschichte der DDR, Studien zu ihren historischen Grundlagen und ihren Entwicklungsetappen, Köln/Berlin (Ost) 1981, S. 85ff.
- 25 R. K. Zachau, Stefan Heym (Anm. 12), S. 104.
- 26 S. Heym, Über Collin. Interview mit ARD-Korrespondent Fritz Pleitgen (23.1.1979), in: ders., Wege und Umwege, S. 374-377, hier: S. 375.
- 27 Heym, Literarisches Leben (Anm. 22), S. 220 bzw. 225.
- 28 R. K. Zachau, Stefan Heym (Anm. 12), S. 103.
- 29 Geäußert auf einer Schriftstellerversammlung kurz nach dem 17. Juni. Heym, Nachruf (Anm. 21), S. 574.
- 30 S. Heym, Literarisches Leben (Anm. 22), S. 220.
- 31 Vgl. R. K. Zachau, Stefan Heym (Anm. 12), S. 87.
- 32 Vgl. ebenda, S. 12.
- 33 S. Heym, 5 Tage, S. 151-157.
- 34 R. K. Zachau, Stefan Heym (Anm. 12), S. 83.
- 35 S. Heym, Nachruf (Anm. 21), S. 582-589.
- 36 P. Hutchinson, Stefan Heym, S. 93. Der Text des „Tag X“ wird von Stefan Heym bis heute unter Verschuß gehalten, so Haupt, 17. Juni (Anm. 9), S. 353, Anm. 222.
- 37 J. P. Bille, Stefan Heym (Anm. 12), S. 72.
- 38 P. Hutchinson, Stefan Heym (Anm. 12), S. 95.
- 39 Honecker erklärte auf der 11. Tagung des ZK der SED 1965, das Manuskript stelle den 17. Juni falsch dar; Heym gehöre zu den „negativen, feindlichen, zersetzenden Kritikern“. Zitiert nach H. Mohr, Thema der Literatur, in: K. W. Fricke/I. Spittman (Anm. 10), S. 96.
- 40 Ebenda.
- 41 P. Hutchinson, Stefan Heym (Anm. 12), S. 95.
- 42 Vgl. S. Bock, Literatur (Anm. 17), S. 20.
- 43 Großenteils abgedruckt in den beiden Bänden: S. Heym, Im Kopf – sauber. Schriften zum Tage, Leipzig 1954 und ders., Offen gesagt. Neue Schriften zum Tage, Berlin (Ost) 1957; sowie auch in: ders., Wege und Umwege.
- 44 P. Hutchinson, Stefan Heym (Anm. 12), S. 89.
- 45 „Es gibt nur die eine Partei.“ Heym, 5 Tage, S. 261.
- 46 S. Heym, Der Schriftsteller und die Macht. Rede auf dem IV. Schriftstellerkongreß (Januar 1956), in: ders., Wege und Umwege, S. 263-274, hier: S. 271. Ders., Tatsachen und Dokumente. Rede vor der Vollversammlung des Berliner Schriftstellerverbandes (Februar 1966), in: ders., Wege und Umwege, S. 308-318, hier: S. 315.
- 47 S. Heym, Das große Gespräch geht weiter, in: ders., Im Kopf – sauber, S. 23-29, hier: S. 27.
- 48 T. Honnef, Weiße Flecken (Anm. 12), S. 150.
- 49 Heym, Nachruf (Anm. 21), S. 587.
- 50 Heym, Sauberkeit im Kopf, in: ders., Im Kopf – sauber, S. 31-38, hier: S. 34. Bzw. S. Heym,

Stefan Heyms Beitrag zur Geschichte des 17. Juni

- Gedanken nach dem 17. Juni, in: ders., *Im Kopf – sauber*, S. 15-18, hier: S. 18.
- 51 Heym, *5 Tage*, S. 224f. (Überfälle, Plünderungen), S. 215 (Mord).
 - 52 Ebenda, S. 183.
 - 53 Ebenda, S. 193.
 - 54 Beispielsweise ebenda, S. 39. Eine ähnliche Frage stellte Heym bereits in den Tagen nach dem Juni an einen Bekannten, Heym, *Nachruf* (wie Anm. 21), S. 585. Der Vergleich mit der Situation unter dem Kaiser, in Weimar und dem NS beschäftigte Heym häufig, so bereits in einem Artikel vom 1.11.1953. S. Heym, *Bemerkungen über ein Wartehäuschen*, in: ders., *Im Kopf – sauber*, S. 64-67.
 - 55 S. Heym, *Memorandum* [zum 17. Juni] (21.6.1953), in: ders., *Wege und Umwege*, S. 201-208, hier: S. 207.
 - 56 Heym, *5 Tage*, S. 262.
 - 57 Ebenda, S. 152.
 - 58 Ebenda, S. 154.
 - 59 Ebenda, S. 136.
 - 60 Ebenda, S. 17.
 - 61 Ebenda, S. 42.
 - 62 So will er bei Witte seine Frau Anna gegen dessen vermeintliche Freundin Gudrun Kasischke als Geliebte „eintauschen“, Heym, *5 Tage*, S. 108.
 - 63 S. Heym, *Warum ich bin, wo ich bin* (März 1964), in: ders., *Wege und Umwege*, S. 188-195, hier: S. 193.
 - 64 Heym, *5 Tage*, S. 242f. und 46.
 - 65 Ebenda, S. 210.
 - 66 Heym, *Nachruf* (wie Anm. 21), S. 585.
 - 67 Heym, *5 Tage*, S. 46.
 - 68 Ebenda, S. 44. Zachau merkt dazu an, daß Kallmann die Revolution fremd sei und er auf das Eintreten des Sozialismus als Naturereignis warte. R. K. Zachau, *Stefan Heym* (Anm. 12), S. 85.
 - 69 Heym, *5 Tage*, S. 73.
 - 70 Ebenda, S. 30.
 - 71 Ebenda, S. 53.
 - 72 Ebenda, S. 203.
 - 73 Ebenda, S. 29.
 - 74 Ebenda, S. 209.
 - 75 Ebenda, S. 21.
 - 76 Etwa Heym, *Memorandum*, S. 206.
 - 77 Heym, *5 Tage*, S. 123.
 - 78 *Der mit den Förderungen zur Regierung geschickte Witte überlegt: Würde er nichts erreichen, „dann kam es zum Streik im Werk – und nicht ohne Berechtigung“.* Heym, *5 Tage*, S. 139.
 - 79 Etwa Heym, *5 Tage*, S. 127f.
 - 80 Ebenda, S. 114, in Auszügen.
 - 81 Ebenda, S. 101.
 - 82 Ebenda, S. 59.
 - 83 Ebenda, S. 147. Die geschilderte Szene beruht offenbar auf einem tatsächlichen Erlebnis Heyms im Büro von Walter Ulbricht, vgl. Heym, *Nachruf* (Anm. 21), S. 604.
 - 84 Heym, *5 Tage*, S. 150.
 - 85 Ebenda, S. 9.
 - 86 Ebenda, S. 65.
 - 87 Ebenda, S. 150.
 - 88 Ebenda, S. 149.

Jens Ivo Engels

- 89 Ebenda, S. 150.
- 90 Heym, *Beobachtungen zum Pressewesen in der DDR (Juli 1953)*, in: ders., *Wege und Umwege*, S. 209-217, hier: S. 211f.
- 91 Heym, 5 Tage, S. 105.
- 92 Entsprechend äußerte sich Heym bereits unmittelbar nach den Ereignissen in seinem Artikel: *Gedanken zum 17. Juni*, in: ders., *Im Kopf – sauber*, S. 11-15, hier: S. 14f.
- 93 Heym, 5 Tage, S. 240.
- 94 Heym, *Memorandum*, S. 207.
- 95 Heym, 5 Tage, S. 106 und Heym, *Nachruf (Anm. 21)*, S. 574.
- 96 Heym, 5 Tage, S. 8.
- 97 Heym, *Pressewesen*, S. 215.
- 98 Heym, 5 Tage, S. 261.
- 99 Heym, *Der Konflikt der Gewerkschaft im Sozialismus (August 1956)*, in: ders., *Wege und Umwege*, S. 247-250, hier: S. 249.
- 100 Heym, 5 Tage, S. 165.
- 101 Das „Nachspiel“ (S. 263f.) war im „Tag X“ nicht enthalten. P. Hutchinson, Stefan Heym, (Anm. 12), S. 95.
- 102 Heym, 5 Tage, S. 264.
- 103 J. Haupt, 17. Juni (Anm. 9), S. 53.
- 104 Vgl. *Stenographisches Protokoll der Sitzung des Präsidialrats des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands am Freitag, den 3.7.1953*; abgedruckt in: M. Heider/K. Thöns, *Intellektuelle (Anm. 4)*, S. 13-59; sowie E. Loest, *Elfenbeinturm. Zur Haltung Bertolt Brechts: W. Mittenzwei, Das Leben des Bertolt Brecht oder der Umgang mit den Welträtseln (2 Bde)*, Berlin (Ost)/Weimar 1986, Bd. 2 und die Darstellung Haupts, 17. Juni (Anm. 9), S. 270-294.
- 105 A. Seghers, *An einer Baustelle in Berlin*, abgedruckt in: F. Selbmann (Hrsg.), *DDR-Porträts. Eine Anthologie*, Leipzig 1974, S. 93-101. In der Literatur wird gewöhnlich Stephan Hermlins Erzählung „Die Kommandeuse“ von 1954 (abgedr. ebenda, S. 102-115) als erste literarische Bearbeitung des 17. Juni in Prosa angesehen; Haupt, 17. Juni (Anm. 9), S. 319. Der Seghers-Text ist allerdings bereits auf 1953 datiert.
- 106 A. Mitter/S. Wollc, *Untergang (Anm. 1)*, S. 162.
- 107 K. W. Fricke, *Gescheiterte Revolution (Anm. 2)*, S. 20.
- 108 Vgl. z.B. C. Ginzburg, *Hexenwesen und Volksfrömmigkeit. Anmerkungen zu einem Prozeß in Modena im Jahre 1519*, in: ders., *Spurensicherungen. Über verborgene Geschichte, Kunst und soziales Gedächtnis*, München 1988, S. 29-58.

Mitteilungen und Berichte

Sowjetsystem und Geschichtswissenschaft in Mittel- und Osteuropa 1945-1989

Ausgerichtet vom Europa-Institut Budapest traf die Internationale Kommission „Geschichte der Geschichtsschreibung“ beim CISH am 16. und 17. Juli 1993 in der ungarischen Hauptstadt zur Tagung „Sowjetsystem und Geschichtswissenschaft in Mittel- und Osteuropa 1945-1989“ zusammen. Mit diesem Schwerpunkt begab sich die Kommission zugleich in den bis zum heutigen Tag nicht abgeschlossenen Prozeß der schwierigen Transformation der sich als marxistisch definierenden Historiographien der vormaligen sozialistischen Länder in neue geschichtliche Realitäten, ohne daß in jedem Falle schon die endgültigen Ortsbestimmungen absehbar wären.

Nach einführenden Worten *Wolfgang J. Mommsens* (Düsseldorf) hielt *Ferenc Glatz* (Budapest) den Vortrag „Politisches System, Ideologie und Geschichtswissenschaft“. Gestützt auf prägnant formulierte Thesen, entwickelte er Gedanken zum Umgang mit dem Gesamtphänomen der sich nach 1917 bzw. 1945 entfaltenden Historiographie in Mittel- und Osteuropa, deren Gesamtanlage die Basis für ein längerfristiges, vergleichendes Forschungsprogramm abge-

ben könnte. Im einzelnen betonte der Redner, daß die hier betrachteten Historiographien Ost- und Mitteleuropas oft zu Unrecht lediglich als starr und monolithisch interpretiert worden seien, allenfalls von sich selbst eine beständige Höherentwicklung behauptet hätten. Umso mehr gelte es, den stattgefundenen und von Land zu Land unterschiedlich verlaufenen Prozeß der Entwicklung der Disziplin, ihrer fachwissenschaftlichen Konstituierung und Entfaltung, aber auch der – mit verschiedenen Resultaten verlaufenen – Behauptung namentlich gegenüber zunehmenden außerwissenschaftlichen Inanspruchnahmen und Zumutungen zu analysieren. Die hier angemahnte vergleichende Sicht praktizierte *Glatz* so gleich, indem er erste Typenbestimmungen vornahm und die dabei festgestellten nationalen Eigenheiten mit Beispielen untermauerte.

In einer zweiten Fragestellung berührte der Vortragende das Problem der – auch hier differenziert zu beurteilenden – Nach- und Weiterwirkungen bürgerlicher Traditionen. Erst vor diesem Hintergrund gewinnt das Problem der Übernahme des sowjetischen Modells und vor allem der hier zu beobachtende zeitweilige Prozeß der Verzahnung in den Ländern des sozialistischen Lagers nach 1945 seine volle Brisanz. Der Funk-

tion der Historiographie im Prozeß der politischen Führung der Gesellschaft galten weitere Überlegungen, die vor allem auf die mit der kopiegleichen Übernahme des sowjetischen Modells auch in diesem speziellen Bereich verbundenen Probleme zielten. Erst eine genaue Analyse in jedem einzelnen Land könne zeigen, wie weit dieser Prozeß tatsächlich vorangetrieben werden konnte.

Weitere Erörterungen galten seiner Annahme, daß die politische Funktion der Geschichtsschreibung in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Intensität zum Tragen gekommen sei.

Von hier aus lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Resonanz, die die westliche Geschichtsschreibung in den sozialistischen Staaten auslöste. Nicht nur Abschottung und Abwehr habe es dabei gegeben, vielmehr wären in einigen Ländern unter diesen Einflüssen auch eigenständige Entwicklungen möglich geworden. Inhaltlichen Konsequenzen der ideologischen Aufladung der Geschichtsschreibung – etwa die Bevorzugung bestimmter Gebiete und zugleich die Marginalisierung anderer Sujets – genau nachzugehen forderte Glatz schließlich auf und beendete seinen Vortrag mit Überlegungen zur Zielstellung der jetzt ablaufenden historiographischen Transformation in Ost- und Mitteleuropa.

Die angeregte Diskussion zu diesem Eröffnungsbeitrag würdigte be-

sonders, daß mit der Weite des hier umrissenen Forschungs panoramas die Möglichkeit eröffnet wird, über Detailstudien hinaus zu einer Gesamteinschätzung der Historiographie der sozialistischen Staaten vorzustoßen. Dieses Anliegen hat sich mittlerweile das Europa-Institut in Budapest zu eigen gemacht.

Auf welche Dimensionen diese Problemstellung im einzelnen trifft, zeigte der weitere Verlauf der Tagung. Elf vorbereitete Beiträge lassen sich dabei drei Ebenen zuordnen: *Georg G. Iggers* (Buffalo) und *Gerald Diesener* (Freiburg) wandten sich der übergreifenden Fragestellung zu, welche Bedeutsamkeit marxistischer Geschichtsschreibung im heutigen wissenschaftlichen Diskurs grundsätzlich noch zuzumessen sei.

Komparatistisch in ihren Ansätzen verfahren *Bianca Valotta* (Milano), *Peter Sipos* und *Emil Niederhauser* (beide Budapest) insoweit, als sie einer Fragestellung anhand mehrerer Länder nachgingen. Während *Valotta* Überlegungen zum Nationalismus in der Historiographie der Staaten Ost- und Mitteleuropas vor und nach dem Zweiten Weltkrieg zur Diskussion stellte, wandte sich *Niederhauser* der zeitgleich anzutreffenden Verarbeitung nationaler Traditionen zu. *Sipos* beschrieb anschaulich die allerorten zu verzeichnende intensive Beschäftigung der Historiker mit der Geschichte der Arbeiter-schaft und -bewegung und wies auf

die zahlreichen Hypertrophierungen in diesem Zusammenhang hin.

Demgegenüber verfolgten *Tofik Islamov* (Moskau), *Jerzy Topolski* (Poznan), *Ferenc Mucsi* (Budapest), *Norman Levine* (Thunderbird/USA), *Alexander Kan* (Uppsala) und *Alexandru Zub* (Bukarest) angewählte Probleme anhand eines Landes. Der Moskauer Referent konzentrierte sich auf Aspekte der Bestimmung der politischen und ideologischen Funktion der Geschichtswissenschaft seines Landes in der Zeit von 1922 bis 1989. In engem inhaltlichen Zusammenhang dazu standen die Erörterungen des nunmehr in Schweden lehrenden *Kan* über eine mögliche Periodisierung deren fachwissenschaftlicher Entwicklungsabschnitte. Einen ähnlichen Ausgangspunkt wählte *Zub*, der über die inneren Entwicklungen der Geschichtsschreibung in Rumänien bis 1989 sprach. *Topolski* konzentrierte sich auf den Versuch einer allgemeinen Bestimmung des Verhältnisses zwischen den polnischen Historikern und dem Marxismus, während der Vortrag von *Mucsi* einem Spezialgebiet historischer Forschung galt. Er analysierte die Darstellung und Bewertung des bürgerlichen Radikalismus und der Sozialdemokratie in den Arbeiten der ungarischen Historiographie nach 1948. *Levines* Interesse galt der Geschichtsschreibung der DDR, wobei er namentlich die Arbeiten Wolfgang Küttlers als eigenständige und die

internationale Forschung belebende Leistungen auf dem Wege der Weiterentwicklung des Marxismus interpretierte.

Alle hier in knapper Form zusammengefaßten Beiträge stießen auf lebhaft Resonanz, in der es auch an kontroversen Äußerungen nicht fehlte. Nicht nur die Tatsache, daß der Transformationsprozeß der sich ehemals als marxistisch definierenden Geschichtsschreibungen Ost- und Mitteleuropas unterschiedlich weit gediehen ist und somit noch zahlreiche Unsicherheiten in der Bewertung bereithält, kam hier zum Tragen. Auch lassen Innen- und Außenansicht teilweise gravierend voneinander abweichende Auffassungen erkennen. Vor allem mangelt es noch an einer hinreichend gesicherten Kenntnis aller Entwicklungen und Tatsachen, um zu einem möglichst vielseitig gestützten Urteil vorstoßen zu können. Unterhalb einer recht hohen Abstraktionsebene, auf der in Schlagworten („Legitimationswissenschaft“, „absoluter Wahrheitsanspruch“ usw.) operiert werden kann, bedarf es zunächst intensiver Forschungen.

Unübersehbar ist zudem die weiterhin anzutreffende Unsicherheit bei der Fragestellung, in welcher Form und gestützt auf welche Vorbilder neue Historiographien in Ost- und Mitteleuropa konstituiert werden können.

Insoweit bestätigte die Tagung nachdrücklich die im Vortrag von

Ferenc Glatz angelegte Perspektive eines größeren, komparatistisch verfahrenen Forschungsvorhabens, das neben den nationalen Besonderheiten gleichermaßen den verallgemeinerungsfähigen Zügen dieser Geschichtsschreibungen nachgeht. Vornehmlich in diese Richtung orientierten denn auch die Schlußworte des Gastgebers *Glatz* und für die Kommission *Ernst Schulins* (Freiburg). Ein erster Grund ist mit der hier resümierten Tagung gelegt. Zugleich bedeutet die in Budapest getroffene Entscheidung, das Thema während des Welthistorikerkongresses 1995 in Montréal weiterzuverfolgen, eine begrüßenswerte Entscheidung.

Gerald Diesener

I. Workshop der Regionalgruppe Neue Bundesländer des Arbeitskreises für historische Frauen- und Geschlechterforschung

Beim ersten Workshop der Regionalgruppe Neue Bundesländer (NBL) des Arbeitskreises für historische Frauen- und Geschlechterforschung, der am 10. Dezember 1993 an der Universität Leipzig stattfand, nahm nach einer ausführlichen Vorstellungsrunde die

Diskussion des Anliegens und weiteren Vorgehens der neugegründeten Regionalgruppe breiten Raum ein. Ihr Ziel ist es, die Kommunikation auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechtergeschichte wieder in Gang zu setzen, und zwar nicht nur innerhalb des universitären Raumes, sondern auch zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung. Dieses Konzept richtet sich bewußt gegen die Ausgrenzung abgewickelter, d.h. entlassener KollegInnen der DDR-Wissenschaftseinrichtungen. Es geht aber nicht nur um den Austausch von Informationen, sondern vor allem um inhaltliche Zusammenarbeit und thematische Diskussion. Diese sollen nicht auf HistorikerInnen begrenzt sein, sondern auch historisch arbeitende KulturwissenschaftlerInnen, PhilosophInnen, VolkskundlerInnen, MuseologInnen, LehrerInnen etc. einbeziehen.

Der thematische Schwerpunkt dieses ersten Workshops lag auf Forschungen zur Frauen- und Geschlechtergeschichte der DDR, weil diese offenbar den Hauptteil der gegenwärtigen frauengeschichtlichen Studien im Osten Deutschlands ausmachen. Drei laufende Projekte aus diesem Problembereich wurden vorgestellt und lebhaft diskutiert: erstens das von *Francesca Weil* (Leipzig) – „Frauen unter diktatorischer Herrschaft. Erste Untersuchungsergebnisse zum weiblichen Anteil am politischen Widerstand und seiner Verfolgung in der

SBZ/DDR 1945-1989“. Hier ging es in der Diskussion insbesondere um den von *Weil* übernommenen Widerstandsbegriff von Martin Broszat und seine Anwendbarkeit auf DDR-Verhältnisse, um das Selbstverständnis der am politischen Widerstand beteiligten Frauen als Reformerrinnen im Sozialismus oder den Sozialismus Ablehnende, um den insgesamt relativ geringen Anteil von Frauen am politischen Widerstand und das weitgehende Fehlen frauenemancipatorischer Beweggründe bzw. frauenspezifischer Widerstandsformen. Erörtert wurden aber auch Fragen der Periodisierung und der Repräsentativität der benutzten Quellen, zu denen ein Privatarchiv gehört, und Fragen des Vergleiches – so zum politischen Widerstand von Frauen in Westdeutschland, in der CSSR und in Polen.

Das zweite Projekt zur Frauen- und Geschlechtergeschichte der DDR wurde von *Ina Merkel* und *Dominique Krössin* (beide Berlin) präsentiert – eine Oral-History-Studie über Frauen der Aufbaugeneration. In dieser Untersuchung geht es um das wirkliche Leben, um die Träume und Hoffnungen von DDR-Frauen der fünfziger Jahre. Und es geht um die Auseinandersetzung mit dem Klischee „der“ DDR-Frau, dem die Forschenden mit der Berücksichtigung verschiedener sozialer und kultureller Milieus begegnen wollen. Diskutiert wurde vor allem, ob das Leben in der

DDR nicht trotz aller Unterschiedlichkeit der Milieus gemeinsame Präzisionen hervorbrachte, wie sie unter anderem in der hohen Quote der Frauenerwerbsarbeit, aber auch im Ostfeminismus deutlich werden, und wie Spezifischem methodisch auf die Spur zu kommen ist. Es interessierte aber auch die Generationsauswahl wie die offenbar besonders konventionelle Prägung der Mitte der dreißiger Jahre Geborenen.

Das dritte, von *Annemarie Roemer* (Dresden) vorgestellte Projekt „Jahrgang 1949“ untersucht Lebensläufe, Wertorientierungen und Bewältigungsstrategien von Frauen des Geburtsjahrganges 1949, die im Osten und im Westen Deutschlands aufwuchsen und leben. Dieser ausdrücklich beabsichtigte Ost-West-Vergleich soll später durch die Befragung polnischer und tschechischer Frauen erweitert werden. In der Diskussion ging es besonders um die Interpretation von Rück Erinnerungen der Ostdeutschen – um die seit 1989 im Zusammenhang mit dem großen gesellschaftlichen Wertewandel stattfindenden Umdeutungen der eigenen Biographie. Weitere Fragen bezogen sich auf die Begrifflichkeit und Untersuchungsparameter.

Ein vierter Tagungsbeitrag befaßte sich mit einer ganz anderen Thematik – mit „Frauenfiguren im antiken Roman“. Hier zeichnete *Renate Johné* (Berlin) die Entwicklung der Frauenfiguren von den frühen Ro-

manen aus dem ausgehenden 2. Jh. vor Christus bis zum 3. Jh. n. Chr. nach. Bedeutsam wurde vor allem die gebildete Frauenpersönlichkeit. In der Diskussion interessierten Unterschiede zwischen Frauenfiguren in Tragödien/Komödien und in Romanen, die Konjunkturen bestimmter Frauenbilder zu bestimmten Zeiten, unterschiedliche Frauenbilder bei männlichen und weiblichen Autoren sowie der Leserkreis der Romane.

Resümierend bleibt festzuhalten, daß dieser erste frauengeschichtliche Workshop der Regionalgruppe Neue Bundesländer des Arbeitskreises Historische Frauen- und Geschlechterforschung für alle Beteiligten anregend und ermutigend war.

Susanne Schötz

Forschungsprobleme der Französischen Revolution

Die Organisatoren der *table ronde* zu Problemen der Forschung zur Französischen Revolution am 18. und 19. März 1994 in Rouen knüpften an das Bedürfnis von jüngeren Wissenschaftlern an, sich in regelmäßigen Abständen über ihre Arbeitsvorhaben auszutauschen, und wollten neben Universitätshistorikern auch Lehrern und Museologen Gelegenheit zum

Gedankenaustausch geben. Neben den französischen Teilnehmern genossen Gäste aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und der Schweiz die Gastfreundschaft der Rouenaiser Forschungsgruppe am *Institut de recherches et documentation en sciences sociales* der *Université de Haute-Normandie*.

Einige Teilnehmer verwiesen, wie A. de Baecque (Saint Quentin en Yvelines), auf eine Tradition methodologischer Diskussionen sowohl zum Revolutionsereignis selbst als auch zur Geschichtsschreibung in Gestalt der Debatten um die *voies nouvelles pour l'histoire de la Révolution française* und das *Faire de l'histoire* aus dem Jahr 1974. Die Diskussionen haben allerdings, wie festzustellen war, wenig von ihrer Aktualität eingebüßt, und das Spannungsfeld zwischen Revolutionsgeschichte und *Annales*-Historiographie war einigen Teilnehmern deutlich anzumerken.

Die Organisatoren sahen sich dagegen eher in der Tradition jener Tagung in Brüssel, die 1990 jüngere Historiker zu einem ersten Treffen zusammengeführt hatte. Hier könnte sich die Etablierung einer neuen Generation in der Debatte und Forschung zur Französischen Revolution abzeichnen.

Die einführenden Referate sollten den Charakter von Forschungsberichten annehmen. Sie gruppierten

sich um die Schwerpunkte Quellen und Methoden, Politik- und Kulturgeschichte sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

B. Gainot (Paris) konzentrierte sich bei seiner Präsentation von Quellen und Methoden ihrer Auswertung auf die Pariser Bestände und die gigantische Microfiche-Publikation des Londoner Pergamon Press Verlages. Wie die Diskussion gezeigt hat, fanden darüber hinaus die Archive im Ausland das besondere Interesse der französischen Teilnehmer. S. Wah-nich (Paris) plädierte dafür, neben den Beständen der regionalen und vor allem lokalen Archive, die in den letzten Jahren eine Reihe interessanter Entdeckungen ermöglichten, auch bekannte Quellen wie die *Archives Parlementaires* mit Hilfe neuer Methoden einer *relecture* zu unterziehen, wofür sie selbst mit ihren lexikologischen Untersuchungen zum Bild des *étranger* ein fruchtbares Beispiel geliefert hat.

Die Untersuchungen zur Ikonographie der Französischen Revolution haben nicht nur Revolution wie Konterrevolution gleichermaßen in den Blick genommen, sondern sind darüber hinaus auf das Gebiet des europäischen Vergleichs vorgedrungen, wovon der Beitrag von P. Dupuy (Rouen) Zeugnis ablegte. Dupuy und Ch.-M. Bosseno (Paris) stellten eine Reihe von Fälschungen des frühen 19. Jhs. am Beispiel von Napoleonkult und Selbststilisierung der Bour-

bonen in der Restaurationsperiode vor, die besondere Anforderungen an die Quellenkritik bei der Arbeit mit Bildzeugnissen stellen.

E. Wauters (Le Havre) ging auf die revolutionäre Presselandschaft ein. Es zeigte sich, daß die von Wauters untersuchte Normandie auf ergänzende Forschungen zu anderen Regionen wartet. Die Vorschläge für eine Prosopographie der Journalisten in der Provinz als Beitrag zu einer Sozialgeschichte der Presse im 18. Jh. bieten darüber hinaus Anknüpfungsmöglichkeiten für einen Vergleich im europäischen Rahmen.

Das Referat von Ch. LeBozec und I. Laboulais (Rouen) stellte, von einer Reihe theoretischer Arbeiten ausgehend, die Forschungen zu Biographie in der Revolutionszeit vor. LeBozec provozierte mit ihrer Feststellung, „sie verstehe sich nicht als Biographin, sondern als Historikerin, die sich der *histoire-problème* in besonderem Maße verpflichtet fühle“, eine lebhaftige Diskussion, in der die Voraussetzungen für die Arbeit an einer Biographie erörtert wurden. M. Biard (Paris) plädierte dafür, die Stilisierung führender Revolutionäre in der Historiographie zu untersuchen und der Entwicklung der Biographie entgegenzustellen. Letztere müßte vor dem Hintergrund eines *croisement des sources* erfolgen, der sich kritisch mit der Selbststilisierung der Revolutionäre auseinandersetzt.

De Baecque stellte zum zweiten

Schwerpunkt epistemologische Grundlagen, Gegenstand und Methoden der *histoire culturelle* vor. Im Mittelpunkt des Interesses der Kulturgeschichte steht die politische Selbstdarstellung der Aktionäre von 1789. Konzeptionell sieht sie sich mindestens ebenso stark in der Tradition der ambitionierten Versuche einer Geschichte der politischen Kultur Frankreichs wie der Tradition der Geschichtsschreibung über die Revolution. Zur politischen Geschichte gab es dagegen kein Referat, was von den Teilnehmern mit Hinweis auf Neuerscheinungen (wie die Dissertation von Patrice Guennifey zu den Wahlen der Revolution) und vor dem Hintergrund der intensiven Forschungen zu Jakobinismus und Volksbewegung in der Tradition der sozialen Interpretation der Revolution angemerkt wurde. Die Gefahren einer Geschichte der Revolution als Kulturgeschichte, auf die *de Baecque* am Rande einging, ohne allerdings deren Hegemonieanspruch in Frage zu stellen, liegen in der Vernachlässigung anderer Untersuchungsfelder. Es war gerade jener Hegemonieanspruch eines überdies theoretisch noch recht vagen Konzeptes, der den Widerspruch der Teilnehmer herausforderte. Man erinnerte sich der Parallele zum Eingeständnis von Emmanuel Le Roy Ladurie, daß die *nouvelle histoire* einst in Gestalt der „quantifizierenden Strukturgeschichte gezwungen war, zu töten, um zu leben“,

und an die Warnung von Daniel Roche, im Aufwind der Politik- und Kulturgeschichte die Wirtschafts- und Sozialgeschichte nicht verschnell in die Ecke zu stellen.

Der Forschungsstand der Wirtschaftsgeschichte der Revolutionsjahre wurde von *M. Dorigny* (Paris) vorgestellt, der einen deutlichen Schwerpunkt auf die Geschichte des Finanzwesens und die Geschichte des ökonomischen Denkens von der zweiten Hälfte des 18. bis zum Beginn des 19. Jhs. legte und damit wichtige Bereiche wie Agrargeschichte oder Kolonialgeschichte ausblendete. In der anschließenden Diskussion wurden Überraschung und eine gewisse Hilflosigkeit bei den Verteidigern der „sozialen Interpretation“ deutlich, die eben noch *de Baecque* kritisiert hatten, als *F. Hincker* (Paris) betonte, daß die Wirtschaftsgeschichte der Revolutionszeit entgegen allen Legenden weitestgehend ungeschrieben sei. Die Diskussion zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte bedurfte denn auch der tatkräftigen Unterstützung gestandener Fachleute wie *Hincker* und *G. Lemarchand* (Rouen). Dem ausländischen Teilnehmer vermittelte sich der Eindruck, daß die rasche Mediatisierung der Furetschen Thesen in den siebziger Jahren bei jüngeren Historikern dazu geführt hat, entgegen der Warnung von Roche bestimmte Bereiche der Geschichte auszublenden oder – am Beispiel der Wirtschaftspolitik der

Montagne – von ihrem negativen Ende her zu erzählen. Dabei haben nicht zuletzt Historiker der veranstaltenden Universität auf den Gebieten der Agrargeschichte, der Geschichte der „Protoindustrialisierung“ und der Untersuchung der Nationalgüterverkäufe beachtliches zur Erforschung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Revolutionszeit beigetragen. Ist die Wissenschaft tatsächlich in starkem Maße von Verlagspolitik und medialen Konjunkturen, die auch die intellektuellen mitbestimmen, abhängig, worauf der Maratspezialist *Olivier Cocquard* (Paris) mit seiner Bemerkung, „die Biographie verkaufe sich halt besser als die Agrargeschichte“, hinweisen wollte? Ein schwerwiegenderes Problem stellt zweifellos die Tatsache dar, daß Wirtschaftshistoriker in den Zeiträumen der *longue* und der *moyenne durée* arbeiten und ihre Ergebnisse nicht in jedem Fall im Zusammenhang mit 1789 gesehen werden. Wir stoßen hier auf ein traditionelles Problem der Revolutionsgeschichte, die als eigenständiges Forschungsfeld im Bewußtsein der Historiker nicht mehr zur frühen Neuzeit und noch nicht zur neuesten Geschichte gehört.

Die Geschichtsschreibung über die Revolution spielte leider keine bedeutende Rolle in der Diskussion. Es wäre schade, wenn die ideologischen Auseinandersetzungen der sechziger und siebziger Jahre dafür

verantwortlich wären, daß für Untersuchungen zur Geschichtsschreibung das Interesse verlorengegangen ist. Schließlich bildet sie einen Baustein für Forschungen zum *mémoire* der Revolution.

Da sich unter den Eingeladenen Lehrer in großer Zahl befanden, spielte die Frage der Vulgarisierung der Forschungsergebnisse eine wichtige Rolle in der Diskussion. Die Teilnehmer plädierten übereinstimmend dafür, daß Forschung mit Verbreitung in der Lehre oder im Museum verbunden werden muß, nicht zuletzt um zu lernen, sich anderen verständlich machen. Die Kritik richtete sich gegen die Entwicklung der Wissenschaftssprache in der Tradition des *linguistic turn*, die ein eigenes Dechiffrierungssystem benötige.

An die ausländischen Teilnehmer ging der Wunsch, in stärkerem Maße über Archivbestände und laufende Forschungsprojekte informiert zu werden. Eine Reihe von Forschungsprojekten (Presse, Nationalgüterverkäufe) würde aus dem Vergleich gewinnen und könnte den Stoff für ein geplantes Folgetreffen liefern.

Steffen Sammler

Interessenten, die eine Liste der Teilnehmer oder die Referate der *table ronde* zugeschickt haben möchten, können sich an Pascal Dupuy, Université de Rouen, I.R.E.D., F-76821 Mont Saint Aignan cédex wenden.

Buchbesprechungen

Jörn Garber, Spätabsolutismus und bürgerliche Gesellschaft. Studien zur deutschen Staats- und Gesellschaftstheorie im Übergang zur Moderne, Keip-Verlag, Frankfurt a. M. 1992, 434 S.

Angesiedelt zwischen Rechtsgeschichte, Politologie und Historiographie sowie Philosophiegeschichte zielen die Aufsätze, die der Vf. im Dezenium zwischen 1978 und 1988 erstveröffentlicht hat, auf eine Verbindung von Methoden, die die neue Sozial- (oder besser: Gesellschafts-) Geschichte und die sozialgeschichtlich erweiterte Literaturwissenschaft bei der Analyse von Texten und Kontexten entwickelt haben. Das Dutzend Abhandlungen, die als eigenständiger Aufsatz, aber auch als Nachwort (so zum Neudruck von Fritz Valjavec' Klassiker über die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815) und kritischer Forschungsbericht erschienen, behandelt das deutsche Schrifttum der zweiten Hälfte des 18. Jhs. und die darin aggregierten Verschiebungen politischer Positionsbestimmungen und Gesellschaftsauffassungen. *Garber* plädiert für eine integrierende Schau jener Strömungen, die später – auf der Folie ihrer Reaktionen auf die Revolution – als Konservatismus, Liberalismus und

Demokratismus erfaßt werden. So erschließt sich eindrucksvoll der Zusammenhang einer gemeinsamen Diskussion vor einem gemeinsamen soziopolitischen Hintergrund, der erst 1789 zum Ancien Régime, zur vorrevolutionären Gesellschaft wird. Die präzise quellengeleitete Rekonstruktion dieser Debatte führt den Vf. zu der These, daß sehr früh „in Deutschland die bürgerliche Intelligenz den politischen Monismus der Hochaufklärung in einen politischen Pluralismus der Spätaufklärung umschlagen läßt, so daß inneraufklärerisch alle Optionen zwischen Absolutismus, Liberalismus und Radikaldemokratismus fast gleichzeitig vertreten werden. Die Revolutionierung des Denkens ereignet sich ca. 20 Jahre vor Ausbruch der Französischen Revolution.“ (S. 9)

Garber sieht sowohl in der frühkonservativen Kritik (vgl. besonders die Abhandlungen 9 und 10) als auch in den Gegenentwürfen des „sozialistischen und frühkommunistischen Ideals ... einer Solidarrechtsgesellschaft“ die Dominanz vorbürgerlicher Elemente (Abhandlung 6). Unleugbar ist gerade in Deutschland, wo die Ausdifferenzierung gesellschaftspolitischer Strömungen eher in einem intellektuellen Diskussionsprozeß denn über den Rückbezug auf eine politisch-kulturelle Praxis (der Orga-

nisation bürgerlicher Öffentlichkeit und des Parlamentarismus) verlief, die Kontinuität von Denkmustern nachvollziehbar, die vor dem vom Vf. beschriebenen spätaufklärerischen Pluralisierungsschub aufzufinden sind. Gleichwohl scheint dabei der Zusammenhang zur französischen Praxis nach 1789 doch zu gering angesetzt, wo radikaldemokratische und kommunitaristische Vorschläge weniger auf die Wiedererrichtung des vergangenen „goldenen Zeitalters“, sondern vielmehr auf die Beseitigung der letzten korporatistischen Barrieren für einen Kapitalismus zielten, dessen Träger nicht länger die privilegierten Bourgeoisie d'Ancien Régime, sondern eine neue soziale Schicht von freien Besitzenden sein sollte. Gleichmaßen wäre der Lern- und Modernisierungsprozeß in Anschlag zu bringen, den der französische Konservatismus mit der Revolution und ihren neuen Politik- und Kommunikationsformen mit sich brachte.

Solche kritischen Hinweise sind kein Plädoyer gegen des Vf. Datierung der politischen Pluralisierung innerhalb der Spätaufklärung auf die 1770er Jahre, sondern der Wunsch nach ausführlicherer Erörterung der Wirkungen, die die Französische Revolution auf einen schon im Fluß befindlichen Prozeß hatte.

Matthias Middell

Gwynne Lewis, *The French Revolution. Rethinking the Debate*, Routledge, London 1993, 131 S.

In der Reihe *Historical Connections*, die nach den Worten ihrer Herausgeber wichtige historiographische Diskussionen zusammenfassen und sich durch eine provozierende Argumentationsweise und vergleichende Betrachtung auszeichnen soll,¹ stellt Lewis auf etwas mehr als 100 Seiten eine Einführung in die Debatte um die Französische Revolution vor.² Bei solcher Komprimierung handelt es sich um ein mit Sicherheit umstrittenes, jedoch nicht unlösbares Vorhaben, welches an den von ihrer Konzeption her sehr unterschiedlichen Arbeiten von Michel Vovelle oder Eberhard Schmitt gemessen werden wird.³

Der Vf. trägt einem Trend, immer mehr Informationen in immer kürzerer Zeit verarbeiten zu müssen, durch eine klare Argumentation Rechnung. Die Arbeit gliedert sich in einen chronologischen und einen interpretatorischen Teil. Eine knappe Auswahlbibliographie und ein Register beschließen den Bd.

Die Stärken der Arbeit liegen in der Einordnung des Revolutionsereignisses in die *longue durée*. Aus der Sicht des Sozial- und Wirtschaftshistorikers werden eine Vielzahl interessanter Fragestellungen aufgeworfen, wie die nach einem Vergleich der Folgen des Friedensschlus-

ses von 1763 und der Revolutionsjahre für die Entwicklung der französischen Wirtschaft. Der Vf. diskutiert das Konzept der regionalen Industrialisierung vor dem Hintergrund eines englisch-französischen Vergleichs und kritisiert die Forschungsergebnisse von Guy Richard und Guy Chaussinand-Nogaret zur ökonomischen Vorreiterrolle des Adels am Vorabend der Revolution vor dem Hintergrund eigener empirischer Untersuchungen.

Dagegen ist das Kapitel über die *culture révolutionnaire* und die Formierung des „neuen Menschen“ zum kürzesten des Bandes geraten.

In seinen Ausführungen über die sozialen Interpretationen der Revolution weist der Vf. nach, daß es deren Kritikern nicht gelungen ist, sie überzeugend zu widerlegen. Sie haben zu Recht eine starke teleologische Sicht auf die Bedeutung von 1789 in der Geschichte des bürgerlichen und proletarischen Fortschritts kritisiert, ihre Interpretation aber eher komplementär zur sozialen Interpretation entwickelt.

Wer die Debatte um 1789 auf engstem Raum komprimiert behandelt, wird Schwerpunkte setzen müssen, und Lücken werden unvermeidlich bleiben. Allzu vereinfacht erscheint es gleichwohl, wenn der Vf. die überwiegende Mehrheit der Revolutionshistoriker als „marxistisch“ oder „revisionistisch“ einstuft, zumal er diese Stilisierung im Vor-

wort selbst überzeugend relativiert. Vielleicht hätte ein ausführlicheres historiographisches Kapitel, wie es z. B. Ernst Schulin seiner Arbeit über die Revolution von 1789 vorangestellt hat,⁴ geholfen, diese schematische Stilisierung, die sich im Kommentar zur Bibliographie fortsetzt, zu vermeiden.

Die Bibliographie, die sich mit wenigen Ausnahmen auf englischsprachige Titel beschränkt, hätte mit Gewinn strukturiert werden können, und man hätte sich eine Reihe von Ergänzungen gewünscht, die etwa wichtige Nachschlagewerke und Arbeiten zu den Pariser politischen Institutionen verzeichnen.

Insgesamt ist es ein sehr anregender Essay, der durch seine Faktendichte und klare Argumentation in bester angelsächsischer Tradition zum Nachdenken und Widerspruch herausfordert.

Steffen Sammler

- 1 Die Reihe wird von D. Blackburn, G. Crossick, J. Davis und J. Innes herausgegeben und stellt schwerpunktmäßig Debatten zur Geschichte des 19. und 20. Jhs. vor. Themen sind u.a. der deutsche „Sonderweg“, das Verhältnis von Nation und Region in Europa seit dem 19. Jh., der strukturelle Vergleich von Diktaturen und demokratischen Gesellschaften oder die rasch voranschreitende Deindustrialisierung „klassischer“ Industrieländer im letzten Viertel des 20. Jhs.
- 2 Der Vf. ist mit Arbeiten zur Konterrevolution in Südfrankreich (*The Second Vendée: The Continuity of Counter-Revolution in the Department of the Gard 1789-1815*,

- Oxford 1978) und der frühen Industrialisierung im Spannungsfeld von grundherrschaftlichem Machtstreben, moral economy und unternehmerischem Pioniergeist (The Advent of Modern Capitalism in France 1770-1840, Oxford 1993) hervorgetreten.
- 3 Vgl. M. Vovelle, Breve storia della rivoluzione francese, Bari 1979; dt., Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten, München, Wien 1982; E. Schmitt, Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution, München 1980.
 - 4 Vgl. E. Schulin, Die Französische Revolution, München 1988.

Werner Giesselmann, „Die Manie der Revolte“. Protest unter der französischen Julimonarchie (1830-1848), 2 Bde. R. Oldenbourg Verlag, München 1993, 1086 S., zahlr. Graphiken u. Tab. (= Ancien Régime, Aufklärung und Revolution. Hrsg. von Rolf Reirhardt und Hans-Ulrich Thamer, Bd. 25).

Julirevolution und -monarchie hatten es in der Forschung stets schwer, ihren eigenständigen Platz in der Geschichte Frankreichs zu behaupten. Dies hat sicher etwas damit zu tun, daß kaum eine der uns bekannten bürgerlichen Gemeinwesen von Anbeginn so in Frage gestellt worden war wie die elitäre Herrschaft Louis Philippes und der großen Finanziers. Neuere Arbeiten zum Gesamtkomplex liegen denn auch schon wieder Jahre zurück¹, und die verdienstvol-

len Forschungen vornehmlich angloamerikanischer Provenienz wenden sich „nur“ wesentlichen Teilaspekten zu. Auch die nun vorliegende Habilitationsschrift von *Werner Giesselmann* schließt die Lücke einer fehlenden modernen Gesamtdarstellung nicht – aber sie ist ein sehr wichtiger Baustein auf dem Wege zu ihr. Gegenstand seiner Arbeit sind Basisprozesse eines schon von Zeitgenossen so aufgefaßten transitorischen Regimes, das seine Existenz einer verratenen Volksrevolution (I, 1), einem spezifischen innenpolitischen Kräfteverhältnis und der Duldung durch die Heilige Allianz verdankte. Dabei geht es *Giesselmann*, der erfolgreich Theorie und Empirie zusammenführt, erstens um die Frage, wer wann wo und warum protestierte, wobei das Problem des Wie für ihn keineswegs von sekundärer Bedeutung ist: es erhellt schließlich die Denk- und Verhaltensweisen der Träger des Protestes und führt so über die Verdeutlichung tradierter Strukturen zum Erkennen plebejischen Rechtsempfindens, das wiederum das Wie und das Warum erklärt. Zweitens ist *G.* bestrebt, über den Protest und die „Manie der Revolte“, begriffen als den „beharrliche(n) Versuch, aufrechten Ganges einen Alltag zu durchqueren, dessen Lasten die Menschen ständig auf die Knie zu zwingen droht“ (II, 1045), den Weg zu den nur schwer zugänglichen Lebensbedingungen, Bewußtseinslagen und

Verhaltensweisen der zumeist anonym gebliebenen Akteure zu finden. Daher wird der Protest, aufgearbeitet anhand von Fallstudien und computergestützter Makroanalyse, für ihn zum Schlüssel für das Verständnis seiner Trägerschichten wie der Strukturen dieser vermeintlichen Juste-milieu-Gesellschaft. In Summe erscheint die kollektive „Manie der Revolte“, in die der Autor u.a. mit Teuerungsrevolten, Streiks, Luddismus, Attentaten, Aufständen sowie anderen Formen regimfeindlicher Aktionen eine bemerkenswerte Breite von Aktivitäten einbringt, als Prozeß der Selbstbehauptung der Teilnehmer wie ihres Bewußtwerdens über den eigenen Platz in dieser Gesellschaft. So aufgefaßter und dargestellter Protest entzieht sich glücklich jeglichem Versuch, ihn einfach als rückwärts gewandt, als bloße Entäußerung von Elend oder als Randal von Mob zu begreifen.

Der Autor, der einleitend eine überzeugende Diskussion um den Forschungsstand, die Definition des Untersuchungsgegenstandes und seiner Methoden führt, ist sich der möglichen Uferlosigkeit des in der Forschung verwendeten Protestbegriffs bewußt, unter dem sich in der Tat letztlich alles und nichts subsumieren läßt. Für ihn ist Protest das Produkt sozial bedingter Ursachen und Motive, der kausal mit Strukturen und Prozessen auf der sozio-ökonomischen, politisch-rechtlichen und ideo-

logisch-kulturellen Makroebene verknüpft sei (I, 6). In Polemik mit der mit quantitativen Momenten operierenden Tilly-Gruppe, für die das Ganze erst ab einer bestimmten beteiligten Personenzahl relevant wird, ist Protest hier das individuelle und/oder kollektive Konfliktverhalten, das gegen bestehende Gesetze verstößt (I, 12). Als (grobe) Quellen eines solchen Protestes, folglich Reflexion auch sozial bedingter Unzufriedenheit, schichtspezifischer Interessen und erlebter Desillusionierungen, werden die Struktur der Julimonarchie (die *monarchie bourgeoise*), die (eingeeigte und dann auch noch gebrochene) Charta und mit Tudesq² Folgerungen und Konsequenzen einer politischen wie ökonomischen Übergangsgesellschaft genannt. Neben der Einleitung und dem Verzeichnis der Tabellen, Karten, Literatur und Quellen besteht die auf zwei Halbbände ausgedehnte Arbeit aus drei großen Teilen. Teil I liefert in sechs umfangreichen Kapiteln Fallstudien des Protestes; der vom Umfang her im Vergleich zu den beiden anderen Abschnitten geringere Teil II zieht eine quantifizierende Bilanz der vorausgangenen Fallstudien anhand der französischen Kriminalstatistik und öffnet so den Weg für die systematischen Kausalanalysen des Teils III (Bestimmungsfaktoren des Protestes unter der Julimonarchie). In Summe werden der Protest als massenhaft auftretendes Verhaltensphänomen,

vornehmlich ledige Männer zwischen 20 und 30 Jahren als seine Träger und, in beeindruckender Weise nach Region und Zeit differenziert, Ursachen wie Hintergründe von Phasen und Zonen intensiver Spannungen bzw. relativer Ruhe nachgewiesen und die unruhigen bzw. protestantfälligen Bevölkerungselemente näher bestimmt. Die Gründe dafür, warum spätestens seit Beginn der 1980er Jahre der Uraltlegende von der „Revolution der leeren Bäume“ allmählich mangels Substanz die Luft wegbleibt, werden durch die Ergebnisse der Untersuchungen von G. vorzüglich demonstriert: Die (denkbare) Annahme etwa erwies sich als Trugschluß, einfach vom Grad der Teuerung und vom Umfang realen Elends auf Protest- und Konflikthäufigkeit zu schließen (I, 66ff.).

Hinsichtlich genereller Ursachen- und Konfliktforschung erweisen sich die Analysen *Giesselmanns* als wahre Fundgrube. Wiewohl Teuerung, Not und Elend sowie das Leben am bzw. unter dem Existenzminimum den allgemeinen Rahmen der Protestaktionen abgeben, bleibt er dabei nicht stehen. Aus der Vielzahl der interessanten und weitere Fragen anregenden Erkenntnisse und Thesen seien u.a. genannt: das allgemeine Elend und die Ausweglosigkeit, die (indes schon in den letzten Jahrzehnten des Ancien Régime existente) Diskrepanz zwischen Bevölkerungswachstum und (mangelhafter)

Produktivität der Landwirtschaft, eine akute (oder vorauseilend besorgte) Existenzbedrohung in Krisen- und Teuerungszeiten. Aber der Aufruhr ist eben mehr als nur von ökonomisch-sozialen Faktoren geprägt. Die benutzten Quellen (u.a. Bestände der Archives Nationales aus den Bereichen Justiz, Gerichtsbarkeit, Allgemeine Verwaltung, Kirche) weisen u.a. hin auf die plebejischen Auffassungen von einer „sitirichen Ökonomie“, die Händler als „Verbrecher“ und überhöhte Preise als „unfair“ deklariert; auf die Gerechtigkeitsvorstellungen und auf die Ehranfassungen plebejischer Massen, womit die Revolte zu einer Frage des Anstandes und des Rechts wird. Aber auch politische Ansätze macht G. mit dem Hinweis auf die Dialektik von Preis, Markt und Staat deutlich. Denn das Aufsaugen des lokalen Marktes (und seiner Variationsmöglichkeiten) durch die Zentralisierung des Staates und der Rückzug dieses (liberalen) Staates aus seiner (vermeintlichen) Verantwortung für Wirtschaft und Untertan haben Konsequenzen: Völlig zu Recht sieht der Autor z.B. in den häufigen Angriffen auf die Behörden vor Ort oder in den Departments spezifische Formen kommunalen Machtkampfes von Interessengruppen. Wesentlich wird durch die Arbeit der stets gültigen Forderung an die Wissenschaftensprohen, handelnde Akteure und stattgehabte Ereignisse nur durch die gegebene Zeit

und mit ihr zu erklären und darzustellen. Insgesamt werden aber Größe und Tragik sichtbar: Spenden werden von einem Teil der Betroffenen als Beleidigung aufgefaßt und ihre Mehrheit, die das nun gültige *laissez-faire*-Prinzip nicht versteht und es doch als Verursacher ihrer Schwierigkeiten ausmacht, geht mit altem traditionellem Denken an die der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Prozesse und Folgerungen heran. So erscheint die Revolte auch als Ausdruck des Protestes gegen die kapitalistischen Transformationen zur Zeit der Julimonarchie. Widerstand, Beleidigung und Tätlichkeit gegenüber der Staatsgewalt sind als die typischsten Formen des Protestes erfaßt (II, 1032), womit letztlich die „falschen“ Gegenspieler die Prügel beziehen. Dabei interessiert den Autor, der den nach seiner Ansicht präziseren Terminus *Deprivation* dem des Elends vorzieht, im Rahmen seines Themas einleuchtend weniger die ökonomischen Abläufe als solche, als vielmehr deren reale soziale Auswirkungen auf Arbeitsplatz, Einkommen, Besitz, Lebensstandard, Status usw. Als eigentliche Indikatoren des Protestes werden daher u. a. ermittelt: der beständige Mangel an Arbeit, die Insuffizienz an agrarischem oder gewerblichem Einkommen, das Leben an und unter der Armutsgrenze schon in „normalen“ Zeiten, die bei den plebejisch-proletarischen Massen unverändert hohe Mortalitätsrate und

die geringe Überlebenschance von Neugeborenen.

Der Autor weiß selbst, daß trotz des Umfangs seiner Analysen die Darstellung der Wirkungsweise des Protestes besonders auf die Herrschenden zu kurz gekommen ist. Reaktion (Repression und Terror) und Lernprozeß werden indes als negativ eingeschätzt (II, 1036), und man kann zustimmend unterstreichen, daß die Julimonarchie mit der Verweigerung des Protestes selbst ein wesentliches Element zu ihrem transitorischen Charakter beisteuerte. Aber mit der Darstellung der Ergebnisse von Protest und Revolte für Teilnehmer und Aktivisten, bei „kurzer Sicht“ ebenfalls wirkungslos (Kerker, Rücknahme unter Druck erfolgter Zusagen, allgemeine Verschärfung obrigkeitstaatlicher Drücke und Zwänge), beteiligt sich G. mit Gewinn für die Forschung an der Debatte über das (reale wie vermeintliche) „Scheitern“ von Volksbewegungen in der Geschichte.³ Seine Bilanz auf „lange Sicht“ ist durchaus positiv: Lyon wird als Pyrrhus-Sieg der Etablierten ebenso genannt wie das Phänomen des Lernens und des Reifens der niedergelungenen Kombattanten, und die kommunikative Funktion von Protest und Revolte vertragen sich mit dem Begriff des Scheitern schon gar nicht (II, 1035).

Schließlich sei noch ein Gedanke aus der Analyse der politischen Bestimmungsfaktoren besonders her-

vorgehoben. An der Julimonarchie ließen „sich exemplarisch die Nöte und Aporien eines Regimes studieren, das einerseits aufgrund seines ausgeprägten Klassencharakters ständig soziale Konflikte produziert, andererseits nicht vermag, durch entschlossene Strukturreformen deren Ursachen zu reduzieren oder durch eine effiziente Repression deren Symptome zu unterdrücken“ (II, 892). Denn addiert man dies mit möglichen Auswirkungen von Defiziten und/oder Fehlleistungen der Sozialpolitik, findet man zweifellos einen generellen Ansatz für die Krisen- und Protestforschung unserer Tage.

Kurt Holzapfel

- 1 K. Holzapfel, Zur Dialektik von inneren und äußeren Faktoren in der bürgerlichen Revolution – Eine Studie zu ausgewählten Aspekten der Julirevolution von 1830 in Frankreich, phil. Diss. B, Leipzig 1980 (Ms.).
- 2 A.-J. Tudesq, Les grands notables en France 1840-1849. Étude historique d'une psychologie sociale. 2 Bde, Paris 1964.
- 3 Zur Fragestellung vgl. R. Cobb, La protestation populaire en France (1789-1820), Paris 1975.

Alan Kahan, Aristocratic Liberalism: The Social and Political Thought of Jacob Burckhardt, John Stuart Mill and Alexis de Tocqueville, Oxford University Press, Oxford 1992, 228 S.

Im vorliegenden Buch versucht *Alan Kahan*, die von Hans Rosenberg 1930 in der „Historischen Zeitschrift“ aufgeworfene Frage nach einer Typologie des europäischen Liberalismus im 19. Jh. zu beantworten. Obwohl *Kahan* keine vollständige Typologie aufstellt, rückt er einen besonderen Zweig des Liberalismus, den „aristokratischen Liberalismus“, in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Ausgehend von den Schriften Burckhardts, Mills und Tocquevilles, die er als Repräsentanten der deutschen, englischen und französischen Kultur ansieht, definiert er den Begriff „aristokratischer Liberalismus“ und versucht, ihn auf den europäischen Liberalismus als Ganzes zu beziehen.

Welche Prinzipien verkörpern nun die Vertreter des „aristokratischen Liberalismus“? Freiheit der Persönlichkeit, Furcht vor staatlicher Zentralisation, Mißtrauen gegenüber den Massen und die Geringschätzung gegenüber einem wachsenden kommerziellen Geist bilden die Hauptfaktoren, welche diese „aristokratischen Liberalen“ einen. Sie führten diese Gelehrten, so *Kahan*, zu ähnlichen Auffassungen über die mensch-

liche Natur, die Ziele von Bildung, die Geschichte Europas und den Verlauf der europäischen Entwicklung im 19. Jh.

Diese Anschauungen gründeten sich auf ihre Interpretation der Aufklärung und der Französischen Revolution. Für diese Liberalen war es Frankreich und nicht England, das den „paradigmatic case for modern history“ konstituierte. Selbst im Falle Mills, für den diese Einschätzung am wenigsten wahrscheinlich scheint, argumentiert *Kahan* überzeugend, daß sie zutrifft. Mill zitierend, schreibt er, daß England „one of the least interesting histories – (France perhaps the most and certainly the most instructive in so far as history is ever so)“ hatte (S. 11).

Kahan bemerkt darüber hinaus, daß diese drei Denker gemeinsame Wurzeln in der humanistischen Tradition hatten. Er definiert Humanismus als eine aus der klassischen Antike und der Renaissance stammende Sicht auf das Individuum, die von einer „constant human nature“ ausging. (S. 84) Weil aber jeder dieser Denker in einer Zeit lebte und schrieb, in der die Ereignisse von 1789 und die Napoleonischen Kriege das kollektive Bewußtsein Europas beherrschten, ist ihre Stellung zu diesem Humanismus, der durch das Entstehen neuer Ideologien fraglich geworden war, nicht ungebrochen gewesen. Daher standen alle drei sowohl unter dem Eindruck des Huma-

nismus als auch dem der sich herausbildenden historistischen Konzeption über die menschliche Natur und Gesellschaft. Historismus bedeutete für *Kahan* eine Fortschrittsauffassung, die von der Fähigkeit des Menschen ausgeht, sowohl die Menschheit als auch die Gesellschaft verändern zu können. Diese problematische Verschmelzung von Humanismus und Historismus bezeichnet er als „modernen Humanismus“, und sein Kapitel darüber ist das interessanteste und überzeugendste im gesamten Buch. Der Autor führt dem Leser deutlich vor Augen, daß diese Denker nicht einfach die Revolution auslöschen, sondern deren radikale Natur bezähmen wollten, um die Ideen von Fortschritt und Freiheit vor ihrer Degeneration in die Tyrannei ungebildeter Massen zu bewahren. Das politische Verhalten dieser Massen widerspiegelte in den Augen der „aristokratischen Liberalen“ zu sehr deren krasse kommerzielle Interessen. In diesem Sinne sieht *Kahan* die „aristokratischen Liberalen“ als frühe Vorläufer jener Denker, die die Probleme der politischen Modernität und der Klassenspannung, die im späten 19. Jh. die politischen Debatten dominierten sollten, erkannt hatten.

Insgesamt ist das Buch mit seinem starken theoretischen Gehalt sehr gut lesbar. Dies zeigt sich z.B. anschaulich in *Kahans* Beherrschung der „Foucaultschen Perspektive“. In

seinem Schlußkapitel versucht er den Leser von dem tradierten Versuch, den Liberalismus „eindimensional“ zu definieren, wegzuführen und diesen statt dessen als „grand epistemic system of discourse that was liberalism in the nineteenth century“ (S. 139) zu beschreiben. Darüber hinaus ist die Verarbeitung der Sekundärliteratur zum Thema Liberalismus beeindruckend. Er flieht andere Auffassungen in unaufdringlicher Art in seinen Text ein, und ob er ihnen zustimmt oder sie ablehnt, nie bringen sie seine eigene Argumentationslogik durcheinander.

Trotz dieser Vorzüge ist verschiedentlich Kritik anzubringen. Da sich *Kahan* nur auf einen Teil der angekündigten Typologie des europäischen Liberalismus beschränkt hat, fragt sich der Leser, welche anderen Typen es noch gab. Kann man etwa bei einer Existenz des „aristokratischen Liberalismus“ auch von einem „bürgerlichen Liberalismus“ sprechen? Oder ist das traditionelle Spiel der Begriffe nun überholt? Wie soll man seine neue Herangehensweise für eine umfassende Geschichte des Liberalismus konzeptualisieren? Gibt es ein Spektrum liberaler Stimmen, das sich von der oberen Elite die Bildungs- und soziale Leiter nach unten bewegte und wo jede Sprosse bis hin zu einem „proletarischen Liberalismus“ in der einen oder anderen Form als liberal angesehen werden kann?

Darüber hinaus ist es unwahrscheinlich, durch die Lektüre des Buches ein abgerundetes Bild über das Denken Burckhardts, Mills und Tocquevilles zu erhalten. Widersprüche und Unterschiede verschwinden oft zu einfach hinter *Kahans* Konzept des „aristokratischen Liberalismus“. Selbst wenn dieses Modell stimmte, entsteht die Frage, welche anderen Denker hineinpassen würden. Außer den drei gewählten wird kaum ein anderer erwähnt. Und auch unter diesen scheint Burckhardt nur schwer subsumierbar. K. spricht von ihm als dem deutschen Vertreter, aber wenig führt er zu dessen Schweizer Nationalität und seiner lebenslangen Bindung an den Heimatkanton Basel aus. Wenn man Burckhardt politisch vorrangig als einen Schweizer oder Baseler betrachtet, wie es viele Historikertun, könnte man fragen, ob *Kahan* überhaupt für Deutschland ein adäquates Beispiel gewählt hat. Überraschenderweise erwähnt er auch kaum die Frankfurter Nationalversammlung von 1848. Gehörten ihr auch „aristokratische Liberale“ an? Wie ordnet er den deutschen Liberalismus in die Sonderwegs-Debatte ein? Im Versuch, nationale Unterschiede zu minimieren, um den Liberalismus als ein übernationales und intellektuelles Phänomen zu interpretieren, hat *Kahan* viele wichtige Punkte übersehen.

Trotz dieser Mängel, die zudem oftmals durch ihre provozierende Art

zur weiteren Diskussion anregen, ist das Buch eine bedeutende wissenschaftliche Leistung. *Kahan* selbst stellt den anregenden Charakter des Buches über dessen demonstrative Seite und betont, daß seine Gedanken vor allem als „fighting rods“ für weitere Forschungen angesehen werden sollten. In dieser Hinsicht ist das Werk auf jeden Fall gelungen, und der Leser wird gespannt den angekündigten weiteren Arbeiten über den Liberalismus entgegensehen.

Tal Howard

Axel T.G. Riehl, Der „Tanz um den Äquator“. Bismarcks antienglische Kolonialpolitik und die Erwartung des Thronwechsels in Deutschland 1883 bis 1885, Duncker & Humblot, Berlin 1993, 886 S. (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 1)

Seit Hans-Ulrich Wehlers berühmter Studie über Bismarck und den Imperialismus will die Debatte nun Bismarcks Motive, im Jahre 1884 überraschend zu einer aktiven Kolonialpolitik überzugehen, nicht verstummen. *Riehl* legt in seiner monumentalen Studie nun eine Interpretation vor, die die ältere „Kronprinzen-These“ (etwa bei Eyck erwähnt) mit reich-

haltigem Quellenmaterial untermauert. Seit 1883 habe sich der Gesundheitszustand Wilhelms I. erheblich verschlechtert, so daß eine baldige Thronübernahme des anglophilen und damals noch nicht kranken Kronprinzen (des späteren Kaisers Friedrich III.) wahrscheinlich schien. Dessen verschwommener Liberalismus habe Bismarcks Furcht vor einem deutschen „Kabinet Gladstone“ Nahrung gegeben, weshalb der Reichskanzler den Linksliberalen und dem Thronfolger durch eine Reihe von „verfassungsrechtlichen Offensivmaßnahmen“ vorab das Wasser abgraben wollte. Diese scheiterten, während zuvor die Gründung der Deutschen Freisinnigen Partei als „Kronprinzenpartei“ die Gefahr eines linksliberalen Erfolges in den Wahlen des Jahres 1884 möglich erscheinen ließ. Weiterhin werden die Hofintrigen um den Battenbergischen Heiratsplan, die eine deutsch-russische Entfremdung befürchten ließen, von *Riehl* mit profunder Kenntnis geschildert. Im April 1884 habe Bismarck nach einem deutsch-englischen Konflikt gesucht, der einen Keil zwischen den Kronprinzen und die Linksliberalen einerseits und Großbritannien andererseits treiben sollte. Hier bot sich die hastig improvisierte Kolonialpolitik an, die einen lokalisierbaren Konfliktherd mit England schuf, der durch scharfe Angriffe der ‚Reptilienpresse‘ gegen das Ministerium Gladstone angeheizt wurde.

Nachdem es Mitte 1885 zu einer Einigung zwischen dem Kronprinzen und Bismarck um die Modalitäten eines eventuellen Thronwechsels gekommen sei, habe die Kolonialpolitik ihre Funktion verloren.

Der Autor geht – wie vor ihm kein anderer – minutiös den Entscheidungsprozessen der Jahre 1883/85 nach und präsentiert zahlreiche unbekannt Details im Hinblick auf die Chronologie der Entscheidungsabläufe, die Vorgeschichte des Angra-Pequena Schutzbriefes und die Verwurzelung der Kolonialpolitik in der Innenpolitik des Kaiserreiches. Sicherlich wird man von nun an die Bedeutung der „Kronprinzen-These“ für die Kolonialpolitik weit höher ansetzen als bisher.

Dennoch bleibt beim Rezensenten ein ungutes Gefühl, da diese These in manchen Bereichen auch überstrapaziert wird. Die folgenden kritischen Bemerkungen sollen keineswegs das Verdienst des Autors schmälern, sondern lediglich aufzeigen, wo wahrscheinlich die Grenzen dieser Interpretation zu finden sind.

Erstens gab es neben den kurzfristigen Entscheidungen des Jahres 1884 auch längerfristige Tendenzen: So spielte Bismarck bereits seit 1879/80 mit dem Gedanken, eine verstärkte überseeische Expansion als Waffe gegen die Linksliberalen einzusetzen, was die – zu diesem Zeitpunkt im Reichstag abgelehnte – Postdampfersubventionsvorlage zeigt.

Zweitens ist nicht wirklich zwingend, warum sich gerade die Kolonialpolitik anbot, um einen Konflikt mit England zu provozieren. Die *caisse* in Ägypten wäre ein viel sichereres Mittel gewesen, jederzeit und in Übereinstimmung mit den Franzosen einen lokalisierbaren Konflikttherd mit Großbritannien zu schaffen, der Gladstone weit unangenehmer gewesen wäre als die Flaggenhissungen in Afrika und Neu-Guinea. Diese stießen ja auch nicht so sehr auf den Widerstand der Zentrale in London, sondern auf den des südafrikanischen und australischen Subimperialismus. Drittens dürfte das Argument, daß die Kolonialpolitik 1885 nur wegen Bismarcks Einigung mit dem Kronprinzen über die Modalitäten des Thronwechsels auf Eis gelegt wurde, in dieser Verabsolutierung nicht zutreffen. Mindestens ebenso wichtig war die Veränderung des internationalen Systems durch den Sturz Ferrys, durch den die deutsch-französische Kolonialentente zu Makulatur wurde, und die ökonomische Einsicht, daß das System der *chartered companies* zum Scheitern verurteilt war. Auch die nur am Rande erwähnte Kongo-Konferenz und die Durchsetzung des Prinzips der „Effektiven Kontrolle“ läßt sich mit Berliner Hofintrigen allein wohl kaum erklären.

Diese Bemerkungen sollen jedoch den Wert des Buches keineswegs in Frage stellen: Sicherlich führt in Zu-

kunft kein Weg an den Thesen des Autors vorbei, auch wenn man sich ihnen nicht in jedem Detail anschließt.

Boris Barth

Heinz Duchhardt, Arnold Berney (1897-1943), das Schicksal eines jüdischen Historikers, Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 1993, 136 S.

In viele wissenschaftliche Karrieren unseres Jahrhunderts hat die bruchreiche deutsche Entwicklung tiefe Kerben geschlagen, und nicht wenige erfuhren dabei irreversible Weichenstellungen. Ein besonders bedrückendes Kapitel ist das sogleich nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 einsetzende Hinausdrängen jüdischer Wissenschaftler aus dem deutschen akademischen Leben, das an praktisch jeder Universität und in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen beobachtet werden konnte. Heute beunruhigt dabei besonders, daß in großen Überblicksdarstellungen die Namen der Betroffenen häufig nur noch im Zusammenhang mit diesem gegen sie gerichteten Vorgehen erwähnt werden, über ihr wissenschaftliches Schaffen jedoch verlässliche Auskünfte fehlen. Subtile Erinnerungsarbeit auf diesem Gebiet ist daher verdienst-

voll, und so kann auch die biographische Skizze *Heinz Duchhardts* über Arnold Berney besonderes Interesse beanspruchen.

Das weniger als fünf Jahrzehnte währende Leben dieses jüdischen Historikers ist in den wissenschaftlichen Etappen und äußeren Stationen schnell überschaut. Am 14. Mai 1897 als einziges Kind einer wohlhabenden Weinhändlerfamilie in Mainz geboren, durchlebte er Jahre einer wohlbehüteten und sorglosen Kindheit und Jugend, die 1916 in seiner Heimatstadt mit dem Abitur den Abschluß fanden. Offensichtlich bewirkte vor allem das Stahlgewittererlebnis an der Westfront 1917 einen Entwicklungsschub, denn nach dem Krieg studierte er – zweifellos elterlichem Rat folgend und entgegen zuvor bekundeten Neigungen – in Heidelberg Rechtswissenschaften. Der Grad eines Dr. jur. wurde ihm an dieser Universität Ende 1920 zuerkannt.

Arnold Berney entschloß sich hiernach, im Fach Geschichte ein Zweitstudium aufzunehmen. Diese in Heidelberg begonnene Etappe führte ihn bald nach Freiburg, wo er mit der Arbeit „Beiträge zur Geschichte der deutschen Aufklärung. I. August Ludwig von Schlözer. II. Michael Ignaz Schmidt“ wenige Tage nach seinem 27. Geburtstag promoviert wurde. Am gleichen Ort habilitierte sich Berney 1927 mit der Untersuchung „König Friedrich I. und das

Haus Habsburg (1701-1707)“ (Druckfassung mit gleichem Titel München 1927).

Offensichtlich ist um diese Zeit der Entschluß gefaßt worden, sich an eine Biographie Friedrichs II. zu wagen, die in den folgenden Jahren seine hauptsächliche Arbeitskraft band. Ihr schließliches Erscheinen (Friedrich der Große. Entwicklungsgeschichte eines Staatsmannes, Tübingen 1934) atmet tragische Züge. Einstmals gewiß ebenso als Ausweis subtilen wissenschaftlichen Könnens wie als Demonstration einer nationalen Geisteshaltung gedacht, knüpften sich jetzt bange Erwartungen um den Erhalt einer akademischen Stellung im deutschen universitären Betrieb angesichts zunehmender Repressionen gegenüber jüdischen Wissenschaftlern an sie. Doch diese Hoffnungen waren trügerisch. Schrittweise wurde er aus dem Freiburger Lehrkörper herausgedrängt.

Nach einer kurzzeitigen Tätigkeit an der Jüdischen Hochschule in Berlin verließ Arnold Berney Deutschland unmittelbar nach dem schockierenden Erlebnis der „Reichskristallnacht“ und gelangte schließlich nach Jerusalem. Eine feste wissenschaftliche Sozialisation gelang hier nicht mehr, mancherlei Unsicherheiten bestimmten seine letzten Lebensjahre. Eine tödliche Krankheit befiel Berney Ende 1943. an ihren Folgen starb er noch vor der Jahreswende.

Heinz Duchhardt hat sich trotz des von ihm nachdrücklich beklagten Problems einer sehr dünnen Quellendecke entschlossen, Berneys Leben in chronologischem Verlauf zu rekonstruieren. Sein Ziel besteht darin, nicht nur einen individuellen Lebenslauf zu präsentieren, sondern ebenso einen Baustein zur „Kollektiv-Biographie“ jüdischer Wissenschaftler in Deutschland in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts zu liefern. Dieser Versuch ist insoweit gelungen, als Berneys Leben an entscheidenden Eckpunkten, in Milieunachzeichnungen oder bei der Schilderung von Beziehungen zu Freunden und Kollegen recht einprägsam sichtbar wird. Beachtlich sind ebenso Urteile und Einschätzungen zu seinem Werk einschließlich mancher Rezeption, die eine Ortsbestimmung seines Schaffens im wissenschaftlichen Leben Deutschlands ermöglichen.

Wenn das Bild dennoch streckenweise eher unscharfe Konturen zeigt, hängt das zwar zum Teil mit der schon bemerkten ungünstigen Überlieferung zusammen. Aber ebenso trägt eine zuweilen spröde Form der Darstellung dazu bei, die gelegentlich nicht frei ist von mißverständlichen Wendungen (etwa S. 69 u. 82) und wohl auch manche Möglichkeit weiterer Interpretation verschenkt. Ein Beispiel hierzu mag man in der Frage erblicken, wie hoch der Einfluß des Kreises um Stefan George und Friedrich Gundolf in Heidelberg

auf Berney zu veranschlagen sei. *Duchhardt* betont ihn eher verbal; er hat damit zweifellos recht. Allein ein Hinweis auf den Gebrauch des Topos vom „geheimen Deutschland“ in Berneys verzweifelter Lebensbilanz, die als Quelle partiell abgedruckt ist (S. 112), wäre hier von besonderem Gewicht.

Erneut entspringt der vorliegenden Studie die nachdrückliche Anregung, den verbliebenen Spuren des Wirkens der jüdischen Intelligenz eingangs unseres Jahrhunderts noch intensiver als bislang nachzugehen, um dieses noch immer zu wenig beachtete Kapitel deutscher Geistesgeschichte schließlich auf gesichertem Grund beurteilen zu können.

Gerald Diesener

Olaf Kirchner, Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1985-1991 – Chancen der Demokratie in Eurasien, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1993, 410 S.

Mit der vor kurzem erschienenen Promotionsarbeit von *Olaf Kirchner* wagt sich ein ostdeutscher Wissenschaftler an einen bis dato in der Betrachtung der ehemaligen Sowjetunion ausgeklammerten Politikbereich heran. Die innere Dynamik der

sowjetischen Gesellschaft wurde von den gängigen Erklärungsmustern entweder als statisch und somit nicht vorhanden betrachtet oder als für das Verstehen der Sowjetunion unwesentlich begriffen. Untersuchungsobjekt der Studie sind demnach die relevanten politischen Parteien und Bewegungen, „die im Verlauf der ‚Perestroika‘ ihre Fähigkeit zur Machtpartizipation im unions- bzw. republikswerten Wirkungskreis nachweisen konnten“ (S. 17). Die Identifizierung dieser Akteure, die Darlegung ihrer politischen Ziele, ihr räumliches Betätigungsfeld und ihre Einbettung in den äußerst dynamischen, gesellschaftlichen Umwandlungsprozeß, bilden den zentralen Teil der Arbeit.

Dieser beeindruckenden, da detaillierten Gesamtschau der politischen Akteure geht eine Betrachtung der größeren Zusammenhänge voraus, unter denen sich die Perestroika vollzog. Im ersten Abschnitt steht eine historische Einordnung des neuerlichen Modernisierungsversuches im Vordergrund. Während der Autor zu Beginn auf die Tatsache verweist, eine Modernisierung in Richtung westeuropäisches Modell sei aufgrund der historischen und kulturellen Unterschiede – fast – nicht möglich, arbeitet er danach die verschiedenen Ebenen der multikausalen Krise heraus, die Gorbatschow zu seiner – der russischen Tradition folgend – „Reformpolitik von oben“ zwangen.

Der Autor zeigt, daß deren Ursachen nicht in den revolutionären Ereignissen von 1917, sondern in der weiter zurückreichenden russischen Geschichte gründen. Die Ausmaße dieser Krise veranlassen *Kirchner* auf der Grundlage seiner Bestandsaufnahme zu folgender Einschätzung: „Deshalb mußte eine weitere ‚Perestroika‘ im Kollaps enden. Hier läßt sich auch die historische Dimension der gegenwärtigen Transformationsprozesse festmachen. Eine Europäisierung, die Rußland von seinem ‚asiatischen Leiden‘ heilen könnte, wäre nur möglich, wenn die Gesellschaft Voraussetzungen für eine zivilisatorische Neugeburt aus ihrem Innern herausentwickelte. Nur so könnte man den Konflikt zwischen dem ‚unvollendeten Industrialismus‘, der ‚halb-asiatischen Produktionsweise‘ (Lenin) und der Orientierung auf ein postindustrielles ‚gesamteuropäisches Haus‘ aushalten.“ (S. 29). Die Ursache des Scheiterns von Perestroika sieht *Kirchner* demnach vor allem im Fehlen gesellschaftlicher Kräfte, die die Träger einer solchen Reform abgeben könnten. Er weist jedoch darauf hin, daß es in der russischen und sowjetischen Geschichte noch nie zur Herausbildung und Konsolidierung einer solchen Schicht kam, da der Impuls gesellschaftlicher Modernisierung stets von staatlicher Seite ausgeht.

Im nachfolgenden Abschnitt teilt der Autor die „Perestroika“ in vier

Phasen ein, die er anhand der Veränderung der politischen Landschaft, der Bewältigung der wirtschaftlichen Situation und der Entwicklungen national-ethnischer Konflikte charakterisiert. Dann geht er zu einer allgemeinen Typologisierung der sozialen Bewegungen und politischen Parteien über, bevor er diese dann auf den regionalen Kontext anwendet.

Die Betrachtung der regionalen Entwicklungen, die quantitativ den Hauptteil der Studie für sich in Anspruch nehmen, kommt einer akribischen Aufarbeitung der jeweiligen politischen Entwicklung gleich. Neben politischen Aspekten werden auch kulturelle, historische und ethnische Aspekte beleuchtet, was den Informationsgehalt dieses Kapitels ungemein steigert, den allgemein interessierten Leser bisweilen jedoch überfordert. Insofern stellt der zweite Teil wohl eher ein Nachschlagewerk für Leser dar, die an den Entwicklungen konkreter Regionen interessiert sind.

Die Arbeit stellt für einen an der Binnendimension interessierten Leser einen Gewinn dar, gelingt es ihr doch, einen gewissen Überblick über die postsowjetische Unübersichtlichkeit zu vermitteln. Besonders die erste Hälfte der Studie zeugt von einer tiefen und breiten Kenntnis der sowjetischen Gesellschaft, die hierzulande eher selten anzutreffen ist. Die zweite Hälfte hingegen bemüht sich um eine Gesamtschau, was unter den

aktuellen Bedingungen einer Sisyphosarbeit gleichkommt, befindet sich doch alles im Fluß. Deshalb kann sie lediglich ein Schlaglicht auf das aktuelle Geschehen darstellen und dürfte zumindest in Rußland bereits wieder überholt sein. Dieses Defizits ist sich *Kirchner* jedoch bewußt und bringt es bereits zu Beginn seiner Studie zur Sprache: Ziel seiner Arbeit sei nicht etwa die Formulierung theoretischer Sätze, noch die Aufstellung einer umfassenden Soziologie des Parteienwesens in der früheren Sowjetunion, sondern die Ausarbeitung von Fragen an die politikwissenschaftliche Erforschung der ehemaligen Sowjetunion und ihrer Folgestaaten. Diesem Ziel, eine Orientierungsgrundlage für weitere Analysen der Entwicklung in der früheren Sowjetunion zu sein, wird die Arbeit mehr als gerecht. Ihr größtes Verdienst dürfte aber darin liegen, daß sie folgende Erkenntnis in einen fundierten Zusammenhang einbettet: „Rußland ist nicht so sehr rückständig gegenüber dem Westen, sondern vor allem anders als dieser.“ (Brie/Böhlke, zit. S. 23).

Sabine Lutz

Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich. Zweite, überarbeitete und erheblich erweiterte Auflage, R. Oldenbourg Verlag, München 1991, 252 S.

Als der Verfasser seinen Überblick zum Sozialstaat als Eröffnungsvortrag des Stuttgarter Historikertages 1985 erstmals vorlegte, war noch nicht abzusehen, in welchem starkem Maße sein Gegenstand durch die Veränderungen nach Wende und Vereinigung ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken würde. Den einen erscheinen diese als unvermeidliche Folgen einer modernen Gesellschaft, in der immer weniger wertschöpfend Arbeitende die Befriedigung der Ansprüche von immer mehr Menschen an die sozialen Sicherungssysteme sichern sollen (vgl. die jüngste Diskussion der Rentenversorgung oder die Debatte um die Beschränkung von finanziellen Abfederungen der wachsenden Erwerbslosigkeit), den anderen als Folge des Wegfalls ostwestlicher Systemkonkurrenz, die dritten schließlich führen Globalisierungstendenzen und damit die Konfrontation von staatlich nicht mehr in gewohnter Weise beeinflussbaren Arbeitsmärkten mit sehr unterschiedlichen Traditionen der Sozialversicherung ins Feld.

Die aktuelle politische und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung um geeignete Instrumente zur

Aufrechterhaltung bzw. Veränderung des Sozialstaates erhält mit *Ritters* Buch einen gewichtigen historischen Hintergrund. Auch wenn er die deutsche Entwicklung in den Mittelpunkt rückt und an ihr einerseits die Rolle der Tradition einer „Revolution von oben“ und andererseits den völligen Zusammenbruch machtpolitischer Legitimation des Staates am Ende des Zweiten Weltkrieges als Gründe für den starken Ausbau des Sozialstaates und dessen Betonung in der bundesdeutschen Identität (mit unübersehbaren Ausstrahlungen auch auf die DDR-Gesellschaft, wie man hinzufügen möchte) hervorhebt, so geht doch der vergleichende Blick nach Großbritannien, Frankreich, Nordeuropa und schließlich in die USA und nach Japan sowie (extrem verknapp) zu den sozialstaatlichen Mechanismen der realsozialistischen Gesellschaften. Insofern *Ritter* den Sozialstaat normativ an Demokratie und Marktwirtschaft bindet (dann aber doch auf den Umgang mit sozialstaatlichen Elementen im Nationalsozialismus und in der Sowjetunion eingeht), bleibt eine wichtige Ebene des Vergleichs gleichwohl unausgeführt – die Diskussion der direkten Konfrontation von west- und ostdeutschem System sozialer Sicherung beschränkt sich denn auch auf die Beschreibung der Sozialunion als Ersatz der DDR- durch die bundesdeutschen Mechanismen.

Systematisch beschreibt der Au-

tor ausgehend von Armenpflege und allgemeinem Wohlfahrtsstaat in Mittelalter und früher Neuzeit die Sozialversicherung und die Altersversorgung in Mittel- und Westeuropa, wendet sich dann aber auch der Regelung von Arbeitsbeziehungen und der Rolle einzelner Akteure in diesen Regelungen (Unternehmer, Gewerkschaften, Staat und Justiz) zu. Zusammen mit den zahlreichen Literaturverweisen (Auswahlbibliographie S. 221-243) machen die mitgeteilten Einzelheiten den Band zu einem Nachschlagewerk von erheblichem Nutzen.

Die komparatistische Beschreibung anhand eines umfassenden Kriterienkatalogs läßt eine Linie in der Argumentation besonders deutlich hervortreten: die jeweilige Komposition der sozialstaatlichen Elemente ist das Ergebnis von Auseinandersetzungen in gegebenen historischen Situationen, befestigt als Tendenz zur staatlich abgesicherten Versorgung, die ohne gravierenden Legitimationsverlust nicht zu beseitigen ist, bedroht von lähmender bürokratischer Pervertierung, aber auch den Verteilungskämpfen von Krisengewinnern gegen Krisenverlierer. In diesem Feld von Stabilität im Grundsätzlichen und Fragilität im Einzelnen des Sozialstaates sind die Handlungsmöglichkeiten abgesteckt.

Ausgeblendet bleiben in *Ritters* Untersuchung allerdings die Schwierigkeiten, sozialstaatliche Instrumente

in Gesellschaften mit deutlich begrenzter Ressourcenverfügung und anderen historischen Traditionen zu entwickeln. Dies schmälert nicht die Leistung des Verfassers, sondern fordert dazu heraus, sie als Ausgangspunkt für weiterführende Studien zu nehmen.

Matthias Middell

***Bahman Nirumand* (Hrsg.), Deutsche Zustände. Dialog über ein gefährdetes Land, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1993, 154 S.**

Der aus Iran stammende Schriftsteller *Nirumand* hatte zweifellos eine gute Idee. In sechs Dialogen entwickeln jeweils ein ausländischer und ein deutscher Autor ihre Sicht auf die deutschen Zustände. Geschrieben wurden diese sehr unterschiedlichen, durchweg lesenswerten zwölf Beiträge im Spätherbst 1992. Sie tragen den Stempel der Aktualität und manchmal auch der Augenblicksreaktion, doch mehrere von ihnen loten tief, berühren fundamentale Fragen.

Die zentrale Frage ist in nahezu allen Beiträgen die nach den Ursachen der Morde und der Barbarei und weshalb die Täter sich lange der Duldung, wenn nicht der heimlichen

Sympathie vieler „normaler Bürger“ sicher sein konnten. Antworten finden sich dazu in diesem Band fast so viel wie Autoren. Der in der Türkei geborene *Zafer Senocak* meint, die Wende von 1982 in der alten Bundesrepublik sei eine wichtige, wenngleich damals wenig registrierte Weichenstellung in Richtung Ausländerfeindlichkeit gewesen. (S. 15)

Daniel Benjamin, amerikanischer Jude und Berlin-Korrespondent der *Time*, sieht die zentrale Ursache der Fremdenfeindlichkeit in der „ostdeutschen Kultur“: „Die Entfremdung, die den Antrieb zur Gewalt gegeben hat, besteht letztlich nicht zwischen Deutschen und Ausländern, sondern zwischen Ost- und Westdeutschen.“ Feind Nr. 1 der Skinheads sei der freilich unangreifbare, weil zu mächtige Wessi – an dessen Stelle würden die Ausländer verprügelt. (S. 35)

Auch *Hans-Joachim Schädlich*, bis Ende der siebziger Jahre DDR-Bürger, sieht die Hauptursache der Gewaltorgie gegen Ausländer in der „kommunistischen Diktatur, die intolerant und gewalttätig alles verfolgte, was anders und was fremd war. Intoleranz und Gewalttätigkeit der Nazis in den neuen Bundesländern sind letztlich die Frucht der kommunistischen Diktatur, die übergangslos das Erbe der Nazi-Diktatur angetreten hatte.“ (S. 71) Eine vernünftige Alternative zur „einen und zur anderen Diktatur“ sei ausschließlich die Demokratie. Damit wird er wohl

wenig Widerspruch hervorrufen; nur, wenn es so einfach wäre, dürfte es keine westdeutschen Skinheads und Nazis geben: sie sind ja in der Demokratie aufgewachsen. Obes ausreicht, die Morde von Hünxe und Mölln (die von Solingen ereigneten sich nach Erscheinen des Buehes) und die Brutalität gegen Ausländer in Dutzenden westdeutschen Städten als ein reines „Randgruppenproblem“ zu bezeichnen, das im „Zeitalter postindustriellen Strukturwandels“ jede Gesellschaft zu gewärtigen hat, wie dies *Daniel Benjamin* tut, kann man nicht nur füglich bezweifeln. Wäre es wirklich so, wäre es sehr schlimm. Zumindest die Opfer würden dann wohl nicht mehr den ethischen Unterschied zwischen der „kommunistischen Diktatur“ und der „freiheitlichen Demokratie“ erfassen können und wollen, wenn er sich darauf reduzierte, daß einmal „ideologische Indoktrination“ und zum anderen „postindustrieller Strukturwandel“ zu ihrem Verhängnis wird.

Da analysiert *Daniel Cohn-Bendit* genauer. Er sieht in der DDR vor allem einen autoritären Staat, in dem „deutscher“ Gesinnungen ziemlich ungebrochen überleben konnten und nun, „wo die Fesseln der SED-Gesittung gesprengt sind, in allem trüben Glanz zum Vorschein kommen... Der Westen Deutschlands sollte seine vergleichsweise zivilen Traditionen im Zweifelsfall auch gegen den Osten Deutschlands verteidigen und schär-

fen.“ (S. 99) Dennoch beschleichen den Leser gerade bei der Lektüre dieses Beitrages einige Zweifel, ob der westdeutsche Vorsprung an zivilen Traditionen im Umgang mit Ausländern wirklich so groß ist, und ober vor allem gegen Ostdeutschland zu „verteidigen und zu schärfen“ ist.

Cohn-Bendit sieht in dem „europaweiten Rechtspopulismus“ ein Phänomen, das er nicht mit dem Faschismus der dreißiger Jahre vergleichen will, da es sich seiner Meinung nach trotz aller martialischen Rhetorik nicht auf den chauvinistischen Nationalismus gründet: „Im Zentrum steht der Wohlstandschauvinismus. Es geht um die Verteidigung realer und oft auch nur eingebildeter Besitzstände. Es geht um die Bewahrung des Erreichten und um das aggressive Dementi aller Realität, die dem entgegenstehen könnte. Und ein Teil – wohlgemerkt: nur ein Teil – dieser Realität sind die Fremden, die Ausländer, die Migranten, die Flüchtlinge.“ (S. 92)

Am entschiedensten und radikalsten fällt die Diagnose der Israelin *Asher Reich* aus: „Der Nazismus ist nicht im Jahre 1945 mit dem Kriegsende gestorben, er wurde nur betäubt und fiel in einen Tiefschlaf... Der betäubte Nazismus wurde beatmet und am Leben erhalten, hier und da, in kleinen Dosen, in aller Stille und Sicherheit durch verschiedene Kräfte: offiziell und halboffiziell, von Leuten der Regierung, Funktionären des Establishments und von Kapitali-

sten – aus Sympathie oder aus Gleichgültigkeit.“ (S. 57) Die Bezeichnung „Rechtsradikale“ hält sie für einen unverzeihlichen Euphemismus der deutschen Medien und der Regierung, da es sich ihrer Meinung nach ganz offensichtlich um Nazis und nichts anderes handelt. Die Lage in Deutschland hält sie für besonders kritisch, da die Demokratie in diesem Land niemals „von innen heraus als nationale und gesellschaftliche Notwendigkeit geschaffen, sondern von außen eingepflanzt wurde, als Gebot der Stunde, nach der Kriegsniederlage.“ (S. 57) Aus unterschiedlichen Gründen und mit verschiedenen Mitteln sei eine ehrliche und tiefgreifende Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit sowohl in der DDR als auch in der alten Bundesrepublik verhindert worden, die deutsche Vereinigung sei ein überstürztes und chaotisch exekutiertes Umerfängen gewesen, das durch seine katastrophalen Ergebnisse den nazistischen Kräften zusätzlichen Auftrieb verliehen hätte. Daher komme der Bundesregierung die Polarisierung gerade recht, da sie sich somit als Kraft der Mitte präsentieren und zugleich von den wirtschaftlichen Problemen ablenken könne. Harte Worte, gewiß, ganz sicher auch kein „ausgewogener“ Beitrag. Und trotz ihrer analytischen Klarheit und Schärfe wird man wohl nicht jeder Schlußfolgerung der Autorin zustimmen können.

Die aus Iran stammenden *Sonia Seddighi* und *Bahman Nirumand* sowie die deutsche Politikerin und Theologin *Antje Vollmer* widmen sich stärker den psychischen Seiten der Problematik. Als „typisch deutsch“ empfindet *Seddighi*, daß man in Deutschland ständig an Grenzen stößt. Jeder habe seinen eigenen Bereich, den er um jeden Preis verteidige, die Individualisierung würde bereits den Kindern eingepflegt und habe ein unglaubliches Maß erreicht. Die Autorin vertritt die These, „daß die Grundlagen der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus in erster Linie in der deutschen Erziehung liegen“ (S. 115).

Nirumand beschreibt kenntnisreich und eloquent die psychischen Laster und Defekte der Deutschen (Hierarchisierung, Unsicherheit, Pedanterie und Provinzialität) und schießt dabei weit über das Ziel hinaus. Sollte es wirklich Leute in diesem Land geben, die Monate oder gar Jahre im voraus jeden Kilometer und jede Minute von kommenden Urlaubsreisen planen, er sollte ihnen ihren Spieß lassen – mit dem Thema dieses Buches hat das kaum etwas zu tun. Ernster zu nehmen ist sein Eindruck, die Deutschen seien noch immer von einer Identitätskrise geplagt, die sich auch darin äußere, daß die Fremdenfeindlichkeit der Deutschen nicht der übersteigerten Liebe zum eigenen Volk entspringe, sondern sich auf die bloße Ablehnung, auf die Negation der Fremden, der Feinde

stütze: mal sind es die Franzosen, mal die Juden, die Kommunisten und heute die Ausländer, die Flüchtlinge.

Auch *Vollmer* diagnostiziert eine Identitätskrise der Deutschen, die letztlich aus ihrer „kontinentalen Mittellage“ resultiere. „Wir Deutschen sind formunsicher, wir kennen unsere Grenzen nicht und sind uns auch nie ganz sicher, wo sich unser Zentrum befindet. Und weil das alles so ist, nehmen wir gelegentlich eigene Orts- und Seinsbestimmungen vor – in Abgrenzung von den Fremden.“ (S. 122) Viele und für eine Politikerin der „Grünen“ recht flotte Formulierungen von der „deutschen Mittellage“, dem schwer zu fassenden „deutschen Identitätskern“ und der „Selbstvergewisserung der Deutschen“, aber auch – als einzige Autorin – erfrischend klare Worte zu den Weltproblemen, die den gegenwärtigen Migrationsdruck bewirken, und welchen Beitrag die Deutschen hier leisten könnten.

Der Beitrag des Schriftstellers *Peter Schneider* nimmt eine gewisse Sonderstellung ein. Er warnt vor raschen Antworten hinsichtlich der Motive für den Ausbruch der Barbarei und hält genaue Beobachtung derzeit für wichtiger als Theorien. Er verweist darauf, daß die Herde der Gewalt gegen die Ausländer sich gerade dort befindet, wo es die wenigsten Ausländer gibt: in der westdeutschen Provinz und in Ostdeutschland. „Wenn es die Nichtdeutschen

nicht gäbe, würden sich die fanatisierten ethnischen Säuberer an die Undeutschen halten, die Linken, die Behinderten.“ (S. 45)

Jedoch wendet sich *Schneider* vehement gegen die Thesen, die Ausländer seien gar nicht gemeint und fungierten nur als Sündenböcke für irgendwelche anderen „wahren“, „eigentlichen“ Feinde: „Wenn etwa die Wessis die ‚eigentlichen‘ Haßobjekte der Naziskins in der DDR sein sollen, auf wen zielen dann die Naziskins aus der alten BRD? Das Merkwürdige ist ja, daß offensichtlich ganz verschiedene Motivationsstrukturen in Ost und West zu einem identischen Gewaltpotential geführt haben. Oder sind diese Motivationslagen gar nicht so verschieden, wie sie scheinen? Gibi und gab es womöglich eine schleichende und parallele Auflösung der kulturellen Normen in beiden Gesellschaftsformationen?“ (S. 46)

Dann fordert er ähnlich wie die anderen Mitautoren, aber härter und kompromißloser, daß „die zivile Gesellschaft alle Kräfte zusammennimmt, um das lebensbedrohliche Übel abzustellen... Es fehlt in der Tat am Einfachsten: an demokratischen Reflexen, an der Bereitschaft, das zivilisatorische Minimum notfalls blind zu verteidigen und auf die antizivilisatorische Wut mit der nötigen Militanz zu reagieren.“ (S. 48)

Einen Sachverhalt sparen erstaunlicherweise alle Autoren bei der ansonsten sehr intensiven Ursachenfor-

schung der Gewalt gegen die Ausländer in Deutschland aus: die stets und allgegenwärtige Präsenz von Brutalität und Folter, Sadismus und Grausamkeit, Mord und Totschlag in den Medien, insbesondere im Fernsehen. Damit ist nicht allein die schockierende Tatsache gemeint, daß ein Heranwachsender bis zur Volljährigkeit im Durchschnitt einige Tausend oder gar Zehntausend Morde über die Mattscheibe flimmern sieht. Es ist vielmehr die ebenso penetrant wie wirkungsvoll suggerierte „Erkenntnis“, daß Probleme letztlich und auch ausschließlich mit Gewalt zu lösen seien, die bereits den Klein- und Kleinstkindern eingehämmert wird.

Die Beiträge dieses insgesamt nützlichen Buches sind weniger auf Ausgewogenheit, sondern auf deutliche und zugespitzte Aussagen angelegt, die Meinungen widersprechen einander; klare, eindeutige Orientierung wird man vergeblich suchen. Doch jeder Leser wird kluge und nachdenklich stimmende Gedanken und eine Vielzahl von Anregungen zum Weiterdenken erhalten.

Rolf Müller-Syring

Harald Schumacher, Einwanderungsland BRD. Warum die deutsche Wirtschaft weiter Ausländer braucht, ZEBULON-Verlag, Düsseldorf 1992, 160 S.

Schon der Titel deutet daraufhin, daß sich das vom Düsseldorfer Journali-

sten *Harald Schumacher* verfaßte Buch dem Problem auf andere Weise nähert: „Ethische Argumente und Appelle an die Toleranz allein führen offensichtlich nicht zum Konsens in der Ausländerfrage. Möglicherweise erleichtert die nüchterne ökonomische Perspektive die Einsicht, daß wir uns im eigenen Interesse Ausländerfeindlichkeit nicht mehr leisten können.“ (S. 8)

Die Asyl- und Ausländerdebatte hält *Schumacher* zu einem guten Teil für ein Ablenkungsmanöver. 1992 bezeichnete der deutsche Innenminister die Asylfrage als das „drängendste innenpolitische Problem“, das böse Wort von der „Asylantenflut“ hatte längst die Stammtischregionen verlassen. Am Ende des Jahres sollten 1000 Deutsche vier bis fünf Asylbewerber helfen – das größte innenpolitische Problem? Zudem wird die Statistik gründlich verzerrt, indem lediglich die Neuanträge gezählt werden, die Datenerhebung geändert wurde und Hunderttausende, die in anderen Ländern längst die dortige Staatsbürgerschaft hätten, in Deutschland als Ausländer gezählt werden.

In den folgenden fünf Kapiteln werden die gängigsten Vorurteile der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern einer nüchternen Analyse unterzogen. Nehmen die Ausländer den Deutschen die Arbeit weg? Sind Ausländer Wirtschaftsschmarotzer? Ruhen sich die Ausländer auf den deutschen Sozialleistungen aus? Nehmen die Ausländer den Deut-

schen die Wohnungen weg? Sind Ausländer krimineller als Deutsche? Einige seiner zentralen Aussagen seien hier kurz rekapituliert.

Arbeit: Beim Wettbewerb um Arbeitsplätze sind auch Zuwanderer beteiligt, ohne daß deshalb ein Grund zur Aufgeregtheit bestünde. 1973 war jeder achte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ein Ausländer, 1991 nur jeder zwölfte. (S.31f.) Obwohl Gesetze, Verordnungen und gängige Einstellungspraxis Einheimische beim Rennen um freie Stellen eindeutig bevorzugen, erscheinen den Deutschen viele Jobs einfach zu unattraktiv. Der hohe Anteil ausländischer Arbeitnehmer in der Zimmerreinigung im Hotelgewerbe, bei der Erntehilfe in der Landwirtschaft, in den Gießereien, in der Fischverarbeitung, in der Wollspinnerei und -wäscherei, in der Ledergerberei und im Bergbau resultiert keineswegs aus einem aggressiven Verdrängungswettbewerb der Ausländer gegen ihre deutschen Mitbewerber.

Der Autor rechnet eindeutig vor, daß es im Ergebnis der Zuwanderung von 1988-1991 nach Deutschland nicht weniger, sondern 85.000 mehr verfügbare Stellen gab, die durch die Nachfrage der Zuwanderer nach deutschen Produkten und deutschen Dienstleistungen geschaffen wurden. Mehr noch, Ausländer geben zunehmend als Selbständige anderen Menschen Arbeit. Allein die Türken in Deutschland schufen auf diese Weise 115.000 Arbeitsplätze, insgesamt

beschäftigen die selbständigen Ausländer in Deutschland fast eine halbe Million Menschen. (S. 41) „Fazit: Keiner der relevanten arbeitsmarktpolitischen Aspekte läßt die Forderung ‚Ausländer raus‘ plausibel erscheinen. Das Beste für Deutschlands Unternehmen und Deutschlands Arbeitnehmer ist eindeutig das Gegenteil: Ausländer rein!“ (S. 51)

Ausländer als Wirtschaftsfaktor: Im Jahr 1991 betrug der Anteil der Ausländer am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik etwa 200 Mrd. DM, dank ihnen war das (Netto-)Sozialprodukt um reichlich 40 Mrd. DM höher, als es ohne sie gewesen wäre. Dem Fiskus sind sie als Steuerzahler hochwillkommen. „Von den Fixkosten, die rund ein Drittel der gesamten öffentlichen Ausgaben darstellen – etwa für Bundeswehr, Verkehrsinfrastruktur und staatliche Schuldzinsen – bezahlen die Ausländer einen Anteil, den sonst die deutschen Steuerzahler tragen müßten. Deren Abgabelast wäre dadurch pro Kopf höher, ihr verfügbares Einkommen niedriger. Sogar die deutsche Vereinigung finanzieren die Bürger ohne deutschen Paß mit.“ (S. 65) Allein die Türken in Deutschland steuerten dazu 450 Mio DM bei. (Über den Solidaritätszuschlag, der 1991/92 vom Bruttolohn abgezogen wurde.)

Alles in allem wandte der Staat 1991 37,4 Mrd. DM für die Zuwanderer auf, doch bescherten diese dem Staat im gleichen Jahr 50,8 Mrd. DM an Mehreinnahmen, ein Positivsaldo

von 13,4 Mrd. DM. (S. 66)

Ausländer und Sozialsystem: Bei den Renten stellten Ausländer 1989 9% der Versicherten, erhielten aber nur 5,3% der Auszahlungen. Sie zahlten 12,8 Mrd. DM in die Rentenkassen ein, erhielten 3,7 Mrd. DM zurück. (S. 81)

Ausländer und Wohnungen: Zunächst müssen die meisten Ausländer, Asylsuchenden und Flüchtlinge in Wohnheimen, Containersiedlungen oder in ausgedienten Hotels leben. Zuwanderer mit Bleiberecht hingegen tragen zur Knappheit auf dem Wohnungsmarkt – die es ohne sie bereits seit Jahren gibt – zusätzlich bei. Doch benachteiligt sind auf dem Wohnungsmarkt, wie bei der Konkurrenz um die Arbeitsplätze, nicht die Einheimischen, sondern die Zuwanderer. Sie verfügen in aller Regel nicht über die Mittel, um bei den hohen Wohnungsmieten mithalten und mitbieten zu können. Und wenn doch, stoßen sie häufig auf die Ablehnung und Vorurteile von Vermietern.

Ausländer und Kriminalität: Der Ausländeranteil an Straftaten stieg von gut 16% (1965) auf über 25% (1991). Sind Ausländer krimineller als Deutsche? Nein, denn die Statistik allein führt in die Irre. Einmal sind unter den in der Kriminalstatistik aufgeführten Ausländern viele, die im ausländischen Bevölkerungsanteil nicht mitgezählt sind: illegal Eingereiste, Touristen und Angehörige von in der Bundesrepublik stationier-

ten Streitkräften. Da unter den Ausländern mehr Jüngere, mehr Männer, mehr sozial Schwache und mehr Großstadtbewohner als unter den Deutschen sind, wird zweitens nicht Vergleichbares verglichen. Und drittens wird ein beträchtlicher Teil der ausländischen Straftäter wegen Delikten belangt, die nur sie begehen können, z.B. Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz. Eine den Ausländern vielfach unterstellte Neigung zu besonders brutalen Verbrechen gehört laut Expertenstudien ins Reich der Mythen. (S. 113f.)

Schumacher fordert restimierend eine Kursänderung in der Ausländerpolitik. Als ein wichtiges Element eines solchen Wandels sieht er ein Einwanderungsgesetz. Über eine Jahresquote sollten etwa 300.000-400.000 Zuwanderer ins Land gelassen werden. Die Ansprüche an deren Qualifikation und Alter dürften nicht zu hoch sein. Einem abgelehnten Einwanderer sollte verwehrt werden, anschließend einen Asylantrag stellen zu dürfen. Die Zahl der Asylanträge würde so drastisch sinken. „Der vermeintliche Asylmißbrauch der frühen neunziger Jahre würde sich auflösen einerseits in eine ökonomisch ohnehin notwendige Zuwanderung und andererseits in eine ethisch gebotene Fluchthilfe. Das Angebot eines Asyls für Menschen, die aus politischen oder anderen Gründen in ihrem Heimatland verfolgt werden,

wäre dann nicht mehr so umstritten wie heute.“ (S. 142)

Die damit zwangsläufig entstehende multikulturelle Gesellschaft hält der Autor keineswegs für ein konfliktfreies Ideal, wohl aber für eine „sich wandelnde deutsche Gesellschaft“. (S. 147) Er glaubt, dies wäre der deutschen Bevölkerung auch zu vermitteln: „Den eigenen Nutzen ins Blickfeld der Diskutanten zu rücken, das könnte mehr bewirken als die dauernden Appelle an das gute Herz der Deutschen.“ (S. 141) Skeptisch schätzt er allerdings die Fähigkeit zu realistischer Problemsicht sowie die Fähigkeit zum Umsteuern sowohl der Regierung als auch der (SPD-) Opposition ein: „Denn das Boot, das angeblich zu voll ist, ist in Wahrheit – mit zu kleiner Mannschaft – auf falschem Kurs.“ (S. 154)

Rolf Müller-Syring

Daniel Cohn-Bendit / Thomas Schmid, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hoffmann und Campe, Hamburg 1992, 384 S.

Bei diesem umfangreichen und gründlichen Buch handelt es sich um ein Projekt, das nicht in erster Linie eine Reaktion auf den Ausbruch von Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit

darstellt, sondern wohl langfristiger geplant und als ein Beitrag zu Sachlichkeit und ruhiger Überlegung zu einem wichtigen und komplizierten Problemkreis gedacht war.

Wenn die Verfasser vom „Wagnis der multikulturellen Demokratie“ sprechen, so formulieren sie gestützt auf praktische Erfahrung: *Cohn-Bendit* ist (ehrenamtlich) Dezentur für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt/Main, *Schmid* sein Mitarbeiter in diesem Amt.

Im Eingangskapitel („Einwanderung und die neue Weltordnung“) legen sie einige ihrer wichtigsten Thesen und Hypothesen dar. Sie sehen die Bundesrepublik als ein Einwanderungsland und halten die multikulturelle Gesellschaft, ob man sie nun begrüßt oder ablehnt, für unvermeidlich. Sie sind über den „unscharfen, spektakelhaften Begriff“ schon deshalb nicht glücklich, da er suggeriert, es gäbe „als realistische Alternative die monokulturelle Gesellschaft“. (S. 14) Welche Gestalt wird die multikulturelle Gesellschaft in Deutschland annehmen? „Weder *melting pot* noch Vielvölkerstaat“, aber auch nicht „das Deutschland, das exklusiv den Deutschen gehört. Es wird etwas sein, das dazwischen liegt.“ (S. 15)

Seit Beginn der achtziger Jahre, so die Autoren, wurde der Ton der Diskussion über Ausländer in der Bundesrepublik allmählich schriller. Die Hauptursache für diesen Um-

schwung lag wohl daran, daß die „Vision von der immerwährenden Steigerung des Wohlstandes zu verblassen begann und deutlich wurde, daß die Bundesrepublik keine Insel der Glückseligen sein kann, die von den Krisen der Welt verschont bleiben wird“. (S. 27) Ebenso setzte sich nunmehr die Erkenntnis durch, daß es sich bei den ins Land gekommenen „Gastarbeitern“ in der Mehrzahl eben nicht um zeitweilige Gäste handelt, die man nach Belieben einladen bzw. wieder „nach Hause“ schicken konnte.

Die Ablehnung, die Ausländern häufig von Deutschen entgegengebracht wird, speist sich nach Meinung der Autoren nicht etwa aus einem generellen rassistischen oder völkischen Hang der Deutschen, sondern aus zwei anderen Gründen: Einmal habe in Deutschland stets der Verdacht eine große Rolle gespielt, die Zugewanderten „nähmen den Angestammten den Raum weg, geographischen wie sozialen“. (S. 31) Zum anderen sehen sie in der Angst, in der Phobie gegenüber dem Fremden ein Beiprodukt der sich immer rascher und tiefgreifender vollziehenden Modernisierung, die von der Bevölkerung mental nicht verarbeitet werden könne. Auf diesem Boden gedeihen dann Ansichten und Haltungen, die sich in der Parole *Das Boot ist voll* widerspiegeln. Die Verfasser nehmen dieses Bild, das seit Anfang der achtziger Jahre wie ein

„Fliegender Holländer“ durch das Bewußtsein der westeuropäischen Gesellschaften geistert, sehr ernst. Die dem *vollen Boot* innewohnende große apokalyptische Kraft werde deshalb so häufig bemüht, da es die tiefsitzende Furcht derjenigen exemplarisch widerspiegelt, die sich berechtigt oder unberechtigt als die immer Gebeutelten und Betrogenen fühlen. Für sie ist *das Boot* immer voll, unabhängig von der Zahl der Fremden. Es wäre sonst nicht zu erklären, daß ausländerfeindliche Krawalle keineswegs in Frankfurt, mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von über 25%, wohl aber in Ostdeutschland mit einem solchen Anteil von unter 1% grassierten. „Die Ausländerfeindlichkeit der Deutschen... ist in der Regel *auch* ein Mittel im Kampf des unteren Endes der Gesellschaft um Distinktionsgewinne, also der Versuch deutscher Unterschichten, sich wenigstens auf die *vorletzte* Sprosse der sozialen Stufenleiter zu retten.“ (S. 34)

Die folgenden sieben Kapitel stellen ein Compendium aus analytischen Fallstudien, historischen Exkursen, Zustandsbeschreibungen und perspektivischer Vorausschau zum Thema Multikulturalismus dar, deren Reihenfolge und Ordnungskriterien nicht immer ganz schlüssig erscheinen.

Zunächst wenden sich die Autoren dem multikulturellen Alltag, einem „Spiegelkabinett der Mißver-

ständnisse“ zu. Sie berichten über die Schwierigkeiten, Ausländern eine Laufbahn im öffentlichen Dienst zu ermöglichen und stellen die 1991 veröffentlichte Studie der Stadt Düsseldorf vor, die die Folgen eines ebenso plötzlichen wie hypothetischen Exodus' aller Ausländer aus der Stadt untersuchte. Sie ziehen aus diesem Beispiel grundsätzliche Schlußfolgerungen: Ohne Ausländer geht es längst nicht mehr. Gingen sie weg, wären alle betroffen – nicht zuletzt die, die sich heute am ehesten durch sie bedroht oder an den Rand gedrängt fühlen. Ohne Ausländer wäre das Gleichgewicht der Gesellschaft augenblicklich dahin, denn längst ruht dieses Gleichgewicht zu nicht unwesentlichen Teilen auf der Existenz von Ausländern als Beschäftigten und Konsumenten.

Im weiteren Teil dieses Kapitels begründen die Autoren ausführlich ihre These, daß der außerordentliche wirtschaftliche Nachkriegsaufschwung in Westeuropa sowie die ihn begleitende soziale Stabilisierung einen Mobilitätsschub insbesondere im mediterranen Raum ausgelöst hat. Die daraufhin einsetzende Arbeitsmigration sei ein von allen Beteiligten fehleingeschätztes Phänomen gewesen: nicht um eine Übergangserscheinung, sondern um einen dauerhaften und sehr komplexen Prozeß habe es sich dabei gehandelt.

Diesen Gedanken weiterverfolgend stellen sie fest, daß bereits 1952,

als noch 1,6 Mio (West-) Deutsche arbeitslos waren, die ersten italienischen „Gastarbeiter“ in der Landwirtschaft Südbadens arbeiteten – weil Deutsche für diese Arbeit in nicht ausreichender Zahl zur Verfügung standen. Auch 1955, als der erste Anwerbevertrag zwischen der Bundesrepublik und Italien unterzeichnet wurde, lag die bundesdeutsche Arbeitslosenrate noch bei über 5% (1 Mio Arbeitslose). Den „Arbeitskräfteimport“ sehen die Verfasser als eine reflexartige Eingebung des Augenblicks: weil man genauso weitermachen wollte, wie man es bisher gemacht hatte, und weil man im Traum nicht an entweder aufwendige oder unpopuläre Maßnahmen, weil man weder an umfassende Rationalisierung noch an ein gedrosseltes Wachstum dachte, holte man Ausländer als Garanten für die Fortsetzbarkeit des einmal eingeschlagenen Weges. Weder Weitblick noch Menschenfreundlichkeit, weder wirtschaftspolitische Pffiffigkeit noch gar der Geist des Internationalismus standen am Anfang der Ausländerbeschäftigung – es war vielmehr die pure *Bequemlichkeit*.“ (S. 85)

Das Leben der Ausländer in Deutschland, vor allem die Ausländerbeschäftigung und deren Folgen sind Gegenstand des vierten Kapitels.

Das fünfte Kapitel („Neue Heimaten. Szenen aus der Geschichte der Aus- und Einwanderung“) ent-

hält mehrere aufschlußreiche historische Ausflüge, so über das Verhalten der deutschen Einwanderer in den Vereinigten Staaten und die ihnen bis Anfang dieses Jahrhunderts entgegengebrachte Reserviertheit, Mißtrauen und teilweise Feindseligkeit, der Exkurs zur „Deutschwerdung der Deutschen“, die ein „kunterbuntes Gemisch“, nichts „Homogenes, Unvermishtes, Autochthones“ darstellen, der Rückblick auf die Migrationen im Mittelmeerraum, insbesondere auf die Folgen der Vertreibung der Morisken und Juden aus Spanien im Ausgang des Mittelalters oder die Schilderung der deutschen Binnenbewegungen im 19. Jh. sowie der wechselvollen Geschichte der Rußlanddeutschen und Siebenbürger „Sachsen“.

Unter der Überschrift „Das Recht auf Zuflucht. Über alte wie neue Fluchtgründe, Asylmißbrauch und das Prinzip der Generosität“ wenden sich *Cohn-Bendit* und *Schmid* dem Asylproblem zu. Auch hier bevorzugen sie eine umfassende Herangehensweise: historischer Exkurs, rechtliche, moralische ebenso wie politische und praktische Argumentationsweise. Die Autoren sehen die Bundesrepublik in einem Dilemma, in welches sie durch die „verordnete Generosität“ der Asylregelung und das Beharren auf dem *ius sanguinis* geraten ist. Auf diesen Punkt kommen die Autoren im abschließenden achten Kapitel zurück („Weder

Ausgrenzung noch Assimilation. Der Weg der multikulturellen Demokratie“). Hier plädieren sie eindeutig dafür, dem genannten Dilemma mit einer Doppelstrategie zu begegnen. Einmal sollte sich Deutschland dazu bekennen, ein Einwanderungsland zu sein und eine entsprechende Politik und Institutionen entwickeln. Die Verfasser unterbreiten zwar keine eigenen Vorschläge, wie eine deutsche Einwanderungspolitik aussehen könnte, zitieren aber zustimmend Christopher Hein, der „Planziffern“ für die Zahl der Einwanderer für einen mehrjährigen Zeitraum vorgeschlagen hat. An der Festlegung dieser „Planziffern“ sollen alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und Einrichtungen beteiligt sein, die alle Möglichkeiten, Kapazitäten, Erfordernisse, Interessen und vorhersehbaren nationalen und internationalen Entwicklungen berücksichtigen müßten. Zweifellos bringen Heins Thesen die Diskussion zu diesem schwierigen Problembereich voran. Doch die Aufzählung aller Bedenkenswerten sagt noch nichts darüber aus, wer letztlich entscheidet und nach welcher Wertigkeit die Kriterien beachtet werden. Werden vor allem (Ost-) Europäer ins Land gelassen, da hier eine eher rasche Akkulturation zu erwarten ist, oder vielmehr Immigranten aus der Dritten Welt, da dort die Not viel größer ist? Wählt man nach den „Erfordernissen des Arbeitsmarktes“ vor allem junge und mög-

lichst ausgebildete Leute aus, auch wenn dies die Entwicklungschancen der Herkunftsländer weiter schmälert? Fragen, denen noch weitere hinzugefügt werden könnten. Sie werden von den Verfassern, die ansonsten nicht vor heiklen Problemen zurückschrecken, nicht einmal aufgeworfen.

Zur Asylregelung vertreten die Autoren die Auffassung, daß der (mittlerweile geänderte) Artikel 16 GG, Absatz 2, Satz 2 nicht für sakrosankt erklärt werden dürfe. Die vom Bundestag beschlossene Änderung dürften sie allerdings nicht im Auge gehabt haben. Sie werben für eine *engere Fassung* der Asylpraxis, um die „inflationäre Inanspruchnahme“ dieser im Kern so wichtigen Einrichtung zu unterbinden. Gleichzeitig wollen die Verfasser die *Erweiterung* der Asylpraxis, da zu den klassischen Verfolgungsgründen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 inzwischen andere hinzugekommen sind. Wiederum lehnen sich die Autoren an Hein an: Fluchtgründe wie Krieg, Bürgerkrieg, allgemeine und schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte, schwerwiegende Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit sowie existenzbedrohende ökologische Gründe müßten in einer neuen Definition des der Asylberechtigung zugrundeliegenden Flüchtlingsbegriffs berücksichtigt werden. (S. 344)

In einem informativen Einschub geben die Autoren im siebenten Kapitel Einblick in die tägliche Arbeit des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt/Main, das „in einem Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik arbeitet“.

Das vorliegende Buch ist eine Fundgrube an Zahlen, Informationen und Daten zu Migration in Vergangenheit und Gegenwart von und nach Deutschland, Europa sowie in anderen Kontinenten. Die Verfasser zeigen sich bar jeglicher Illusionen und stets bereit, Mythen, Vorurteile und irrealer Wunschbilder bei deutschen Puristen und multikulturellen Schwärmern gleichermaßen auszuräumen. Sie bezeichnen die multikulturelle Gesellschaft als „Zumutung“ für Deutsche und Ausländer, sehen diese Gesellschaft als Gratwanderung, benennen offen deren fragwürdige, konfliktträchtige und ungerechte Züge. In der bewußten und demokratischen Ausgestaltung der multikulturellen Gesellschaft sehen sie jedoch auch und vor allem eine große Chance für die Bundesrepublik und die anderen Industrienationen des Nordens. Eine realistische Alternative dazu vermögen sie nicht auszumachen.

Rolf Müller-Syring

Manfred Wöhlcke, Umweltflüchtlinge. Ursachen und Folgen, Verlag C.H. Beck, München 1992, 132 S.

Manfred Wöhlcke gebührt das Verdienst, mit der vorliegenden Arbeit auf ein Problem hinzuweisen, das in der Diskussion über Flüchtlinge und Fluchtursachen noch immer wenig Beachtung findet, zu unrecht, wie die Lektüre dieses Buches bewelst.

Der Autor bezeichnet als Umweltflüchtlinge diejenigen Personen, die „ihr angestammtes Milieu verlassen, weil ihr Leben aufgrund von natürlichen und/oder anthropogenen Umweltschäden sowie aufgrund von ökologischer Überlastung durch Überbevölkerung erheblich beeinträchtigt oder gefährdet wurde.“ (S. 22) Die große Mehrheit der Umweltflüchtlinge entsteht in den Entwicklungsländern, wo hohe Bevölkerungszahlen und ein besonders destruktiver Umgang mit der Umwelt zusammenkommen.

Umweltschäden und Umweltflüchtlinge sind ein ständiger Wegbegleiter menschlicher Gesellschaften. Das grundsätzlich Neue an der gegenwärtigen Situation ist *Wöhlcke* zufolge die „Intensität, Großräumigkeit und Komplexität der Umweltschäden sowie die Tatsache, daß heute sehr viel größere Bevölkerungsmassen als in der Vergangenheit von ihnen betroffen werden und daß die Flüchtlinge in der Regel nicht mehr

in unbewohnte und ökologisch akzeptable Regionen abwandern können.“ (S. 22)

Welche Umweltschäden treiben Menschen zur Flucht? Der Autor nennt die Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzfläche, die Vernichtung großräumiger Biotope (insbesondere der tropischen Regenwälder), die forcierte Ausbeutung fossiler und mineralischer Rohstoffe, die Verschmutzung, Vergiftung und Verbauung der Umwelt sowie globale Umweltprobleme wie die Zerstörung der Ozonschicht oder grenzüberschreitende Wasser- und Luftverschmutzung.

Eine wachsende Anzahl von Menschen wird von Naturkatastrophen mit anthropogener Komponente bzw. Verursachung zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen. *Wöhlcke* meint damit die dauerhafte Zerstörung von Acker- und Weideland, die Häufung schwerer Überschwemmungen, die Zunahme extremer Wetterlagen sowie die Häufung von Erdbeben, Lawinen und Waldbränden. Die anthropogene Komponente bei diesen „Naturkatastrophen“ sieht der Autor in einer die Umwelt (insbesondere die Ackerböden) ruinierenden landwirtschaftlichen Produktionsweise (*Grüne Revolution*), fehlerhaften Eingriffen in die Wasserwirtschaft, in der Abholzung von Wäldern sowie in einer starken Zunahme der Bevölkerungsdichte in gefährdeten Gebieten.

Die Umweltzerstörung durch militärische Aktivitäten setzt bereits in

Friedenszeiten ein, wenn Rüstungsanstrengungen Ressourcen verschlingen sowie Boden, Wasser und Luft durch Manöver, Tests, Umrüfle und grobe Fahrlässigkeiten belastet werden. Die ökologische Kriegführung gehört seit einiger Zeit zum strategischen Arsenal vieler Generalstäbe. Der Autor verweist auf die Dschungelentlaubungsaktionen des US-Streitkräfte in Vietnam und die Zerstörung der kuwaitischen Ölquellen und die bewußte Einleitung von Rohöl in den Persischen Golf durch die Iraker 1991.

Am Schluß des analytischen Teils der Arbeit belegt er sehr überzeugend, daß die Verschmutzung von Boden, Wasser und Luft insbesondere in den Ballungszentren der meisten Entwicklungsländer ein katastrophales Ausmaß angenommen hat. Er befürchtet, daß sich in den Zug derer, die aus diesen umweltbedingten Gründen ihre Heimat verlassen, in naher Zukunft zahlreiche Menschen einordnen werden, die aufgrund von Ressourcenverknappung in ihren Herkunftsräumen nicht weiterleben können.

Im Abschnitt „Perspektiven und Maßnahmen“ äußert sich der Verfasser – durchgehend skeptisch – zu drei Politikfeldern: der Umweltpolitik, der Geburtenkontrolle und der Flüchtlingspolitik. In der Umweltpolitik seien die wenigsten Fortschritte zu erwarten, da insbesondere in den Entwicklungsländern weder das not-

wendige Bewußtsein, noch der politische Wille und häufig auch nicht die wissenschaftlichen und materiellen Voraussetzungen für einen effektiven Schutz der Umwelt vorhanden sind. Auch von der internationalen Umweltpolitik erwartet er nicht viel. „Die Vorstellung, weltweite Umweltprobleme durch internationale Kooperation zu lösen, klingt ja sehr einleuchtend, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Gros der internationalen Umweltproblematik das Ergebnis unzureichender nationaler Umweltpolitik in den einzelnen Staaten ist. Die Verlagerung nationaler Unzulänglichkeiten in den internationalen Bereich führt zu einer Verschleppung zahlreicher Probleme und zu einer Anonymisierung der Verantwortung.“ (S. 85) Ein Nachteil der Arbeit besteht darin, daß die Ergebnisse des „Erdgipfels“, der II. UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung keine Berücksichtigung erfuhren.

Erhebliches Gewicht mißt der Autor der Geburtenkontrolle bei. Obwohl er an anderer Stelle (S. 33f.) die Zusammenhänge zwischen Unterentwicklung und generativem Verhalten einer Bevölkerung sehr klar benennt, erscheint die in diesem Abschnitt gezogene Schlußfolgerung, das starke Bevölkerungswachstum müsse mit einer „effizienten Geburtenkontrolle“ gebremst werden, als viel zu allgemein und viel zu kurz gefaßt zugleich. Zum einen findet

sich nicht der geringste Hinweis, was darunter zu verstehen ist. Andererseits weist der Autor die auch in der einschlägigen Fachliteratur häufig geäußerte These als „intellektuellen Kurzschluß“ zurück, der zufolge Entwicklung die beste Geburtenkontrolle sei. So bleibt es sein Geheimnis, wie eine Geburtenkontrolle funktionieren soll, die die Tatsache ignoriert, daß unter den Bedingungen sozio-ökonomischer Unterentwicklung ein Kind ab etwa dem 10. Lebensjahr mehr für die Familie leisten kann, als es verbraucht. Weiterhin bedeuten viele Kinder den einzigen Schutz bei Krankheit und im Alter, auch der Sohneswunsch hat einen handfesten Versorgungshintergrund und ist keineswegs auf *machismo* zu reduzieren. Aber auch die tradierten religiösen und kulturellen Werte sowie mentalen Prägungen bedürfen wohl subtilerer Mittel als einer „effizienten Geburtenkontrolle“, um ihren erheblichen Einfluß auf das generative Verhalten von Menschen zu konterkarieren.

Zur Flüchtlingspolitik äußert sich der Verfasser klar und deutlich. „Ungeachtet der menschlichen Tragödien“, die mit den Migrationsströmen verbunden sind, plädiert er für eine „angemessene und realistische Politik“: Die Migrationsströme aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten sind für die Entlastung der Herkunftsländer von der ‚Masse‘ her wenig relevant, aber ausreichend, um

in den Zielländern Integrationskonflikte zu provozieren.“ (S. 93) Aus diesem Grund, „und nicht aus versteckten fremdenfeindlichen Ressentiments“ (und hier darf dem Autor keinesfalls mißtraut werden) optiert *Wöhlcke* dafür, den Flüchtlingsbegriff nicht über die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention hinaus zu erweitern. Dies gelte auch für Umweltflüchtlinge. „Andernfalls würden die Industrieländer zahlreiche Probleme aus den Entwicklungsländern importieren, ohne daß auch nur ein einziges dieser Probleme in den Ursprungsländern selber gelöst würde.“ (S. 95) Allen, denen diese Argumentation nicht ausreicht bzw. nicht zusagt (der Rezensent gehört zu ihnen), sind aufgerufen, bessere Vorschläge zu unterbreiten.

Rolf Müller-Syring

Hans A. Hartmann/Ralf Haubl (Hrsg.), Bilderflut und Sprachmagie. Fallstudien zur Kultur der Werbung, Westdeutscher Verlag, Opladen 1992, 312 S.

Die kulturkritische Analyse von Werbeanzeigen in Printmedien steht im Mittelpunkt der 14 Beiträge im vorliegenden, vor allem methoden-

orientierten Sammelband. Die Produktwerbung, mit der sich die Autoren in ihren Fallbeispielen vorrangig beschäftigen, vermittelt – unabhängig vom Wohlwollen oder Unbehagen, das sie beim Publikum auch auslösen mag – übereine spezifische, warenästhetisch gestaltete Symbolik bestimmte Orientierungshilfen und Sinnstiftungen für den Konsum, den Geschmack und die Lebensart der gesellschaftlichen Individuen. Diese Symbolik fußt in der jeweiligen kulturellen Tradition und orientiert sich an der konkreten Alltagspraxis ihrer Adressaten. Die Werbekommunikation gehört damit zum „Gesamtbereich der symbolischen Praxis“ (S. 247), wobei sie aus der kulturellen Semantik schöpft und diese zugleich immer auch verändert und modernisiert. Nicht nur eine gestiegene gesellschaftliche Akzeptanz für die Werbung seit den letzten Jahren rechtfertigt die wissenschaftliche Beschäftigung mit ihr, sondern, so *Hartmann*, ihrem Angriff auf das „Unbewußte“ durch die zunehmende Aggressivität der Werbeanzeigen und dem fortwährenden Bruch moralischer Normen muß das „Bewußtsein“ entgegenreten. (S. 282) Die Zugehörigkeit von Werbeanzeigen zur *popular culture* lassen die Werbekritik zudem zum Forschungsgegenstand zahlreicher Disziplinen werden. Und so liegt der Reiz der Beiträge gerade darin, daß sie, verfaßt von Soziologen, Historikern, Psychologen, Germanisten,

Kulturwissenschaftlern und Ökonomen, mit ihren unterschiedlichen, mitunter kombinierten theoretisch-methodischen Zugängen ein breites Spektrum möglicher Analyseverfahren vorstellen.

Im Einleitungsbeitrag geht *R. Haubl* zunächst auf den sozial-ökonomischen Stellenwert von Werbung, ihrer Geschichte, ihrer Strukturen und gegenwärtigen Transformationen ein. Die Anpassung der Werbung an die veränderten Kommunikationsbedingungen der Gegenwart drückt sich nicht nur in einer ständig zunehmenden Bildhaftigkeit und Ästhetisierung aus, sondern umfaßt, so *Haubl*, zunehmend die Ausschöpfung des gesamten kulturgeschichtlichen Erbes wie z.B. durch das Nutzen religiöser Images, von Adaptionen aus der bildenden Kunst oder der Poesie.

Für den Historiker am interessantesten ist sicher die Entschlüsselung der jeweiligen historischen Hintergründe und politischen Implikationen der Werbeanzeigen. Die Freiburger Alltagshistoriker *R. Gries*, *V. Ilgen* und *D. Schindelbeck* zeigen diese Aspekte in ihrer mentalitätsgeschichtlichen Analyse einer „Einheits-Anzeige“, d.h. einer Produktwerbung, die mit ihrer Text- und Bildkomposition oberflächlich identitätsstiftend in den Diskurs der deutschen Einheit eingreift, in ihrer symbolischen Tiefenstruktur aber zu einem Diffamierungsbeitrag der Ostdeut-

schen gerinnt. Produkt- und Werbegeschichte werden so bei ihnen zu einem Bestandteil von Gesellschaftsgeschichte. (S. 274) In seiner kunstgeschichtlichen Entschlüsselung des Mythos von Amor & Psyche plädiert *J. Zänker* für eine Kunstgeschichte als Kulturwissenschaft, in der auch die alltagskulturellen Werbebilder als Reflexionen der originalen Kunstwerke ihren Platz finden.

Neben diesem kulturwissenschaftlichen Zugang zur Werbeanalyse, den auch *J. Reichertz*, *T. Jung*, *S. Müller-Doohm* und *L. Vogt* einschlagen, spürt *H.-D. König* in seiner tiefenhermeneutischen Untersuchung einer Zigaretten-Werbung der Legende vom „amerikanischen Traum“ nach, wobei er das „szenische Verstehen“ der Anzeige durch geschichtliche und kulturelle Aspekte ergänzt. Einer solchen psychoanalytischen Hermeneutik sind auch die Beiträge der zwei Herausgeber zuzuordnen. *Haubl* nutzt szenische Interviews und „szenisches Verstehen“ als methodische Mittel, *Hartmann* stellt in seiner (Freudschen) „Gegenübertragungsanalyse“ der Werbekritik seine persönliche Anzeigenrezeption und ihre Tiefenwirkung voran.

Nicht überraschend gehören die Literatur- und die Bildsemiotik zu einem bevorzugten methodischen Instrumentarium. Im Anschluß an Peirce und Eco (*H. V. Geppert*, *L. Vogt*), hinsichtlich der „Rahmen-

analyse“ (*A. Günther*) und der Entzifferung der „Körpersprache“ (*C. Schmiedke-Rindt*) orientiert an Erving Goffman und an den Theorien Baudrillards oder Barthes' (*A. Hirseland*) exemplifizieren die Autoren mögliche Interpretations- und Erklärungsstrategien der jeweiligen Anzeigen – deren Themenpalette von Autos und Mode über technische Geräte bis zu Möbeln, Zigaretten und Alkohol reicht.

Welche Wirkung übt Werbung nun tatsächlich auf ihren Konsumenten aus und ist Werbung Kunst? Dies sind nur zwei der Sachfragen, die sich nach der Lektüre der Aufsätze aufdrängen. Empirisch ist die erste, so *Hartmann* in seinem Schlußwort, kaum zu beantworten und der unmittelbare ökonomische Nutzeffekt wohl zumindest strittig. Die unbewußten, langfristigen, sozusagen subversiven Einflüsse der visuellen Werbespots in den Print- und elektronischen Medien auf das allgemeine Konsumverhalten und den Lebensstil sind dagegen kaum zu bezweifeln. Die sprachlichen und bildlichen Präsentationen der Anzeigenbotschaften, die Werbeästhetik mit ihrem teilweisen Rückgriff auf die „hohe Kunst“ dem Bereich der Kunst zuzuordnen, wie der Werbedesigner Michael Schirmer in seinem gleichnamigen Buch behauptet, hat zu Widerspruch und Diskussionen geführt. Für die Hrsg. beschränkt sich im Gegensatz zu Schirmer die Werbeanalyse nicht al-

Buchbesprechungen

lein auf ästhetische und deskriptive Kriterien, sondern unterliegt auch normativen und außerästhetischen, d.h. ideologie- und moralkritischen Maßstäben. Mit Brecht muß Kunst für sie souverän gegenüber der Wirklichkeit sein und dem Publikum Widerstand gegen sie verleihen, Merkmale, die der Werbung und der „Innenweltverschmutzung“, zu der

sie führt, nicht zukommen. Eine solche Auffassung durchzieht leitmotivisch alle Beiträge, die durch ein – für Sammelbände ungewöhnlich – einheitliches Literatur-, Personen- und Sachverzeichnis gewissermaßen zusammengefaßt werden und die Lektüre und ihre wissenschaftliche „Verwertung“ sehr vereinfachen.

Eckhardt Fuchs

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Thomas Ahbe, Dr. phil., Universität Leipzig, Sonderforschungsbereich 333

Boris Barth, M.A., Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Historisches Seminar II

Gerald Diesener, Dr. sc. phil., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Historisches Institut

Jens Ivo Engels, stud. hist., Universitäten Freiburg/Bordeaux

Klaus Erdmenger, Dr. phil., Fakultät für Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz

Wolfgang Fach, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft

Bernd Faulenbach, Prof. Dr., Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Ruhr-Universität Bochum

Christian Fenner, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft

Eckhardt Fuchs, Dr. phil., Institut für Kultur- und Universalgeschichte e. V., Leipzig

Kurt Holzapfel, Prof. Dr., Leipzig

Tal Howard, PhD Candidate, University of Virginia, Charlottesville, Virginia

Andreas Keller, stud. verw., Universität Konstanz

Sabine Lutz, stud. pol., Universität Konstanz

Mathias Middell, Dr. phil., Universität Leipzig, Historisches Seminar

Rolf Müller-Syring, Dr. phil., Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V., Büro Leipzig

Steffen Sammler, Dipl.-Hist., Universität Leipzig, Historisches Seminar

Friedemann Scriba, Deutsches Historisches Institut Rom

Susanne Schötz, Dr. phil., Universität Leipzig, Historisches Seminar

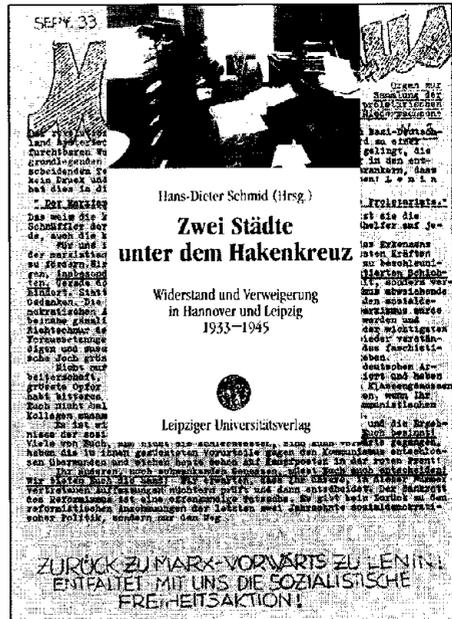
Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945

(= Hannover Kulturinformation Nr. 239

Hrsg. von Hans-Dieter Schmid 1994, 262 Seiten

Kart., 32,- DM

ISBN 3-929031-22-1



In diesem Band werden erstmals Studien aus zwei Städten in West- und Ostdeutschland vergleichend einander gegenübergestellt, die sich verschiedenen Bereichen von Widerstand und Verweigerung im Nationalsozialismus zuwenden: Sie beschäftigen sich mit dem organisierten Widerstand von Sozialdemokraten und Kommunisten, mit Widerstand und Verweigerung im Betrieb, mit individuellem Dissens im Krieg und mit der Evangelischen Kirche im Nationalsozialismus. Für Hannover konnte sich die Tagung auf Ergebnisse eines umfangreichen Forschungsprojektes stützen, aus dem die Untersuchung der oppositionellen Publizistik, des kommunistischen Widerstandes, des Widerstandes in den Betrieben und des evangelischen „Kirchenkampfes“ vorgestellt werden. Das Projekt führt für Leipzig erste Ansätze aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre fort, die Eigenständigkeit des nichtkommunistischen Widerstandes ernst zu nehmen. Analysiert werden der Widerstand der Sozialdemokraten, die 1933/34 agierende „Zelle Zentrum“, in der sich Leipziger Jugendliche zusammenfanden, der betriebliche Widerstand und die Situation in der evangelischen Kirche. Damit wird ein Neuanfang der Widerstandsforschung gesetzt, der nur über eine erneute Lektüre bekannter und vor allem die Erschließung bisher unbenutzter Quellen möglich ist.

Bestellungen richten Sie bitte an den Leipziger Universitätsverlag
Augustusplatz 10 · D-04109 Leipzig

Aus dem Inhalt

Editorial

Aufsätze

Bernd Faulenbach

„Deutsche Sonderwege“. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis

Klaus Erdmenger

Versuch über den starken Staat. Leitlinien der neuesten Staatsdiskussion

Andreas Keller

Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick

Christian Fenner

Das Ende der Sozialdemokratie – beschleunigt durch die Einigung? – 1989

Thomas Ahbe

Im deutschen Klärwerk. Thesen über die kulturelle Vereinigung

Forum

Friedemann Scriba

„Verfassungspatriotismus“: Ein deutscher Exportartikel für den italienischen Historikerstreit? Zu Gian Enrico Rusconis Rehabilitierung der Resistenza aus dem Geiste Dolf Sternbergers

Jens Ivo Engels

Zum Problem des Literaten als Historiker. Stefan Heyms Beitrag zur Geschichte des 17. Juni

ISSN 0940-3566
ISN 3-929031-47-7